

Antitotalitäre Traditionen im Kulturvergleich

Ein deutsch-französischer Intellektuellenstreit

Dissertation zur Erlangung des

Doktorgrades (Dr. rer. soc.)

des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften

der Justus Liebig-Universität Giessen

Vorgelegt von

Ulrike Ackermann

Frankfurt am Main

1999

Inhalt

Inhalt	1
Einleitung	4
1. Projektionsfläche Bosnien: Deutsche und französische Intellektuelle im Streit um den Krieg in Ex-Jugoslawien.....	12
1.1. Pazifistische Gesinnung und "Jugo-Nostalgie" in Deutschland	19
1.2. Pariser Intellektuelle im 'Kampf gegen Totalitarismus' und 'ethnische Säuberung' 31	
1.3. Deutscher Antifaschismus versus französischer Antitotalitarismus: der Rekurs auf Auschwitz.....	37
2. Zurück zu den Anfängen: Antitotalitäre europäische Intelligenz im Kongreß für kulturelle Freiheit.....	41
2.1. Eine kleine kommunistische Vorgeschichte.....	41
2.2. Der Gründungskongreß in Berlin vom 26.-30. Juni 1950.....	44
2.3. Antitotalitärer Ost-West-Dialog: Die Zeitschriften <i>Der Monat</i> und <i>Preuves</i> (Orientierungen und Arbeitsweisen des Kongresses).....	58
2.4. Die Arbeit des 'Kongresses' zwischen den Kongressen.....	64
2.5. Intellektuelle Brüche: Die Niederschlagung der Ungarischen Revolution	74
2.6. <i>Fondation pour une entr'aide intellectuelle européenne</i> : Ein subversives Netzwerk europäischer Intellektueller.....	82
2.7. Das Ende des Kongresses (1967/1976).....	84
3. Der Streit um Totalitarismustheorien.....	94
3.1. Antitotalitarismus in Osteuropa	97
3.2. 1968 und die Folgen für die französische Totalitarismustheorie	99
3.3. Paradigmenwechsel in Deutschland: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie	104
4. Der Gulag-Schock 1974.....	114
4.1. Der störende Renegat (Solschenizyn in Deutschland).....	118
4.2. Der gefeierte Held (Solschenizyn in Frankreich).....	122

4.3. Front antitotalitaire in Paris 1976.....	129
5. Die Intellektuellen und der Zusammenbruch des Kommunismus	135
5.1. Der Traum vom dritten Weg: Antifaschismus und Antikapitalismus der deutschen Intellektuellen.....	135
5.2. Deutsche Ostpolitik: Wandel durch Annäherung.....	140
5.3. Deutsches Unbehagen gegenüber der Dissidenz in Osteuropa	141
5.4. Pariser ‘Solidarität mit Solidarnosc’	150
5.5. 1989: Geteilte Freude nach dem Sieg der Demokratie und des Kapitalismus....	153
6. ‘Weltanschauung’ von links.....	159
6.1. Die Erbschaft des Deutschen Historikerstreits 1986: Links und rechts im Gefecht um die Singularität	159
6.2. Die Instrumentalisierung von Auschwitz.....	160
6.3 Französischer Historikerstreit 1997.....	165
6.3.1. Schwarzbuch des Kommunismus: Pariser Debatten.....	165
6.4. Reaktionen in Deutschland: Der Pawlowsche Reflex im linken Milieu.....	176
6.5. Ein Kommentar zum französisch-deutschen Streit: ‘Feindliche Nähe’. Der Briefwechsel Furet-Nolte.....	188
7. Erinnerung des 20. Jahrhunderts: Intellektuelle zwischen Kontinuität und Bruch	192
Literaturverzeichnis	201

Einleitung

*”Zitate in meiner Arbeit sind wie
Räuber am Weg, die bewaffnet
hervorbrechen und dem Müßiggänger
die Überzeugung abnehmen.”*

(Walter Benjamin 1928)

In den 50er Jahren verkündeten einige Intellektuelle hoffnungsvoll das ‘Ende des ideologischen Zeitalters’ (vgl. Daniel Bell 1962). Mögen die großen Ideologien als geschlossene Denksysteme heute auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sein, so sind ihre Fragmente keineswegs aus dem europäischen Denkraum verschwunden. Als Denkfiguren prägen sie Gesinnungen, strukturieren politisch-intellektuelle Lager und dienen der Selbstverortung der Intellektuellen.

Im Zentrum meiner Arbeit steht die in den letzten 50 Jahren stattgefundene Auseinandersetzung französischer und deutscher Intellektueller mit den Totalitarismen dieses Jahrhunderts. Welche Folgen zeitigt diese für die politische Diskurskultur beider Länder, ihre Europabilder und ihr Verhältnis zu Osteuropa heute? Welche Wechselwirkungen und gegenseitigen Projektionen treten zutage, wenn man die deutschen und französischen Debatten spiegelt? In welcher Weise werden die totalitären Regimes dieses Jahrhunderts, die Spuren totalitären Denkens in der eigenen theoretischen und politischen Orientierung reflektiert? Ist eine neue Selbstverortung bzw. Standortbestimmung der Intellektuellen nach dem Ende der Jalta-Ordnung und dem Zusammenbruch des Kommunismus zu beobachten? In diesem Zusammenhang geht es nicht zuletzt um die Rekonstruktion von Ideologiebildungen und die Spurensuche nach den kollektiven Abwehrmechanismen gegenüber offenem, unabhängigen, dissidenten Denken, das sich jeglicher ”Lagermentalität” widersetzt.

Da sich der Fortgang der europäischen Integration auch in den deutsch-französischen Beziehungen und ihren Komplikationen kristallisiert, bietet sich das 'couple franco-allemand' nicht nur aus theoretischen Gründen als Fallbeispiel an. Wie beide Länder ihr Verhältnis zu einander, zu Ostmitteleuropa und den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens

gestalten, fördern oder abschotten werden, wird tatsächlich, pathetisch gesprochen, das "Schicksal" Europas wesentlich prägen.

"Nie waren sich Frankreich und Deutschland wirtschaftlich so nahe, und nie standen sie sich kulturell gesehen derart fremd gegenüber... Sie fusionieren ihre Märkte und entwerfen die Einheitswährung. Doch geistig verstehen sie sich nicht." (Glucksmann 1998, S. 25) Zu diesem lapidaren Schluß über das Verhältnis beider Länder kam André Glucksmann in seinem deutsch-französischen Briefwechsel.

Die Entwicklung einer lebendigen europäischen Öffentlichkeit¹ und Diskussionskultur wird auch davon abhängen, wie sich Intellektuelle diesseits und jenseits des Rheins darin einmischen werden, ob sie mit Neugierde und nachholendem Verständnis das deutsch-französische Verhältnis neu beleben können.

Eine vergleichende Rekonstruktion der französischen und deutschen Debatten erlaubt es, der Entstehung bestimmter, immer wiederkehrender Denkfiguren auf die Spur zu kommen. Dies scheint mir um so wichtiger, als ihre Ursprünge häufig im Verborgenen liegen. In diesem Zusammenhang ist es deshalb die Unterscheidung zwischen latenten und unbewußten, im Gegensatz zu manifesten Denkfiguren, angebracht, die den intellektuellen Diskurs prägen.² Latent und unbewußt sind sie, wenn ihr Entstehungszusammenhang unbegriffen bleibt oder verdrängt ist. 'Antifaschismus', 'Antikapitalismus' und 'Antikommunismus' bzw. 'Anti-Antikommunismus' (Sidney Hook) sind derartige Denkfiguren, die bis heute der Identitätsstiftung intellektueller Milieus in Frankreich und Deutschland dienen und politische Lagerbildungen forcieren. Je weiter das realhistorische Geschehen und dessen Erfahrung, die die Denkfigur hervorgebracht haben, zurückliegen, um so stärker wird offensichtlich ihr ideologischer Gehalt – die Figur des 'Antifaschismus' liefert dafür ein gutes Beispiel.

Die unterschiedliche Auseinandersetzung mit der totalitären Erfahrung in diesem Jahrhundert – mit dem vergleichenden Blick auf das nationalsozialistische, die faschistischen oder kommunistischen Regimes – brachte es mit sich, daß der Totalitarismusbegriff selbst zur Disposition gestellt wurde. Diente er einerseits – in den verschiedenen theoretischen

1 Vgl. dazu Schmierer 1996, S. 171.

2 Zur Differenz von latenten und manifesten Sinnstrukturen vgl. Ulrich Oevermann 1983, S. 234f. Die Unterscheidung zwischen bewußten bzw. manifesten und unbewußten bzw. latenten Strukturen scheint mir geeignet, auf die Genese von Ideen, ihre Wirkung und Rezeptionweisen angewandt zu werden.

Ansätzen – der Analyse einer spezifischen Herrschaftsform, so war ihm gleichermaßen ein normativer Gehalt eigen (vgl. Kap. 3). Die Väter und Mütter der Totalitarismustheorie hatten am eigenen Leibe ihre Erfahrungen mit totalitärer Herrschaft gemacht, waren zeitweise selbst der "totalitären Verführung" (François Revel) erlegen. Ihre Analysen und Schlußfolgerungen mündeten in einer antitotalitären Haltung, der die Reflexion ihrer politischen Erfahrungen zugrunde lag. Ein großes Gewicht kommt dabei der "Renegatenliteratur" zu, nämlich den Zeugnissen jener ehemaligen Kommunisten, Trotzkiisten oder Maoisten, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten.

In Frankreich und Deutschland sind die intellektuellen Debatten um den Totalitarismus nahezu spiegelverkehrt verlaufen. Aus der anfänglichen positiven Faszination der französischen Intellektuellen am 'linken' Totalitarismus in den 50er Jahren entwickelte sich über die Jahrzehnte ein Milieu und Denkraum, deren gemeinsamer Bezugspunkt ein dezidiert antitotalitäres Selbstverständnis war. In der intellektuellen Landschaft Frankreichs haben die aus diesem Selbstverständnis gewonnenen Positionen spätestens seit Mitte der 70er Jahre einen öffentlich relevanten Stellenwert, der von der traditionellen Linken und der Rechten keineswegs unangefochten blieb. Der ausdrückliche Abschied vieler Intellektueller vom Kommunismus und vom Marxismus, ihr biographischer und intellektueller Bruch mit linken Denktraditionen sorgte für eine Umwandlung des gesamten intellektuellen Feldes und öffnete neue Denk- und Debattenräume. In diesem Sinne kann man das Renegatentum als Emanzipationsprozeß verstehen, "der die komplementäre Gegenläufigkeit des Lagerdenkens zu sprengen sucht"³ – was in Frankreich ohne Zweifel gelungen ist.

Die Anfangsjahre der Bundesrepublik waren im Gegensatz zu Frankreich von einem antitotalitären Konsens geprägt. Er kristallisiert sich geradezu paradigmatisch in der Eröffnungsveranstaltung des 1950 in Berlin gegründeten, später in Paris arbeitenden *Kongresses für kulturelle Freiheit*. Erstmalig fand sich aus diesem Anlaß eine antitotalitäre europäische Intelligenz zusammen: u.a. Hannah Arendt, Albert Camus, François Bondy, George F. Kennan, Arthur Koestler, Melvin J. Lasky, Ignazio Silone, Ernst Reuter, Dolf Sternberger, Raymond Aron, Karl Jaspers, Franz Borkenau, Eugen Kogon, David Rousset, Margarete Buber-Neumann. Die Zeitschriften *Der Monat* und *Preuves*

³ Vgl. Rohrwasser 1991, S. 36.

nahmen hier ihren Ausgang. Bemerkenswert ist, daß die Jahrzehnte währende Arbeit und der Einfluß dieses Netzwerkes europäischer Intellektueller aus der dokumentierten Zeitgeschichte und öffentlichen Wahrnehmung bis heute nahezu ausgeblendet wurden. Die Kongreßgründer zeichnete damals eine gleichermaßen antifaschistische wie antikommunistische Grundhaltung aus – ein antitotalitärer Konsens, der die weitere Arbeit der Intellektuellen im Zusammenhang dieses Kongresses bestimmte.

In den Zeiten des Kalten Krieges kam dem Begriff des ‘Totalitarismus’ eine zunehmend normative, zuweilen ideologische Bedeutung zu; er geriet zum Kampfinstrument in der politisch-intellektuellen Auseinandersetzung. In Deutschland kann man in der Folgezeit das Aufbrechen dieses antitotalitären Konsenses beobachten: die politisch-intellektuellen Lager konstituierten sich entlang der dichotomen Denkfiguren ‘Antifaschismus’ versus ‘Antikommunismus’. Ihren Höhepunkt nahm diese Entwicklung 1968. Im Unterschied zu Frankreich sorgten die Studentenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition für einen regelrechten Paradigmenwechsel im intellektuellen und politischen Diskurs sowie im akademischen Feld: die Totalitarismustheorie wurde weitgehend von der Faschismustheorie abgelöst. Der zunehmende Bedeutungsverlust totalitarismustheoretischer Ansätze ging einher mit einer Aufwertung des Marxismus, dessen Prämissen und Denkfiguren das linksliberale, parteiunabhängige Milieu zumindest latent bis heute prägen. Die 25-jährige Arbeit des Kongresses hatte – wie ich zeigen werde – für die deutsche und die französische ‘intellektuelle Landschaft’ (vgl. Grémion Kap. 4.3) sehr unterschiedliche Folgen.

Entlang der Analyse ausgewählter deutscher und französischer Debatten der letzten 50 Jahre konstatiere ich einschneidende politische Ereignisse der Realgeschichte mit deren Rezeption auf Seiten der Intellektuellen. Die Auswahl dieser Debatten ist nicht dem Zufall geschuldet. Ausgelöst wurden sie von gravierenden historischen Einschnitten, die allesamt auf die Krise und später das Ende des Kommunismus verweisen: die Niederschlagung der Ungarischen Revolution 1956; der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes 1968 in Prag; der Polnische Sommer und die Verhängung des Kriegsrechts 1980/81; der Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und später der Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1991ff.. Die Auseinandersetzung mit diesen realhistorischen Brüchen hatte maßgebliche Folgen für die Selbstverortung der Intellektuellen, um die öffentlich gestritten wurde. In Frankreich fällt dabei auf – wie ich im Folgenden zeigen werde –,

daß bei einigen Intellektuellen eine Kontinuität ihrer öffentlichen Interventionen bis in die fünfziger Jahre zurückzuverfolgen ist: Raymond Aron, François Fejtö, Edgar Morin, François Furet oder Claude Lefort sind hier zu erwähnen, später kamen Olivier Mongin, André Glucksmann, Bernard-Henri Lévy, Pascal Bruckner u.a. hinzu. Allesamt fühlten sie sich einer antitotalitären Tradition verpflichtet, die sie früher oder später dazu veranlaßte, angesichts der oben genannten politisch-historischen Zäsuren zu intervenieren. Fejtö oder Morin etwa ergiffen das Wort 1956, anlässlich der Niederschlagung der ungarischen Revolution, in ähnlicher Vehemenz wie zu Zeiten des Krieges im ehemaligen Jugoslawien 1991. Ihre Stellungnahmen, theoretisch-politischen Schlußfolgerungen in ihren Werken und ihre politischen Biographien rekonstruiere ich deshalb im Kontext dieses realhistorischen Hintergrunds. In Deutschland findet sich diese personale Kontinuität der Intervention von Intellektuellen kaum, zumindest nicht auf der Folie einer antitotalitären Tradition. Die in den von mir untersuchten Debatten immer wiederkehrenden manifesten und latenten Denkfiguren bezeichnen bis heute die Unterschiede deutscher und französischer Diskurstraditionen. In deren Rekonstruktion sind die politischen Biographien der intellektuellen Akteure ebenso bedeutungsvoll wie ihre die politischen Ereignisse deutenden Werke; diese Wechselwirkung verweist auf die Erfahrungsgebundenheit von Theorie. In Paraphrasierung von Pierre Bourdieu, der diesen Zusammenhang im Feld der Kultur analysiert, könnte man sagen: um ein politisch-intellektuelles Werk zu verstehen, muß man das Produktionsfeld und die Stellung seines Autors in diesem Raum verstehen. "Es besteht eine Korrespondenz zwischen dem Raum der Werke zu einem bestimmten Zeitpunkt und dem Raum der Autoren und Institutionen, die sie erzeugen." (Bourdieu 1989, S. 20) In welcher Weise die Analysen und Interpretationen Eingang in die Debatten gefunden haben bzw. abgewehrt oder ignoriert worden sind, läßt wiederum Rückschlüsse auf die in Deutschland und Frankreich sehr unterschiedlichen Interventionsstrategien der intellektuellen Akteure zu und mündet in der Frage nach dem politischen Engagement der Intellektuellen.

Wenn im Folgenden von 'den' Intellektuellen die Rede ist, so sind jene gemeint, die für die jeweiligen Debatten dominante Tendenzen repräsentieren; ich konzentriere mich zudem auf das linksliberale, von dem unmittelbaren Einfluß einer Partei unabhängige Milieu beider Länder. In dem Vergleich bzw. der Spiegelung der Debatten beider Länder spitze ich diese Tendenzen zum Zwecke der Kontrastierung zu. So gelingt es, die darin

aufblitzenden Denkfiguren, ihre Traditionen in der jeweiligen nationalen Geschichte und ihren ideologischen Gehalt herauszukristallisieren. Der Vorteil dieser Vorgehensweise besteht darin, über eine rein quantitative empirische Erhebung hinaus, qualitativ relevante Entwicklungslinien in den intellektuellen Debatten beider Länder nachzuzeichnen. Empirische Grundlagen meiner Untersuchung sind u.a. die Sichtung und Auswertung der jeweiligen Debattenbeiträge aus der *ZEIT*, dem *SPIEGEL*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Frankfurter Rundschau*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *tageszeitung* und der *Kommune* für die deutsche Seite. Für die Analyse der französischen Debatte dienten mir als empirisches Material u.a. die Beiträge in *Le Monde*, *Libération*, *Nouvel Observateur*, den Zeitschriften *Commentaire* und v.a. *Esprit*. Diese Zeitungen und Zeitschriften umreißen in etwa den öffentlichen Raum des linksliberalen Milieus, von dem die Rede ist. Neben der grundlegenden Literatur sind in dieser Untersuchung meine Gespräche mit Zeitzeugen von Relevanz (vgl. u.a. die Gespräche mit Edgar Morin, François Fejtö, François Bondy).

Die Ungleichzeitigkeit in der französischen und deutschen Geschichte läßt eine direkte, gar chronologische Parallelisierung der entscheidenden Brüche bzw. Kontinuitäten im intellektuellen Feld nicht zu, da die einschneidenden politischen und intellektuellen Ereignisse (beispielsweise das Erscheinen von Raymond Arons 'Opium für Intellektuelle' 1957, Alexander Solschenizyns 'Archipel Gulag' 1974 oder das von Stéphane Courtois u.a. herausgegebene 'Schwarzbuch des Kommunismus' 1998) jeweils unterschiedliche Folgen zeitigten. Kam es in Frankreich zu einer grundlegenden Erschütterung der gesamten politisch-intellektuellen Landschaft und deren anschließender Neuformierung nach dem Gulag-Schock 1974, fand in Deutschland Vergleichbares gerade nicht statt. Das Erscheinen von Alexander Solschenizyns 'Archipel Gulag', sein Werk über die sowjetischen Lager, löste bei deutschen Intellektuellen kaum einen öffentlich wahrnehmbaren Schock aus, noch sorgte es für ein Erdbeben in den bestehenden politisch-intellektuellen 'Lagern'. Anstelle eines Bruchs waltete hierzulande eher eine Kontinuität, deren traditionsreiche Denkfiguren wie der 'Anti-Antikommunismus' bestimmten weiterhin den Diskurs. Selbst der reale Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und der Fall der Mauer zeitigten nur zögerliche Folgen im linksliberalen Milieu; die Stabilität der deutschen Gesinnungslager blieb – weitgehend – gewahrt.

In der einige Jahre später stattfindenden Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1991ff. konzentrierten sich erneut Denkfiguren, deren latenter Gehalt auf ihren historischen und ideologischen Entstehungszusammenhang verweist. In Frankreich stand die antitotalitäre Option und damit die Totalitarismuskritik im Zentrum der Auseinandersetzung, in Deutschland die Figur des Antifaschismus. Hier war der Subtext der Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien letztlich die Selbstverständigung über die nationale Identität des vereinigten Deutschlands. Fortgesetzt wurde dieser Streit bei Erscheinen des 'Schwarzbuchs des Kommunismus'. Auch hier tauchten wieder geläufige Denkfiguren auf, die nicht zuletzt auf einen marxistischen Theoriezusammenhang und damit verknüpfte politische Optionen verweisen – ohne daß darauf ein expliziter Bezug stattgefunden hätte. Die daraus entlehnten Denkfiguren bleiben latent bzw. unbegriffen, weil sie von ihrem ideengeschichtlichen Zusammenhang entkoppelt sind bzw. dieser verborgen bleibt. Als manifeste Denkfiguren zählen sie zum Traditionsbestand der Linken; als latente sind sie den Intellektuellen des linksliberalen Milieus eigen. Mag dieses Milieu auch in Frankreich existieren, so ist es dort konfrontiert mit öffentlich präsenten antitotalitären Optionen, die aus der Geschichte der Linken hervorgegangen sind. Sie werden von jenen Intellektuellen vorgetragen, die mit ihrer politischen und ideologischen Vergangenheit gebrochen haben.

Renegatentum und Revisionen sind lebendiger und konstitutiver Bestandteil der französischen Intellektuellenkultur und prägen den Diskurs. Diese Kultur des Bruchs⁴ hat die politischen Lager über die Jahrzehnte aufgeweicht und sie durchlässiger gemacht, der individuellen Intervention der Intellektuellen größeren Raum verschafft. In Deutschland ist man bis heute eher darum bemüht – wie die Schwarzbuch-Debatte zeigte – die politisch-intellektuellen Lager entlang der Gesinnung konsistent zu halten. Der Schriftsteller Reiner Kunze faßte diese Neigung folgendermaßen zusammen: "Für den deutschen Intellektuellen ist die Ideologie sein Vaterland...der deutsche Intellektuelle hat einen besonderen Hang zu in sich geschlossenen Denksystemen, und in denen hält er stand wie ein Zinnsoldat... und zwar wie einer, der auch dann nicht schmilzt, wenn die Wirklichkeit

4 Vgl. Bosshart 1992.

außerhalb seines Denksystems die Hölle ist... In Deutschland isolieren die Denksysteme extrem.”⁵

Revisionen sind in Deutschland verdächtig; die Furcht greift um sich, wenn sich politische Lager verwerfen, als gerade deshalb die Demokratie in Gefahr. Aber die Demokratie ist an die Ungewißheit gebunden⁶ und muß sich selbst immer wieder aufs Neue konstituieren und darin wehrhaft sein. Die Intellektuellen als Akteure des öffentlichen Raums haben daran ihren Anteil und eine Verantwortung, der sie sich verweigern oder die sie annehmen können.

⁵ Zit. n. Lasky, 1991, S. 94.

⁶ Vgl. Revel 1976, S. 36.

1. Projektionsfläche Bosnien: Deutsche und französische Intellektuelle im Streit um den Krieg in Ex-Jugoslawien

*”Jetzt wäre nötig eine Revolution, aber kalt sind, die einmal heiß gewesen waren.
Sie gähnen, wenn das vergewaltigte und gemordete Land Europa, an das es geglaubt hat, um Hilfe ruft.
Wenn ihre Staatsmänner Niedertracht wählen, meldet sich keine Stimme, es beim Namen zu nennen.
Verlogen war die Revolte der Jugend, die aufbrach, die Welt zu erneuern; nun spricht jene Generation das Urteil gegen sich selbst.
Indem sie die Rufe der Untergehenden gleichgültig hinnimmt; es seien ja finstre sich gegenseitig mordende Barbaren.
Und das Leben der Satten sei mehr wert als das der Hungernden.
Jetzt stellt sich heraus, daß ihr Europa von Anfang an eine Einbildung war, sein Glaube und sein Fundament ist das Nichts.
Das Nichts, wie Propheten es predigten, kann nur ein Nichts gebären, und sie werden einmal wie das Vieh zum Schlachten getrieben.
Zittern mögen sie und im letzten Augenblick merken, daß das Wort Sarajevo ab nun die Schändung ihrer Töchter und die Ausrottung ihrer Söhne bedeutet.
Das bereiten sie vor, meinend: ‘Wenigstens sind wir sicher’, während in ihnen reift, was sie einmal stürzen wird.”*

(Czeslaw Milosz 1993)⁷

Fünf Jahre währte von 1991 bis 1995 ein Krieg in Europa, der mit dem Abschluß des sogenannten Dayton-Abkommens ein vorläufiges Ende fand; seine blutigen Folgen setzen sich bis heute – auch nach der Intervention der NATO – in den ethnischen Säuberungen im Kosovo fort. Der Westen, d.h. die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, aber auch die USA hatten zu spät erkannt, was das Ende des Kommunismus und der damit einhergehende Zerfall Jugoslawiens an Sprengkraft produzieren würde. Ignoranz und Nichteinmi-

⁷ Der polnische Schriftsteller, Jahrgang 1911, schrieb diesen Text anlässlich der Belagerung Sarajevos und des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Der spätere Nobelpreisträger war 1953 mit seinem Buch über das ‘Verführte Denken’ bekannt geworden (vgl. Kap. 2). Erschienen ist der Text in der europäischen Zeitschrift *Lettre Internationale*, die Sarajevo 1995 eine Ausgabe widmete (Heft 31., IV. Vj.1995, S. 47).

schung waren zu Anfang das Gebot der Stunde. Nach der zögerlichen Anerkennung der Staaten, die ihre Unabhängigkeit gegenüber der Belgrader Zentrale erklärt hatten, ließ der Westen zu, daß diese von der verbliebenen jugoslawischen Volksarmee überfallen und als "ethnisch gesäubertes" Territorium wieder zurückerobert wurden. Das Kompetenzgerangel zwischen NATO, UNO und den einzelnen Mitgliedsstaaten dokumentierte nicht nur das Scheitern, konsequent internationales Recht im Hinblick auf die Bedrohung Bosniens, einem souveränen, von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Staat und immerhin selbst Mitglied der UN durchzusetzen. Es zeigte sich, daß die westliche Duldung des serbischen Eroberungsfeldzuges mit dem Ziel eines "ethnisch reinen" Großserbiens durchaus interessegeleitet war. In den um den Frieden bemühten Versuchen der 'Kontaktgruppe' mischten und blockierten sich rationales Kalkül, unterschiedliche geopolitische Reminiszenzen – die zurück bis 1914 reichen – und irrationale Projektionen. Der französischen und britischen Diplomatie lag an einer Stabilisierung Serbiens als alter und neuer Hegemonialmacht auf dem Balkan – nicht zuletzt, um ein Gegengewicht gegen Deutschland und seiner beargwöhnten Einflußnahme in Mitteleuropa zu schaffen. Nach der Wende in der US-amerikanischen Balkanpolitik entsprachen denn auch die stattgefundenen, mehr noch die verhinderten militärischen Operationen dieser diplomatischen Strategie. Berichte von zurückgekehrten Militärs der UNPROFOR, aber auch aus NATO-Kreisen belegen dies (vgl. Gutman 1994, S. 219ff, Silber/Little 1995, S. 321ff.). Tatsächlich hat sich aber gezeigt, daß die Hoffnung einer Realpolitik, die auf den Stärksten in der Region und damit auf einen Sieg der Serben setzte, keineswegs schneller den Frieden brachte – selbst wenn bereits der Vance-Owen-Plan zur Teilung Bosnien-Herzegovinas von 1993 dieses Ziel anstrebte. Mit dieser Politik ist aber auch, erstmalig seit Hitler, das Modell eines ethnisch homogenen Nationalstaats in Europa international legitimiert worden. Der Philosoph und Politikwissenschaftler Pierre Hassner schlußfolgerte: "Die offensichtliche Ohnmacht, die Willenlosigkeit und das Unverständnis verbergen in Wirklichkeit nur die Akzeptanz der serbischen Hegemonie. Im Namen der Idee nämlich, daß der jugoslawische Raum, der gesamte Balkan einem permanenten Krieg aller gegen alle geweiht wäre, wenn nicht ein alle anderen dominierender Akteur sein Recht durchsetzte. Kurz gesagt soll Serbien die gleiche Rolle spielen wie Syrien, ebenfalls ein terroristischer Staat, aber von der Internationalen Gemeinschaft mit Erleichterung begrüßt." (Pierre Hassner 1993, S. 87) Letzlich ging es dem Westen – im Einklang mit Moskau – darum, nach dem Zu-

sammenbruch des Tito-Reichs eine neue Ordnungsmacht, sprich Großmacht auf dem Balkan zu protegieren. In Kauf genommen wurden dabei Völkermord und die Auflösung eines international anerkannten Staates (die Aufteilung Bosniens zwischen Serbien und Kroatien).

Am 21.11.1995 setzte das Dayton-Abkommen dem mörderischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien ein vorläufiges Ende. Die Hauptlast trug die Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina: im Verlauf der Kämpfe sind mindestens 145000 Menschen getötet und 174000 verletzt worden, 2,5 Millionen wurden vertrieben, 1,1 Millionen haben das Land verlassen – darunter ein großer Teil der Intelligenz, Wissenschaftler und Facharbeiter; 60 Prozent aller Häuser sind schwer beschädigt oder zerstört (vgl. dazu die Erhebungen der Internationalen Balkan-Kommission, *Der trügerische Frieden* 1997, S. 39). Auch wenn mit dem Dayton-Abkommen der serbische Eroberungskrieg vorläufig gestoppt wurde, basiert der geschlossene Frieden auf einer mit Waffengewalt erzwungenen Grenzziehung, der die ethnische Säuberung zugrundeliegt. Die ethnische Teilung Bosnien-Herzegowinas kollidiert zwangsläufig mit dem ebenfalls im Abkommen enthaltenen Rückkehrgebot an die Vertriebenen und dem gewünschten multikulturellen Wiederaufbau des zerstörten Landes. Auch die sehr zögerliche Ahndung der Kriegsverbrechen und der diplomatische Umgang mit den mit internationalem Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrechern fördern kaum den angestrebten demokratischen und friedlichen Konsolidierungsprozeß des zerstörten Landes. Die von der amerikanischen Carnegie-Stiftung eingesetzte Internationale Balkan-Kommission sprach deshalb in ihrem Bericht vom *trügerischen Frieden*.⁸ Sie machte bereits damals darauf aufmerksam, daß die Ausklammerung des Kosovo aus dem Daytoner Friedensvertrag längerfristig fatale Folgen zeitigen werde. Unter dem Vorsitz des ehemaligen belgischen Außenministers Leo Tindemans begann die europäisch-amerikanische Expertengruppe noch zu Zeiten des Krieges in Bosnien mit ihrer Recherche über dessen Ursachen. Zwei Jahre lang bereisten der Pariser Politologe Jacques Rupnik (ihm oblag die wissenschaftliche Leitung des Projekts), der amerikanische Völkerrechtsexperte Lloyd N. Cutler, der polnische Historiker und Außenminister Bronislaw Geremek, der britische Verteidigungsexperte John Roper, der Mitherausgeber der ZEIT Theo Sommer, die ehemalige Präsidentin des Europaparlaments Simone Veil

8 Vgl. *Der trügerische Frieden*. Bericht der Internationalen Balkan-Kommission, 1997.

und der jüngst verstorbene Direktor des Berliner Aspen Institutes David Anderson die Länder des ehemaligen Jugoslawiens. Sie sprachen mit Vertretern der demokratischen Opposition, Friedensgruppen, NGOs ebenso wie mit Milosevic, Tudjman und Izetbegovic. Zu ihren Gesprächspartnern zählten französische Verteidigungsexperten, UN-Kommissare oder russische Diplomaten, amerikanische Abhörspezialisten und deutsche Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen. In ihrer Rekonstruktion des Krieges, der Analyse der internationalen Reaktionen, der Politik Europas, der Vereinigten Staaten, Rußlands und der Vereinten Nationen kommt die Kommission zu dem Schluß: "Tatsächlich akzeptierte man vom ersten bis zum letzten Plan die ethnische Zugehörigkeit als Organisationsprinzip – und daher spiegelte die Abfolge von Friedensplänen für Bosnien verschiedene Stadien der ethnischen Teilung wider." (Der trügerische Frieden 1997, S. 90) Der realpolitischen Ethnisierung der Politik entsprach die im Westen weit verbreitete Interpretation, im Falle dieses Krieges handele es sich um den 'Rückfall in uralten Völkerhaß', um einen 'Kampf der Kulturen' oder gar um einen 'Religionskrieg'. Im Gegensatz dazu sieht die Kommission die Hauptverantwortlichkeit für den Krieg bei den postkommunistischen Politikern, die den "uralten Völkerhaß" heraufbeschworen, um ihre eigenen nationalistischen Projekte zu verfolgen und ihre Macht im Zerfallsprozeß zu retten. "Sie setzten den ethnischen Nationalismus bewußt zur Legitimierung einer Politik ein, die zugleich den totalitären Charakter des Systems im Innern verstärkte." (Ebda, S. 60) Slobodan Milosevic war und ist der größte Meister in der Exekution dieses Programms. Selbst der Westen saß lange Zeit seiner Propaganda auf und dankte ihm seine Bekehrung vom Kriegstreiber zum Friedensstifter in Dayton. An die Adresse der westlichen Politiker gerichtet betonen die Kommissionsmitglieder deshalb: "Die Leistung von Dayton kann die Schande und das Entsetzen, Srebrenica zugelassen zu haben, nicht auslöschen....Die primäre Ursache für das Scheitern der Verhandlungen über Bosnien-Herzegowina bis Sommer 1995 war die Weigerung der führenden internationalen Mächte, wesentlich früher eine überzeugende Gewaltandrohung einzusetzen, um eine Regelung zu erzwingen." (Ebda., S.123) Der Massenmord in Srebrenica konnte stattfinden, weil Rhetorik und Bereitschaft der Mächte, ihren Worten Taten folgen zu lassen, auseinanderklaffte, die UN-Truppen mangelhaft ausgestattet waren und humanitäre Hilfe als Ersatz für eine politische Strategie letztlich untauglich ist. Zu diesem Schluß kommen auch andere Autoren, die über den Fall von Srebrenica arbeiteten: die Studie der beiden niederländischen Politologen Jan Willem

Honig, Lehrbeauftragter für Kriegsstudien am King's College in London und Norbert Both, ein früherer Forschungsassistent von David Owen und das Tagebuch des jungen amerikanischen Journalisten und Pulitzer-Preisträgers David Rohde. Während die beiden Niederländer den Fall der Schutzzone auf den Pfaden der offiziellen Politik rekonstruieren und vornehmlich die amerikanische Politik kritisieren, zeichnet David Rohde die letzten Tage von Srebrenica aus unterschiedlichen Perspektiven nach: die Erfahrungen von sieben Menschen, darunter ein muslimischer Soldat, der unter einem Leichenberg überlebte, der mittlerweile in Den Haag wegen Kriegsverbrechen verurteilte bosnische Kroat Erdemovic und zwei niederländische UN-Soldaten konfrontiert er mit den politisch-militärstrategischen Entscheidungen auf UN-Seite, in Sarajevo oder Washington. Die von der UN proklamierte Schutzzone – die bosnische Armee war größtenteils entwaffnet worden – wurde widerstandslos der serbischen Eroberung preisgegeben. Eine Offensive, die ein gezielter Luftangriff, wie möglich und mehrfach vom Kommandeur der niederländischen UN-Truppen Thomas Karreman angefordert worden war, leicht hätte stoppen können. Alle drei Autoren hüten sich mangels Beweislage davor, die Preisgabe der Enklave als politisch geplante Entscheidung zu deuten. Ob es tatsächlich einen Handel mit Belgrad gab, Srebrenica zugunsten der Freigabe von Sarajevo zu opfern, lassen alle offen. David Rohde vermutet allerdings im Falle des französischen Generals Janvier, der die von den niederländischen Truppen in Srebrenica angeforderten NATO-Luftangriffe verweigerte, Absprachen mit dem serbischen General Mladic über die Freilassung französischer Geiseln. Den Champagner, wie alle Welt sehen konnte, trank Mladic nach erfolgreicher Eroberung von Srebrenica allerdings mit dem niederländischen Kommandierenden der UN. Als das Foto um die Welt ging, wehrte man sich allerdings noch gegen die Einsicht, daß während dieses Feldzugs tausende von Menschen planvoll und ausgewählt umgebracht worden waren. Bekanntermaßen erfolgte erst nach diesem größten Massaker in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg der entscheidende Militäreinsatz der NATO, der den Weg nach Dayton ebnete.⁹

9 Zur Geschichte des Krieges im ehemaligen Jugoslawien vgl. L. Silber/A. Little, *Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe* (1995); P. Maass, *Die Sache mit dem Krieg. Bosnien von 1992 bis Dayton* (1997); N. Stefanov/M. Werz (Hg.), *Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft* (1994); M.-J. Calic, *Der Krieg in Bosnien-Herzegowina* (1995); *Europa im Krieg. Die Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien* (1992); P. Parin, *Es ist Krieg und wir gehen hin* (1991).

”Dieser Krieg hat uns alle korrumpiert. Ich weiß nicht, ob wir uns je davon erholen werden. Häuser können wieder aufgebaut werden. Die Europäer werden sich wahrscheinlich so schuldig fühlen, daß sie uns reichlich Geld dafür schicken werden. Und die Araber werden die Moscheen wiederaufbauen wollen, nehme ich an. Aber wir sind wie Waren, die das Verfallsdatum überschritten haben. Wir sind eine Generation von shell-shocked Bettlern.” So äußerte sich eine Bürgerin aus Sarajevo, die zu Vorkriegszeiten als Richterin tätig war (zit. n. Rieff 1995, S. 198). Der bosnische Schriftsteller Zlatko Dizdarevic notierte in seinen Tagebuchaufzeichnungen am 19. Juni 1992 während der Belagerung Sarajevos die Festnahme und den Abtransport von 2000 Menschen in das Konzentrationslager Lukavica, bis zum Vortage noch eine Kaserne am Rande der Stadt: ”Die Demütigung der Deportation in ein Konzentrationslager aber wird in Sarajevo niemand verzeihen können, weder heute noch in Zukunft. Ein Gewehrkolben im Rücken und der Abtransport ins Lager lassen einen Schmerz zurück, den niemand vergessen kann. Dieser Schlag mit dem Gewehrkolben löscht sämtliche Errungenschaften der Zivilisation aus, beraubt den Menschen seiner wertvollsten Gefühle und löscht den Sinn für Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Vergebung unwiederbringlich aus. Hätte man es dabei bewenden lassen, Menschen umzubringen, so hätten wir das noch akzeptieren können – schließlich ist Krieg. Aber Deportationen gehören nicht zum Krieg.” (Dizdarevic, 1995, S. 65) In seinem Nachwort rekonstruiert der Ethnopsychanalytiker und ehemaliger Kämpfer in Titos Partisanenarmee Paul Parin die jahrelange ”systematische Erzeugung eines falschen öffentlichen Bewußtseins über die Kriege im zerfallenen Jugoslawien.” (Ebda., S. 204) Obwohl angesichts der Massaker in Srebrenica im Sommer 1995 eine Wende in der öffentlichen Wahrnehmung des Kriegsgeschehens vonstatten zu gehen schien, stellt sich die Frage: warum sich bis heute Bezeichnungen wie ”Bürger-” oder ”Religionskrieg” nicht nur auf dem Parkett der internationalen Diplomatie so hartnäckig gehalten haben, sondern auch in den unabhängigen Medien oder im Diskurs einer der Aufklärung verpflichteten Intelligenz?¹⁰ Wenn darüber hinaus immer nur von Muslimen, Kroaten und Serben die Rede ist, nicht hingegen von Bürgern, Staaten, von Regierung und Opposition, von Demokratien oder totalitären Regimen, werden offenkundig politische und historische

10 Vgl. dazu meine Artikel ‘Die verräterische Sprache. Zum Medienkrieg um Bosnien, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 22.3.1994 und ‘Der verbannte Blick’, in: *Kommune* 4/1994.

Analysekategorien durch ethnische ersetzt. Die Ethnifizierung der Realpolitik erfährt durch derartige Beschreibungen eine Verdoppelung; die Wahrnehmung des Kriegsgeschehens wird nach dem Muster kollektiver Identitäten – Volk, Stamm, Religion oder Kultur vorstrukturiert: die Rede ist dann vom 'Kampf der Kulturen' (vgl. Huntington 1996), vom 'Religionskrieg' etc. "Der westeuropäische Blick nimmt den Balkan als exotisches Schauspiel wahr, als reines Phantasma, als Ort jenseits von Geschichte und Zeit, wo die Menschen im Teufelskreis wüster ethnischer Konflikte gefangen sind, die das zivilisierte Europa überwunden hat...Ex-Jugoslawien war die Leinwand, auf die Europa sein eigenes, verdrängtes Umkehrbild projizierte. Heute fungiert 'der Balkan' weiterhin als Symptom Europas, als Leinwand, auf die Europa seine phantasmagorischen Schreckgespenster projiziert, damit die Inkonsistenzen und Widersprüche des eigenen ideologisch-politischen Gebäudes unsichtbar bleiben."¹¹

In dem Streit um Schuld und Verantwortung für den Krieg im ehemaligen Jugoslawien und den ausgetragenen Polemiken ging es weniger um eine sachhaltige Rekonstruktion des Geschehenen als vielmehr um die teils willkürliche Instrumentalisierung der Historie im Dienste der eigenen politischen Positionsbestimmung. Der Balkan diente dem Westen längst vor dem Krieg als vielgestaltige Projektionsfläche: als Traumland vorkapitalistischer Unberührtheit, soziales Experimentierfeld zwischen Kapitalismus und Kommunismus, als Paradies der Multikulturalität, blockfreie Idylle oder auch als ein Gebiet, entlang dessen Westeuropa seine kulturelle und politische Grenze zog. Die Wechselspiele von Parteinahme, Identifikation und Abwehr legten diese Projektionsmechanismen im Streit um das Versagen des Westens in seiner Jugoslawienpolitik erneut offen. Sind die Länder des ehemaligen Jugoslawiens etwa zum "seelischen Balkandepot für zivilisationsmüde Westeuropäer" (Karl-Markus Gauß, *DIE ZEIT*, 9.2.1996) geworden?

Ein Vergleich der französischen und deutschen Debatte um die Politik gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien ist geeignet, dieses Geflecht von Projektionen und Abwehrmechanismen zu entwirren. Dabei untersuche ich weniger die außenpolitischen Gegensätze der französischen und deutschen Regierung – jenseits des Rheins eine anfangs proserbische Politik; diesseits des Rheins eine anfangs prokroatische Orientierung –, sondern

¹¹ So charakterisierte der slowenische Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Žižek den westlichen Blick auf Ex-Jugoslawien in der Auseinandersetzung um Emir Kusturicas Film *Underground*. (Frank-

vielmehr deren Rezeption in der französischen und deutschen intellektuellen Öffentlichkeit. Mein Augenmerk gilt dabei besonders der Debatte im linksliberalen Denkraum beider Länder, da die Positionsbestimmungen, insbesondere in der Phase der Interventionsdiskussion, nahezu spiegelverkehrt verliefen.¹² Zutage treten ideologisch aufgeladene Denkfiguren, die in ihrem Wechselspiel geradezu einen déjà-vu-Effekt erzeugen. Als Fallbeispiel eignet sich diese Debatte in besonderer Weise, da die in ihr wiederkehrenden Denkfiguren, gleichsam als Kaleidoskop, auf Traditionszusammenhänge verweisen, die bis in die 50er Jahre zurückzuverfolgen sind.

1.1. Pazifistische Gesinnung und "Jugo-Nostalgie" in Deutschland

Im Sommer 1995 traten in Paris namhafte Künstler aus Protest gegen die westliche Appeasement-Politik und angesichts der Massaker in Srebrenica in den Hungerstreik. Am Ostrand der Stadt im Park von Vincennes wurde diese von der Theaterregisseurin Ariane Mnouchkine initiierte Aktion von täglichen Veranstaltungen zahlreicher Künstler begleitet. Zuvor hatte die Regisseurin bereits einen Aufruf verfaßt, der einen radikalen Wandel in der Bosnienpolitik verlangte und den über 10.000 Menschen, darunter viele Theater- und Filmregisseure sowie Schauspieler unterzeichnet hatten. Bereits zu Zeiten der Belagerung von Sarajevo unterstützten Intellektuelle und Künstler die Eingeschlossenen mit Bücherlieferungen, Filmvorführungen und Theaterinszenierungen in der bosnischen Stadt. Schon vor dem Fall von Srebrenica hatte man von dieser Seite lautstark eine militärische Intervention gefordert.

In den Feuilletons der *Frankfurter Rundschau* und der *ZEIT* begegnete man dem Engagement der französischen Intellektuellen für Bosnien mit Hohn: vom "Übereifer der Renegaten" (Peter Körte, *Frankfurter Rundschau*, 20.7.1995) war die Rede; in Anspielung auf ihre linke Vergangenheit schimpfte man sie "Bistro-Maoisten" (Rudolf Walther,

Frankfurter Rundschau 17.8.1995).

¹² Grundlage meiner Analyse ist die Sichtung und Auswertung der zu diesem Themenkomplex vornehmlich in den Feuilletons erschienenen Artikel in der *Frankfurter Rundschau*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *tageszeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *ZEIT* und des *SPIEGELS*. Empirische Grundlage für die französische Debatte waren die in *Le Monde*, *Libération* und im *Nouvel*

Frankfurter Rundschau, 12.9.1995) Fredy Gsteiger verlieh den französischen Intellektuellen den Titel der "romantischen Helden" (*DIE ZEIT*, 21.6.1995). Diese Attacke veranlaßte sogar Pierre Bourdieu und Etienne Balibar dazu, den deutschen Anwürfen gegen die Pariser Intelligenz entschieden zu widersprechen. (*DIE ZEIT*, 4.8.1995)

In der innerdeutschen Debatte hielt man der kleinen Gruppe der Interventionsbefürworter entgegen: "Sarajevo entfaltet eine süße Anziehungskraft....Wieder lassen wir uns von dem kriegerischen Geist, der in dem Grenzbereich der europäischen und orientalischen Kultur überwintert, infizieren", schrieb die Philosophin Sibylle Tönnies (*taz*, 8.8.1995). Auch Jürgen Habermas sprach von der "Dynamik der Selbstzerstörung auf dem Balkan, die uns ja an die fast naturgeschichtliche Dramatik unseres *eigenen* Nationalismus, des *europäischen Nationalismus* im 19. und frühen 20. Jahrhundert erinnert." (*Spiegel* 32/1995, hervorgeh. v. U.A.) Offenkundig gehörte der Balkan aus diesem Blickwinkel nicht zum europäischen Kontinent.

Den Befürwortern einer militärischen Intervention wurde in der deutschen Debatte häufig entgegnet, die Verbrechen der Wehrmacht in Serbien und die Bombardierung Belgrads im Zweiten Weltkrieg würden eine Beteiligung der Bundeswehr strikt verbieten. Der Verweis auf die nationalsozialistischen Verbrechen und ihre Einmaligkeit tauchte immer wieder, wenn auch nicht immer explizit, in der Argumentation der Interventionsgegner auf. Symptomatisch scheint mir in diesem Zusammenhang die implizite Anspielung des Sozialdemokraten Horst Ehmke auf Auschwitz und den deutschen Historikerstreit: "Von der Empörung über die Kriegsverbrechen in Bosnien sollten wir uns nicht ins Lager von Ernst Nolte treiben lassen. Das Gerede vom "Balkan-Faschismus" ist samt dem aus ihm resultierenden "Bellizismus"...eine politische Fehlleistung." (*DIE ZEIT*, 8.9.1995) Nolte war in dem Streit von 1986 eine Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen und eine Relativierung von Auschwitz vorgeworfen worden (vgl. Kap. 6.1).

Bereits 1993 lagen dem *STERN* Photos von den serbischen Konzentrationslagern vor, die der Photograph Andree Kaiser in Begleitung des amerikanischen Journalisten Roy Gutman in Bosnien aufgenommen hatte. Drei Monate dauerte es, bis sich die Redaktion entschloß, die Bilder über die Todeslager zu publizieren. Die Reportagen des Amerika-

Observateur erschienenen Beiträge. Ich danke den Archiven für die Zusammenarbeit. Ergänzt habe ich dieses Material um ausführliche Interviews mit relevanten französischen Protagonisten der Debatte s.u.

ners, der dafür 1993 den Pulitzerpreis erhielt (vgl. Gutman 1994), sorgten alsbald für eine heftige Kontroverse in der deutschen Presse. Im Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung* (2.3.1994) schrieb Mira Beham, daß solch irreführende Kategorien wie 'Konzentrationslager', 'Genozid' und Massenvergewaltigungen' einzig der "weltweiten Isolation und Dämonisierung der Serben" dienten. Zu verdanken sei diese erfolgreiche Meinungssteuerung der amerikanischen Werbeagentur Ruder Finn, die im Auftrag der kroatischen und bosnischen Regierung arbeite. Bereits früher zeichnete sich eine für deutsche Verhältnisse typische politische Lagerbildung in der öffentlichen Debatte ab: eine prokroatische Haltung, wie sie großen Teilen der damaligen konservativen Bonner Regierung eigen war, spiegelte sich häufig in den Leitartikeln von Johann Georg Reißmüller in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wider¹³, während die linksliberale Presse, wie die *Frankfurter Rundschau*, die *Süddeutsche Zeitung* oder *DIE ZEIT* in ihren Kommentaren die Bonner Politik kritisierte.

Jenseits dieser eher konventionellen politischen Lagerbildung waren die Beiträge in der *Tageszeitung* zu verorten. In dem oben zitierten Artikel der *Süddeutschen Zeitung* hielt man dem Berliner Blatt vor, Organ einer "orientierungslos gewordenen Linken" zu sein, "die ihr schlechtes ex-sozialistisches Gewissen mit einer moralisch verbrämten, emotional aufgeladenen Parteinahme für den Befreiungskampf kleiner Völker aus den Klauen des Restbolschewismus kompensierte." (*Süddeutsche Zeitung*, 2.3.1994) Gemeint war offensichtlich jene Handvoll Intellektueller, die die Appeasementhaltung des Westens gegenüber Bosnien kritisierten und ein energisches Eingreifen forderten. (Peter Schneider, Claus Leggewie, Daniel Cohn-Bendit, Freimut Duve, Dieter Senghaas u.a.) Sie waren zum damaligen Zeitpunkt in der intellektuellen Debatte in Deutschland eine kleine Minderheit.

Nach dem Massaker auf dem Marktplatz von Sarajevo hatte Daniel Cohn-Bendit ein militärisches Eingreifen des Westens gefordert: "Es gibt Situationen in der Geschichte, wo man das Schreckliche beenden muß, indem man Schlimmes tut, um noch Schlimmeres zu verhindern....Ich habe mich entschieden, auch wenn ich mich nicht wohl dabei fühle. Aber, hätten sich vor 50 Jahren Menschen nicht entschieden, wäre ich nie geboren worden. Der Preis war Dresden, der Erfolg Hitlers Niederlage." (*die tageszeitung*,

13 Vgl. u.a. Reißmüller, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23.11.1994.

20.4.1994) "Angesichts der deutschen Geschichte können wir uns unserer historischen Verantwortung nicht entziehen", betonte er einige Monate später (a.a.O. 7.12.1994) Auch Marek Edelman, einer der überlebenden Anführer des Warschauer Ghetto-Aufstandes stellte den Bezug zur deutschen Geschichte her. Er sprach bewußt von Ghettos angesichts der eingekesselten Städte Bosniens und später von einem "posthumen Sieg Hitlers". In der Debatte um eine militärische Intervention unter Beteiligung der Bundeswehr mahnte er an: "Damals waren sie dort, um zu morden, heute sollen sie hin, um das Morden zu beenden." (*die tageszeitung*, 4./5.2.1995) Edelman zählte zu den 100 Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern und Journalisten aus 18 Ländern, die im März 1994 an die UN und die europäischen Regierungen appellierten: "Das Ultimatum für Sarajevo war der erste Schritt: Jetzt müssen im ganzen Gebiet des früheren Jugoslawien Angriffe unmöglich gemacht werden."¹⁴

Derartige Einlassungen, wie sie von Marek Edelman oder Dany Cohn-Bendit vorgetragen wurde, gerieten sehr schnell ins Feuer der Kritik. Der Sozialdemokrat Peter Glotz faßte – mit Verweis auf die angebliche Desinformationskampagne der Werbeagentur Ruder Finn – die in weiten Teilen der deutschen Linken vorherrschende Position zusammen: "Ein teils religiös, teils ethnisch motivierter nationalistischer Krieg in einer Völkermischzone wurde undefiniert in den systematischen Völkermord einer Hegemonialmacht gegen verfolgte Minderheiten" (*SPIEGEL special*, 1/1995). Hans Magnus Enzensberger, der zu Zeiten des Golfkriegs vor einem Vergleich zwischen Saddam Hussein und Hitler nicht zurückschreckte, setzte den "Bürgerkrieg" in Bosnien mit dem alltäglichen "Bürgerkrieg" in der U-Bahn gleich (*SPIEGEL*, 25/1993). Vergleicht man die öffentlichen Reaktionen deutscher Intellektueller, die Empörung im linksliberalen Lager und die Proteste der Friedensbewegung anläßlich des Golfkrieges mit den Reaktionsweisen auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, waren diese lange Zeit eher zurückhaltend. So gewiß man sich ehemals in der Verurteilung der amerikanischen Intervention in Kuwait war, so bedeckt gab man sich angesichts des scheinbar unentwirrbaren, sogenannten "Bürgerkriegs" im ehemaligen Jugoslawien.

14 Zu den Unterzeichnern gehörten u.a. Wolf Biermann, Ignaz Bubis, Dany Cohn-Bendit, Jiri Dienstbier, Freimut Duve, François Fejtö, Jürgen Fuchs, Heiner Geißler, Günter Grass, André Glucksmann, Juan Goytisolo, Bernard-Henry Lévy, Karl Popper, Peter Schneider, Jorge Semprun, Simon Wiesenthal. Viele deutsche Unterschriften wies der Aufruf nicht auf.

Die Kritik an der Anerkennungspolitik der Regierung Helmut Kohls gegenüber Kroatien und Slowenien verwandelte sich im Laufe der Zeit in eine Schuldzuweisung, mit dieser frühzeitigen Anerkennung den Krieg von deutscher Seite aus geradezu provoziert zu haben. Daß die Stadt Vukovar im November 1991 bereits vor dem entscheidenden Besuch des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher von der serbisch dominierten ex-jugoslawischen Volksarmee zerstört worden war, war in Vergessenheit geraten. Die weitere Debatte, insbesondere um eine militärische Intervention mit deutscher Beteiligung, unterlag zunehmend innenpolitischen Prämissen: der Blick war weniger auf Bosnien und die dort stattfindenden ethnischen Säuberungen und Kriegsverbrechen der serbischen Armee gerichtet als vielmehr auf das neu zu gestaltende nationale Selbstverständnis nach der Wiedervereinigung. Der Blick auf die aktuellen Kriegsverbrechen wurde immer wieder überlagert von der Debatte um die Definition der Bundeswehr. Nach der Wende in der amerikanischen Politik, die das Eingreifen der NATO erst möglich machte, erklangen zunehmend antiamerikanische Töne, wie bereits zu Zeiten des Golfkrieges.¹⁵

Gegenüber der anfänglich prokroatischen Regierungspolitik formierte sich im linksliberalen Lager eine Opposition, die, mit Verweis auf die Bombardierung Belgrads 1941 und die Naziverbrechen an den Serben deren heutiger mörderischer Politik eine dulddende, wenn nicht zeitweise sogar verständnisvolle Haltung einnahm. Während die Kroaten mit der Ustascha und den Faschisten assoziiert wurden, gerieten die Serben unter der Hand zum Identifikationsobjekt in Teilen der Linken: als ehemalige Opfer der Nationalsozialisten und gleichermaßen antifaschistische Partisanen. Dieser posthume Antifaschismus, der als Denkfigur darin aufscheint, ging zeitweise mit der Neigung einher, angesichts der Debatten um die 'Normalität' Deutschlands nach der Wiedervereinigung 1989 die Deutschen wieder als Tätervolk rehabilitieren zu wollen.

Das Massaker in Srebrenica und die Preisgabe der UN-Schutzzone an die serbische Armee im Sommer 1995 veranlaßten den Grünen Joschka Fischer, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag zu einer Revision seiner bisherigen Position. In einem Grundsatzpapier sprach er sich für die militärische Sicherung der restlichen UN-

¹⁵ Auch der Antiamerikanismus zählt als Denkfigur zum Traditionsbestand des linksliberalen Milieus (vgl. Kap. 2.7. u. 3.1.).

Schutzzonen in Bosnien aus und forderte seine Partei auf, ihr Prinzip der Gewaltlosigkeit zu überprüfen (vgl. Fischer 1995, S. 10). Er entfachte damit im grünen Lager eine Grundsatzdiskussion über das Selbstverständnis der Bundesrepublik, deutsche Sonderwege und eine Neubestimmung der Außenpolitik.¹⁶ Aber nicht nur aus seiner eigenen Partei heraus wurde er heftig attackiert. Der PDS-Abgeordnete Gysi hielt Fischer entgegen, "den Krieg im früheren Jugoslawien aus innerparteilichen und innenpolitischen Gründen zu instrumentalisieren. Seine Methode, die Bündnisgrünen regierungsfähig zu machen, ist dieselbe, die die Bundesrepublik anwendet, um militärische Interventionspolitik politisch durchzusetzen. Beide benutzen das Grauen des Krieges im früheren Jugoslawien (und die Schwäche pazifistischer Positionen in unserer Gesellschaft), um innenpolitische Ziele zu befördern." (*die tageszeitung*, 19./20.8.1995) Ins gleiche Horn blies der Frankfurter Sozialdemokrat Heiner Halberstadt: "Ist für Euch nicht erkennbar, daß der Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien und dessen grauenvolle Begleiterscheinungen kaschiert, aber planvoll genutzt werden sollen, um dem deutschen militärischen Apparat wieder das Tor zur globalen Operationsfähigkeit – also mindestens zur Teilmilitarisierung deutscher Außenpolitik – zu öffnen?" (*Frankfurter Rundschau*, 25.8.1995) Offensichtlich aus diesem Grunde plädierte auch der damalige Geschäftsführer der SPD Günther Verheugen für eine "prinzipiell gewaltfreie Außenpolitik". Deutschland könne auch nach der großen Wende in Europa kein normales Land werden, "wie andere ohne eine so anormale Geschichte es sind. Wer es immer noch nicht glaubt, sollte sich einmal fragen, was das erst jüngst eröffnete Washingtoner Holocaust-Museum bedeutet." (*Vorwärts*, 8/1995)

Mit diesem impliziten Verweis auf Auschwitz – und darin liegt dessen Instrumentalisierung – wurden in der deutschen Debatte immer wieder jene Positionen zurückgewiesen, die eine militärische Intervention des Westens verlangten. "Gerade die deutsche Debatte erweckte den Eindruck, als gelte es, auf dem Balkan vornehmlich die Untaten von Wehrmacht und Gestapo zu sühnen. So verdrängten ausgerechnet jene, die angetreten waren, die Verdrängung (und die Wiederkehr des Verdrängten) zu verändern, die reale Gegen-

16 Vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 2.8.1995, Dokumentation des Grundsatzpapier v. J. Fischer; Ludger Volmers Entgegnung auf Fischer (*die tageszeitung*, 12./13.8.1995); Streitgespräch zwischen L. Volmer und Hubert Kleinert (*Spiegel* 48/1995); Andreas Buro zum Fischer-Papier (*Frankfurter Rundschau*, 8.9.1995); Hubert Kleinert (*Frankfurter Rundschau* 9.9.1995); Ralf Fücks (*die Tageszeitung*, 11.9.1995); Offener Brief aus der Deutschen Friedensgesellschaft an Fischer (*Frankfurter Rundschau*, 20.9.1995).

wart des Völkermords. Die wenigen, die sich von Beginn an unmißverständlich auf die Seite der Angegriffenen stellten, wurden gern als (überdies geltungssüchtige) Bellizisten denunziert. Der gegen die nukleare Bedrohung und den 'ökologischen Holocaust' gerichtete Pazifismus der achtziger Jahre, der sich mit Vorliebe an den Verfehlungen der westlichen Bündnispartner aufrichtete, steht nun vor einem Scherbenhaufen, vor einem eigenen 'München'.¹⁷

Die Denkfigur eines posthumen Antifaschismus und die Neigung, die Deutschen nach 1989 als Tätervolk rehabilitieren zu wollen, finden sich in selten konzentrierter Form in Peter Handkes Einlassung, mit der er gerade heraus "Gerechtigkeit für Serbien" forderte. Sein Bericht über *Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina*, so der Titel, erschien zuerst in zwei Folgen in der *Süddeutschen Zeitung* (5./6./7.1.1996 u. 13./14.1.1996) und später im Suhrkamp Verlag.¹⁸

Interessant daran ist kaum dessen literarische Qualität oder Handkes Idyllisierung des 'Serbenvolks' und seine Begeisterung für dessen vormoderne Lebensweise jenseits kapitalistischer Verworfenheit, die ihm nicht zuletzt den Vorwurf völkischen Denkens einbrachte: "Aus ihm spricht ein Wahn von Krieg und Blut und Boden, der beunruhigend ist, weil er Methode hat", so Gustav Seibt (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.1.1996)¹⁹

Von Bedeutung scheint mir vielmehr, daß in diesem Text Denkfiguren versammelt und konzentriert sind, die in der Debatte um Ex-Jugoslawien seit Kriegsbeginn in mehr oder weniger expliziter Form immer wieder auftauchten. (Die Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* versprach seinerzeit im Vorspann ihrer Leserschaft, sich während der Lektüre des Handke-Textes von eingefahrenen Denkmustern befreien zu können und wünschte sich im Anschluß Diskussionen, die "unsere Einstellung zur Flut der Beschreibungen" dieses Krieges ändern mögen.) Ausgelöst werden sollten sie mit Handkes Fragen, ob die Massaker in Srebrenica im Juli 1995 tatsächlich stattgefunden haben, oder wir nicht eher einer gigantischen Manipulation "geiler" Kriegsberichterstatter aufgesessen hätten, die uns

17 Claus Leggewie, Hoffen auf Sisyphus, *Spiegel* 33/1995. Leggewie setzte sich in dieser Zeit für sog. Kulturbrücken ein, zu deren Projekten u.a. der Aufbau der 1992 verbrannten Bibliothek von Sarajevo zählte.

18 Der Verlag brachte den Text via Lesereisen generalstabsmäßig unters Volk.

immer wieder die Serben als die Aggressoren dieses Krieges aufreden wollten. Eine "internationale Journalistenverschwörung" konstatierte er, deren perfide Kriegsberichterstattung die westliche Öffentlichkeit angeblich jahrelang in die Irre führte. Statt dessen, so insinuierte Handke, waren die Serben doch mindestens ebenso Opfer in diesem Krieg. Doch ihre "Kummer- und Trauerengenossen aus den beiden übrigen Kriegsvölkern waren durch den Berichtsblickwinkel deutlich in eine Pose gerückt: wohl wirklich leidend, wurden sie gezeigt in einer Leidenspose. Und im Laufe der Kriegsberichtsahre ... nahmen sie für die Linsen und Hörknöpfe der internationalen Belichter und Berichter, von diesen inzwischen angeleitet, gelenkt, eingewinkt ('He, Partner!') sichtlich wie gefügig die fremdgewünschten Martermienen- und -haltungen ein. Wer sagt mir, daß ich mich irre oder gar böswillig bin, wenn ich so zu der Aufnahme des lauthals weinenden Gesichts einer Frau, Close Up hinter den Gittern eines Gefangenenlagers, das gehorsame Befolgen der Anweisungen des Photographen der Internationalen Presseagentur außerhalb des Lagerzaunes förmlich mitsehe, und selbst an der Art, wie die Frau sich an den Draht klammert, etwas von dem Bilderkaufmann ihr Vorgezeigtes?" (Handke, *Süddeutsche Zeitung*, 5./6./7.1.1996)

Handkes Wut galt offensichtlich weniger den Tätern, sondern vielmehr den Opfern. Mit seiner Deutung des Krieges sowie dessen medialer Vermittlung attackierte er jedoch nicht nur die Insassen der serbischen Lager, sondern auch jene Journalisten, die teils ihr Leben riskierten, indem sie auf die berüchtigten Todeslager stießen und darüber Bericht erstatteten. "Wohl wirklich leidend, verdächtigt Handke die Überbringer der Bilder als Fälscher und die Gemarterten als mediengeile Simulanten", schrieb Peter Schneider (*Spiegel* 3/1996). 42 Journalisten sind in diesem Krieg umgebracht worden, darunter auch der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*. Die empörte Reaktion des Filmregisseurs Marcel Ophüls auf Handkes Text gründet darin, daß Handke just jene Journalisten – ohne sie namentlich zu nennen – am heftigsten attackierte, deren Arbeit im Kriegsgebiet Marcel Ophüls in seinem 2-teiligen Film *Veillées d'Armes* analysierte. (Sein Film über die Fallstricke der Kriegsberichterstattung, das Wechselspiel zwischen Parteinahme und Neutralitätsgebot, der Suche nach Wahrheit und der Vermarktung von Information scheint

19 Vgl. auch Dzevad Karahasan, Bürger Handke, Serbenvolk (*DIE ZEIT*, 16.2.1996); Bora Cosic, Nachbar, Euer Fläschchen. Gespräch über den abwesenden Herrn Handke (*Frankfurter Allgemeine*

mir eines der erhellendsten Dokumente über diesen Krieg zu sein.) Ophüls hielt Handke entgegen: "Die Journalisten haben das, was sie gesehen haben, mit größtmöglicher Objektivität beschrieben – gegen den Widerstand der öffentlichen Meinung und Politiker ihrer Länder, welche die Verbrechen nicht zur Kenntnis nehmen wollten... Sie haben es unter Einsatz ihres Lebens in drei Jahren geschafft, die öffentlichen Meinungen in Frankreich, Amerika und anderswo auf den Völkermord aufmerksam zu machen. Die Neutralisten und Pazifisten wollten sich feigerweise aus dem Konflikt heraushalten: weil die Schuld sowieso bei allen liege und man eh nichts tun könne. Damit machten sie sich an der Barbarei mitschuldig. Jetzt liefert Handke diesen Mitläufern ein Alibi." (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.1.1996, vgl. auch *die tageszeitung*, 22.1.96)²⁰

Noch zweifelhafter wird Handkes Text in jenen Passagen, in denen er eine Denkfigur aufgreift, die fester Bestandteil des Mythenschatzes großserbischer Ideologen ist: nämlich Opfer einer Verschwörung Kroatiens und Deutschlands zu sein, die von den internationalen Medien noch forciert würde. Handke scheut sich nicht, eine Analogie zur Verfolgung und Vernichtung der Juden herzustellen. Er beschließt seinen Artikel mit dem Abschiedsbrief eines Mannes, der sich im Angesicht der von ihm gewählten unmittelbar bevorstehenden Ausrottung des serbischen Volkes umbrachte. Alain Finkielkraut merkte dazu an: "Die Serben nehmen für sich eine historisch verbriefte Unschuld in Anspruch, indem sie ihr Schicksal mit dem der Juden vergleichen... Die Berufung auf den Holocaust diene der serbischen Politik dazu, ein Alibi für die eigenen Verbrechen zu fabrizieren. Eine leicht durchschaubare Strategie. Handke ist ihr erlegen, weil er von der Ewigkeit deutscher Schuld überzeugt ist." (*Süddeutsche Zeitung*, 7.11.1996)²¹

Es erscheint mir keineswegs zufällig, daß sich Peter Handke in seinem Fragenkatalog, der einen Völkermord in Bosnien-Herzegowina in Zweifel zu ziehen sucht, an den Argumentationslinien von Mira Beham orientiert. Jene Autorin, die ihm während seiner Münchner

Zeitung, 2.2.1996).

²⁰ In Paris war man fassungslos angesichts der Journalistenschelte von Handke. Sie traf auch den *Libération*-Korrespondenten Jean Hatzfeld, der in dem Krieg ein Bein verloren hatte, vgl. J. Hatzfeld, *L'air de la guerre* (1994); in *Le Monde* erschien anlässlich Handkes Veröffentlichung ein großer Artikel von Luc Rosenzweig mit der Überschrift 'Handke, avocat pro-serbe' (19.1.1996).

²¹ Vgl. auch Richard Herzinger: "Nach der 'Auschwitz-Lüge der Neonazis bescherte uns der apokalyptische Zivilisationskritiker eine weitere Variante deutscher Vergangenheitsbewältigung: die Srebrenica-Lüge." (Herzinger 1996, S.380); Yves Laplace, *Considérations salutaires sur le désastre de Srebrenica* (1998), eine französische Gegenrede zu Handkes Reisebericht.

Lesung auf dem Podium beisaß und bereits 1994 in der *Süddeutschen Zeitung* insinuierte: Völkermord, Konzentrationslager und Massenvergewaltigungen seien Schöpfungen amerikanischer Werbeagenturen im Auftrage der bosnischen und kroatischen Regierungen. In ihrem Buch *Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik* (Beham 1996)²² komplettiert sie diese Verschwörungstheorie: die Tatsache, daß beispielsweise die Jewish Communities in den USA sehr frühzeitig gegen den Völkermord in Bosnien protestierten, verdanke sich ausschließlich der perfiden Propagandaarbeit der Werbeagentur Ruder Finn: "Aus den gemeinsamen Opfern des Faschismus im Zweiten Weltkrieg und damit aus den quasi natürlichen Verbündeten, nämlich den Juden und Serben, hatte James Harff (der Chef von Ruder Finn, Anm.d.A.) Gegenspieler gemacht." (a.a.O., S.175) Jene von Handke und Beham verwendeten Argumentationsmuster sind übrigens auch in dem von Klaus Bittermann herausgegebenen Sammelband mit dem Titel *Serbien muß sterben. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg* (Bittermann 1994) enthalten – ein Buch, das die Geschichtsrevision im Hinblick auf den Völkermord im ehemaligen Jugoslawien noch in weitaus militanterer Weise betreibt.

In Anknüpfung an Mira Beham, Lothar Baier oder Peter Glotz spricht Handke von einer 'Medienverschwörung' und 'amerikanischer Manipulation' (vornehmlich seitens des Sender CNN). Auch er neigt zu einer Ethnisierung dieses Krieges, wenn vom bedrohten serbischen Volk die Rede ist. Als weitere Denkfigur findet sich in Handkes Text eine Position, die zumindest unterschwellig in der deutschen Debatte auszumachen war: sie gründet in der Vermutung, all dieser Schrecken des Krieges wäre nicht eingetreten, wenn Jugoslawien in alter Façon fortbestanden hätte. Spiegelt sich darin nicht eine Sehnsucht nach den Zeiten eines vermeintlich geordneten arbeiterselbstverwalteten Vielvölkerstaats, lebendig durchbrochen von den immer wieder aufflammenden balkanischen Leidenschaften wider? In ähnlicher Manier inszenierte der aus Sarajevo stammende Filmregisseur Emir Kusturica in seinem Film *Underground* diesen nostalgischen Blick auf Ex-Jugoslawien im Bilderrausch.²³

22 Das Buch hatte die Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und ein Vorwort von Peter Glotz.

23 In Frankreich warf man dem Film bereits zum Zeitpunkt seiner Auszeichnung mit der Goldenen Palme in Cannes im Mai 1995 vor, serbischen Propagandamustern zu folgen. Kusturicas Äußerungen in der Zeitschrift *cahiers du cinéma*, Slowenien, Kroatien und Bosnien seien "kleine Satellitenstaaten der Nazis", waren kaum geeignet, den an ihn gerichteten Vorwurf, einen proserbischen Film mit finanzieller Unterstützung des staatlichen Belgrader Fernsehens produziert zu haben, zu entkräften.

Handke, der in der Zwischenzeit mehrfach für seine Verdienste um die serbische Nation in Belgrad geehrt wurde²⁴, beschloß diesen Streit um sein Buch mit einer erneuten Presse-schelte: "Über die Jahre habe ich mit zunehmender Empörung verfolgt, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vorgegangen ist, auch der *SPIEGEL* und *Le Monde*. Das wird die Geschichte diesen drei Organen nie verzeihen...Was diese drei Organe gemacht haben, ist und bleibt kriminell. Das ist auf andere Weise auch kriegsverbrecherisch." (Im Gespräch mit Willi Winkler, *DIE ZEIT*, 2.1.1996a)²⁵

In der Reminiszenz an die scheinbar Stabilität und Frieden garantierende Tito-Ära, verbunden mit einem posthumen Antifaschismus, wiederholen sich im Falle Bosniens Denkfiguren und Deutungsmuster, die bereits im Hinblick auf Polen in den 80er Jahren und angesichts des späteren Zerfalls der Sowjetunion großen Teilen des linksliberalen bundesdeutschen Milieu eigen waren. Die polnische Bürgerbewegung galt vielen seinerzeit als katholisch-fundamentalisch, man adelte sie gar als die "fünfte Kolonne" des Papstes. Zehn Jahre später war man mit Zuschreibungen gegenüber der bosnischen Bevölkerung ebenso schnell bei der Hand: wenn fortwährend der 'islamische Fundamentalismus, der sich ins Herz Europas grabe' angeführt wurde. Zuweilen wurde unterstellt, das Böse im Menschen und das Gesetz der Blutrache setzten sich durch, wenn (vermeintlich) stabile Ordnungsgefüge (wie beispielsweise das Tito'sche) zusammenbrächen. Selbstverständlich wüteten auf beiden Seiten des Krieges Irrationalitäten, die sich bis zur Blutrache steigerten, kämpften islamische Fundamentalisten in der bosnischen Armee, trug dieser Krieg auch ethnische, religiöse und atavistische Züge. Aber derartige Zuschreibungen saßen letztlich den Irrationalitäten dieses Krieges selber auf und betrieben sprachlich noch einmal die Ethnifizierung, die sie vorgaben, zu kritisieren – in Übernahme der Sprache des Aggressors. Gesellschaftliche Strukturen, alte und neue Herrschaftsformen wurden damit enthistorisiert und entzogen sich der politischen Analyse. Daß auf dieser Folie Angreifer und Angegriffene, Täter und Opfer gleichgesetzt wurden, verwundert dann nicht mehr. Nach zehn Jahren Krieg ist es – wie Milosovics letzter Krieg gegen

24 Vgl. dazu Georg Baltissen, *Gerechtigkeit trägt endlich Früchte*, die tageszeitung, 15.5.1996.

25 In Lothar Baier fand Handke einen Verteidiger seiner Position: er unterstellte der deutschen Publizistik "die Tendenz zu einem einzigen Gesinnungsmonopol", das allseits der Direktive der political correctness folge. (Freitag, 2.2.1996).

die Kosovo-Albaner zeigt – dem Diktator in Belgrad gelungen, die Ethnifizierung des Balkans, d.h. ethnisch reine Kleinstaaten, gewaltsam durchzusetzen. Die auffällige Zurückhaltung deutscher Intellektueller angesichts dieser Situation in Europa, vor der eigenen Haustür sozusagen, entsprach letztlich der – bis zu dem NATO-Bombardement im Kosovo 1999 – lange währenden realpolitischen Handlungsmaxime des Westens, nämlich der 'Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates'.

Der Vorwurf der Einmischung erscholl bereits vor 1989 unisono aus den kommunistischen Parteizentralen Prags, Warschaws, Moskaus oder Ost-Berlins, selbst wenn nur verhaltene Kritik im Westen geübt wurde: z.B. angesichts der Menschenrechtsverletzungen oder Inhaftierungen von Bürgerrechtlern. Nichteinmischung war deshalb zentrales Diktum der Entspannungspolitik, um den Friedensprozeß nicht zu stören. Einmischung galt als Destabilisierung dieser Staaten, in Absehung von der Tatsache, daß diese Gesellschaften sich längst selbst destabilisiert hatten bzw. auf dem Weg dahin waren. Große Teile der deutschen – vom Anspruch her keineswegs staatstragenden – Intellektuellen und Vertreter der Politikwissenschaft als auch die realpolitischen Strategien der westeuropäischen politischen Klasse gingen an der realen Bewegung innerhalb dieser Gesellschaften, ihren Widersprüchen und den Prozessen ihrer Auflösung vorbei. Die Grundannahme dieser Analysen setzte die staatliche Regulierung und weitgehende Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse immer voraus. Wenn die Gesellschaft plötzlich lebendig wurde, sich ungeplant regte und grenzenlos recken wollte, griff die östliche und westliche Staatsräson und Friedensabsicherung im Sinne der Beibehaltung des Status quo (vgl. Kap. 5.2 und 5.3). So wie der Westen bis 1989 die vermeintliche Stabilität der Jalta-Ordnung protegierte, immer im Hinblick auf Moskau verhandelte und damit den Weltfrieden gesichert sah, so verhielt er sich letztlich angesichts des Zerfalls Jugoslawiens. Viele sträubten sich, zur Kenntnis zu nehmen, daß Titos Reich längst von innen heraus zerfallen und ökonomisch bankrott war. So wie man aus realpolitischem Blickwinkel den "polnischen Sommer" 1980/81 als gefährlichen Störfall wahrnahm – und darin nicht den Anfang vom Ende der Jalta-Ordnung sah –, so trotzig bedauernd, auf dem status quo beharrend, begegnete man den Auflösungserscheinungen im ehemaligen Jugoslawien.

Noch bis in die 80er Jahre dienten die DDR ebenso wie andere Staaten des Warschauer Paktes und besonders Jugoslawien vielen Intellektuellen des linksliberalen Milieus als Projektionsfläche eines prophezeiten 'dritten Weges' (vgl. Kap. 5). Die Idee eines demo-

kratisch reformierten Sozialismus verstellte manchem Intellektuellen den Blick gerade auf jene demokratischen Kräfte innerhalb dieser Gesellschaften, die deren Statik letztlich aufsprengten. Die Grenze des propagierten universalen Demokratieverständnisses war vielen deutschen Intellektuellen letztlich die Mauer, der sog. 'antifaschistische Schutzwall'. Die Jalta-Ordnung und die Zweiteilung Deutschlands galten als unhintergebares Resultat der Verbrechen Hitlers, eine Strafe, die die Einmaligkeit von Auschwitz im Gedächtnis halten sollte.²⁶

In der Auseinandersetzung um das ehemalige Jugoslawien scheint es nun, als müßte der Krieg in Bosnien undurchschaubar bleiben, zum Bürgerkrieg umdefiniert werden, nicht nur, um das mangelnde Interesse und die eigene Nichteinmischung zu legitimieren. Seine blutige Realität und deren Akzeptanz diene symbolisch nicht zuletzt der Selbstrechtfertigung eines Denkens, das der Jalta-Ordnung auf Gedeih und Verderb verpflichtet war und sie heute noch zuweilen zurücksehnt. Selbst wenn der – für viele überraschende – Zusammenbruch des Kommunismus in Ostmitteleuropa unblutig und friedlich verlief, hat man mit dem Verweis auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien doch in gewisser Weise rechtbehalten. Die Strafe für den jenseits des Eisernen Vorhangs ertrotzten Zusammenbruch der Jalta-Ordnung, auf deren Frieden und Stabilität man im Westen bis 1989 setzte, folgte auf dem Fuße; der Blutzoll wurde und wird sozusagen auf dem Balkan erbracht.

1.2. Pariser Intellektuelle im 'Kampf gegen Totalitarismus' und 'ethnische Säuberung'

Aus Frankreich sind vornehmlich die spektakulären Auftritte des Medienintellektuellen Bernard-Henri Levy, seine Reisen nach Bosnien und die u.a. von ihm initiierte Liste zur Europawahl 1994 *L'Europe commence à Sarajevo* in den Blick geraten. Anlässlich der Vorstellung seines Films *Bosna* gab er die Listengründung bekannt.²⁷ Zu den Erstunterzeichnern dieser ungewöhnlichen Intellektuelleninitiative zählten André Glucksmann, der Krebsforscher Léon Schwartzberg, Paskal Bruckner, Marek Halter, Michel Feher,

²⁶ Günter Grass vertrat diese Position noch einmal vehement anlässlich der Wiedervereinigung 1990, vgl. Kap.6.1).

²⁷ Vgl. Gilles Bresson/Pascal Virot, L'effet Sarajevo reveille la campagne, *Libération* v. 19.5.1994.

François Fejtő, Juan Goytisolo u.a.. Damit war der Krieg in Bosnien zu einem zentralen Wahlkampfthema in Frankreich geworden. Meinungsumfragen zufolge hätte diese Liste bis zu 12 Prozent der Stimmen erhalten können. Die Intellektuellen forderten in ihrer Kampagne die Führer der anderen Parteien auf, zu fünf zentralen Punkten Stellung zu nehmen: Erhaltung des Staates Bosnien-Herzegowina; Anwendung der Beschlüsse der Vereinten Nationen; sofortige Aufhebung des Waffenembargos; Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung und die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofs für Kriegsverbrecher. Erstaunlicherweise erschienen die eingeladenen Parteiführer zur Veranstaltung in dem traditionsreichen Ort, der Pariser *mutualité*. Der Positionswechsel des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Michel Rocard war wohl die spektakulärste Folge dieser Initiative: er sprach sich fortan für die bedingungslose Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien aus. Aufwind erhielt diese Kampagne mit dem Paris-Besuch des bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic im Mai 1994.²⁸ Auch wenn die mediale Selbstinszenierung Bernard-Henry Lévy's²⁹ – seine eitel präsentierte Freundschaft mit dem bosnischen Präsidenten – dieser Kampagne teils heftige Kritik eintrug, war es ihr doch gelungen, eine große öffentliche Debatte über diesen Krieg in Gang zu setzen. Daß in letzter Minute die Liste zurückgezogen wurde, tat diesem Anliegen keinen Abbruch.

”Ohne diese Liste, oder diese Initiative von Bernard-Henry Lévy und einer Gruppe Intellektueller hätte man nicht über Bosnien gesprochen. Wie können heute die Intellektuellen ohne Partei, also die Unabhängigen, wie können sie in der Politik aktiv und einflußreich sein? Die Initiatoren haben die politischen Leader zu einer Veranstaltung eingeladen, und sie sind gekommen! Sie mußten vor dem Publikum Rechenschaft ablegen. Das ist etwas ganz Neues.” (Jorge Semprun im Gespräch mit mir, Semprun 1994b, S. 34).

Neben diesen großangelegten öffentlichen Manifestationen gab es in Frankreich über 300 Bosnienkomitees und ‘Gruppen gegen ethnische Säuberungen’. Für ihre Transparente während der zahlreichen Demonstrationen in Paris wurden die rotweißen Farben und der Schriftzug der polnischen *Solidarnosc* wieder aufgegriffen; ein denkwürdiger Umstand.

28 Vgl. Annette Levy-Willard, Izetbegovic plaide pour la levée de l’embargo, *Libération* v. 24.5.1994.

Das Engagement der französischen Intellektuellen im Falle Bosniens zollte natürlich auch innenpolitischen Kriterien Tribut, wenn es sich in Opposition zur proserbischen Regierungspolitik, die von François Mitterand favorisiert wurde, stellte. Doch die v.a. im Pariser Vukovar-Komitee seit 1991 versammelten Intellektuellen verwiesen mit ihren Einlassungen in die Bosnien-Debatte auf politische Traditionen, die jenseits von Tagespolitik und Europawahlkämpfen liegen. Angesichts der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 organisierten unter Federführung von Michel Foucault just jene Intellektuelle noch in derselben Nacht eine eindrucksvolle Demonstration; man war sich damals in Paris einig darüber, daß die Verteidigung der Demokratiebewegung in Polen gegen die kriegerische Attacke etwas mit den eigenen Zielen zu tun hatte und unterstützte sie somit tatkräftig. (Vgl. Kap. 5.4.)

Im Unterschied zur deutschen Debatte kritisierten in Paris die Intellektuellen sehr frühzeitig die westliche bzw. französische Politik gegenüber Serbien und Bosnien. Immer wieder konnte man in den Jahren seit Kriegsbeginn intervenierende Artikel von Pascal Bruckner, Claude Lefort, Cornelius Castoriadis, François Furet, Bernard Kouchner, Edgar Morin, Marcel Gauchet, Jacques Julliard, François Fejtö, André Glucksmann, Bernard-Henri Lévy oder Alain Finkielkraut lesen.³⁰ Alle im Anfang 1991 gegründeten Pariser Vukovar-Komitee versammelt, einte sie – aus den verschiedenen linksliberalen Lagern kommend – ein antitotalitärer Konsens, der Jahrzehnte zurückreicht. In den nachfolgenden Kapiteln rekonstruiere ich die Entstehungsgeschichte dieser antitotalitären Tradition, die bis in die 50er Jahre zurückreicht. Als namhafte Autoren (in unterschiedlichen Zeitschriften, Revuen und Tageszeitungen) analysierten diese französischen Intellektuellen bereits sehr früh die Krisenphänomene und Verfallserscheinungen des sowjetischen Imperiums und den Zerfall Jugoslawiens. Ihre Analyse des Krieges in Bosnien stand im Kontext des Niedergangs des Kommunismus, illusionslos und frei von Nostalgie beobachtete man, was im zerfallenen Tito-Reich an dessen Stelle trat. Der Blick der im Komitee versammelten Intellektuellen richtete sich auf das Wiedererstarken totalitärer

29 Vgl. dazu 'Bernard-Henry Lévy: la grande aventure d'un agitateur' (*Nouvel Observateur*, 12.-18.5.1994). In seinem Film *Bosna*, der den Bosniaken die Solidarität erweisen sollte, präsentiert sich Lévy auf sehr umstrittene Weise, als wollte er sich selbst ein Denkmal setzen.

30 Vgl. P. Bruckner, L'embargo de la dernière chance (Sondernummer d. *Libération* 17./18.12.1994); Pierre Hassner, Les pathologies de l'échec en Bosnie (a.a.O.); Paul Thibaud, Responsabilité des

Strukturen in dieser Region, die Gefahr "nationalbolschewistischer" (Jorge Semprun) Tendenzen war Anlaß ihrer Beunruhigung. Die Universalität der Menschenrechte war deshalb ebenso Kriterium ihrer Analyse wie der aktuelle Zustand der Demokratie – ihre Entfaltung oder Zerstörung. Über die Chancen oder Hindernisse multikultureller Gesellschaften im Hinblick auf Bosnien wurde leidenschaftlich diskutiert, auch wenn von einigen Protagonisten des Komitees, wie beispielsweise Alain Finkielkraut, vornehmlich die 'petites nations' (insbesondere Kroatien) favorisiert wurden.³¹

Der Soziologe Edgar Morin, Mitbegründer des Vukovar-Komitees, sah im ehemaligen Jugoslawien drei Kriege aufeinander folgen: der erste war ein Sezessionskrieg, in dem die exjugoslawische und später serbische Armee intervenierte, um die Abspaltung zu verhindern. Dieser Krieg verwandelte sich in einen Krieg gegen Kroatien: die Serben wollten das Terrain ihrer dortigen Minderheiten erobern, gleichwohl von Beginn an geostrategische Motive, der Traum von Großserbien, eine Rolle spielten. Der dritte Krieg fand für Morin unter ganz anderen Voraussetzungen statt:

"Im Falle Bosnien-Herzegovinas handelt es sich um das Gegenteil. Wir haben dort eine Bevölkerung, die seit Jahrhunderten einen enormen Anteil an Mischehen hat. Das ist für mich eine Präfiguration dessen, wie Europa sein könnte, wie wir es uns wünschen! Nicht nur Sarajevo, sondern Bosnien-Herzegovina insgesamt. Aus historischen Gründen ist es ein Ort des Wunders in diesem Europa, das immer besessen gewesen ist von der ethnischen Säuberung... Diese Säuberungen sind eine europäische Krankheit! Bosnien ist ein bemerkenswerter Fall der Nicht-Säuberung. Es gibt zwei Dinge, die das Unheil in der Geschichte Europas ausmachen: das eine ist die Säuberung, das andere die Hochstilisierung der Grenze. Und innerhalb Bosniens gab es diese Grenzen nicht! Für mich ist es das tragischste Ereignis, das ich kenne, seit vielleicht der Invasion Hitlers in Frankreich. In meiner Jugend, als ich 18 war, obwohl kaum politisiert, war ich tief schockiert, als wir vom Fall Barcelonas, der Niederlage des republikanischen Kataloniens erfuhren. Für mich war es ein fürchterlicher Schock, vielen ging es ähnlich. Man hatte verstanden, daß gerade etwas Fatales, Unumkehrbares geschehen war. Man wußte nicht genau was. Aber etwas, was in jedem Fall das Ende der Hoffnung bedeutete. Für mich ist der Krieg in Bosnien das Ende der Hoffnung in

trompeurs et rôle des trompés (a.a.O.); s.a. Aufruf von Pierre Hassner, Claude Lefort, Olivier Mongin, François Fejtö 'De L'irresponsabilité des responsables' (*Le Monde* 2.12.1994).

Europa. Es ist eine unfassbare Tragödie und kommt unserem Selbstmord gleich. Wenn man Sarajevo tötet, ist es unser Selbstmord. Und man begreift es hier nicht.” (Morin im Gespräch mit mir, 1994b)³²

In seinen Essays und Analysen für *Le Monde* hatte Morin immer wieder auf besondere und neue Herrschaftsformen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ex-Jugoslawien hingewiesen, als ”Totalnationalismus” bezeichnete er diese Tendenz.³³

Macht man sich die Mühe und rekonstruiert die persönlichen und politischen Biographien der im Vukovar-Komitee versammelten Personen, eröffnet sich nicht nur ein Kaleidoskop der Ideen- und Politikgeschichte der französischen Intellektuellen. Ihre aktuelle Intervention in der Bosnien-Debatte, die sie mit gleicher Intensität betrieben wie damals zu Solidarnosc-Zeiten, stand in der Tradition ihres Jahrzehnte zurück reichenden antitotalitären Engagements. Der aus Rumänien stammende Philosoph und Politikwissenschaftler Pierre Hassner (er zählte 1978 zu den Mitbegründern der von Raymond Aron herausgegebenen Zeitschrift *Commentaire*)³⁴ oder der ungarische Historiker François Fejtő verkörpern diese Tradition aufs Leibhaftigste. Aber auch die traditionsreiche, der Kritik des Totalitarismus verpflichtete linkskatholische Zeitschrift *Esprit*, die seit 1932 besteht, war mit ihrem Chefredakteur Olivier Mongin im Vukovar-Komitee vertreten. Er klagte dort besonders die politische Analyse des Kriegsgeschehens in Bosnien ein. In Milosevic sieht er eine posttotalitäre Triebkraft am Werke, die einen gänzlich neuen Machttypus in dieser Region hervorbringt. Dem Reservoir der alten kommunistischen Partei entlehnte Elemente werden vermengt mit der wirksamen Manipulation kultureller und ethnischer Themen. ”Ein Hauch des alten Totalitarismus mischt sich mit dem neuen Wind eines nationalistischen Totalitarismus. Ein politisches Regime also, das es in dieser Form noch nie gab.” (Olivier Mongin im Gespräch mit mir, 1994, S. 20ff.)

31 Vgl. A. Finkelkraut, La victoire posthume de Hitler (*Libération*, 26.7.1993) u. L’inutilité du XXe siècle (*Le Monde*, 15.12.1994).

32 U.A., Gesinnung oder Unabhängigkeit. Europäischer Intellektuellenstreit um Bosnien (90 Min. Feature, NDR 2, 10.7./17.7./24.7.94).

33 Vgl. E. Morin, Le surgissement du total-nationalisme (*Le Monde* 11.3.1993), L’agonie yougoslave. I. Une communauté fragile, II. Le circuit infernal (*Le Monde* 6.2.1992, 7.2.1992); La désEurope (*Le Monde* 2.2.1994).

34 Vgl. auch P. Hassner, La violence et la paix. De la bombe atomique au nettoyage ethnique (1996).

Der Schriftsteller Jorge Semprun, ebenfalls mit dem Komitee assoziiert, verwendete für diese erstarkende politische Regime den Begriff des 'Nationalbolschewismus': "Milosevic ist ein alter Kommunist, der heute Nationalbolschewist ist. Die deutschen Intellektuellen sollten eigentlich wissen, was dies bedeutet: Wir müssen gegen etwas Neues und etwas Altes zugleich kämpfen. Gegen den alten Kommunismus und gegen den Nationalbolschewismus." (Jorge Semprun im Gespräch mit mir, 1994b, S. 33)

Die im Komitee vertretenen Positionen waren zuweilen äußerst kontrovers. Der ausgefochtene Streit war jedoch der gemeinsamen Arbeit überaus dienlich: "Man fand sich wieder zusammen als 'antitotalitäre Front'. Die Gruppierung ist jedoch ein wenig gespalten im Hinblick auf das Problem der 'kleinen Nationen', das heißt letztlich die ethnische oder die republikanische Nation. Obwohl wir im gleichen Komitee arbeiten, teile ich Finkielkrauts Ansatz der 'petites nations', die besondere Tugenden hätten, nicht. Auch Edgar Morin ist sehr skeptisch im Blick auf Kroatien." (Mongin 1994, S. 21/22)³⁵

Im Unterschied zu Edgar Morin oder François Fejtö gehörten die Komitee-Mitglieder Bernard-Henri Lévy und André Glucksmann einer anderen politischen Generation an, die erst nach dem Gulag-Schock mit dem Gauchismus brach. Ihren *Abschied vom Proletariat* (André Gorz) haben einige deutsche Intellektuelle des linksliberalen Feldes ihren französischen Kollegen, jenen "Totengräbern von Marx" offensichtlich bis zum heutigen Tage nicht verziehen. Bereits 1981 scholl Michel Foucault, André Glucksmann oder Yves Montand ob ihres Engagements für die polnische Solidarnosc aus deutschen Feuilletons entgegen, es handele sich um die kontingenten Äußerungen "reuiger Ex-Stalinisten und Ex-Maoisten"; unter der negativen Kategorie des 'Renegaten' wurden sie abgelegt.³⁶ Angesichts ihrer Aktivitäten anlässlich des Krieges in Bosnien mokierte man sich, wie etwa Lothar Baier, über ihre 'moralische Exzellenz, die gegenüber dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien eine reiches Betätigungsfeld' habe. "Angesichts einer weiterwurstelnden Menschheit glänzen sie als seltene Exemplare guter Menschen und als irdische Erscheinung des Weltgewissens." (Baier, *Freitag* 3.6.1994) An anderer Stelle heißt es bei Lothar Baier: "In Frankreich selbst stöhnen mittlerweile viele unter der Inflation von Partei- und Stellungnahmen, die die Kanäle verstopfen, Slowenen-Kundera, Kroaten-

35 Alain Finkielkraut machte sich in der Debatte anfangs sehr stark für Kroatien, was ihm in Paris den Spitznamen 'Finkielkroat' eintrug.

Finkelkraut, Bosnier-Lévy, jedem sein Marktanteil an balkanischen Lieben und alle gegen die Bösen in Belgrad...” (Baier 1992, S. 63)

1.3. Deutscher Antifaschismus versus französischer Antitotalitarismus: der Rekurs auf Auschwitz

In der Debatte um eine militärische Intervention und der etwaigen Teilnahme Deutschlands traten die Gegensätze der deutschen und französischen Intellektuellenpositionen am schärfsten zutage.³⁷ Historischer Bezugspunkt war auf beiden Seiten Auschwitz. Eine Ebene der Diskussion berührte die Frage nach der Zulässigkeit, den Völkermord in Bosnien mit dem Genozid der Deutschen an den Juden zu vergleichen und die Appeasementhaltung des Westens gegenüber Bosnien bzw. Serbien mit München 1938 und dem Spanischen Bürgerkrieg zu parallelisieren. Viel entscheidender in der Debatte war allerdings der explizite Verweis auf die Einmaligkeit von Auschwitz und die diametral entgegengesetzten Schlüsse, die französische und deutsche Intellektuelle (es gibt natürlich Zwischenpositionen auf beiden Seiten, ich überzeichne, um die Denkfigur schärfer zu konturieren) daraus zogen. Während auf deutscher Seite der Bezug auf die Singularität von Auschwitz und die daraus gezogene Lehre ‘Nie wieder Krieg’ 1995 zumeist der entscheidende Einwand gegen eine Intervention in Bosnien war, leiteten französische Intellektuelle daraus gerade die Verpflichtung zum militärischen Eingreifen ab. Der Historiker Jacques Julliard hielt seinen deutschen Kollegen entgegen:

”Wenn man auf die deutschen Intellektuellen gehört hätte, würde man heute noch mit der DDR-Führung verhandeln. Wenn ihren ach so systematischen Analysen die Geschichte selbst zuwidergelaufen ist, müssten die Intellektuellen doch wenigstens heute in der Lage sein, aus ihren Fehleinschätzungen Konsequenzen zu ziehen. Das gilt genauso im Verhältnis zu Bosnien. Wenn heute deutsche Intellektuelle die Nichtintervention in Bosnien favorisieren, ist dies letztlich vergleichbar mit der Haltung einiger Franzosen angesichts des Nazismus in den Jahren 1937-40. In dem Moment, in dem sich die Frage des Spanischen Bürgerkrieges gestellt hat, sagten viele Franzosen, ‘fügen wir dem Krieg nicht noch einen

36 Vgl. Jürg Altwegg im Vorwort zu A. Glucksmanns ‘Philosophie der Abschreckung’ (1986), S. 19.

weiteren hinzu', wie es jüngst François Mitterrand formulierte im Hinblick auf Bosnien... Der Pazifismus muß ein moralisches Ideal bleiben. Er ist kein Politikersatz. Natürlich ist die Suche nach dem Frieden ein Grundanliegen in der Politik jeder Regierung. Die Verweigerung der Intervention im Sinne eines prinzipiellen Gewaltverzichts hat bisher jedoch wesentlich häufiger den Krieg als den Frieden gebracht. Deshalb bin ich von den deutschen Intellektuellen besonders enttäuscht." (Jacques Julliard im Gespräch mit mir, 1994a, S. 9ff.)

Dem Vergleich mit Auschwitz, den vereinzelte Stimmen in der französischen Bosnien-Debatte anstellten, hielt er entgegen, daß die Konzentrationslager in Bosnien, Serbien und Kroatien keine Vernichtungslager seien, man sie vielleicht mit Mauthausen und Dachau vergleichen könne, nicht jedoch mit Auschwitz. Gegenüber den deutschen Intellektuellen betonte er jedoch: "Anstatt sich des Beispiels Auschwitz zu bedienen oder es als Warnung zu begreifen, gelangte man schließlich dahin, sich von der Einmaligkeit des Ereignisses so überwältigen zu lassen, so daß man es heute nicht mehr wagt, in der politischen Debatte aktuelle Bezüge herzustellen." (Ebda.)³⁸ Dem deutschen Pazifismus nach 1945, der in seinem Selbstverständnis gerade negativ auf die nationalsozialistischen Verbrechen rekurriert, wird zwar von französischer Seite in historischem Sinne Verständnis entgegengebracht. Gleichwohl fragt man sich im französischen antitotalitären Feld, ob die Losung der deutschen Friedensbewegung und vieler Intellektueller, 'Nie wieder Krieg', tatsächlich die einzige Lehre ist, die aus den deutschen Verbrechen zu ziehen ist.

Die Zeiten haben sich seit diesem deutsch-französischen Streit zumindest realpolitisch diesseits des Rheins geändert. Der ehemalige Gegner militärischer Interventionen, Außenminister Joschka Fischer, verteidigte 1999 in der rot-grünen Regierungskoalition gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Intervention im Kosovo. Nach langem Zögern und dem Scheitern der Verhandlungen in Rambouillet im Frühjahr 1999 entschloß sich das nordatlantische Bündnis angesichts der Vertreibungspolitik des Belgrader Regimes im Kosovo militärisch zu intervenieren. Beide Minister rekurrierten in ihrer Verteidigung des Militäreinsatzes auf die deutsche Geschichte und die Verbrechen der Nationalsozialisten. "So erlebt der 'Antifaschismus', der als Ideologie totalitärer Diktaturen und antide-

37 Vgl. meinen Artikel 'Der Umgang mit dem Totalitären. Projektionsfläche Bosnien (1995), S. 32ff.

38 Vgl. auch J. Julliard, *Ce fascisme qui vient* (1994); ders., *Pour la Bosnie* (1996).

mokratischer Parteien eine erbärmliche Lüge war, in neuer Form einen unverhofften Frühling”, kommentierte Eckhard Fuhr in seinem Artikel über ‘Die neue Linke’ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 7.5.1999). Es handelt sich hier, so scheint mir, um eine Art ‘geläuterten’ Antifaschismus, der sich offenkundig von ideologischen Verengungen befreit hat, die in der deutschen Linken und im linksliberalen Milieu lange Jahre währten (vgl. Kap. 5.1). Vier Jahre zuvor verwiesen die antitotalitären französischen Intellektuellen darauf, gerade aufgrund von Auschwitz müsse der mörderischen Vertreibungspolitik Milosovics militärisch begegnet werden, wenn politische Lösungen auf dem Verhandlungswege gescheitert seien. Im Frühjahr 1999 wurde diese Position nicht nur im rot-grünen Regierungslager geteilt, sondern auch von der Mehrheit beider Parteien getragen. ”Daß Deutschland sich unter einer rot-grünen Regierung an einem Kriegseinsatz der NATO, dem ersten des westlichen Bündnisses, beteiligt, ist sicherlich ein Bruch, ja ein Abbruch der Geschichte der Linken. Ein riesiges ideologisches Arsenal aus Pazifismus, Antiamerikanismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus wird verschrottet und möglichst unschädlich entsorgt.” (Fuhr, a.a.O.) Elemente dieses ‘ideologischen Arsenal’ scheinen mir jedoch immer noch wirksam. In die Kritik am fehlenden UN-Mandat für diese humanitäre militärische Intervention mischten sich immer wieder antiamerikanische Töne. Lautstark von der PDS skandiert, waren sie auch in den linken Flügeln der SPD und der GRÜNEN zu vernehmen.

Im Gegensatz zur rot-grünen Regierung forderten auch die Intellektuellen, so sie im gesamtdeutschen PEN-Zentrum vertreten sind, auf dessen Jahrestagung ein Ende des NATO-Bombardements. Darüber hinaus sahen sie sich veranlaßt, die ”in Deutschland rasch um sich greifende Sprache des Krieges zu verurteilen.”³⁹ Die Akademie der Künste Berlin-Brandenburg verlangte auf ihrer Frühjahrstagung ebenso ein Ende des Bombardements (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10.5.1999).

Die in der Debatte um den Krieg im ehemaligen Jugoslawien zutage getretenen politisch-intellektuellen Orientierungspunkte verweisen auf sehr unterschiedliche Traditionen in Frankreich und Deutschland: zugespitzt gesagt kristallisieren sich die vorgetragenen

39 Vgl. Mardt-Zinke, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v.10.5.1999.

französischen Positionen um den Begriff des ‘Totalitarismus’ und einer daraus abgeleiteten antitotalitären Option und jene in Deutschland um den Begriff des ‘Antifaschismus’.⁴⁰ Als Denkfiguren strukturieren sie von Beginn der 50er Jahre bis heute die intellektuelle Landschaft in Frankreich und Deutschland und bezeichnen gleichermaßen die unterschiedlichen intellektuellen Traditionslinien beider Länder. Nicht zuletzt in dem Streit um das ‘Schwarzbuch des Kommunismus’ (vgl. Kap. 6.3.) konfigurieren sie sich aufs Neue.

⁴⁰ Vgl. dazu auch Antonia Grunenberg, *Antifaschismus – ein deutscher Mythos* (1993).

2. Zurück zu den Anfängen: Antitotalitäre europäische Intelligenz im *Kongreß für kulturelle Freiheit*

2.1. Eine kleine kommunistische Vorgeschichte

”Der Intellektuelle in unserer Zeit ist ein politischer Neurotiker... Er trägt einen eigenen Eisernen Vorhang in seinem Schädel.”

(Arthur Koestler 1953)⁴¹

Lange Zeit war die europäische Praxis kollektiver Deklarationen und großer Konferenzen der Intellektuellen sozusagen ‘Eigentum’ der Kommunisten – sieht man einmal von der Dreyfus-Affäre, der eigentlichen Geburtsstunde des modernen Intellektuellen, ab. Vor 1917 bereits in Rußland üblich, wurde diese Praxis organisierter Zusammenkünfte später von der sowjetischen KP, der Komintern und ihren europäischen Mitgliederparteien in den frühen 30er Jahren fortgesetzt. Wie erfolgreich diese kommunistische Propagandaarbeit war, zeigte nicht zuletzt die große Begeisterung vieler deutscher Schriftsteller für die Sowjetunion, dem Heimatland der großen Revolution. Im eigenen Land geächtet, verfolgt oder bereits ins Exil getrieben, wurde den westlichen Intellektuellen in Moskau ein grandioser Empfang bereitet. Ihrer Leserschaft zu Hause weitgehend beraubt, hob man sie im Land des ”Arbeiter- und Bauernparadieses” geradezu auf ein priesterliches Podest. Ihren Werken wird, ”um den Preis der literarischen Unabhängigkeit, die ersehnte soziale Nützlichkeit attestiert und eine zentrale Bedeutung im historischen Prozeß zuerkannt.” (Rohrwasser 1996, S. 68) Anlässlich des Moskauer Allunionskongresses der Sowjetschriftsteller 1934 schrieb Klaus Mann, der ebenfalls zu den begeisterten deutschen Gästen gehörte, an Johannes R. Becher: ”In diesem Lande muß ein Schriftsteller glücklich sein können.” (vgl. Rohrwasser 1996, S. 67)

41 Zit. n. Melvin Lasky 1991, S. 139.

Willi Münzenberg war damals der führende Kopf der Agitprop-Abteilung der Komintern; er organisierte den "Ersten Internationalen Kongreß der Schriftsteller für die Verteidigung der Kultur" vom 21. bis 25. Juni 1935 in Paris. "It may be said that Münzenberger invented the phenomenon of the organised fellow-traveller." (Shils, 1990, S. 56) In Paris nahmen seinerzeit solch illustre Teilnehmer wie André Gide, André Malraux, Heinrich Mann, Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Aldous Huxley u.a. teil (s. Werner Fuld 1981, S. 263ff.) Dieser antifaschistische Schriftsteller-Kongreß diente jedoch weniger der Rettung der Kultur vor der Barbarei der Nationalsozialisten als vielmehr der ideologischen Vorbereitung der Volksfront in Frankreich, denn dies war die neue Linie, die 1934 von Moskau ausgegeben worden war. Er fungierte nicht zuletzt als Propagandamittel, um auf der Folie eines breiten antifaschistischen Bündnisses Wahlhilfe für die im Hintergrund agierenden französischen Kommunisten zu leisten und Intellektuelle aus dem sog. bürgerlichen Lager zu gewinnen. Victor Serge sah darin den Versuch, "unter den französischen Intellektuellen eine stalinfreundliche Bewegung ins Leben zu rufen und ein paar berühmte Namen zu kaufen." (Serge, 1967, S. 358)

Willi Münzenberg, geb. 1889, Mitbegründer der deutschen Kommunistischen Partei und Freund Lenins, fiel in Moskau später selbst in Ungnade. 1933 emigrierte er nach Frankreich; 1938 schloß man ihn aus dem ZK der Exil-KPD aus und enthob ihn all seiner Parteifunktionen. Er war gegenüber der Partei auf Distanz gegangen, nachdem man seinen Freund und Schwager Heinz Neumann (Chefredakteur der *Roten Fahne* und später Kominternfunktionär, Ehemann von Margarete Buber-Neumann) in Moskau verhaftet hatte. 1938 gründete er die von Beginn an von der Komintern bekämpfte Zeitschrift *Die Zukunft*. Sein engster Mitarbeiter war damals Arthur Koestler, übrigens neben Manès Sperber und Richard Loewenthal, die sich allesamt als "oppositionelle" Kommunisten verstanden. 1940, während die deutschen Truppen in Frankreich einmarschierten, starb Münzenberg auf bisher ungeklärte Weise.

Die Moskauer Prozesse 1936, die Erfahrungen im spanischen Bürgerkrieg und nicht zuletzt der Hitler-Stalin-Pakt veranlaßten einige Intellektuelle, ihre Lobgesänge auf die Sowjetunion zu beenden. Mit dem Sieg über Hitler und dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewann Moskau und die Kommunistischen Parteien jedoch ihr Ansehen als die tragende Kraft des 'siegreichen Antifaschismus' zurück – die Verbrechen Stalins und seiner Vorgänger wurden von diesem Sieg fast vollständig überblendet und verdrängt.

”Aufgrund der Enthüllungen des Krieges sind die europäischen Völker verständlicherweise geneigt, ihre Vergangenheit neu zu definieren: Der Antifaschismus wird zum unabdingbaren Bestandteil ihres Erbes. Mehr noch als der Wille, demokratische Staaten zu errichten oder wieder herzustellen, ist es diese Negation, die Ost- und Westeuropa miteinander verbindet, denn sie allein vermag es, dem Krieg seinen allgemeingültigsten Sinn zu verleihen und zugleich die Erinnerung an das besondere Leid des Krieges zu bewahren... .Und dieser politische Raum, der wieder ganz vom Antifaschismus erfüllt ist, bietet dem Kommunismus Gelegenheit, einen neuen und größeren Einfluß auszuüben, ja sogar eine gewisse Faszination auszustrahlen.” (Furet 1996, S.464)

Im Oktober 1947 organisierten einige Mitglieder des von Hitler aufgelösten Schriftstellerverbandes den Ersten deutschen Schriftstellerkongreß in Berlin; Ehrenpräsident war Heinrich Mann, Alterspräsidentin war die 80-jährige Ricarda Huch. Die ausländischen Gäste kamen ausnahmslos aus der Sowjetunion, bis auf einen jungen New Yorker Intellektuellen, der in Berlin als freier Journalist tätig war. Melvin Lasky, damals gerade 27 Jahre alt, sorgte mit seinem Auftritt für einen Skandal: er kritisierte die Unterdrückung der künstlerischen Freiheit in der Sowjetunion, worauf Anna Seghers und einige sowjetische Schriftsteller ostentativ den Saal verließen. (Ein Jahr später gründete Lasky die Zeitschrift *Der Monat*.) Vom 25.-28.8.1948 fand im jetzt polnischen Wroclaw ein ähnlich organisierter Kongreß internationaler Intellektueller und Schriftsteller statt, gefolgt von einem weiteren im April 1949 in Paris. Pierre Grémion sieht in dem polnischen Kongreß eine Demonstration, ”qui marqua le point de départ des campagnes internationales de l'Union soviétique en faveur de la paix, auxquelles le régime de Staline cherchait à associer les intellectuels du monde entier.” (Grémion 1995, S. 19)

Der Erste deutsche Schriftstellerkongreß stand kurz nach Kriegsende 1947 (vgl. dazu Reinhold/Schlenstedt/Tanneberger 1997) im Zeichen einer geistig-moralischen Neubebinnung. Die drohende Spaltung des deutschen Geisteslebens wollte man verhindern und betonte dagegen die Gemeinsamkeit des nationalen Kulturerbes. In pathetischer Manier wurden die großen Ideale des Humanismus, des Friedens und der Völkerfreundschaft beschworen, in deren Diensten die Literatur zu stehen habe. Der inzwischen über neunzigjährige Literaturwissenschaftler Hans Mayer – er lehrte in der jungen DDR und später in der Bundesrepublik – war Teilnehmer des Kongresses und erinnerte sich 50 Jahre später: ”Der Plan für die Tagung wurde, das ist unbestreitbar, von der sowjetischen

Militärverwaltung entworfen. Von deutscher und deutsch-kommunistischer Seite hatte man vermutlich vor allem den aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrten Schriftsteller Johannes R. Becher beigezogen. Dessen Rede über die Rolle der Literatur in dem berühmten 'Kampf um den Frieden' wurde daher in den Mittelpunkt der Tagesordnung des Kongresses gestellt... Die eigentlichen Kongreßdebatten fanden in den Kammerspielen des Deutschen Theaters statt. Hier fungierte (hinter den Kulissen natürlich) Dym-schitz, der eigentliche Hausherr." (Mayer 1997) Alexander Dym-schitz war seinerzeit Kulturoffizier der sowjetischen Militäradministration in Berlin.

Einzig der junge amerikanische Journalist störte den einvernehmlichen Frieden des Kongresses mit seiner Rede. "Lasky wandte sich herzlich an die sowjetischen Gäste. Sie hätten nunmehr das Glück, eine wirklich freie Diskussion kennenzulernen. Der Saal war erstarrt", erinnert sich Mayer (a.a.O.) Lasky begann seine Rede mit der ausführlichen Beschreibung der Zensur- und Einschüchterungsversuche der amerikanischen Regierung gegenüber sozialkritischer Literatur, sprach über die Anstrengungen zur Verteidigung der schriftstellerischen Freiheit im eigenen Lande. Zur jahrelang verbotenen Literatur in den USA – so sein Hinweis – zählte allerdings auch Leo Trotzki's Stalin-Biographie, die nicht erscheinen durfte, weil man den kriegsverbündeten "Uncle Joe" nicht verärgern wollte. Lasky beschloß seine Rede mit der Wendung, auch sowjetische Künstler bekämen den Druck und die Zensur zu spüren und erinnerte an die Schikanen gegenüber Sergej Eisenstein und G.F. Alexandrow. Obwohl seine Rede angesichts der tatsächlichen Gewaltverhältnisse in der Sowjetunion recht moderat ausfiel, war der Skandal perfekt: "Mit der Rede von Lasky war der Kongreß im Grunde zu Ende... Der Kalte Krieg hatte begonnen", so Hans Mayer (a.a.O.). Einer Bombe gleich hatte die Rede eingeschlagen, weswegen die Sowjets und ostdeutschen Kulturhüter ihn kurz darauf einen "Kriegsbrandstifter" nannten. Tatsächlich entfaltete der Amerikaner in der Folgezeit ganz außergewöhnliche Aktivitäten.

2.2. Der Gründungskongreß in Berlin vom 26.-30. Juni 1950

Die Idee zu dem ungewöhnlichen intellektuellen Unternehmen, einen internationalen Kongreß für die kulturelle Freiheit in Berlin zu veranstalten, wurde in New York gebo-

ren. Dort fand Ende März 1949 auf Initiative des National Council of Arts, Sciences and Professions, in Fortsetzung der Kongresse von Wroclaw und Paris, eine Cultural Conference for World Peace statt. Die Suche nach Frieden ging einher mit heftigen Attacken gegen den Imperialismus der westlichen Demokratien. Als Reaktion auf diesen sog. Friedenskongreß der fellow-travellers und der kommunistischen Kulturinternationale im renommierten Waldorf-Astoria-Hotel gründeten einige Intellektuelle der unabhängigen Linken, darunter der Philosoph Sidney Hook, ein Committee for Cultural Freedom, später American Committee for Cultural Freedom (s. Hook, 1987, S. 398). Das Komitee machte es sich zur Aufgabe, an zwei Fronten zu kämpfen: gegen den Totalitarismus der Nazis und gegen jenen Stalins. Teilnehmende waren u.a. T.S. Eliot, Arthur Koestler und Bertrand Russell. Sie organisierten noch während des "Friedenskongresses" ebenfalls im Waldorf-Astoria-Hotel eine Gegenveranstaltung, die ein außergewöhnliches öffentliches Interesse hervorrief. Anknüpfend an diese Erfahrung ergriffen Melvin Lasky, Sidney Hook, James Burnham, Irving Brown und Arthur Koestler die Initiative für die Vorbereitung des Berliner Kongresses.

Koestler, 1905 in Budapest geboren , wuchs in Österreich, Ungarn und Deutschland auf. Nach seinem Studium in Wien ging er als Siedler nach Palästina und wurde 1926-1929 Auslandskorrespondent des Ullstein Verlags im Nahen Osten. Mit seinem Eintritt in die Berliner KPD 1931 verlor er seinen Posten bei Ullstein und ging ins Pariser Exil; dort wurde er enger Mitarbeiter Willi Münzenbergs. Ausgestattet mit geheimen Parteaufträgen arbeitete er seit 1936 in Spanien. Er wurde verhaftet und auf ausländischen Druck von den Falangisten wieder freigelassen. Seine Erfahrungen in der Todeszelle trugen mit dazu bei, die KPD zu verlassen. Entscheidend für seinen Abschied von den kommunistischen Genossen war jedoch die Verhaftung seines Freundes Alexander Weißberg-Cybalski in der Sowjetunion (letzterer spielte in der weiteren Arbeit des Kongresses für die kulturelle Freiheit eine wichtige Rolle, vgl. Kap. 4.4.). Koestlers politische Erfahrungen, die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der Bruch mit der Partei fanden ihren Niederschlag in seiner literarischen Arbeit. Sein wohl bekanntester Roman erschien 1940 in englischer Sprache (und wurde in dreißig weitere übersetzt): 'Darkness at noon', die 'Sonnenfinsternis' ist eines der beeindruckendsten literarischen Dokumente über die großen Säuberungen Stalins 1936-1938. Nach der deutschen Invasion in Frankreich wurde er 1940 abermals interniert. Seine Flucht über Marseille führte ihn nach London,

wo er sich niederließ. Unheilbar krank nahm er sich 1983 gemeinsam mit seiner Frau das Leben.

Koestlers Erfahrungen in seiner KP-Zeit während der 30er Jahre und seine Zusammenarbeit mit Willi Münzenberg prädestinierten ihn geradezu für die Kongreßvorbereitungen. "Willi war die 'rote Eminenz' der internationalen antifaschistischen Bewegung", schrieb Koestler 1949 über sein ehemaliges großes Vorbild. "Er rief internationale Ausschüsse, Kongresse und Bewegungen ins Leben, wie ein Zauberer Kaninchen aus seinem Hut hervorzieht: 'das Hilfskomitee für die Opfer des Faschismus', sogenannte 'Auschüsse für Wachsamkeit und demokratische Kontrolle', internationale Jugendkongresse usw. Jede dieser getarnten Parteiorganisationen konnte stolz auf das Aushängeschild einer Liste hochgeachteter Persönlichkeiten hinweisen – darunter englische Herzoginnen, amerikanische Leitartikler und französische Wissenschaftler, von denen die meisten den Namen Münzenberg nie gehört hatten und die Komintern für einen von Goebbels erfundenen Butzemann hielten." (Koestler 1991, S. 90ff.)

Der geplante Berliner Kongreß war sozusagen eine Antwort auf die Münzenbergschen Kampagnen von ehemals. Im Unterschied zu Münzenberg, der lange Zeit den Instruktionen der sowjetischen KP und der Komintern folgte, nahmen die Organisatoren des Berliner Kongresses keine Anweisungen von außen entgegen. Die amerikanischen Geldgeber – man ging damals davon aus, die finanziellen Mittel kämen von den amerikanischen Gewerkschaften – ließen den Initiatoren freie Hand und intellektuelle Autonomie in ihrer Arbeit. Bevor sich Koestler mit außerordentlicher Energie in die Organisation des Kongresses stürzte, hatten im August 1949 auch Franz Borkenau und Ruth Fischer gegenüber Melvin Lasky ihre Unterstützung für das Unternehmen zugesagt. Borkenau war Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und seit 1921 Mitglied der KPD. Sie schloß ihn 1929 wegen seiner heftigen Kritik an ihrer 'Sozialfaschismus'- Strategie gegenüber der SPD aus.

Ruth Fischer, geb. 1895, Schwester von Hanns Eisler, gehörte zusammen mit ihrem Mann Paul Friedländer in Wien zu den Begründern der KPÖ. Nach ihrer Übersiedlung nach Berlin machte sie alsbald Karriere in der KPD und führte gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten Arkadij Maslow die linke Parteiopposition; 1924-26 war sie Vorsitzende des Politbüros, bis 1928 Mitglied des Reichstags. 1926 wurde sie wegen 'trotzkistischer Gruppenbildung' aus der Partei ausgeschlossen. Die Jüdin und steckbrieflich gesuchte

Kommunistin emigrierte 1933 erst in die Tschechoslowakei und dann nach Paris. Während der Moskauer Prozesse wurde sie in Abwesenheit verurteilt. 1940 floh sie aus Europa und arbeitete fortan als Wissenschaftlerin und Journalistin in New York. Nach dem Krieg lebte sie in Paris, wo sie 1961 starb.

Die Initiative der Intellektuellen aus New York traf in der Berliner Sozialdemokratie auf breite politische Unterstützung, namentlich beim sozialdemokratischen Oberbürgermeister Ernst Reuter, selbst ehemaliger Kommunist. Diese deutsch-amerikanische Annäherung barg noch zwei weitere Elemente in sich: die Verteidigung der Idee der Freiheit der Kultur 'für sich selbst' und ein klares Votum gegen den Philosphowjetismus bzw. Neutralismus vieler deutscher Intellektueller, namentlich Thomas Mann, Anna Seghers oder Bertolt Brecht. Waren jene Intellektuelle ein Trumpf im Spiel der Sowjetunion, so bedeuteten sie gleichzeitig eine Herausforderung für die antistalinistische New Yorker Intelligenz, die nach dem Krieg wieder Kontakte mit der deutschen Kultur aufbauen wollte. (vgl. Grémion, 1995, S. 24)

Melvin Jonah Lasky, geb. 1920 in New York, stammte aus einer jüdisch-polnischen Emigrantenfamilie. Seine berufliche Laufbahn begann er als literarischer Redakteur der New Yorker Zeitschriften *Partisan Review* und *The New York Leader*, ein Diskussionsforum der unabhängigen intellektuellen Linken. Er hatte in New York Verbindung zu dem Kreis um Mary McCarthy – eine enge Freundin von Hannah Arendt –, in dem sich die antitotalitäre linke nichtkommunistische Intelligenz versammelte. "Antikapitalismus und Antifaschismus waren in diesem Kreis" – so erinnert sich Melvin Lasky (im Gespräch mit mir, Berlin, 24.3.1997) – "unter dem Dach des Antistalinismus vereint." Von 1944 bis 1946 diente er bei der US-Army. Nach Kriegsende kam er als Kulturoffizier nach Berlin und schrieb als Korrespondent für amerikanische Zeitschriften. Während der Berlin-Blockade begann er mit dem Aufbau der Zeitschrift *Der Monat*, eine deutsch-sprachige kulturpolitische Zeitschrift mit internationaler und europäischer Orientierung. Mit François Bondy (später Herausgeber von *Preuves*), den er 1947 kennengelernt hatte, entwarf er die Konzeption für den *Monat*, dessen Erscheinen 1948 begann. (Den Titel für die Zeitschrift schlug übrigens Thomas Mann vor, als ihm Lasky auf einem Flug zwischen München und Stockholm von dem Projekt erzählte.) Die Zeitschrift konnte sich mit Beiträgen namhafter Autoren wie Arnold J. Toynbee, Bertrand Russell, George Orwell, Albert Camus, Ignazio Silone und Karl Jaspers sehr schnell einen hervorragenden Ruf

erwerben. In den ersten 10 Jahren hatte der *Monat* eine Auflage von 30.000 Exemplaren. Die Zeitschrift lag zeitweise sogar am Postdamer Platz in Ost-Berlin aus. Später, nachdem es bereits einige Verhaftungen wegen Lektüre und Bezug des *Monat* in der sowjetischen Besatzungszone gegeben hatte, war man vorsichtiger in seiner Verbreitung gen Osten.⁴² Die Zeitschrift wurde zunächst von der Militärregierung finanziert, dann ab 1954 von der amerikanischen Ford-Stiftung und dem 'Kongreß für die kulturelle Freiheit'.⁴³ Gefördert von General Lucius Clay, dem Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Berlin, erwarb sich der junge New Yorker Journalist mit seiner Arbeit immer mehr Ansehen. Vor allem Laskys Auftritt auf dem Ersten Deutschen Schriftstellerkongreß sorgte für große Anerkennung. In der 'Frontstadt' Berlin war der antitotalitäre Gründungskonsens der Bundesrepublik wohl am spürbarsten und die Unterstützung für das Vorhaben des Kongresses entsprechend breit. Die von Lasky und Koestler äußerst medienwirksam organisierte Tagung begann am 26. Juni vor 1800 geladenen Gästen aus aller Welt im Titania-Palast in Berlin-Steglitz. Eröffnet wurde sie von Oberbürgermeister Ernst Reuter und Melvin J. Lasky; im Anschluß sprachen Ignazio Silone, Jules Romains und Sidney Hook. Alle Reden standen unter dem Eindruck der gerade eingetroffenen Nachricht: nordkoreanische Truppen hatten Südkorea überfallen; der Kalte Krieg war plötzlich heiß geworden.

Arthur Koestlers nachfolgende Rede war voller Leidenschaft und Kampfeswillen. Mit Blick auf Ost-Berlin und die Sowjetunion hob er an: "Wir sind in diese Stadt nicht gekommen, um nach einer abstrakten Wahrheit zu suchen. Wir kamen, um ein Kampfbündnis zu schließen... .Freiheit und Friede sind untrennbar verbunden...Eine Regierung, die dem Volke die Stimme raubt, raubt dem Frieden die Stimme... . Euch, dem schwergeprüften Volk von Berlin, sind diese Wahrheiten geläufig...Aber ich spreche hier über Eure Köpfe hinweg zu jenen Intellektuellen im Westen, die immer noch glauben, einer

42 Der Schriftsteller und Journalist Dieter Borkowski, ehemals Honecker-Vertrauter aus der Frühphase der Freien Deutschen Jugend und später aus der DDR ausgewiesen, wurde zu seiner ersten Haftstrafe verurteilt, weil er im Besitz des Monats gewesen war (vgl. Martin 1999, S. 53).

43 Weder den Mitarbeitern des *Monat* noch den Gründern des Kongresses für die kulturelle Freiheit war bekannt, daß in die Subventionen auch CIA-Gelder einfließen. Lasky und die Organisatoren des Kongresses betonen, daß daraus keine inhaltlich-politische Einflußnahme erfolgte. Als 1967 diese Finanzierung bekannt wurde, löste sie einen Skandal aus, vgl. Kap. 5.4. Michael Josselson war der CIA-Beauftragte, wie später bekannt wurde. Lasky und Bondy erinnern sich heute: der Kongreß ging in den

Entscheidung ausweichen zu können. Ich spreche über Eure Köpfe hinweg zu jenen Halbjungfrauen der Demokratie, die immer noch nicht gelernt haben, daß es Zeiten gibt, in denen man in Bedingungssätzen redet, und Zeiten, in denen man Ja sagt oder Nein." (*Der Monat*, 1950, S. 356)

Auch wenn Koestlers Rede fast militante Züge trug, ging es den Beteiligten im Verlauf des Kongresses nur am Rande um eine generelle politische Kritik des Sowjetsystems und seiner Satellitenstaaten. "The dominant and continuous feature of the communist regimes had been the obliteration of intellectual and political freedom and the suppression of the truth. This was the main object of the Congress's attention... It was also an address to the intellectuals of western countries to remove the blinders from their eyes and to see the Communist societies as they really were... The major interest of the Congress was the protection of intellectual integrity. It was anti-Communist because the Communist regimes and the Communist doctrine and agitation were the greatest threats to intellectual integrity. Intellectual integrity required intellectual freedom." (Shils, 1990, S.55/58)

Die intellektuelle Freiheit wollten die Initiatoren des Kongresses verteidigen, die in der Mehrheit einer 'nichtkommunistischen Linken' zuzurechnen waren; auch wenn die Bandbreite der Beteiligten bis zu den 'liberalen Antikommunisten' reichte. Ehemalige Kommunisten und Trotzlisten waren ebenso unter ihnen wie frühere Sozialdemokraten und jene, die immer noch einen 'Sozialismus in Freiheit' anstrebten. Liberal waren sie alle im Sinne der Forderung nach Presse-, Glaubens-, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, der Verteidigung der Gewaltenteilung, des Rechtsstaates und der repräsentativen Demokratie. Der Pariser Politologe Pierre Grémion macht in seiner umfangreichen Studie über die Geschichte der antikommunistischen Intelligenz (vgl. Grémion 1995) vier intellektuelle und politische Hauptströme unter den Kongreßteilnehmern aus: die ehemaligen Kommunisten, vertreten von Ignazio Silone (Mitbegründer der italienischen KP 1921, später ZK- und Politbüromitglied; 1931 brach er mit der Partei, wurde als Sozialist von den Faschisten verfolgt und ging nach Genf ins Exil, wo seine literarische Laufbahn begann. 1954 ging er zurück nach Rom und arbeitete in der sozialistischen Partei; er starb 1978), Arthur Koestler, Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Theodor Plievier (Schriftsteller und Autor

50er Jahren davon aus, daß, vermittelt über Irving Brown (AFL-Gewerkschaft, Ex-Trotzkist), die amerikanischen Gewerkschaften den Kongreß bzw. die Zeitschriften subventionierten.

des berühmten ‘Stalingrad’-Romans), Ernst Reuter, David Rousset (verbrachte einen Teil der Kriegsjahre in deutschen Konzentrationslagern und sorgte für heftige Kontroversen mit seinem Buch ‘L’Univers concentrationnaire’), François Bondy (später Chefredakteur von *Preuves*) und Charles Plisnier. Die zweite Richtung umfaßt den europäischen antinazistischen und antifaschistischen Widerstand, deren Repräsentanten sich allesamt als Nichtkommunisten verstanden. Für die deutsche Seite stand dafür v.a. der Historiker Golo Mann, für die italienische Altiero Spinelli. Die dritte Gruppe auf dem Kongreß sieht Grémion in den Vertretern eines europäischen Föderalismus: jene kannten und trafen sich teils schon vor Kriegsende und initiierten nicht zuletzt den Europarat. Neben Spinelli, Eugen Kogon und Henri Brugmans ist v.a. Denis de Rougemont einer der Vorkämpfer eines ‘Europa der Kultur’ gewesen; er gründete 1950 in Genf das Centre européen de la culture. Die vierte Gruppierung auf dem Berliner Kongreß stellten die Emigranten aus den sowjetisch kontrollierten Ländern: Russen, Polen, Tschechen und Letten. Eine herausragende Rolle kam dabei Jerzy Giedroyc, dem Begründer der traditionsreichen polnischen, in Paris erscheinenden Exilzeitschrift *Kultura*, und seinem Förderer Joseph Czapki zu. Auf französischer Seite waren neben Vertretern, die allen vier genannten Richtungen zuzurechnen waren, auch einige Sozialisten der SFIO (Section française de l’Internationale ouvrière) dabei. Darüber hinaus sei noch die Teilnahme von Franz Neumann erwähnt (Politologe am Frankfurter Institut für Sozialforschung) sowie Ruth Fischer, Margarete Buber-Neumann (die Witwe des Kommunisten Neumann, der auf Anordnung Stalins umgebracht wurde, sie selbst wurde erst von den Sowjets deportiert und anschließend an die Nationalsozialisten ausgeliefert), Carlo Schmid (Sozialdemokrat und damals Regierungschef von Baden-Württemberg), Alfred Weber (Soziologe und Bruder von Max Weber), Irving Brown (Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL) und natürlich der große französische Denker eines liberalen Antitotalitarismus Raymond Aron (s. Kap. 2.4). Die weitere Mitarbeit dieser Intellektuellen im Kongreß sollte in den darauffolgenden Jahren eine wichtige Rolle spielen.

40 Prozent der Teilnehmenden kamen aus den USA und Deutschland, darunter auch russische Emigranten, die übrigen reisten aus anderen europäischen Staaten sowie aus Lateinamerika an. Das Ehrenpräsidium stellten Benedetto Croce, John Dewey, Karl Jaspers, Jacques Maritain und Bertrand Russell. Im Berliner Komitee saßen Oberbürgermeister Ernst Reuter, Edwin Redslob, Rektor der Freien Universität, und Otto Suhr,

Direktor der Hochschule für Politik. Die Aufgabe des Generalsekretärs war an Melvin J. Lasky übertragen worden. Der Kongreß setzte sich, so kann man zusammenfassend sagen, aus einer Koalition liberaler und sozialistischer Intellektueller zusammen, wobei die antikommunistischen Sozialisten und Sozialdemokraten den gewichtigeren Part innehatten. In der unmittelbar nach dem Kongreß erscheinenden Juli/August-Ausgabe des *Monat*, eine Doppel-Nummer, die ausschließlich dem Kongreß und seinen Debatten gewidmet war, heißt es: der Kongreß "war der spontane Ausdruck einer gemeinsamen Sorge der Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Politiker, welche die außerordentliche Bedrohung der geistigen Freiheit erfahren haben und sich nun bei aller Mannigfaltigkeit ihrer Ansichten und Wirkungskreise als eine echte Gesinnungsgemeinschaft zusammenfanden... .Und diese Gemeinschaft, die aus einer akuten moralisch-politischen Gefährdung jeglicher Freiheit durch den totalen Staat im Bewußtsein dieser Intellektuellen und in ihrem Gewissen eine so starke Resonanz gefunden hat, war es, die dieser Tagung den Charakter einer moralischen Demonstration verlieh." (*Der Monat*, 1950, S. 339)

Vom 26. bis 30. Juni arbeitete der Berliner Kongress an vier großen Themen: 'Die Wissenschaft und die Freiheit'; 'Kunst, Künstler und Freiheit'; 'Die Bürger in der freien Gesellschaft'; 'Frieden und Freiheit'. Die Sitzungen waren öffentlich; Besucher kamen nicht nur aus den Zonen der Westalliierten, sondern ebenso aus der sowjetisch besetzten Zone Berlins. 45 Vorträge lagen dem Sekretariat vor; allesamt beschäftigten sich mit dem Thema 'Freiheit versus Totalitarismus'. Es ging den Vortragenden dabei weniger um eine spezifische Analyse totalitärer Herrschaft, sondern vielmehr um die Dringlichkeit, eine moralische und politische Antwort auf die totalitäre Bedrohung zu geben. Zum Schluß appellierte der Kongreß deshalb auch an die Verantwortung der Intellektuellen: "Ici, responsabilité signifie non seulement résistance au stalinisme mais encore rejet des positions neutralistes qui séduisent alors de nombreux intellectuels en Europe." (Grémion, 1995, S. 28) Die Beiträge kreisten immer wieder um vier zentrale Punkte: die Opposition gegenüber der totalitären politischen Kontrolle der Kunst und der Wissenschaft, die Konzentrations- und Zwangsarbeitslager, die politische und intellektuelle Situation in der UdSSR und im sowjetisierten Europa und die Auseinandersetzung mit dem Pazifismus und Neutralismus in Europa.

Die Redner setzten sich auch mit der eigenen Rolle der Intellektuellen auseinander, so beispielsweise der Europa-Vordenker Denis de Rougemont: "Die Schriftsteller haben

jahrzehntelang ihre Hauptlust daran gehabt, die bürgerliche oder bourgeoise Ordnung zu zerstören. Sie haben sich aber nicht gleichzeitig zur Errichtung irgendeines gesellschaftlichen Ordnungssystems verpflichtet gefühlt, sondern sich den zwiespältigen Genüssen des schlechten Gewissens und der Selbstverachtung hingeeben... .Der Schriftsteller kann nicht ganz allein frei sein, sondern nur als Bürger mit den anderen Bürgern." (*Der Monat*, 1950, S. 391) Über 'Die Versuchung des Intellektuellen' sprach auch der in London lebende Schriftsteller und Journalist Peter de Mendelssohn in einer der Arbeitssitzungen: "Die totalitäre Gedanken- und Glaubenswelt erkennt...das Fragmentarische nicht an. Sie erkennt, grob gesagt, den Gedanken nicht an, daß die Dinge möglicherweise nicht 'zusammenhängen'. Das Fragmentarische wird aus rein politischen oder wirtschaftlichen Gründen geleugnet und aus denselben Gründen als zusammenhängend, als wohldurchdachtes, vollständiges Ganzes ohne Ungereimtheiten, Widersprüche oder Unwesentliches erklärt." (*Der Monat*, 1950, S. 385). In radikaler Fortführung der Gedanken Julien Bendas über den "Verrat der Intellektuellen" (vgl. Benda 1927/1988) attestierte Mendelssohn vielen Intellektuellen die Neigung, sich der "totalen Auflösung" zu ergeben. "Der 'clerc' hat in seiner Erscheinung etwas an sich, was ihn zur 'trahison', zum Verrat an seinen Werten drängt und stößt ... die Welt des Geistes auf den Kopf zu stellen, mit einer intellektuellen Geste wie ein Zauberer alle geistigen Werte umzukehren, ... fasziniert auf eine merkwürdige und quälende Weise den denkenden Geist ... Sich dem Totalitarismus zu ergeben, ihn zu akzeptieren, kann für den Intellektuellen die Chance seines Lebens sein – die Chance, die Hebel zu betätigen, und zwar nicht nur ungestraft, sondern in der Gewißheit, lautes Lob für eine scheinbar mutige Tat zu ernten." (*Der Monat*, 1950, S. 385f.) Er spielte damit recht unverblümt auf die Anziehungskraft an, die die Sowjetunion auf viele westliche Intellektuelle ausübte und sie dazu trieb, sich von Moskau allzu oft betören zu lassen. Erwähnt sei hier nicht nur Lion Feuchtwangers Anwesenheit in Moskau während der Schauprozesse 1936. Er sah sich darüber hinaus bemüßigt, die Todesurteile zu verteidigen und die Kritiker des Großen Terrors in der Sowjetunion als "miserable Antifaschisten" zu denunzieren. Alfred Döblin berichtete 1941 von einem Gespräch mit dem inzwischen kaum geläuterten Feuchtwanger: "Als ich ihm neulich sagte, daß ich jede Diktatur ablehne, und die von links nicht weniger als die von rechts, da meinte er, ich brauche nichts zu fuerchten, im Links-Deutschland wuerden

Heinr. Mann und – er, L.F. bestimmen, was gedruckt wurde und was nicht.“ (zit. nach Rohrwasser, 1996, S. 66)

Mit Blick auf die Lage in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion verabschiedeten die Kongreßteilnehmer 1950 in Berlin eine anders lautende ‘Botschaft an die Intellektuellen des Ostens’, worin es u.a. heißt: ”Es ist ein Zeugnis dafür, daß der gegenwärtig größte Weltkonflikt nicht ein Konflikt zwischen dem ‘Osten’ und dem ‘Westen’ ist; es ist ein Konflikt zwischen Tyrannen und Menschen, die sich nach Freiheit sehnen... Wir verpflichten uns hier, alle jene, die ihre Freiheit gegen Unterdrückung behaupten, unserer moralischen und materiellen Solidarität zu versichern. Wir sprechen die leidenschaftliche Hoffnung aus, daß sie alle bald in Freiheit leben und wieder an unserem gemeinsamen geistigen Erbe teilnehmen können.“ (Monat, Juli/August 1950, Nr. 22/23, S. 481)

Diesem Bestreben war auch der an der Gründung des Kongresses beteiligte französische Schriftsteller und Journalist David Rousset, ehemals Trotzkist, verpflichtet – er starb 1998. Als französischer Widerstandskämpfer geriet er in die Hände der Gestapo, wurde gefoltert und nach Buchenwald deportiert. Seine Erfahrungen fanden ihren Niederschlag in dem Buch ‘L’Univers concentrationnaire’ (Paris 1946), für das er den Prix Renaudot erhielt. Er organisierte darüber hinaus eine Kampagne ehemaliger Lagerinsassen für die Abschaffung der Strafearbeitslager in allen Ländern der Erde. Am 12. November 1949 veröffentlichte der *Figaro Littéraire* seinen ”Appell an die Deportierten aus den Nazilagern: Helft den Deportierten in den sowjetischen Lagern” auf der Titelseite. Bitterste Vorwürfe der Kommunisten innerhalb und außerhalb Frankreichs sowie scharfe Attacken des linken Pariser Intellektuellenmilieus waren die Folge.⁴⁴ Vorläufer dieses exemplarischen Streits um die Vergleichbarkeit von Nationalsozialismus und Kommunismus war der 1949 in Paris stattfindende sogenannte Kravchenko-Prozeß. Kern der zivilrechtlichen und überaus ideologischen Auseinandersetzung war der Wahrheitsgehalt eines Buchs (Ich wählte die Freiheit, Kravchenko 1947) über die stalinistische Diktatur, welches der russische Emigrant Victor A. Kravchenko, ehemals hochrangiger sowjetischer Funktionär,

44 In seiner Zeitschrift *Temps Modernes* zog Jean-Paul Sartre heftig gegen seinen früheren Weggefährten Rousset zu Felde. Abtrünnig sei er geworden und ließe sich vor den Karren der bürgerlichen Presse spannen, warfen ihm Sartre und Maurice Merleau-Ponty in dem Leitartikel der *Temps Modernes* im Januar 1950 vor: ”Welches auch die Natur der gegenwärtigen Sowjetgesellschaft sei, die Sowjetunion befindet sich grosso modo im Gleichgewicht der Kräfte auf der Seite derjenigen, die gegen die uns

nach der Flucht aus seinem Heimatland veröffentlicht hatte (vgl. Lefort 1948 u. Kraushaar 1996, S. 36 ff.).

Margarete Buber-Neumann trat während dieses Prozesses als Zeugin für Kravchenko auf. Auch in der Debatte um Roussets Initiative griff sie zur Feder und verteidigte deren Zielsetzungen. Am 25. Februar 1950 erschien im *Figaro littéraire* ihr Artikel "Für die Untersuchung der sowjetischen Konzentrationslager. Wer ist schlimmer, Satan oder Belzebug?" (Buber-Neumann, 1950, S. 1-4), in dem sie über ihre doppelte Erfahrung als Deportierte in nationalsozialistischen und sowjetischen Lagern schrieb.⁴⁵

Buber-Neumann, geb. 1901, bewegte sich bereits in ihrer Jugend in linkssozialistischen Kreisen.⁴⁶ Zusammen mit ihrem ersten Mann Rafael Buber (dem Sohn Martin Bubers) studierte sie in Heidelberg und Jena. 1926 trat sie der KPD bei und arbeitete für das Kominternblatt *Imprekorr*. In zweiter Ehe heiratete sie den späteren Kominternfunktionär Heinz Neumann. 1935 verließen beide Deutschland und gingen nach Moskau. Ihr Mann wurde 1937 im Rahmen der großen Säuberung verhaftet und später umgebracht. Nach ihrer eigenen Verhaftung 1938 verurteilte man sie zu fünf Jahren Arbeitslager in Sibirien (Karanga). Im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes wurde sie 1940 an die Gestapo ausgeliefert und ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Nach ihrer Befreiung versammelte sie ihre Erfahrungen aus beiden Lagern 1947 in ihrem Buch "Als Gefangene bei Hitler und Stalin" (vgl. Buber-Neumann 1985).

Als politische Publizistin intervenierte sie später nicht nur in Pariser Debatten, sondern beteiligte sich auch aktiv an der Gründung und weiteren Arbeit des Kongresses für kulturelle Freiheit. Die in Paris begonnene Kooperation der beiden 'Lagererfahrenen' Buber-Neumann und Rousset fand in Berlin ihre Fortsetzung.

In seiner Kongreßrede betonte David Rousset 1950: "Man kann heute nicht mehr von dem Problem der kulturellen Freiheit reden, ohne gleichzeitig auf die Frage des 'univers concentrationnaire' einzugehen...Als frühere politische Häftlinge haben wir es uns zur

bekanntesten Formen der Ausbeutung kämpfen." Vergleiche hierzu die Rekonstruktion dieses exemplarischen Streits bei Charles Jacquier 1998, S. 238ff.

⁴⁵ Buber-Neumanns Artikel wurde in Zusammenhang mit der Debatte um das 'Schwarzbuch des Kommunismus' nachgedruckt (vgl. *Commentaire* 1998). Der Streit um Roussets Aufruf lieferte das Grundmuster für die Auseinandersetzung über die Vergleichbarkeit von linkem und rechtem Totalitarismus. Als historisches Fallbeispiel war es in den letzten 50 Jahren immer wieder Bezugspunkt für die ideologische Positionierung der französischen Intellektuellen.

⁴⁶ Babette Gross, die spätere Ehefrau von Willi Münzenberg, war ihre Schwester.

Aufgabe gemacht, alle Konzentrationslager, wo immer sie sich befinden mögen, zu verdammen. Auf keinen Fall sollen irgendwelche Lager mit Schweigen übergangen werden, nur weil sie sich vielleicht in einem Lande befinden, mit dessen System die eine oder andere Gruppe unter uns sympathisiert." (*Der Monat* 1950, S. 422f.)⁴⁷

Die 4. Arbeitssitzung des Berliner Kongresses war dem Thema 'Friede und Freiheit' gewidmet. Sie stand unter dem Eindruck des soeben ausgebrochenen Koreakrieges, ausgelöst gerade von jener Seite, die sich als Monopolist des Friedens gebärdete: der Sowjetunion. "Der Druck, den der plötzliche Übergang vom Kalten Krieg zu einem lokal begrenzten, aber immerhin sehr heißen Krieg auf die Kongreßteilnehmer wie auf das Publikum ausübte, erhitzte auch die Debatten in steigendem Maße", heißt es im 'Bericht über die Diskussion', die *Der Monat* dokumentierte (a.a.O., S. 464). Raymond Arons Referat, sowie die Vorträge von Arthur Koestler und James Burnham waren Grundlage der Diskussion. Die amerikanische Intervention wurde mit großer Genugtuung aufgenommen.

Koestler eröffnete seinen Beitrag mit der These, die Begriffe 'rechts' und 'links' seien überholt, und löste damit eine heftige Debatte aus. Am Beispiel der britischen Labour Party, die einige Vertreter auf den Kongreß entsandt hatte, geißelte er die antieuropäische Haltung vieler Linker und ihren Widerstand gegen die europäische Einigung. "Die nichtsozialistischen Regierungen Frankreichs, Deutschlands, Italiens sind heute 'internationalistischer' gesinnt als das sozialistische England...Das russische Veto bei den Vereinten Nationen findet sein Gegenstück in dem britischen Veto gegen die politische und ökonomische Internationalisierung Europas." (a.a.O. S. 438f.)

Beherrschendes Thema in den Beiträgen war die Neutralität Europas, die 'Dritte Kraft' und die Verharmlosung der sowjetischen Bedrohung. Viele Redner sahen darin eine "stalinistische Friedenspropaganda" am Werke, die auch bei kritischen Geistern ihre Wirkung zeitigte. Der junge Philosophieprofessor und geschätzte Publizist aus New York, James Burnham (ehemaliger Trotzkiist), ging in seiner Rede hart ins Gericht mit den

47 David Rousset war bis zu seinem Tode 1997 einer der zentralen Figuren der Pariser antitotalitären Intelligenz. In Fortsetzung der Gründungstradition des Kongresses, an dessen Aufbau und weiterer Arbeit er maßgeblich beteiligt war, zählte er auch 1956 zu den wichtigsten Organisatoren des Protestes gegen die Niederschlagung der Ungarischen Revolution. Im Dezember 1981, anlässlich der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, war er unter den ersten, die heftig protestierten. Sein Engagement ließ auch während der Debatten um den Krieg in Ex-Jugoslawien nicht nach.

‘Neutralisten’. Als ‘Dritte Kraft’ wollten sie sich gleichermaßen gegenüber den ‘reaktionären Wallstreet-Elementen’ und dem extremen Flügel des russischen Totalitarismus absetzen. Der amerikanische Materialismus und der sowjetische Totalitarismus – so die Neutralisten – seien dem Wesen der europäischen Kultur und der Demokratie gleichermaßen fremd und bedrohten sie in gleicher Weise. Europa müsse deshalb neutral bleiben und dürfe mit keinem der beiden Rivalen zusammengehen. Den sogenannten Neutralisten hielt Burnham entgegen: ”Coca-Cola mag ein scheußliches Getränk sein, aber die Scheußlichkeit Katyns oder Kolymas ist von einer anderen Kategorie ... Soll kein Pole, kein Tscheche, kein Este, Lette oder Litauer, kein Serbe, kein Rumäne, kein Ungar, kein Ostdeutscher das Recht haben, zu dem Problem Europa auch ein Wort mitzusprechen und seine Ansichten über die ‘Dritte Kraft’ und ihre neutrale Position zwischen dem amerikanischen Materialismus und dem russischen Totalitarismus zu äußern?” (a.a.O., S. 453)

Raymond Aron kritisierte in seinem ausführlichen Vortrag ebenfalls die Neutralisten. Die Bolschewisten bedienten sich, solange es ihnen zweckmäßig erscheine, solcher Mittelsmänner, die Neutralität, Versöhnung und die Dritte Kraft predigten. Letzten Endes würden sie solche Helfer jedoch liquidieren oder zu gefügigen Knechten machen. ”Es ist gewiß wünschenswert, daß Europa seine Ordnung findet, daß es seine wirtschaftliche und militärische Kraft zurückgewinnt.” (a.a.O., S. 461) Je weniger es dazu amerikanischer Hilfe bedurfte, umso besser. Fest stehe jedoch, daß Europa nicht imstande sei, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zu versöhnen oder eine Mittlerstellung einzunehmen. Der Friedenspropaganda von Moskau und seinen Helfern hielt er entgegen: ”Man präsentiert uns den Mann, der durch seinen Pakt mit Hitler den zweiten Weltkrieg auslöste, als Wohltäter der Menschheit. Wir wiederholen nur, daß Stalin nicht den Frieden im Sinn hat, sondern den Krieg betreibt. Einerlei, ob es um Europa oder um Asien geht, ob er Hitler oder Ulbricht die Hand drückt – sein Streben gilt nicht dem friedlichen Ausgleich, sondern der Eroberung.” (a.a.O., S. 462)

Altiero Spinelli, ehemaliger Kommunist und führender Kopf der italienischen Europa-Bewegung, fügte hinzu: ”Die Freiheit ist verloren, wenn es den Europäern nicht gelingt, neben Amerika ein freies und starkes Europa aufzubauen. Denn sonst gleiten wir in eine allmähliche Erniedrigung und enden im Abgrund des Totalitarismus.” (a.a.O., S. 466)

Der Berliner Kongreß war zur großen Zufriedenheit der Initiatoren zu einem vollen Erfolg geworden. In der nationalen und internationalen Presse fand er ein breites Echo. Zur Abschlußkundgebung für die Berliner Bevölkerung versammelten sich im Sommergarten am Funkturm rund 15.000 Besucher. Es sprachen Eugon Kogon, als Vorsitzender der deutschen Europa-Bewegung, David Rousset, Ignazio Silone, Carlo Schmid und Irving Brown. Alle Beiträge mündeten in einem großen Plädoyer für ein freies und vereinigtes Europa. Zum Abschluß verkündete Arthur Koestler die 14 Thesen des von den Kongreßteilnehmern erarbeiteten Manifests und schloß nahezu pathetisch mit den Worten: "Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen."

Die westeuropäische und amerikanische Presse berichtete voller Bewunderung und mit Wohlwollen über das Berliner Ereignis. Die ostdeutschen und sowjetischen Zeitungen schlugen hingegen einen anderen Ton an: In der *Nationalzeitung* (Berlin) vom 25. Juni hieß es: "Sieht man sie sich an, die mitmachen, so sind es alles Kosmopoliten, deren geistige Stellung allerdings untergeordnet ist, und es findet sich kein repräsentativer deutscher Kulturschaffender darunter." Weitere Artikel der deutschen Ostpresse waren überschrieben mit "Feinde von Kultur und Freiheit tagen in Berlin" oder "Die Wallstreetgespenster beim Tischrücken". *Die Tägliche Rundschau* vom 30. Juni 1950 sprach von "einer Gesellschaft schwarzer Raben zur ideologischen Vorbereitung eines neuen Krieges". In einem Artikel der Moskauer *Prawda* vom 2. Juli 1950, den die *Österreichische Zeitung* drei Tage später nachdruckte, hieß es unter der Überschrift "Kongreß der Kriegsbrandstifter": der Generalsekretär des Kongresses Melvin Lasky sei ein "Polizeispitzel und Provokateur", "Spione, Renegaten, falsche Zeugen und Erzreaktionäre" hätten sich in Berlin zusammengerottet. (Vgl. *Der Monat*, 1950, S. 487ff.)

Die Schimpftiraden, die von kommunistischer Seite auf den Kongreß herab prasselten, hatten Tradition: einem Wiederholungszwang gleich wurden "Renegaten" und Abtrünnige" der kommunistischen Weltbewegung bereits in dreißiger und vierziger Jahren immer wieder mit derartigen Vokabeln belegt. (Vgl. Rohrwasser 1991) Johannes R. Becher hatte sich in seinen Polemiken anlässlich des Kongresses auf seinen Schriftstellerkollegen Koestler spezialisiert. Mit einem Autor, dessen Herz unempfindlich sei gegenüber allem, was sein Volk wolle, sei so zu verfahren, "wie es Menschenfeinde verdienen und wie es

Maxim Gorki in dem Satz ausgedrückt hat: 'Wenn der Feind sich nicht ergibt, muß er vernichtet werden.'" (Becher 1950, S. 701)

Trotz dieser Attacken war man ermutigt vom Erfolg des Kongresses und beschloß auf den vielfach geäußerten Wunsch der Tagungsteilnehmer, die begonnene Arbeit fortzusetzen. Das dafür eingerichtete Exekutivkomitee bestand aus Ignazio Silone, David Rousset, Arthur Koestler, Irving Brown und Carlo Schmid.

2.3. Antitotalitärer Ost-West-Dialog: Die Zeitschriften *Der Monat* und *Preuves* (Orientierungen und Arbeitsweisen des Kongresses)

Die eigentliche Arbeit des Kongresses begann im Grunde erst nach dieser großen öffentlichkeitswirksamen Gründungsveranstaltung in Berlin. Während der darauffolgenden Jahre entstand ein einzigartiges Netzwerk europäischer und amerikanischer Intellektueller, Wissenschaftler und Schriftsteller, dessen Arbeit und Wirkweise erstaunlicherweise bis heute im Verborgenen blieb. Der Australier Peter Coleman, Chefredakteur der australischen Kulturzeitschrift *Quadrant*, und der Pariser Politologe Pierre Grémion widmeten sich in ihren 1989 in New York und 1995 in Paris erschienenen großen Monographien erstmalig der Arbeit des Kongresses – beide Titel sind bisher nicht ins Deutsche übersetzt worden (s. Coleman, 1989 u. Grémion 1995).⁴⁸ Darüber hinaus stößt man auf Zeugnisse dieser Arbeit nur vermittelt der Biographien der beteiligten intellektuellen Akteure und ihrer Publikationen in den mit dem Kongreß assoziierten Zeitschriften. Zumeist sind die Bemerkungen über diesen Arbeitszusammenhang fast privater Natur. In keiner Geschichte der Intellektuellen seit 1945 fand der Arbeitszusammenhang des Kongresses

48 Kürzlich sind zwei weitere Arbeiten über den Kongreß bzw. Die Zeitschrift *Monat* erschienen, vgl. M Hochgeschwender, *Freiheit in die Offensive?* (1998). Er sieht im Kongreß eine von Amerika gesteuerte "Agentur des Kalten Krieges" (Ebda., S.577), die gleichzeitig "innersystemische Werte" transferierte: "Auf diese Weise wurde auch die Bundesrepublik ideell-kulturell intentional und gesteuert in den sich ausformenden Block antikommunistisch-liberaldemokratisch-privatkapitalistischer Nationen einbezogen, die das US-amerikanische Herrschaftssystem bildeten." (Ebda., S. 584) Die CIA-Finanzierungen verleitet den Autor dazu, den Kongreß aus dem Blickwinkel einer Verschwörungs- und Agententheorie zu untersuchen. "Für die USA war es unbedingt notwendig, eigene Herrschaftsinteressen mit der weltweiten öffentlichen Meinung in Einklang zu bringen. Diesem Zweck diente der Kongreß für die kulturelle Freiheit." (Ebda., S. 592) Einräumen muß der Autor, daß die Arbeit des Kongresses erfolgreich zur 'Westernization' der Bundesrepublik beigetragen hat. Die zweite Arbeit stammt von Marco Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin Lasky und 'Der Monat' (1999).

Eingang.⁴⁹ Dies ist umso erstaunlicher, als die intellektuelle Arbeit und deren Resultate erheblichen Einfluß auf die öffentlichen Debatten in Europa hatten. Sie wurden zu recht den einzelnen intellektuellen Akteuren zugeschrieben, und wahrgenommen in der Handschrift individueller Autorenschaft; der geistige und soziale Zusammenhang des Kongresses blieb indes verborgen. Manifest wurde er allerdings in den Zeitschriften und ihrer netzwerkartigen Verquickung, die der Kongreß auf den Weg brachte.

Das in Berlin eingesetzte Exekutivkomitee arbeitete weiter; alsbald wurden Dependance-Büros in Berlin, Paris und Rom eröffnet. Neben der Planung weiterer Konferenzen wurde – in Anknüpfung an *Den Monat* – die Herausgabe weiterer Zeitschriften vorbereitet.

François Bondy, vom Exekutiv-Komitee des Kongresses für die Publikationsarbeit ernannt, gründete im Oktober 1951 das französische Pendant zum *Monat*, die Zeitschrift *Preuves*. Er zählt zu jenen keineswegs zahlreichen europäischen Intellektuellen, die ihr Leben und Werk mit großer Leidenschaft der Überwindung der Spaltung Europas widmeten, unermüdlich gegen rechte und linke Nationalismen ankämpften. 1915 in Berlin als Sohn einer ungarischen Mutter und eines tschechischen Vaters geboren, verbrachte Bondy seine ersten Lebensjahre in Prag. "Die Kultur, in der ich erzogen wurde, war jedoch deutsch." Jüdische Traditionen wurden in der Familie nicht mehr gepflegt, "ich wußte nur, daß mein Vater (Regisseur am Prager Deutschen Theater, U.A.), der eine schöne Stimme hatte, in seiner Jugend in der Synagoge sang." (Bondy 1998, S. 59) In Deutschland, Österreich und der Schweiz ging er zur Schule; sein Studium führte ihn später nach Nizza und Paris. Dort hatte er Gelegenheit, sich einem Kreis von Intellektuellen anzuschließen, die als 'Internationales Institut für intellektuelle Zusammenarbeit' 1933 ein Kolloquium zum Thema "Die Zukunft des Europäischen Geistes" abhielten. Es war gewissermaßen Vorläufer jener Initiative einer 'Union der Intellektuellen', die unter Federführung des Italieners Altiero Spinelli eine Europäische Föderation anstrebten. Albert Camus zählte ebenso zu dem Kreis wie Ignazio Silone oder Carlo Rosselli. Was sie einte, war nicht nur der Kampf gegen den Nationalismus in faschistischem Gewande, sondern auch – nach teils zögerlicher Zurkenntnisnahme der stalinistischen Verbrechen – ihr Bruch mit der kommunistischen Partei. Nach dreijähriger Mitgliedschaft verließ auch

49 Einzig in zwei französischen Publikationen findet der Kongreß Erwähnung, vgl. Julliard/Winock 1996 und Delporte 1995.

François Bondy 1939 die französische KP.⁵⁰ Jene Intellektuellenaktivitäten für ein gerechtes, freies und demokratisches Europa fanden nach Kriegsende ihre Fortsetzung in dem 'Kongreß für die kulturelle Freiheit', der die beiden Zeitschriften *Monat* und *Preuves* als Diskussionsforen förderte. In enger Kooperation der Chefredakteure Lasky und Bondy entstand daraus ein deutsch-französisches Gespann intellektueller Innovation, das Raum bot, um auf hohem Niveau über die Zukunft Europas zu debattieren. Der Verleger Wolf Jobst Siedler war damals in Berlin einer der Mitarbeiter Laskys, der den *Monat* unterstützte. Noch heute klingt in seiner Erinnerung an diese Zeit die Begeisterung durch:

„Das war für uns, die wir im Dritten Reich aufgewachsen waren, wie ein Fenster zur Welt; als Studenten rissen wir uns die neuerschienenen Hefte förmlich aus den Händen. Bisher verbotene Namen, verbotene Debatten – im *Monat* wurden sie geführt. Ich glaube, daß die Fünfundzwanzig- bis Vierzigjährigen der eigentliche Stamm der *Monat*-Leser waren, denn deren Nachholbedarf war am größten. Was dachte man in Paris, London, New York, was war die Haltung von Arnold Toynbee oder Raymond Aron – in Laskys Zeitschrift stand es drin. Mein erster eigener Beitrag für das Blatt war ein Essay über Friedrich Torberg und dessen Exilromane. All das imponierte mir ungeheuer: die Wiedergeburt der zwanziger und dreißiger Jahre – abgedruckte Texte von Thomas Mann, Hermann Hesse, Hans Sahl – und gleichzeitig der Zirkelschluß zu den Debatten der Gegenwart. Meines Erachtens bewahrte gerade diese Mischung den *Monat* davor, ebenso belehrend verstaubt zu wirken, wie dies das Schicksal von anderen Publikationen aus dieser Zeit war. Es war ein schönes Gefühl, in den Redaktionsräumen in Berlin-Dahlem die ganze geistige Welt um sich versammelt zu sehen. Denis de Rougemont, Ernst Reuter und Willy Brandt kamen vorbei, aber auch Theodor Plievier; dieser allerdings unter Polizeischutz, weil er sich als Dissident wohl zu Recht vor einer Entführung in den Ostsektor fürchtete.“⁵¹

Die Auseinandersetzungen um Faschismus und Stalinismus, um die Wege der Demokratie, die der *Monat* und *Preuves* organisierten, zählten mit Sicherheit – neben den von Walter Dirks und Eugen Kogon 1946 gegründeten *Frankfurter Heften* – zu den außergewöhnlichsten im Nachkriegseuropa. Geführt wurden sie u.a. von Raymond Aron, dem Vater

50 Er gehörte bereits in seiner KP-Zeit der oppositionellen, antistalinistischen Pariser Gruppe „Que faire“ an.

51 Wolf Jobst Siedler in Martin 1999, S. 26.

des liberalen Antitotalitarismus, dem Exil-Polen Czeslaw Milosz, Aldous Huxley, Arthur Koestler oder Manès Sperber.

”Die Anliegen von *Preuves* waren die deutsch-französische Versöhnung und die europäische Einigung. Wir waren v.a. Europäisten. Franz Borkenau schrieb bei uns oder Albert Camus, Karl Jaspers, mit dem ich sehr verbunden war, arbeitete mit. Der Schweizer Herbert Lüthy schrieb in *Preuves* und im *Monat*, war damit einer der wichtigsten Verbindungsglieder dieses europäischen Zeitschriftennetzwerks.” (Gespräch mit François Bondy, 1996)

Wenn man sich die Biographien und Werke dieser Gruppe europäischer Intellektueller anschaut, nimmt es nicht Wunder, daß ihr Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auch späterhin nicht vor dem Eisernen Vorhang haltmachte. Ihre Erfahrung mit beiden Totalitarismen, Faschismus und Stalinismus, trieb sie an, unermüdlich die Toleranz, Individualität und Menschenwürde zu verteidigen – wohl gewahr, daß ihre Positionen die einer kleinen Minderheit waren.

François Bondy stand mit seiner essayistischen, literarischen, politisch-kritischen Arbeit und v.a. seiner Person im Zentrum dieser Bestrebungen. Er personifiziert auf ganz natürliche Weise ”jene übernationale Ökumene Mitteleuropas, jene kosmopolitische Dimension, die ihn zu einem Experten für das Exil und die Grausamkeit der Geschichte werden läßt und gleichzeitig dazu bringt, sich in jeder Ecke der Welt zu Hause zu fühlen, und das durch die Fähigkeit, überall, auch hinter dem fremdesten Erscheinungsbild, das Universal-Menschliche zu erkennen, das, was uns verbindet und vereint.” (Magris, 1995, S. 168) So charakterisiert der italienische Literaturwissenschaftler und Schriftsteller Claudio Magris seinen Freund und Kollegen. Gleich einem Spürhund, ”ausgestattet mit einem überfeinen Geruchssinn, der das Verwandte im Fremden, die Nähe in der Ferne, den Wert und den menschlichen Sinn in den Abenteuern des Wortes ausmachte” (Magris, a.a.O.), stöberte Bondy Texte und Autoren auf, die durch ihn überhaupt erst der europäischen Öffentlichkeit ins Bewußtsein rückten. Insbesondere seinem Spürsinn in mittel- und osteuropäischen Gefilden, seiner Verbundenheit und Freundschaft mit den Intellektuellen dieses bis 1989 abgetrennten Denkraums, ist es zu verdanken, daß beispielweise Autoren wie der galizische Jude Bruno Schulz oder der Pole Witold Gombrowicz dem westeuropäischen Publikum bekannt wurden. Feinfühlig zeichnete Bondy Werk und Person seiner entdeckten Autoren, trug Gedankengänge zusammen, ließ sie sich kreuzen, flocht die

weiter und band sie in die Zeitgeschichte ein. Entsprechend seinem eigenen Selbstverständnis über den innigen Zusammenhang von Werk und Person, fügte und führte er nicht nur vordem fremde Gedanken zusammen, sondern auch deren Träger. Er schrieb nicht nur über die unterschiedlichen Rezeptionsweisen osteuropäischer Schriftsteller in Deutschland und Frankreich, sondern initiierte selbst den lebendigen Diskurs darüber mit den Beteiligten. Einmal im Monat lud Bondy Schriftsteller und Künstler in die Pariser Redaktionsräume der Zeitschrift ein, um die intellektuelle Auseinandersetzung voranzutreiben. Bondys enge Zusammenarbeit mit Czeslaw Milosz und Konstanty Jelenski, die die traditionsreiche, 1939 gegründete polnische Exilzeitschrift *Kultura* in Paris herausgaben, erlaubte ihm, westeuropäische und ostmitteleuropäische Intellektuelle zusammenzubringen, Debatten über die Zukunft der Politik und Kultur Europas zu initiieren, die bereits vor 1989 den Eisernen Vorhang zuweilen intellektuell geöffnet haben. Dieser 'geborene Europäer' ist gleichermaßen in den letzten 40 Jahren einer der luzidesten Kritiker des mühseligen Einigungsprozesses Europas geblieben. Mittlerweile hat er sich, fast 90 Jahre alt, aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen und lebt in Zürich. Über die Arbeit des Kongresses in den 50er Jahren berichtet er heute noch sehr lebhaft:

„Wir reisten viel nach Osteuropa, um dort den Kontakt aufzunehmen und zu halten mit den Intellektuellen, die im Begriff waren, sich vom Kommunismus zu befreien. Das wichtigste Buch war damals für uns Milosz' 'Verführtes Denken'. Die Freundschaft zwischen Konstanty Jelenski und mir war die Grundlage für die Zusammenarbeit der polnischen Exilzeitschrift *Kultura* und *Preuves*.“ (Gespräch mit François Bondy, 1996)

Die Zeitschrift hatte in Paris keinen leichten Stand. Viele Intellektuelle waren damals Mitglied der KP oder ihr sehr stark verbunden. Sartres Zeitschrift *Les Temps Modernes* sah in *Preuves* eine „Revue der Rechten“ und *Le Monde* bezeichnete sie als „revue américaine“. Attackiert wurde sie nicht nur aufgrund ihrer amerikanischen Finanzierung, sondern wegen ihrer dezidiert antitotalitären Ausrichtung. „Il suffit en effet d'ouvrir une collection de 'Preuves' ... pour se rendre compte que toutes les analyses du phénomène totalitaire, que les intellectuels français mirent si longtemps à découvrir, étaient proposées là, et ce dès le début des années 1950.“ (Grémion 1987, S. 63ff.)

Die Mehrheit der Pariser Intellektuellen erhob damals die Stimme gegen den Kapitalismus, bekundete ihre Sympathie für die siegreiche Sowjetunion und gleichzeitig ihre

Skepsis gegenüber der "bürgerlichen" Demokratie. Es nahm deshalb nicht Wunder, daß *Preuves* von Anfang an der Ruf einer 'antikommunistischen' Zeitschrift anhaftete. "Doch als wir im Jahre 1952 'Verführtes Denken' von Czeslaw Milosz in Druck gaben, begann uns die Linke einen gewissen Respekt entgegenzubringen. Wir bewiesen, daß wir nicht nur eine ideologische Zeitschrift waren, sondern auch ein Ort intellektueller Reflexion." (Bondy 1998, S. 60)

Die Zeitschrift wurde in Paris zum regelrechten Kristallisationspunkt in der Herausbildung eines antitotalitären Intellektuellenmilieus. Der 90-jährige ungarische Emigrant François Fejtö, einer der tragenden Personen des Kongresses und seit 1938 in Paris, erinnert sich:

"Wir, die linken Antikommunisten und Liberalen wie beispielsweise Raymond Aron oder Ex-Trotzkisten wie David Rousset, mit dem ich eng befreundet war, hatten keine feste Gruppierung oder ein Organ. Die nichtkommunistische Linke war in Frankreich gänzlich atomisiert. Deshalb spielte für sie der Kongreß und dessen finanzielle Unterstützung eine große Rolle. François Bondy, der mich um Rat bat, sagte ich, daß es für mich ein wenig bedenklich sei, daß die antikommunistische Linke im Rahmen der Kongreß-Aktivitäten auf amerikanisches Geld angewiesen war und nicht auf französische finanzielle Unterstützung bauen konnte. Im Unterschied zu den Zeitschriften *Temps Modernes* oder *Esprit*, wenngleich sie eher Mitläufer-Organen waren, war die Zeitschrift des Kongresses *Preuves* quasi ein Import. Ich riet ihm jedoch keineswegs ab von dem Projekt und arbeitete fortan mit. Obwohl *Preuves* mit Bondy als Chefredakteur zur besten französischen Zeitschrift wurde, blieb ihre Finanzierung immer ein Problem. Sie wurde mit ihren Mitarbeitern zum interessantesten europäischen Organ der nichtkommunistischen, antistalinistischen Intelligenz. Von Silone bis Steven Spender, viele Ex-Kommunisten, die ja die besten Kenner und Analytiker und Kritiker der kommunistischen Ideologie waren, beteiligten sich. Bondy hat eine wunderbare Arbeit geleistet, aber er konnte die Zeitschrift der französischen Intelligenz nur zum Teil nahebringen. Die kommunistische Hegemonie in der Intelligenz, an der Sorbonne, war so stark, und der Kalte Krieg mit seiner Polarisierung trug dazu bei, daß man der Zeitschrift reserviert begegnete. Obwohl die Kommunisten nicht an der Regierung beteiligt waren, repräsentierten sie und ihre Mitläufer auf der intellektuellen und kulturellen Ebene die stärkste und dynamischste Kraft. Mit Raymond Aron, der bei *Preuves* mitarbeitete und gleichzeitig im *Figaro* publizierte, und Albert Camus gewann die Zeitschrift größeren Einfluß auf die französischen Debatten. Auch wenn Manès Sperber und Denis de Rougemont – beide sehr

gewichtige Mitarbeiter von Preuves – eine große Autorität hatten, konnten sie der Zeitschrift bis 1956 nicht wirklich zum Durchbruch verhelfen.” (Gespräch mit François Fejtö, 1998)

Geboren 1909 in Ungarn, beschäftigte François Fejtö sich während seines Studiums mit dem Marxismus und stand den jungen Kommunisten im Untergrund nahe. Zu seinen Freunden zählte auch Laszlo Rajk, der 1949 in einem spektakulären stalinistischen Schauprozess zum Tode verurteilt wurde. Fejtö wurde 1932 von der ungarischen Polizei verhaftet und kam erst ein Jahr später wieder frei. Er wendete sich nun der Sozialdemokratischen Partei zu und gründete mit seinem Schriftstellerfreund Attila Jozsef eine antifaschistische Zeitschrift, die später zu den drei wichtigsten ungarischen Intellektuellenrevuen zählte. 1938 emigrierte er nach Paris. Einen Namen und gleichzeitig Feinde im Lager der Linken schuf er sich u.a. mit seiner Berichterstattung über den Schauprozess der Kommunisten 1949 gegen seinen Freund Rajk. Die prokommunistische Stimmung unter den französischen Intellektuellen erschwerte seine Arbeit im publizistischen Felde; als ”linker Antistalinist”, so sein Selbstverständnis, stieß er häufig, ähnlich wie seine Freunde Rousset, Silone, Koestler, Sperber oder Aron auf geballte Abwehr, wenn er die sogenannten Volksdemokratien und die Sowjetunion kritisierte.⁵² 1956 hatte er sogar für kurze Zeit Jean-Paul Sartre (er war sein Übersetzer ins Ungarische) auf seiner Seite, der ein regelrecht hymnisches Vorwort zu seinem Buch ‘La Tragédie hongroise’ (1956) schrieb. Fejtö wurde zu einem der wichtigsten Intellektuellen im Pariser Denkraum, der auch später die Öffentlichkeit über die Entwicklungen in Osteuropa informierte und Debatten darüber initiierte. Noch in den 90er Jahren ergriff er das Wort und die Feder anlässlich der serbischen Aggression im Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

2.4. Die Arbeit des ‘Kongresses’ zwischen den Kongressen

⁵² vgl. seine zweibändige Geschichte der Volksdemokratien, deren erster Teil 1952 in Paris erschien, die erweiterte Neuauflage in deutscher Übersetzung erschien zwanzig Jahre später 1972 in Graz! Siehe Fejtö 1988.

Das Sekretariat des internationalen Exekutiv-Komitees des Kongresses erhielt seinen Sitz in Paris.⁵³ Seit Herbst 1950 gehörte auch Raymond Aron dem Komitee an; zur gleichen Zeit wurde Denis de Rougemont zu dessen Präsident gewählt. Bezeichnend für die Arbeit des Komitees und gleichzeitig symbolträchtig war der Empfang, den es Czeslaw Milosz bei seiner Ankunft in Paris im Frühling 1951 bereitete.

1911 in Litauen geboren, studierte Milosz in Wilna und Paris. Er zählte zu den Gründern der Zeitschrift *Zagary*, die eine Gruppe von avantgardistisch und linkskatholisch orientierten Schriftstellern um sich versammelte. Milosz übersetzte u.a. Shakespeare und Baudelaire ins Polnische, erwarb sich einen Namen als Lyriker und politischer Essayist; sein Geld verdiente er beim Rundfunk in Wilna und Warschau. Während Polen von den Deutschen besetzt war, arbeitete er illegal im Untergrund. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte Milosz, wie viele andere Intellektuelle, dem mit Hilfe der Roten Armee etablierten kommunistischen Regime seine Dienste zur Verfügung.

Ohne je Mitglied der Kommunistischen Partei zu werden, vertrat der polnische Schriftsteller von 1946 bis 1950 die Polnische Volksrepublik als Kulturattaché zunächst in Paris und später in Washington. Nach seinem Bruch mit der kommunistischen Regierung in Warschau ging er 1951 nach Paris. Sein Zufluchtsort war nicht zuletzt die seit 1939 in Paris erscheinende polnische Exilzeitschrift *Kultura*. Denis de Rougemont und Ignazio Silone hießen ihn persönlich willkommen; das Komitee organisierte eine internationale Pressekonferenz mit dem 'abtrünnigen' Milosz. Dieser begann umgehend mit seiner Arbeit in der Redaktion der *Kultura*. Noch im selben Jahr veröffentlichte er in *Preuves* sein großes Essay "La Grande Tentation. Le drame des intellectuels dans les démocraties populaires". Zwei Jahre später, im Jahre 1953, erschien dann bei Gallimard sein Werk 'La Pensée captive'. Essai sur les logocraties populaires.⁵⁴ Im "Verführten Denken", so der deutsche Titel, setzt er sich mit der ungeheuren Faszination des siegreichen Kommunismus für Intellektuelle auseinander. Selbst einige Jahre in dessen Bann gezogen, bearbeitet er in seinem Buch auch die eigenen Erfahrungen mit dem "neuen Glauben". Anhand von vier fiktiven Schriftstellerfiguren zeichnet er ohne Haß deren Entwicklungen nach,

53 Anfang der 60er Jahre waren im Internationalen Sekretariat des Kongresses 80 Personen angestellt.

54 1953 wurde dieses Werk über die totalitäre Versuchung der Intellektuellen unter dem Titel 'Verführtes Denken' mit einem Vorwort von Karl Jaspers in deutscher Übersetzung herausgebracht; es war lange Zeit vergriffen und erschien erst wieder 1974, s. Milosz 1974.

wie sie aus Enttäuschung, Verzweiflung, Überzeugung oder Anpassung zu Propagandisten des kommunistischen Regimes werden konnten. Sie dienten einer Partei, "die den Menschen ausschließlich als Resultante soziologischer Kräfte behandelt", ihn zum "sozialen Affen" (Milosz 1974, S. 211) macht, und folgten einer dialektisch-materialistischen Ideologie, die das "Menschengeschlecht als Material der Geschichte betrachtet." (ebda, S. 132). Just zu dessen Rettung fühlten sich die Intellektuellen des "neuen Glaubens" berufen. In solch revolutionärer Aufbruchstimmung "verwandelt sich das Wort in einen Schlachtruf" (ebda., S. 136) und die Literatur gerät zum Marschlied. Milosz beschreibt akribisch die totalitären Mechanismen eines Systems, das sich als revolutionär geeintes, geschlossenes Ganzes begreift und in dem die "Angst aller vor allen herrscht" (ebda., S. 215). Seine Analyse zählt neben Arons 'Opium für Intellektuelle' zu den grundlegenden Arbeiten über die totalitären Versuchungen, denen Intellektuelle ausgesetzt oder erlegen waren.⁵⁵

Mit dem symbolträchtigen Empfang für Czeslaw Milosz – gleichzeitig eine eindrucksvolle Demonstration ost-westeuropäischer Zusammenarbeit – hatte das Pariser Büro seinen Stil gefunden. Neben dem internationalen Komitee des Kongresses arbeiteten die nationalen Komitees in New York, Rom, Berlin und später London. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und der jeweils intellektuellen Autonomie, koordinierten sie jedoch ihre Aktivitäten. Bis Anfang 1951 fanden zwei weitere Kongresse in Brüssel und Bombay statt. Die darauf folgende Konferenz zum Thema 'Wissenschaft und Freiheit' wurde 1953 in Hamburg veranstaltet. Maßgeblich beteiligt an deren inhaltlicher Vorbereitung war Alexander Weißberg-Cybulski, dessen 'Bericht eines Überlebenden der stalinistischen Säuberungen' 1951 unter dem Titel 'Hexensabbat. Die Gedankenpolizei – die große Tschistka' erschienen war; es zählt zu den beeindruckendsten Werken über die stalinistischen Säuberungen. Der gesamten Maschinerie diktatorischen Terrors hat Weißberg nichts entgegenzusetzen als nüchternes Denken, Optimismus und einen erstaunlichen Sinn fürs Grotteske. Weißberg habe nicht nur Erstaunliches erlebt und auf das Erstaunlichste

⁵⁵ Gefeierte wurde er in Polen lange Zeit nur im Untergrund; seine Gedichte und Essays kursierten als Samizdat-Literatur, später insbesondere auch in der Bürgerrechtsbewegung der 70er und 80er Jahre, der Vorläuferin von Solidarnosc. In den 50er Jahren erlangte Milosz auch hierzulande eine gewisse Be-

überlebt, sondern sei zudem auch ein begnadeter Erzähler gewesen, charakterisierte ihn François Bondy. Arthur Koestler, mit dem er seit 1930 befreundet war, schrieb das Vorwort zur englischen Ausgabe. (Vgl. Weißberg-Cybulski 1951.)

”Die Despotie wird fallen.

Die Freiheit wird auferstehen im Lande der Sowjets.

Die Verbannten aus den Lagern der Arktis werden wiederkehren.

Meine Kameraden – die Männer der großen Tschistka – werden nicht unter ihnen sein.

Ihrem Gedächtnis widme ich dieses Buch.”

Dieses Motto hatte Weißberg-Cybulski seinem Bericht vorangestellt. Geboren 1901 in Krakau, verbrachte er seine Kindheit und Jugend in Wien. Dort engagierte er sich in der sozialistischen Jugendbewegung und später in der SPÖ; 1927 trat er in die Kommunistische Partei ein. Als Physiker ging er 1931 aus Überzeugung in die Sowjetunion, um dem Aufbau zu helfen, und arbeitete dort bis zu seiner Verhaftung 1937 wegen angeblicher ”staatsfeindlicher Verschwörungstätigkeit”. Sein Widerstand während der Verhöre vereitelte den geplanten Schauprozeß; Arthur Koestler, Albert Einstein u.a. setzten sich vehement für ihn ein. Im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes wurde er im Januar 1940 nach Deutschland ausgeliefert und ein zweites Mal interniert und erlitt damit ein ähnliches Schicksal wie Margarete Buber-Neumann. Nach seiner Entlassung lebte er im Warschauer Ghetto, konnte 1943 fliehen und ging in den Untergrund. Nach seiner erneuten Verhaftung und Einlieferung ins KZ Kawenczyn gelang ihm die Flucht; er beteiligte sich als Mitglied der polnischen Widerstandsbewegung am Warschauer Aufstand. Nach dem Krieg verließ er Polen und lebte in Stockholm, London und Wien.⁵⁶ Im Sommer 1950 stand er als Zeuge in Paris vor Gericht: er verteidigte zusammen mit Margarete Buber-Neumann, ebenfalls Zeugin, David Roussets ”Appell an die Deportierten aus den Nazila-

rühmtheit, die aber seit Ende der 60er Jahre in Vergessenheit geriet. Obwohl er 1980 den Nobelpreis für Literatur erhielt, sind seine Werke zum Großteil nicht mehr zugänglich, weil vergriffen.
56 Weißberg-Cybulski starb 1964.

gern: Helft den Deportierten in den sowjetischen Lagern" (*Figaro littéraire*, 12.11.1949).⁵⁷

Zwischen 1953 und 1955 gelang es, das Netzwerk der Zeitschriften, die aus den Aktivitäten des Kongresses entstanden waren, weiter auszubauen: Neben dem bereits existierenden *Monat* und *Preuves* kam 1953 der *Encounter* (London), eine angloamerikanische Variante, und *Cuadernos* in spanischer Sprache für das lateinamerikanische Publikum hinzu. Auf italienischer Seite erschien im Kongreß-Zusammenhang *Tempo presente*. Die österreichische Zeitschrift *Das Forum*, unter der Chefredaktion von Friedrich Torberg, schloß sich ebenfalls dem Netzwerk an. 1958 hatte der *Monat* immerhin eine Auflage von knapp 30.000 Exemplaren (s. Coleman 1989, S.96), der in London herausgegebene *Encounter* brachte es 1960 auf 35.000 verkaufte Hefte.

Die Arbeit des Kongresses hatte sich im Laufe der Jahre gewandelt: vom Kampfinstrument gegen den Totalitarismus zu einem internationalen Forum für Debatten. Plattformen waren die stattfindenden Kongresse, das Netz der Zeitschriften und die herausgegebenen Bulletins der nationalen Komitees bzw. des Internationalen Komitees. "Le réseau apporte tout d'abord une solution au problème prioritaire qu'est celui de l'échange international d'articles de journalistes, d'écrivains ou d'intellectuels antitotalitaires afin de rendre disponibles d'une société à l'autre les documents de référence marquants." (Grémion 1995, S. 149)

Zeitgleich mit dem Kongreß in Mailand 1955 über die 'Zukunft der Freiheit' erschienen Raymond Arons 'L'Opium des intellectuels' (vgl. Aron, 1957) und Maurice Merleau-Pontys 'Les aventures de la dialectique'. (Merleau-Ponty, 1955) In letzterem Werk setzte sich der Autor im Unterschied zu seiner bisherigen Haltung wesentlich schonungsloser mit der UdSSR auseinander und eröffnete seine Attacken gegenüber Jean-Paul Sartre und dessen Zeitschrift *Les Temps modernes*. (Die Folge war sein Rauswurf aus der Redaktion der Zeitschrift.) Die Auseinandersetzung mit beiden Büchern prägte die Debatten in Mailand.

57 Die kommunistische, von Louis Aragon herausgegebene Zeitschrift *Lettres Françaises* lag mit Rousset darüber im Rechtsstreit. Rousset verwahrte sich in seiner Klage gegen die Verleumdungskampagne der Zeitschrift – und vieler Pariser Intellektueller, die nach seinem Appell in Paris losbrach. (Vgl. Jacquier 1998, S. 238)

Raymond Aron, geb. 1905, studierte Philosophie an der Sorbonne. Sein einstiger Kommilitone Sartre wurde später sein schärfster Kontrahent. "Husserl und Heidegger auf der einen Seite, die Theoretiker der Zweiten Internationale, die Frankfurter Schule, Karl Mannheim auf der anderen Seite waren die beiden Pole meiner philosophisch-politischen Reflexion." (Aron 1985, S. 63) Mitte der 20er Jahre wurde er Mitglied der Sozialistischen Partei (SFIO). In seiner Autobiographie schrieb er: "Ein jüdischer Intellektueller guten Willens, der eine Karriere in den Geisteswissenschaften gewählt hat und den Seinigen, die im Textil- oder Geldgeschäft geblieben sind, fremd geworden ist, kann kaum umhin, links sein zu wollen, sich als Linker zu fühlen... Links bin ich geblieben, zumindest so lange, wie ich keinen eigenen selbständigen Gedanken entwickelte. Bin ich es bis zuletzt geblieben?" (Aron 1985, S. 39) 1931 bis 1933 lehrte er französische Literatur und Philosophie in Köln und Berlin. Während des Krieges arbeitete er in London als Redakteur der Exilzeitschrift *La France libre* und stand den Gaullisten nahe. Geleitet war seine politisch-philosophische Arbeit von dem Bestreben und der Erfahrung, den Zusammenhang von Erkenntnistheorie, Handlungstheorie, Geschichte und der Praxis der Politik auch als solchen zu reflektieren. Zeitlebens war er darum bemüht, auf intersubjektiv verständliche und methodisch praktikable Weise diese verschiedenen Bereiche zu integrieren. Bereits in seinen frühen Beiträgen zur politischen Philosophie stand die Totalitarismuskritik im Zentrum. Seine Ideologiekritik ist verbunden mit der leidenschaftlichen Verteidigung der Demokratie als Garantin derjenigen institutionellen Einrichtungen und Vorkehrungen, die eine Trennung von Staat und ziviler Gesellschaft gewährleisten können. Arons außenpolitische Reflexionen, insbesondere zum Ost-West-Konflikt, brachten ihm in den 50er Jahren den Ruf des "Kalten Kriegers" ein. Angefeindet wurde er v.a. wegen seiner scharfsinnigen Kritik der Intellektuellen, sozusagen das Herzstück seiner Totalitarismuskritik. Bereits 1948, angesichts der Kommunismusbegeisterung seiner Pariser Kollegen, schrieb Aron: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene der Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg zur Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie." (*Figaro*, 11.4.1948) Charakteristisch für das prokommunistische intellektuelle Klima im Frankreich der 50er Jahre war das Bonmot: 'mit Sartre irren ist besser als mit Aron rechtzuhaben'. Erst 1955 erhielt der

wohl bedeutendste französische Vertreter der liberalen Totalitarismuskritik eine Professur für Soziologie an der Sorbonne. Sein Werk 'Opium für Intellektuelle' provozierte eine heftige Auseinandersetzung um die Selbstverortung und das Selbstverständnis der Intellektuellen, durchaus in der Tradition der Debatten um Julien Bendas 'Der Verrat der Intellektuellen' (vgl. Benda, 1927/1988). "In gewisser Hinsicht offenbarte die Kritik (an dem Buch, U.A.) den Fortbestand zweier geistig-politischer Blöcke, denn – von wenigen Ausnahmen abgesehen – behandelten mich die Kritiker, die sich links einordneten, ohne Schonung, während die Kritiker von rechts meine Polemik gegen die Mandarine der Linken lobten." (Aron 1985, S. 245)

Aron ist der erste gewesen, der den Begriff der "säkularen Religionen" im Kontext der Großideologien dieses Jahrhunderts, nämlich als Religionen des kollektiven Heils einführte. Jene stehen im Zentrum seiner Analyse in 'Opium für Intellektuelle'. Die letzte große Ideologie sei aus dem Zusammentreffen dreier Elemente geboren worden: aus der Vision einer Zukunft, die unseren Erwartungen entspräche, aus der Verbindung zwischen dieser Zukunft und einer sozialen Klasse sowie aus dem Vertrauen in die menschlichen Werte, die Planwirtschaft und Kollektiveigentum nach dem Sieg der Arbeiterklasse hervorbringen würden. Die Ideologen des Proletariats seien jedoch selbst Bürger. Das Proletariat habe niemals eine Weltauffassung gehabt, die der des Bürgertums entgegengesetzt gewesen wäre; es habe hingegen nur eine Ideologie dessen gegeben, was das Proletariat sein oder tun müsse.

"Die Ideologie, genauso wie früher der transzendierende Glaube, bestimmt das, worauf es vor allem anderen ankommt; sie rechtfertigt die Autorität und verspricht zwar nicht mehr dem Individuum, sondern dem Kollektivmenschen seinen gerechten Anteil im geschichtlichen Jenseits, d.h. in der Zukunft. Aber der Kommunismus gibt sich nicht selbst für eine Religion aus, weil er jede Religion für ein Überbleibsel vergangener Zeiten hält; er bekämpft die Kirche im Namen des Atheismus und setzt sich über sie wie über alle anderen Institutionen im Namen des Sozialismus hinweg... Der Kommunismus ist also weniger eine Religion, deren Vorbild im Westen nach wie vor das Christentum ist, als ein politischer Versuch, für die Religion einen Ersatz in einer Ideologie zu finden, die man zur Staatsorthodoxie erhoben hat, einer Orthodoxie übrigens, die noch die Ansprüche nährt, die die katholische Kirche aufgegeben hat... Der kommunistische Glaube wird totalitär, sobald er sich selber total will, denn er schafft die Illusion der Totalität nur dadurch, daß er offizielle Wahrheiten aufzwingt

und die Betätigungen, die ihrem Wesen nach Unabhängigkeit fordern, den Anweisungen der Staatsmacht unterwirft.“ (Aron 1957, S. 341ff.)

Die Partei wird zum Messias. Aber bereits die marxistische Prophetie habe dem typischen Schema der jüdisch-christlichen entsprochen:

”Jede Prophetie verdammt das, was ist, zeichnet ein Bild dessen, was sein sollte und sein wird, und erwählt einen Einzelmenschen oder eine Gruppe, um den Abgrund zu überwinden, der die nichtswürdige Gegenwart von der strahlenden Zukunft trennt... Das Unglück des Proletariats ist der Beweis seiner Berufung, und die kommunistische Partei wird zur Kirche, der sich nicht nur die Bourgeois (den Heiden vergleichbar) entgegenstellen, die sich der tröstlichen Botschaft verschließen, sondern auch die Sozialisten (den Juden vergleichbar), die die Revolution, deren Kommen sie selbst so viele Jahre verkündeten, nicht anerkannt haben.“ (Ebda, S. 321)

An späterer Stelle seines Werkes kommt Aron nochmals auf die utopischen Sehnsüchte zu sprechen. Vielleicht sei eine gewisse Prophetie die Seele einer jeden Aktion.

”Sie versetzt die Welt in Anklagezustand und sichert die Würde des Geistes in der Ablehnung des Bestehenden oder in der Erwartung des Kommenden. Wenn aber die Regierenden vor lauter Stolz über die gelungene Revolution die Prophetie mit Beschlag belegen, um ihre Macht zu gründen und ihre Feinde in einen Topf zu werfen, wird die säkularisierte Religion geboren, die von vornherein dazu verdammt ist, als Orthodoxie unfruchtbar zu werden oder sich in Gleichgültigkeit aufzulösen.“ (Ebda., S. 351)

Dieser totalitären Versuchung unterlagen auch die Schriftsteller und Intellektuellen im Westen, als Mitglieder der KP oder als fellow travellers. Im eigenen Land kämpften sie um die Existenz und gegen die Bedeutungslosigkeit und erträumten sich in der Ferne die Verbindung mit den Massen, die die Zukunft schmiedeten. Endlich ein gesichertes Leben böte nicht zuletzt ein Staatsverlag. ”Das Gefühl, zu einer kleinen Zahl von Auserwählten zu gehören, die Sicherheit, die ein geschlossenes System gibt, in dem die Gesamtgeschichte und zugleich unsere Person ihren Platz und ihren Sinn finden, die Anmaßung, die Vergangenheit mit der Zukunft durch die gegenwärtige Aktion zu verbinden, bewegen den wahren Gläubigen und halten ihn aufrecht...“ (Ebda, S. 382) Aron beschließt sein Werk

über die Intellektuellen mit dem Satz: "Wenn aber die Toleranz nur aus dem Zweifel geboren wird, dann lehre man den Zweifel an Vorbildern und Utopien, man lehre, die Propheten des Heils und die Verkünder von Katastrophen in ihre Schranken zu weisen. Rufen wir mit unseren Wünschen die Zweifler herbei, wenn sie es vermögen, den Fanatismus zu töten!" (Ebda., S. 384)

Einer der wichtigsten Beiträge auf der Tagung des Kongresses in Mailand 1955 war Hannah Arendts Vortrag über 'The Rise and Development of Totalitarian and Authoritarian Forms of Government in the Twentieth Century', in dem sie einige zentrale Thesen aus ihrem 1951 erschienenen Werk 'The Origin of Totalitarianism' (N.Y. 1951) wieder aufgriff. (Vgl. Arendt 1986) "A Milan, le totalitarisme n'était plus dénoncé, il était analysé, et l'analyse se déployait sur les trois registres de la philosophie politique, de l'histoire et du témoignage..." (Grémion 1995, S. 177)

Kritisch setzten sich die Teilnehmer dieser Konferenz mit dem in Amerika um sich greifenden McCarthyismus auseinander und lehnten die dort betriebene Kommunistenjagd einhellig ab. Manès Sperber hatte die Haltung der Zeitschrift *Preuves* folgendermaßen auf den Punkt gebracht: "On ne lutte pas en commun avec les McCarthy et leur pareil contre le stalinisme, ni avec les Sartre et leur pareil contre les McCarthy." (Sperber 1953, S. 80)

Auch der *Monat* verfolgte das blindwütige Treiben des Senators Joseph McCarthy und das daraus entstandene politische Klima mit besorgter Aufmerksamkeit. In einem 'Brief aus Amerika' schrieb Leslie A. Fiedler über 'Glanz und Elend' Joe McCarthys: "Die einen glauben, daß jeder, der irgendwie an den Denkgewohnheiten des Mittelstandes rüttele, ein Lakai der Sowjets sei, die anderen, daß in jedem Antikommunisten ein verkappter Faschist stecke, und beide Lager sind krampfhaft bemüht, ihre politischen Klischees mit Leben zu erfüllen. *Sie* haben McCarthy heraufbeschworen; wir anderen nehmen ihn nur hin... Der Kampf gegen McCarthy ist mehr als nur ein Kampf gegen McCarthy. Es ist der Kampf gegen die Verfälschungen der politischen Rechten und die überlebten Illusionen der politischen Linken, der Kampf gegen das dumpfe Ressentiment der amerikanischen Massen und die arrogante Einbildung der amerikanischen Intellektuellen. Es ist ein Kampf gegen Pharisäertum und Denunziantentum. Und in diesem Kampf ist jeder Sieg nichts weiter als ein neuer Anfang." (Fiedler 1954, S. 130ff.)

Fast beschwörend proklamierte man während des Kongresses – in Anknüpfung an Daniel Bells Buch – 'Das Ende der Ideologie' (Bell 1962), so auch der Titel eines Kapitels in Raymond Arons Werk 'Opium für Intellektuelle' und Edward Shils gleichnamiger Artikel, der im *Encounter* zu dieser Zeit erschien. "Rejecting the dogmas of both Communism and anti-Communism and relying on the critical resources of free traditions was the theme that Congress intellectuals needed and were seeking. No other organization devoted so much thought and time to exploring it." (Coleman 1989, S. 55)

Raymond Aron war mittlerweile einer der Hauptakteure des Kongresses für die kulturelle Freiheit geworden. Sein gewichtiger Einfluß auf dessen Arbeit markierte 1955 gleichsam einen Wendepunkt: Es ist das Jahr, in dem die dem Kommunismus der zwanziger und dreißiger Jahre entstammenden Schriftsteller, die sich von ihm losgesagt hatten (wie Silone, Koestler und Sperber), den Soziologen, Ökonomen und Historikern das Feld überließen. Letzteren ging es v.a. darum, das Verhältnis zwischen Industriegesellschaft und Demokratie zu überdenken. Aron verkörperte diese Wende am eindrucklichsten. Bis zu seinem Tode ließ er indes nicht davon ab, die Rolle der Intellektuellen – damit auch seine eigene – in diesem Spannungsverhältnis zu reflektieren. Rückblickend auf die großen Debatten Mitte der 50er Jahre, die nicht zuletzt von seinem eigenen Buch über die Verführbarkeit der Intellektuellen angestoßen worden waren, stellte er fest: "In 'L'Opium des Intellectuals' diskutiere ich nicht mit den Kommunisten. Ich diskutiere oder führe ein Streitgespräch mit meinen Freunden, die die Existenz der Konzentrationslager zugeben, aber keine Kommunisten sind, aber nicht antikommunistisch sein wollen. Eigentlich ist 'L'Opium des Intellectuals' in hohem Maße ein Dialog mit Sartre und Merleau-Ponty, ein Dialog zwischen Männern, die am selben Punkt begonnen haben, die bis zu einem gewissen Grad von derselben Philosophie, dem Existentialismus, durchdrungen waren, die durch den Marxismus hindurchgegangen waren, die Antifaschisten gewesen waren, die jahrelang enge Freunde gewesen waren und die beinahe unversöhnliche Feinde wurden, weil sich die einen Nicht-Kommunisten und die anderen Antikommunisten nannten. Der Streit zwischen Camus und Sartre ist fast der gleiche."⁵⁸ Sartre leugnet die Konzentrati-

58 Jean-Paul Sartre: "Ich finde wie Sie diese Lager unzulässig: doch ebenso unzulässig den Gebrauch, den die bürgerliche Presse davon macht." ('Réponse à Albert Camus, in: *Situations IV*, 1955)

onslager nicht... Dennoch verurteilt er die Sowjetunion nicht." (Aron, zit. n. Altwegg 1998, S. 177f.)

2.5. Intellektuelle Brüche: Die Niederschlagung der Ungarischen Revolution

Die Geschichte der französischen Linken nach 1945 läßt sich entlang ihrer wechselvollen Auseinandersetzung mit der Revolutionsdekade von 1789 rekonstruieren. Obgleich Teil der nationalen Geschichte Frankreichs, erlaubt der Bezug auf 1789 eine Verbindung mit jenen universalistischen und transnationalen Werten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wie sie damals in der Konstitution der Republik erstmalig formuliert wurden. Die intellektuelle und politische Debatte der französischen Nachkriegsjahre fand denn auch in einer Sprache statt, die an die revolutionäre Tradition eines jakobinischen Patriotismus anknüpfte. Im Ringen um die Wiederherstellung nationaler Identität und dem Bemühen, aktiv eine politische Gemeinschaft mittels eines starken souveränen Staates aufzubauen, standen sich die gaullistische Bewegung und die Kommunistische Partei in nichts nach. Beide konnten auf ihre Résistance-Erfahrungen verweisen und leiteten daraus den Anspruch ab, die Nation zu repräsentieren. Die Aufspaltung der Gesellschaft in *Vichistes* und *Résistants* warf zwangsläufig die Frage auf, was es nach deutscher Besatzung und Vichy hieß, ein Franzose zu sein; in welcher Weise die Nationalität Nachkriegsfrankreichs zu gestalten sei. Auch die Debatten der Intellektuellen um ihre Selbstverortung waren in höchstem Maße von diesem Identitätsdiskurs bestimmt: "Die Sprache von Verrat und Patriotismus band die Intellektuellen an die inhaltliche Bestimmung der Nation und der nationalen Gemeinschaft." (Khilnani 1995, S.67) Im Rückgriff auf die revolutionäre Tradition des jakobinischen Patriotismus schrieb Jean-Paul Sartre 1945: "Der Kollaborateur...ist ein Feind, den demokratische Gesellschaften ständig in ihrer Mitte beherbergen. Wenn wir sicherstellen wollen, daß er den Krieg nicht überlebt und in anderer Gestalt wiederauftaucht, reicht es nicht aus, lediglich ein paar Verräter hinzurichten. Es ist nötig, die Einigung Frankreichs so vollständig wie möglich herbeizuführen, das heißt die Aufgabe zu vollenden, die von der Revolution 1789 begonnen worden ist und die nur durch eine neue Revolution vollendet werden kann..." (Sartre 1949, S. 60)

Dieses Selbstverständnis teilte Sartre mit vielen französischen Intellektuellen, die sich nach 1945 der KPF – wenn auch teils ambivalent – sehr verbunden fühlten. Immerhin konnte die Partei zwischen 1945 bis 1951 fast ein Drittel der französischen Wählerschaft hinter sich bringen. Ihr Versuch, die Linke mit der Nation in eins zu setzen, war jedoch verbunden mit einer Erneuerung der revolutionären Tradition: zeitgenössisch sahen sie es im universalen revolutionären Projekt, der Sowjetunion verkörpert.

In seinem großen Werk über die Anziehungskraft des Kommunismus, 'Das Ende der Illusion' (vgl. Furet 1996), hebt der Historiker François Furet eben jenen Traditionsstrang der französischen Linken hervor: "Ehe die jakobinische Demokratie von den Historikern der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts als 'totalitäre Demokratie' verurteilt wurde, feierte man sie entweder als Diktatur des Notstands (des 'salut public') oder als vorübergehende Vorwegnahme der Machtausübung des gegen seinen äußeren und inneren Feind geeinten Volkes. In beiden Fällen ist der Vorläufer von 1793 wesentlicher Bestandteil der Rechtfertigung der 'Diktatur des Proletariats', wie Lenin, ein wahrer Robespierre des Proletariats, sie versteht und in Form seiner Terrorherrschaft ab 1918 umsetzt... Ein Teil der Unterstützung, die der stalinistische Totalitarismus in einer seiner schlimmsten Phasen erfährt, bzw. ein Teil der Begeisterung, die er zu wecken vermag, resultiert aus dieser historischen 'Analogie'. Von 1918 an diente die Berufung auf die Umstände dazu, den Charakter der russischen Revolution zu idealisieren. Mitte der dreißiger Jahre wird diese Entschuldigung, diesmal in größerem Rahmen, durch die nazistische Bedrohung wieder aufgegriffen." (Furet 1996. S.304ff.)

Mit der Gegnerschaft zu Hitler gewinnt der Kommunismus ein neues Gesicht: die proletarische Revolution wird zur Vorhut der Demokratie im Kampf gegen den Faschismus; der Antifaschismus gerät damit zum 'negativen Konzept' der Demokratie.

"Der Krieg und der Sieg über Hitler aber verliehen dem Kommunismus 1945 einen Glanz, wie er ihn nie zuvor besaß. Die rote Armee zog ihre Flaggen an der Elbe Seite an Seite mit denen der amerikanischen Truppen auf, nachdem sie ganz Mittel- und Osteuropa von der Unterdrückung durch die Nationalsozialisten befreit hatte. Sie verkörperte nicht nur die Stärke, sondern auch die Freiheit. Mit einem Mal waren die Verbrechen des Regimes gegen die Völker und die Bürger der SU durch den Sieg, durch eben diesen Sieg gegen Hitler, wie ausgelöscht." (Furet 1995, S.443)

Verdrängt wurde im Frankreich der Nachkriegszeit auch die eigene Vergangenheit unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Die Demütigung angesichts der Niederlage 1940 und die Scham im Hinblick auf die Kollaboration mit den Nationalsozialisten wurde nach dem Krieg von einem neuen Mythos ersetzt: identitätsstiftend für den Neuanfang propagierten Gaullisten und Kommunisten als innenpolitische Kriegsgewinner gleichermaßen den Mythos der Résistance; Selbstfeier einer Nation, die ausschließlich aus Widerstandskämpfern bestanden haben sollte. "Von allen nichtfaschistischen Staaten lud Frankreich die größte Mitschuld im Krieg auf sich – unterhielt aber auch die wichtigste Widerstandsbewegung. Und von den westlichen, den nichtsozialistischen Staaten unterlag es am stärksten dem Einfluß des Marxismus, kulturell wie politisch." (Altwegg 1998, S. 317) "Jalta à la française" nennt Altwegg die Aufteilung der Macht nach Kriegsende: die Gaullisten hatten sie politisch, die Kommunisten, zwar in Opposition, hatten sie im kulturellen Sektor errungen. Zwischen 1945 und 1946 verdoppelte sich die Zahl der KP-Mitglieder auf über eine Million; bei den Wahlen im November 1946 kamen die Kommunisten auf 28 Prozent der Stimmen. Die intellektuell-politische Landschaft der 50er und 60er Jahre stand auf Seiten der Linken ganz im Zeichen des Antifaschismus, der auf die glorreiche Résistance rekurrierte. Gepaart war dieses Diktum mit einem Revolutionsmythos, der in der Oktoberrevolution die Fortsetzung und Vollendung der Französischen erblickte. Waren die Pariser Intellektuellen – bis auf wenige Ausnahmen – während der deutschen Besatzung eher indifferent bis kollaborativ gestimmt, so kompensierten sie diese wenig rühmliche Haltung in der Nachkriegszeit umso vehementer mit einer radikalen Attitüde: wild zogen sie gegen Antikommunismus, Kapitalismus und Bourgeoisie zu Felde – und feierten die Sowjetunion. (Vgl. Khilnani 1995, S. 31ff., Furet 1996, S. 451ff., Altwegg 1998, S. 77ff.)

Eine Ausnahme bildeten jene Intellektuelle, die sich bereits 1949 um die Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* versammelt hatten. Cornelius Castoriadis und Claude Lefort (beide waren in dieser Zeit aus der trotzkistischen IV. Internationale ausgetreten) oder Edgar Morin (aufgrund seiner antistalinistischen Haltung wurde er 1951 aus der KPF ausgeschlossen) – kritisierten die totalitären und bürokratischen Konsequenzen der sowjetischen Revolution von marxistischer Warte aus, im Unterschied zu jenem liberalen Strang der Totalitarismuskritik, den vornehmlich Raymond Aron repräsentierte.

Dominant war in jedem Falle eine Haltung, die Sartre Mitte der 50er Jahre folgendermaßen auf den Punkt brachte: "Historisch ist die UdSSR die Chance des Proletariats, sein 'Vorbild' und die Quelle der 'revolutionären Wirkung'. Darüber hinaus ist sie *an sich selbst* ein zu verteidigender historischer Wert, der erste Staat, der, obwohl er den Sozialismus noch nicht verwirklicht, 'dessen Prämissen enthält'." (Sartre 1982, S. 86) Maurice Merleau-Ponty, ehemals Weggefährte Sartres und selbst in den 40er Jahren der Faszination des Kommunismus erlegen, attackierte 1955 diese Position sehr heftig in seinem Essay "Sartre und der Ultrabolschewismus", Herzstück seines Buches über die 'Abenteuer der Dialektik' (vgl. Merleau-Ponty, 1968).

Einen radikalen Einbruch in dieses politisch-intellektuelle Gefüge der Nachkriegszeit bescherte das Jahr 1956. Im Februar hält Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU seine Geheimrede, in der er seinen drei Jahre zuvor verstorbenen Vorgänger Stalin kritisiert. In der polnischen und ungarischen Volksrepublik wird gestreikt und demonstriert, die KP-Führungen in Warschau und Budapest kämpfen um ihr politisches Überleben angesichts der Demokratiebewegungen in ihren Ländern. Doch die ungarische Revolution findet noch im Oktober desselben Jahres ihr blutiges Ende nach der militärischen Intervention der Sowjetunion. Die Ereignisse dieses Jahres erschütterten das politisch-intellektuelle Milieu der französischen Linken gründlich; die alten ideologischen Lager gerieten in heftige Erosionen (vgl. Judt 1992). Hatte die französische KP die sowjetische Intervention in Ungarn noch begrüßt, so stand sie nun vor der Zerreißprobe: Massenausritte und Ausschlußverfahren waren die Folge. Der Schock von Budapest veranlaßte viele Intellektuelle, ihre Mitgliedschaft oder Sympathie für die KP aufzukündigen.

In der Nacht vom 7./8. November 1956 gingen 30.000 Pariser Bürger auf die Champs-Élysées, um gegen den Einmarsch der Roten Armee in Budapest zu demonstrieren. Sie zogen zum Sitz der französischen KP und wollten das Parteihaus stürmen. Während der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Antikommunisten kamen drei Menschen zu Tode. In Berlin demonstrierten 100.000 gegen die Intervention, in anderen europäischen Städten kam es zu ähnlichen Protesten.

Das Pariser Kongreßkomitee war im Oktober und November maßgeblich an der Organisation dieser Proteste und Solidaritätsbekundungen mit der ungarischen Bevölkerung

beteiligt: Arthur Koestler organisierte die Demonstration in London, Michael Polanyi in Hamburg oder Sidney Hook in New York. Die mit dem Kongreß assoziierten Intellektuellen initiierten öffentliche Diskussionsrunden, die großen Zulauf hatten, und verbreiteten Protestresolutionen. Bereits am 30. Oktober hatte David Rousset im *Figaro* explizit die Intellektuellen aufgerufen, öffentlich gegen die sowjetische Niederschlagung der ungarischen Revolution zu protestieren. Albert Camus sprach damals in seinen Interventionen sogar vom ‘Genozid’ am ungarischen Volk. Unter der redaktionellen Leitung von Melvin Lasky gab das Kongreßkomitee ein *Weißbuch für die ungarischen Schriftsteller* heraus. Es erschien 1957 in amerikanischer, englischer, deutscher und französischer Ausgabe mit Vorworten von Karl Jaspers, Hugh Seton-Watson und Raymond Aron.

Erst im Jahr der ungarischen Revolution und ihrer Niederschlagung fand die Arbeit des Kongresses vornehmlich im Pariser Milieu breitere Anerkennung; die Zeitschrift *Preuves* gewann in der französischen Debattenkultur an Einfluß. François Fejtö erinnert sich:

”In der gesamten intellektuellen Sphäre gab es Veränderungen; der kommunistische Einfluß ging zurück. Etliche Intellektuelle verließen nach der Niederschlagung der Revolution die Kommunistische Partei. Es entstand eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der linksorientierten Zeitschrift *Arguments*, die 1956 von Edgar Morin und Roland Barthes gegründet worden war, und *Preuves*.” (Gespräch mit François Fejtö, Paris 23.6.1998)

Fejtö kannte Sartre seit 1937; er hatte einige seiner Arbeiten ins Ungarische übersetzt. Als 1952 der erste Band von Fejtös ‘Geschichte der Volksdemokratien’ erschien, weigerte sich Sartre, wie er ihm später gestand, dessen Arbeit zu lesen. Fejtös Stalinismuskritik war dem französischen Philosophen zu antikommunistisch erschienen.

”Erst 1956 ist es mir gelungen, Sartre zu überzeugen, daß es keine Konterrevolution in Ungarn, sondern eine richtige Volksrevolution mit sozialistischen Konnotationen war. Erst nach Chruschtschows Rede 1956 nahm Sartre sich das Buch vor. Es veranlaßte ihn, in meinem im November 1956 erschienenen Buch ‘La Tragédie hongroise’ – es wurde in mehrere Sprachen übersetzt – ein Vorwort zu schreiben, das einer mea culpa gleichkam – ein regelrechter Lobgesang auf mich. Einige Monate später nahm Sartre aber wieder wie früher an den Versammlungen der Sowjetisch-Französischen Freundschaftsgesellschaft teil und erklärte erneut seine Sympathie für den Kommunismus. Auf meine erstaunte Nachfrage ange-

sichts seines erneuten Schwenks antwortete Sartre mir: 'Mein Lieber, Sie wollen nicht verstehen, daß ich ein Revolutionär bin. Ich will die Revolution in Frankreich. Wie glauben Sie, kann man in Frankreich ohne die Kommunisten und die Kommunistische Partei eine Revolution machen?' Ich fragte ihn, ob er tatsächlich glaube, Frankreich befände sich in einer vorrevolutionären Situation? Er bejahte dies. Von da an war unser Dialog zu Ende und das Zerwürfnis komplett. Sartres Standpunkt war in diesen Jahren symptomatisch für die meisten französischen Intellektuellen. Antikommunismus bedeutete für sie, gegen den Fortschritt und für die Reaktion zu sein, für den Imperialismus. Erst recht, als es um die Frage des Atlantismus oder des Antiamerikanismus ging, trennten sich die Geister." (Gespräch mit François Fejtö, 1998)

Claude Lefort charakterisierte 1958 diese damals – trotz des Schocks von Budapest – in der Mehrheit der französischen Linken vorherrschende Haltung folgendermaßen: "Sartres Texte bedeuten am Schluß das genaue Gegenteil von dem, was sie zu bedeuten behaupten. Geschrieben, um die Aktion der UdSSR zu denunzieren und der Gerechtigkeit gegen die Verleumdungen, welche die KPF über die Revolutionäre in Budapest in die Welt gesetzt hat, zum Siege zu verhelfen, ist ihre letzte Lektion die, daß nichts von dem, was geschah, wesentlich war, daß die Sowjetunion unglücklicherweise Angstreflexen unterlag, daß die KP verabscheuungswürdige Methoden anwandte, daß die eine ihre Reflexe überprüfen und die andere ihre Methoden reformieren muß, aber daß sie ohne Zweifel den Sozialismus verkörpern." (Lefort 1971, S. 271)

Trotz des Beharrungsvermögens vieler Intellektueller bedeutete das Jahr 1956 eine nachhaltige Zäsur und leitete den "Prozeß der Dekomposition des Kommunismus" (Julliard/Winock 1996, S. 67) ein. "Il reste qu'un processus irréversible était enclenché: celui du divorce entre l'intelligentsia occidentale et le communisme." (Delporte 1995, S.85) Chruschtschows Geheimrede und die damit einsetzende Delegitimierung der SU sowie die Niederschlagung der ungarischen Revolution brachten altbewährte Konstellationen der intellektuellen Milieus kräftig in Unordnung. Die politischen Ereignisse brachen nicht nur in einen scheinbar kohärenten und bis dato stabilen Denk- und Diskursraum ein, sondern beförderten auch Brüche in den Biographien der beteiligten intellektuellen Akteure. Für die französische Zeitschriftenlandschaft, die politische Neugruppierung ihrer Autoren und die Interventionsstrategien der Intellektuellen hatte dies weitreichende Folgen.

Die Zeitschrift *Arguments* versammelte um sich undogmatische Marxisten und ehemalige Kommunisten und Trotzisten; maßgeblich darin Edgar Morin, François Fejtö und Pierre Broué. *Arguments* war neben *Esprit* und *France-Observateur* das Organ der intellektuellen nichtkommunistischen Linken. Zu dieser Zeit wurde in und zwischen den Revuen heftig gestritten, wurden Positionen Neubestimmt und alte verworfen; es kam zum Bruch zwischen ehemaligen Kombattanten und gleichzeitig zu neuen Allianzen. Thierry Maulnier, Raymond Aron und David Rousset veröffentlichten zu dieser Zeit in *Preuves* und gleichzeitig im konservativen *Le Figaro* oder *Le Figaro littéraire*. Dies veranlaßte jene Intellektuelle, zuvorderst Sartre, die sich um *Temps modernes*, aber auch *Esprit* und *L'Observateur* gruppierten, die Zeitschrift *Preuves* der Rechtslastigkeit zu zeihen, ihre Autoren als Atlantiker zu stigmatisieren. Umgekehrt sah sich die Linke seitens der 'Kongreß-Intellektuellen' dem Vorwurf des Neutralismus ausgesetzt. Die Debatten waren die getreue Fortsetzung der Diskussionen, die in Berlin 1950 bei der Eröffnung des Kongresses für die kulturelle Freiheit ihren Anfang genommen hatten.

Das internationale Sekretariat des Kongresses initiierte nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution mit finanzieller Unterstützung amerikanischer Stiftungen ein Hilfsprogramm für die in die Emigration gezwungenen ungarischen Intellektuellen. Aufrufe für diese Aktion erschienen in den mit dem Kongreß assoziierten Zeitschriften. Kurze Zeit später konnte Denis de Rougemont öffentlich bekanntgeben, daß die Ford Foundation 1000 Stipendien an Studenten und Schriftsteller vergeben würde, um ihnen den Übergang in westliche kulturelle Institutionen zu erleichtern, damit sie ihre Arbeit auch im Exil fortsetzen könnten. Unterstützt wurde u.a. die ungarische Exilzeitschrift *La Gazette littéraire*, die zuerst in London, später in Paris erschien. Der Kongreß kümmerte sich jedoch nicht nur um die Emigranten, sondern auch um jene, die in Ungarn verfolgt wurden. Hier hatten die in Fortsetzung der Kongreßarbeit gegründete 'Fondation pour une entr'aide intellectuelle européenne' und der von Koestler ins Leben gerufene 'Fund for Intellectual Freedom'⁵⁹ ihren Ursprung. Insbesondere Albert Camus setzte sich für diese Arbeit ein.

59 Vgl. Arthur und Cynthia Koestler, *Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit*, Wien 1984, S.103ff.

Erstmals unterstützten westeuropäische und amerikanische Intellektuelle in dieser praktischen Form ihre Kollegen in Ost-Mitteleuropa und beschränkten sich nicht nur auf die Proklamation ihrer Solidarität. Es entwickelte sich ein in der Geschichte bisher nicht dagewesener politischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Austausch zwischen den Intellektuellen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Entscheidend daran war, daß er das bereits bestehende Netz individueller und privater Beziehungen und Freundschaften zwar zur Grundlage hatte, in dieser organisierten Form den Austausch und dessen politische Wirkkraft jedoch auf eine neue Ebene hob. Debattiert wurde über die 'antitotalitäre' Revolution in Ungarn, den Dritten Weg, den Einigungsprozeß Europas, die Bürger- und Menschenrechte in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion und natürlich über die Chancen der Aufhebung der ost-westeuropäischen Spaltung. Der Eisernen Vorhang wurde auf diese Weise zumindest im Gedankenaustausch untergraben, die Ideen changierten nun zwischen Emigranten, Untergrundautoren in den Volksdemokratien und den westlichen Intellektuellen. Die im Netzwerk des Kongresses entstandenen Zeitschriften boten das Forum für diese Auseinandersetzungen. "Les clercs non communistes, quant à eux, cherchèrent, au nom du principe de libre circulation des hommes et des idées (cher à Silone), à assister les dissidents, grâce au Comité des écrivains et des éditeurs pour une entraide intellectuelle (Constantin Jelenski), puis à la Fondation pour une entraide intellectuelle européenne (Hans Oprecht, Pierre Emmanuel), qui lui succéda en 1966." (Delporte 1995, S.114)

Besonders förderlich für die Entfaltung dieses Austauschprozesses war die starke Präsenz der ostmitteleuropäischen und russischen Emigration in Paris. "Die polnische Emigration war die stärkste. Den größten Erfolg hatte die Gruppe um die Zeitschrift *Kultura* (Szapsky u.a.). Sie war sehr aktiv, fand große Anerkennung und hat die amerikanische Unterstützung seitens des Kongresses nicht abgelehnt. 1956 kam die ungarische Emigration hinzu, mit bereits renommierten Intellektuellen. Freundschaften begannen, man kannte sich persönlich – somit fanden die ostmitteleuropäischen Emigranten Eingang in die Pariser Intellektuellenkreise. Ein Philosoph wie der Tscheche Jan Patočka⁶⁰ wurde hier viel bekannter als in Deutschland." (Gespräch mit François Fejtö, 1998)

60 Der tschechische Philosoph, eine der tragenden Figuren der tschechischen Bürgerrechtsbewegung und Mitbegründer der Charta'77, starb 1978 nach einem Verhör der Staatssicherheit in Prag. Seine

Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit beispielsweise zwischen Czeslaw Milosz, enger Mitarbeiter der polnischen Exilzeitschrift *Kultura*, und Albert Camus, hatte zur Folge, daß Camus' Schriften zu den ersten Übersetzungen der polnischen Samizdat-Literatur zählten.

In der leibhaftigen Anwesenheit der ostmitteleuropäischen exilierten Intellektuellen im Pariser Denkraum liegt einer der Schlüssel für die dort zwar minoritäre, aber im europäischen Vergleich äußerst profunde Präsenz antitotalitärer Denktraditionen. Die permanente Reibung mit den Erfahrungen der Emigranten, ihren politisch-theoretischen Schlußfolgerungen, die nicht zuletzt in ihren Biographien gründeten, sorgte in Teilen der Pariser Intelligenz für einen anderen Blick auf die Zustände jenseits des Eisernen Vorhangs, sensibilisierte sie in größerem Maße für die Erosionsprozesse in den sog. Volksdemokratien und der Sowjetunion. Dies war umso eher möglich, als ein Großteil der französischen Intellektuellen im Verlauf ihrer politischen Sozialisation selbst ihre Erfahrungen mit einer totalitären Organisation im eigenen Lande gemacht hatten: als Mitglieder oder Sympathisanten der KP. Die Auseinandersetzung und der Bruch mit ihr schufen die nötigen Idiosynkrasien, um den osteuropäischen Kollegen offen zu begegnen, Erfahrungen, Wahrnehmungen und deren Reflexion kreuzten sich. Maßgebliche Folgen in den Denktraditionen und im Engagement der französischen Intellektuellen – anders als in Deutschland – zeitigte dies bis zum tatsächlichen Zusammenbruch des Kommunismus 1989.

2.6. *Fondation pour une entr'aide intellectuelle européenne:* Ein subversives Netzwerk europäischer Intellektueller⁶¹

philosophischen Arbeiten hatten maßgeblichen Einfluß auf die ostmitteleuropäischen Bürgerrechtsbewegungen, erschienen aber Zeit seines Lebens fast ausnahmslos in Samizdat-Verlagen. Erst 1987 erschien der erste Band seiner Ausgewählten Schriften in deutscher Übersetzung bei Klett-Cotta. Mittlerweile ist sein auf deutsch publiziertes Werk größtenteils wieder vergriffen!

61 In diesem Kapitel beziehe ich mich neben anderen Quellen auf einen Bericht des polnischen Historikers Marek Beylin über die *Fondation pour une entr'aide intellectuelle européenne* (FEIE), Paris 1995, der bisher noch nicht veröffentlicht wurde. Weitere empirische Grundlagen waren Gespräche mit Annette Laborey, die die FEIE bis zu ihrer Auflösung betreute und später die Soros-Foundation in Paris vertrat; mit dem 1968 aus Polen nach Paris emigrierten Politologen Aleksander Smolar; dem aus Prag emigrierten Politologen Jacques Rupnik sowie dem Gründer und Herausgeber der Zeitschrift *Lettre International* Antonin Liehm (vgl. U. Ackermann, Ein Spekulant investiert in die Humanität. Die unge-

1957 wurde das Comité des écrivains et des éditeurs pour une entr'aide intellectuelle européenne gegründet, eine Bündelung jener Aktivitäten des Kongresses, die aus der Unterstützung der seit 1956 verfolgten ungarischen Intellektuellen herrührten. Es veranstaltete Symposien, sorgte dafür, daß Bücher, die nur im Westen erhältlich waren, ihren Kollegen in den kommunistischen Staaten zugänglich wurden, und half bei der Publikation von Büchern und Zeitschriften. Ausdrücklich wendete man sich mit dieser Arbeit nicht an offizielle Institutionen des sog. Kulturaustausches, sondern an Individuen, unabhängige Gruppen und Initiativen in Ostmitteleuropa, um so die Authentizität des Austauschs zu garantieren. Oberstes Prinzip war die freie Zirkulation der Menschen und Ideen. Jenseits des offiziellen Sozialistischen Realismus, der Staatsreligion des Kunst- und Denkbetriebs im sowjetisierten Ostmitteleuropa, richtete man sich deshalb an die 'Non-Konformisten'. Konstanty Jelenski, Herausgeber der *Kultura*, koordinierte diese Aktivitäten. Er stellte eine Bibliographie der relevanten seit 1939 in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den USA erschienenen Titel der Zeitgeschichte, Soziologie, Ökonomie, Philosophie, Psychologie und Literatur zusammen. Im Rahmen eines Übersetzungsprogrammes wurden sie in den ostmitteleuropäischen Sprachen publiziert und zirkulierten im Untergrund. Nach dem "Ende des ideologischen Zeitalters" (Aron) – so die später revidierte Annahme – wollte man die Renaissance der Ideen in Osteuropa fördern. Neben der Organisation von Zusammenkünften und Konferenzen war diese Arbeit ein Kernelement des Pariser Sekretariats des Kongresses. Das Tandem Jelenski – Bondy war darin überaus erfolgreich. Und in umgekehrter Richtung gelang es den beiden, ostmitteleuropäische Literatur und Gedankengut in Westeuropa überhaupt erst bekanntzumachen. Zahlreiche Anthologien wurden ins Französische übersetzt und publiziert, die Interaktion mit den Schriftstellern und Intellektuellen des anderen, abgetrennten Europas wollte man vertiefen.

Von tschechischer Seite kam Pavel Tigrid, späterer Chef der tschechischen Abteilung des von Amerika finanzierten Radio Free Europe, hinzu. Er hatte seine Heimat 1948 nach der kommunistischen Machtübernahme verlassen und die große Emigrationszeitschrift *Svedectvi* gegründet. In enger Zusammenarbeit mit *Preuves* sorgte Tigrid dafür, daß tschechi-

wöhnliche Arbeit der Soros Foundation, 60 Min. Rundfunk-Feature, NDR 2, 28.2.1995; dies., Antonin Liehm und Lettre International, 45 Min. Rundfunk-Feature, DLF 14.9.1992).

sche Texte im Westen publiziert wurden.⁶² Für die Untergrundarbeit in Ostmitteleuropa von zentraler Bedeutung, war er gleichermaßen eine der von den osteuropäischen Staatssicherheitsdiensten am meisten gehaßten Personen, die ihn immer wieder als Top-Agenten des CIA in Verruf bringen wollten.

Fortgesetzt wurde diese teils im Untergrund stattfindende Arbeit dieses Netzwerks europäischer Intellektueller später von der 1966 in Genf offiziell gegründeten Fondation pour une Entr'aide intellectuelle européenne (FEIE). Ihr erster Präsident war der schweizer Sozialdemokrat und Vorsitzende der Sozialistischen Partei Hans Oprecht. Später sollte sie sozusagen die Nachfolgeorganisation des Kongresses für die kulturelle Freiheit werden; sie unterhielt ein Büro in Paris und ein weiteres in Zürich. Die Arbeit der Fondation beschränkte sich allerdings nicht nur auf den ost-westeuropäischen Austausch von Literatur und deren Veröffentlichung. Ihre Vertreter – seit 1970 vornehmlich Roselyne Chenu – reisten nach Ungarn, in die Tschechoslowakei, nach Polen und Rumänien, unterstützten dort unter Druck geratene Intellektuelle mit Geldbeträgen und sammelten Informationen über die geistig-politische Lage dieser Länder. Kümmerte sich Jelenski vornehmlich um den Austausch mit Ostmitteleuropa, so war Pierre Emmanuel für Spanien und Portugal zuständig. Bis zu Francos Tod und dem Ende der Diktatur in Portugal 1974 war die Unterstützungsarbeit der Fondation für die vom Regime drangsalierten Intellektuellen von unschätzbarem Wert.

2.7. Das Ende des Kongresses (1967/1976)

”A l’origine, dans la période chaude de la Guerre froide, les écrivains des années 30 qui avaient embrassé puis répudié le communisme, tels Arthur Koestler, Manès Sperber, Stephen Spender ou Ignazio Silone, incarnent l’esprit de l’entreprise. Puis, avec l’évolution des relations internationales et l’intérêt porté aux problèmes politiques et sociaux des sociétés industrielles, les références se déplacent vers de grands intellectuels libéraux comme Raymond Aron en France ou Michael Polanyi en Grande-Bretagne. C’est

⁶² Pavel Tigrid war nach der Samtenen Revolution in Prag 1989/90 für einige Zeit Kulturminister.

pendant au moment où le Congrès pour la liberté de la culture atteint sa plus grande extension, entre 1964 et 1966, qu'il entre dans une phase de turbulence et de déstabilisation." (Julliard/Winock 1996, S. 310)

Im April 1966 kam der große Skandal, der dem Kongreß letztlich das Ende bescherte. In einer Artikelserie über die Finanzierungsweisen der amerikanischen auswärtigen Kulturpolitik enthüllte die *New York Times*, daß der Kongreß für die kulturelle Freiheit zu großen Teilen vom CIA finanziert worden war.⁶³ Ein Sturm der Entrüstung brach los. Unter den Gründern wußten nur wenige Eingeweihte von dieser Unterstützung. Heftige Auseinandersetzungen innerhalb des Kongreß-Komitees und den Redaktionen der mit dem Kongreß assoziierten Zeitschriften brachen los, Schuldzuweisungen, Rechtfertigungen und Demissionen waren die Folge. Michael Josselson, der CIA-Beauftragte, geriet besonders in die Kritik. Angesprochen auf die CIA-Finanzierung des Kongresses, sagt François Bondy heute noch:

”Es hat mich mächtig irritiert. Wir gingen davon aus, das Geld käme von den amerikanischen Gewerkschaften, mittels ihres Sekretärs Irving Brown, der auch zu den Teilnehmern gehörte. Wir sind reingelegt worden, weil wir davon ausgingen, völlig unabhängig zu sein...”
(Gespräch mit François Bondy, 1996)

Auch Raymond Aron war damals erschüttert und zornig, als die Finanzierung des Kongresses bekannt wurde: ”Von diesem Moment an entfernte ich mich vom Kongreß.” (Aron 1985, S. 186)

François Fejtö ebenso wie François Bondy betonen allerdings, daß während ihrer jahrzehntelangen Arbeit im Kongreß keinerlei politisch-inhaltliche Einflußnahme des CIA oder der amerikanischen Regierung stattgefunden habe; die Redaktionen der Zeitschriften und der Kongreß hätten ihre Arbeit unabhängig und autonom gestaltet. Auch Melvin Lasky resümiert: ”Wir wurden im Lauf der Jahrzehnte von verschiedensten Mäzenen unterstützt – exzentrischen Millionären, Pressezaren, Geheimdiensten, kleinen alten Damen in

63 Der Kongreß wurde seit 1960, neben den CIA-Geldern, zu 50 Prozent von der der Ford Foundation finanziert. Nach dem Skandal, von 1967 an, übernahm die Stiftung die gesamte Finanzierung der Kongreßarbeit.

Tennisschuhen. Aber niemand hat sich in unsere redaktionelle Arbeit eingemischt.” (Lasky 1991a) Raymond Aron hebt in ähnlichem Sinn hervor:

”Auf jeden Fall sagte und schrieb ich immer nur, was ich persönlich dachte, wenn ich an Colloquien teilnahm oder Artikel für die Zeitschrift *Preuves* verfaßte. Ich wurde nicht vom Kongreß bezahlt, dieser gab mir lediglich Gelegenheit, Ideen zu verteidigen und zu erläutern, die damals Verteidiger nötig hatten. Keine dieser Zeitschriften hätte sich entwickeln können, wenn sie als ein Instrument des Geheimdienstes der Vereinigten Staaten firmiert hätte. Der Kongreß konnte seine – tatsächlich erfüllte – Aufgabe nur durch Verschleierung oder, wenn man so will, mit Hilfe der Lüge des Weglassens erfüllen, eine Lüge, die weiterhin meine Erinnerungen an den Kongreß belastet... Mögen andere eine historische Bilanz des Kongresses für Kulturelle Freiheit ziehen, ich für meinen Teil bereue meine Mitwirkung dort nicht, denn er übte einen nicht zu überschätzenden Einfluß auf die europäischen Intellektuellen aus... Freilich hatten wir etwas Gemeinsames, nämlich die Ablehnung des Kommunismus. Aber unser pluralistischer Antikommunismus, der Sozialisten wie Konservative gleichermaßen umfaßte, unterschied sich wesensmäßig von dem Prosowjetismus jener Intellektuellenorganisationen, die dazu verurteilt waren, die Wahrheit zu verschleiern.” (Aron 1985, S. 188)

Um so bitterer waren für die Protagonisten des Kongresses die öffentlichen Reaktionen auf die Enthüllung 1966. Hielt man den Kongreßteilnehmern bereits in der Gründungsphase 1950 von linker Seite entgegen, in antikommunistischer Manier den Kalten Krieg zu befeuern, ‘Feinde des Friedens und der Völkerverständigung’ zu sein, so holte man nach Bekanntwerden der amerikanischen Gönner erst recht zum großen Schlag aus. Der Vietnam-Krieg tobte und hatte die US-Regierung ob ihrer Politik weltweit in Mißkredit gebracht. ”Vor dem Hintergrund des Vietnam-Krieges mutierten die Nachgeborenen von Befreiern über Besatzer zu Nachfolgern der nationalsozialistischen Tyrannen.” (Grunenberg 1993, S. 163) Nachträglich wurde der Kongreß auf Seiten der Linken als Machwerk des ‘antikommunistischen amerikanischen Imperialismus’ denunziert. Die Argumentationsmuster in der Abwehr gegenüber dieser antitotalitären Initiative waren die gleichen geblieben. Während die Attacken gegen den Kongreß 1950 jedoch direkt aus dem kommunistischen Lager gekommen waren, so war der empörte Chor der Kritiker Ende der 60er Jahre vielstimmiger: die Verdammungen kamen auch von linksliberaler Seite und der sog. Neuen Linken.

Die Renaissance des Marxismus und der ausgeprägte Antiamerikanismus Ende der 60er Jahre schufen ein politisch-intellektuelles Klima, in dem die Totalitarismuskritik bzw. -theorie zunehmend in Mißkredit geriet, insbesondere in Deutschland (vgl. Kap.3). Dieser Klimawechsel und natürlich der Skandal angesichts der CIA-Finanzierung bescherten dem *Monat*, dessen erstes Heft 1948 während der Berlin-Blockade erschienen war, 1971 das Ende. Der neue Chefredakteur Klaus Harpprecht hatte die Zeitschrift drei Jahre zuvor – nicht zuletzt mit einer Themenverschiebung, die dem politisch-intellektuellen Klimawechsel entsprechen wollte – noch zu retten versucht; bis 1968 erschien sie im S. Fischer Verlag, später dann bei Gerd Bucerius, der mit seinem ZEIT-Verlag 76 Prozent der *Monats*-Anteile hielt. Die restlichen 24 Prozent blieben bei der International Association for Cultural Freedom. Doch die Auflage des *Monats* sank weiter, 1971 lag sie nur noch bei 8000 Exemplaren. Die kurzzeitige Neugründung 1978 unter der Chefredaktion von Michael Naumann konnte die Zeitschrift langfristig nicht mehr retten. In Großbritannien konnte sich der *Encounter* immerhin noch bis zum Jahresende 1990 mit einer beachtlichen Auflage von 20.000 halten. *Preuves* erschien in der monatlichen Ausgabe in Paris zum letzten Mal 1969.⁶⁴

Der Kongreß, mittlerweile umbenannt in International Association for Cultural Freedom (IACF), geriet jedoch nicht erst nach Bekanntwerden seiner CIA-Finanzierung 1966 in die Krise. Bereits vorher zerütteten ihn interne politische Divergenzen. Die Ford Foundation bemühte sich in dieser Zeit, dem Bedeutungsverlust des Kongresses entgegenzuwirken. Unter der neuen Leitung von Shepard Stone verlagerten sich die politischen Kräfte zunehmend. Die Rolle der USA im Vietnamkrieg bestimmte die Debatten, und die sog. Neue Linke gewann immer stärkeren Einfluß in den Aktivitäten der Association. Höhepunkt war in diesem Zusammenhang eine große Konferenz in Princeton, New Jersey im Dezember 1968. Leopold Labedz kommentierte diese Verschiebung 1970 in fast bitterem Ton: "There has been no End of Ideology, no real liberalization in the U.S.S.R., no convergence of the rivals in the Cold War, and no worldwide community of intellectu-

64 Die neue Redaktion brachte das Heft dreimal jährlich heraus. Die Nachfolge von *Preuves* trat die Zeitschrift *Contrepoint* an, die in der Solschenizyn-Debatte 1974 in Paris eine wichtige Rolle spielte. In Fortsetzung dieser Tradition stand später Arons Gründung des *Commentaire* 1978 (vgl. Bosshart 1992, S. 217).

als. But there had been a long march through the institutions by the New Left, which would destroy the universities, politicize cultural life, and appease the Soviets.” (Zit. n. Coleman 1989, S. 239)

Shepard Stone von der Ford Foundation wurde 1974 von Pierre Emmanuel als Präsident der IACF abgelöst, der Historiker und Diplomat Adam Watson wurde ihr Generaldirektor. Francis Sutton, Emmanuel und Jelenski, beschlossen angesichts des nicht aufzuhaltenden Niedergangs der Organisation 1978 ihre Auflösung und förderten an dessen Stelle die FEIE, die nun gänzlich unabhängig war.

Innerhalb von 25 Jahren half die FEIE nahezu 3000 Intellektuellen mit Stipendien und Aufhalten im Westen, sandte rund 15.000 Bücher nach Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien (vgl. Beylin 1995, S. 47). Später erstreckten sich die Aktivitäten auch auf Bulgarien und die baltischen Staaten. Grundsatz der Arbeit war immer, jene osteuropäischen Intellektuellen zu unterstützen, die in ihrem Land bleiben wollten und nicht das politische Asyl wählten. Der Fondation ging es um die Unterstützung einer entstehenden demokratischen Opposition hinter dem Eisernen Vorhang, die sich ab Mitte der 70er Jahre beständig entwickelte (1976 Gründung des Bürgerkomitees KOR in Polen, d.i. der Vorläufer der Solidarnosc, 1977 die Gründung der Charta '77 in Prag, Konsolidierung der Dissidenz in Ungarn usw., vgl. Kap. 3.1)

Bemerkenswert ist, daß es in diesen 25 Jahren neben der amerikanischen Ford Foundation keine vergleichsweise Unterstützung für die FEIE von Seiten westeuropäischer Organisationen gab. Ihr Überleben verdankt diese Organisation dem unermüdlichen Einsatz einzelner Personen, darunter nicht zuletzt Raymond Aron, Gabriel Marcel, Leszek Kolakowski aber auch dem deutschen Schriftsteller Heinrich Böll – er hatte sich bereits 1974 für Alexander Solschenizyn eingesetzt – und Annette Laborey, die das Pariser Büro seit Ende der 70er Jahre führte.

Obwohl die FEIE hauptsächlich von der Ford Foundation finanziert wurde, hatte der CIA-Skandal ihr Ansehen erheblich beschädigt. Im Westen hatte sich anlässlich des Vietnamkrieges ein zunehmender Antiamerikanismus in intellektuellen Kreisen und der Studentenbewegung breitgemacht. Folge war, daß die gesamte Arbeit des Kongresses mit Verweis auf seine Finanzierung diskreditiert wurde, seine anti-kommunistische Haltung ihm gerade in einer Phase der Renaissance linker Ideen, aber auch Orthodoxien zum Verhängnis geriet. Diese ideologische Konstellation im Westen hatte ihre Entsprechung

auf Seiten der kommunistischen Autoritäten: den osteuropäischen Dissidenten ebenso wie ihren nicht sehr zahlreichen Unterstützern aus dem Westen hielt man immer wieder entgegen, Agenten des CIA zu sein. Das machte die notwendigerweise im Untergrund vor sich gehende Arbeit der demokratischen Opposition in Ostmitteleuropa und der sie clandestin unterstützenden Fondation nicht einfacher. Der FEIE war deshalb daran gelegen, nicht mit dem Kongreß und seiner Finanzierung in Verbindung gebracht zu werden. Der Preis dieser Distanzierung, wenn auch möglicherweise politisch opportun, war allerdings hoch: so wie die Arbeit des Kongresses nach dem CIA-Skandal und seiner späteren Selbstauflösung dem kollektiven Vergessen anheimfiel, so blieb dessen Weiterarbeit in Gestalt der FEIE weitgehend unbekannt.

Der notgedrungen teils im Verborgenen stattfindenden Arbeit der Fondation entsprach ihre Ausblendung aus der öffentlichen Wahrnehmung. In der zeitgenössischen Geschichtsschreibung werden der Kongreß für die kulturelle Freiheit, später die International Association for Cultural Freedom und die FEIE, wenn überhaupt, so nur am Rande erwähnt. Obwohl einige der namhaftesten europäischen Intellektuellen jahrelang in die Arbeit des Kongresses involviert waren, von dort aus öffentliche Debatten in Europa in Gang setzten, erscheint diese Aktivität fast ausschließlich im Rahmen biographischer Zeugnisse. Keine Geschichte, die sich den europäischen Intellektuellen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts widmet, erwähnt oder rekonstruiert den Kongreß für die kulturelle Freiheit in nennenswerter Weise. Er unterliegt dem Verschweigen und der Verdrängung.⁶⁵ Die FEIE und die Biographien jener, die mit ihr assoziiert waren, sind von der Geschichte des Kongresses entkoppelt.

Diese Entzweiung hatte neben den genannten jedoch auch interne Gründe: die Auseinandersetzung zwischen FEIE und IACF entspann sich entlang der unterschiedlichen Blickwinkel auf die Veränderungen in Osteuropa und den daraus folgenden Arbeitsoptionen und Zielrichtungen beider Organisationen. Das Ende des harten Stalinismus, Tauwetter in der Sowjetunion, Risse im kommunistischen Block, das Aufkommen intellektueller Eliten, die offen in den kommunistischen Ländern das Wort ergriffen und nicht mehr den klassi-

65 Eine Ausnahme bilden Grémions 'L'intelligence de L'anticommunisme' (1995) und Colemans 'The liberal Conspiracy' (1989). Beide Werke entstanden bezeichnenderweise nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Michael Hochgeschwenders Arbeit über den Kongress (1998) rekonstruiert zwar

schen Repressionen des Stalinismus unterlagen, politische Reformprojekte: all dies ließ die klare Aufteilung in einen kommunistischen und antikommunistischen Block, zwei in sich geschlossene Welten, obsolet erscheinen. Waren die 50er und 60er Jahre vom Kalten Krieg, der auch in einen heißen umschlagen konnte, geprägt, so standen die 70er Jahre im Zeichen der Entspannung. Die daraus folgenden unterschiedlichen Optionen für eine Politik gegenüber den kommunistischen Staaten bestimmten den Streit innerhalb der IACF und der Ford Foundation, die die FEIE finanzierte.

Grob gezeichnet ging es im wesentlichen um zwei einander gegenüberstehende Positionen: beiden gemeinsam war der Wunsch nach einer Veränderung des kommunistischen Systems. Während die eine Seite dieses Ziel mittels der Unterstützung der Opposition und der Kooperation mit den unabhängigen demokratischen Kräften zu erreichen trachtete, setzte die andere Seite auf die Reformierbarkeit und Zivilisierung der kommunistischen Regierungen durch offiziellen Kulturaustausch. Es gelang in den folgenden Jahren immer weniger, diesen Konflikt produktiv für die Kongreßarbeit zu wenden. Stattdessen lähmte er die Arbeit und führte zu einer weitgehenden Abschottung des Kongresses nach außen. Seine Bedeutung in der Öffentlichkeit schwand zusehends; übrig blieben verhärtete Positionen und eine leblos gewordene bürokratische Organisation. 1978 schloß das Pariser Kongreß-Büro; 1979 löste sich die Association for Cultural Freedom auf.

Konstanty Jelenski, später der Kopf der Fondation, formulierte bereits 1969 die Konfliktlinien und Schwierigkeiten einer Politik gegenüber dem kommunistischen Osteuropa, die in den 70er Jahren in der FEIE virulent sein sollten: "Our relations with Eastern Europe are conditioned by two different objectives. The first is our obligation to defend cultural and intellectual freedom. The second is our desire to foster the East-West dialogue and the free circulation of ideas. These aims are at the same time complementary and contradictory. They are complementary from our point of view, since we firmly believe that cultural and intellectual freedom in the communist countries is an evolutionary process, and that it is encouraged and strengthened by East-West cultural exchange. They are contradictory from the point of view of the communist regimes, who accept 'dialogue' on condition that their Western 'partner' does not intervene on behalf of writers, artists

dessen Geschichte, fokussiert sie jedoch vornehmlich auf die 'ideologische Propagandearbeit' der Amerikaner, was er aus der CIA-Finanzierung ableitet.

and scholars whose right to free expression is denied in their countries... I am very sceptical as to the result of any effort on our part to be 'recognized' in the near future as a partner in East-West dialogue. Even if we were, our commitment to cultural freedom would soon put us in a difficult position." (Zit.n. Beylin 1995, S.30ff.)

Diese 'schwierige Position' blieb der FEIE bis zu ihrem Ende erhalten: 'Einmischung in innere Angelegenheiten' war zentraler Bestandteil ihrer Arbeit und brachte ihr Vorwürfe nicht nur seitens der kommunistischen Machthaber, sondern auch aus den eigenen Reihen ein.⁶⁶

Entgegen der Linie einer offiziellen Kulturaustauschpolitik zwischen West und Ost, wie sie auch Marion Gräfin von Dönhoff – die damals mit der FEIE assoziiert war – propagierte, schufen Konstanty Jelenski und Pierre Emmanuel eine Institution in Europa, die in dieser Zeit als einzige außerhalb der offiziellen und formalen Regierungsvereinbarungen zwischen Ost und West arbeitete. Die Auswahl jener Kräfte und Personen, die sie in Osteuropa unterstützte, folgte dem Prinzip, Autorität zu delegieren und dezentral die geeigneten Personen aus den lokalen Zirkeln heraus in den Ländern selbst auswählen zu lassen. Daraus entstand nicht nur ein Netzwerk zwischen westlichen und östlichen Intellektuellen, sondern – für die späteren Umbruchprozesse bis 1989 von unschätzbarem Wert – Kooperationen zwischen den Dissidenten und Bürgerbewegungen innerhalb des sowjetischen Machtgefüges. Aufgrund dieser clandestinen Interventionen blieb die FEIE eine Institution, die unabhängig war von Regierungen, politischen Parteien und offiziellen internationalen Beziehungen. "In striving for effectiveness in Eastern Europe, it remained a 'discreet' organization, not allowing itself to get involved publicly in political actions or protests." (Beylin 1995, S.59) Das Pariser Büro der FEIE war nicht nur Kontakt- und Kooperationsstelle für die dissidenten Zirkel in Osteuropa, sondern gleichermaßen Anlaufstelle, für jene, die sich für kürzere oder längere Zeit im Westen aufhielten und mit neuen Informationen und Kontakten ihre Aktivitäten in ihren Heimatländern fortsetzen konnten. Enge Verbindungen bestanden natürlich auch zu den Emigranten in Paris. Insbesondere Pierre Hassner, Jacques Rupnik, Pavel Tigrid, Petr Kral, Antonin Liehm, Alek-

66 1975 begann eine neue und unabhängige Periode in der Geschichte der FEIE, sowohl was die Programmarbeit bis 1980 betraf als auch im Hinblick auf die Stabilisierung ihrer finanziellen Situation.

sander Smolar, François Fejtö oder Karel Bartosek zählten zu dem inneren Kreis um die Fondation.

Schaut man sich die Protagonisten der ostmitteleuropäischen Bürgerrechtsbewegungen an, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 für einige Zeit Regierungsämter bekleideten, Präsidenten wurden und aus ihren Samizdat-Zeitschriften gewichtige Organe in der Herausbildung einer demokratischen Öffentlichkeit entwickelten, so handelt es sich um Intellektuelle, deren Untergrundarbeit vor dem Fall der Mauer über Jahre von der FEIE unterstützt wurde. Vaclav Havel, Jacek Kuron, Tadeusz Mazowiecki, Adam Michnik, Bronislaw Geremek (amtierender polnischer Außenminister), György Dalos, István Eörsi und viele andere kooperierten mit der FEIE. Reisegelder für Zusammenkünfte der Dissidenten aus Polen, Ungarn, Rumänien oder der CSSR, die der Koordination der Oppositionsarbeit dienten, zählten ebenso zum Förderprogramm wie das Einschleusen von Druckerzeugnissen oder Kopiergeräten.⁶⁷

Später, in den Debatten und Umbrüchen des französischen intellektuellen Feldes nach dem Erscheinen von Solschenizyns 'Archipel Gulag' 1974 spielten die Arbeit der FEIE und die mit ihr assoziierten Personen keine unmaßgebliche Rolle – auch wenn dies notgedrungen verdeckt und somit fast unbekannt blieb. Die Vernetzung von Personen und Gedanken, die ein antitotalitärer Konsens einte, sozusagen den Eisernen Vorhang unterminierend, ist der nachhaltige Verdienst der FEIE, in Fortsetzung der Arbeit des Kongresses für Kulturelle Freiheit, der 1950 seinen Anfang nahm. Nur so konnten etwa der polnische Historiker Adam Michnik oder der ungarische Soziologe Miklos Harasti, beide herausragende Figuren der osteuropäischen Intelligenz, während ihrer Aufenthalte in Paris Einfluß auf den französischen Denkraum nehmen. Die Umschwünge in Richtung eines breiten antitotalitären Konsenses im Frankreich der 70er Jahren gründeten nicht zuletzt in derartigen Einmischungen osteuropäischer Dissidenten in die inneren Diskursangelegenheiten ihrer westlichen Kollegen. Voraussetzung dafür war die Bereitschaft auf beiden Seiten, neugierig und offen den unterschiedlichen Erfahrungen und Ideen in dieser Ost-West-Konstellation zu begegnen. Dies allerdings zeichnete bereits die Initiatoren und Beteilig-

⁶⁷ Das Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen, geführt von dem polnischen Philosophen Krzysztof Michalski, konnte an die jahrelange Tätigkeit der FEIE anknüpfen und in seiner Arbeit das Kontaktnetz weiter ausbauen. Diese Kooperation wurde in den folgenden Jahren finanziell von der Soros Foundation unterstützt, vgl. U. Ackermann 1995a.

ten des Kongresses aus: deren antitotalitärer Konsens gründete in biographischen Erfahrungen, die sie in ihrer Totalitarismuskritik literarisch und theoretisch reflektierten. Sie waren Antifaschisten und Antikommunisten zugleich, hatten Hitlers und Stalins Lager überlebt und verweigerten sich der ideologischen Zuordnung ins 'Lager' des Antifaschismus oder des Antikommunismus – ideologische Denkfiguren, die bis heute noch, weit entfernt von ihrem realhistorischen Erfahrungsgehalt, Anwendung finden.

Melvin Lasky, immer wieder als Antikommunist beschimpft, schrieb rückblickend auf die Gründungszeit des Kongresses 1983 im *Encounter*:

”‘Anti-Communism’ in a most surprising and heartening way won its new democratic libertarian credentials. The opposition to Communism involved not race, nor mere nationalism, but a devotion to the real liberties of what Karl Popper called open and free society... All worked together in mutual tolerance and respect – conservatives, liberals and socialists alike: whether Reuter and Kurt Schumacher, Silone and Koestler, Bertrand Russell and Sidney Hook, Albert Camus and Raymond Aron. Apart from the totalitarian forces, old and new (the Fascist or Nazi Right, and the Communist Left), there was a general consensus. A free and vital liberal civilisation, stretching westwards from the Brandenburg Tor for some ten thousand miles, was – for all faults, shortcomings, and evils – worthy of our support. We were proud, optimistic, self-confident, and fairly united. Out of the so-called ‘Cold War’ came a European renaissance.” (Lasky 1983)

Die Arbeit der Kongreßteilnehmer mündete über die Jahrzehnte in ein großes intellektuelles ostwesteuropäisches Projekt mit ”atlantischer” Beteiligung, das bemerkenswerterweise völlig der Vergessenheit anheimfiel. Dessen Nichtwahrnehmung und Verdrängung aus dem zeithistorischen Bewußtsein ist nicht zuletzt ideologischen Gründen geschuldet. Sie liegen, so meine These, in einer latenten und bisweilen manifesten Abwehr antitotalitärer Optionen, die sich an Totalitarismustheorien orientierten und sie weiterentwickelten. Die Hauptkritik galt dem darin enthaltenen Antikommunismus. Es scheint, als wirkten die Denkfiguren eines Antifaschismus, der den Antikommunismus bis heute bekämpfen muß, zumindest untergründig fort. Deren Überwindung war nicht zuletzt das Anliegen des Kongresses für die kulturelle Freiheit gewesen.

3. Der Streit um Totalitarismustheorien

”Die Schwierigkeit, mit dem Totalitarismusbegriff umzugehen, wurzelt vor allem in seiner Doppelnatur: Einerseits empirisch-analytisch, andererseits normativ-wertend, wird er zum einen zur Analyse von Herrschaftssystemen, zum anderen zu ihrer Bewertung verwandt...” schreibt Eckhard Jesse (1996, S. 9f.) im Vorwort des von ihm herausgegebenen Sammelbandes ‘Totalitarismus im 20. Jahrhundert’.

Rekonstruiert man die Geschichte der Totalitarismuskonzeptionen, so fällt ins Auge, daß ihre Entstehung, die Konjunkturen ihres wissenschaftlichen Gebrauchs und ihre Aufnahme bzw. Abwehr im intellektuellen Diskurs den jeweils historisch-politischen Konstellationen geschuldet waren.⁶⁸ Dies hat sich auch nach 1989 nicht grundlegend geändert.

Der italienische Liberale Giovanni Amendola verwendete 1923 in Bezug auf die italienischen Faschisten erstmalig den Begriff ‘totalitär’. Mussolini griff ihn 1925 affirmativ-propandistisch in seiner Rede vom ‘stato totalitario’ auf. Als analytische Kategorie für den italienischen Faschismus findet er Ende der zwanziger Jahre Eingang in die angelsächsische Sprache; nach 1933 wird auch der nationalsozialistische Staat als ‘totalitarian state’ beschrieben. Mitte der dreißiger Jahre erlangt der Begriff jene Bedeutung, die er in den späteren Konzeptionen der diversen Totalitarismustheorien haben wird: er dient gleichermaßen der Analyse des italienischen Faschismus, des deutschen Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus. Im Vergleich will man die Merkmale der totalitären Regime, ihre Ähnlichkeiten und jeweiligen Spezifika erfassen. Zu den Standardwerken gehört Hannah Arendts 1951 erschienenes Buch über ‘Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft’, in dem sie den Terror als wesentliches Merkmal des Totalitarismus beschreibt. Ihre Erkenntnisse bezieht sie jedoch eher aus der Analyse des Nationalsozialismus denn jener des sowjetischen Regimes und seines Lagersystems. 1956 veröffentlichen Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski ihre Arbeit über die ‘Totalitäre Diktatur’.

68 Zuweilen geriet der Totalitarismusbegriff – wie in Zeiten des Kalten Krieges – zum regelrechten politischen Kampfbegriff. Seine Gegner waren immer darum bemüht, ihn geradezu auf ein Instrument der sog. Kalten Krieger zu reduzieren und ihm damit seine wissenschaftliche Tauglichkeit abzuspochen.

Ihr darin entworfener Kriterienkatalog war für die weitere Theorieentwicklung wegweisend.⁶⁹

Auch wenn sich die totalitarismustheoretischen Ansätze seitdem weiterentwickelt und in verschiedene Richtungen ausdifferenziert haben, seien hier einige, der Forschung zugrunde liegende klassische Merkmale genannt, die dem Totalitarismus eigen sind: nach Friedrich und Brzezinski sind dies eine auf den Endzustand ausgerichtete Ideologie, eine einzige Massenpartei, das Terrorsystem, basierend auf der geheimdienstlichen Kontrolle, das Monopol über die Massenkommunikationsmittel, ein Waffenmonopol und eine zentral gelenkte Wirtschaft. Dieser klassische Kriterienkatalog der sechs Punkte, aber auch Hannah Arendts Ansatz, der den Terror und die Ideologie als das "eigentliche Wesen der totalitären Herrschaft" begreift, sind längst erweitert oder auch relativiert worden; die Unterschiede oder auch Ähnlichkeiten der verschiedenen totalitären Systeme herausgearbeitet worden. Auf den Religionscharakter totalitärer Ideologien hat u.a. Raymond Aron (vgl. Kap. 2.4 u. 2.5) hingewiesen. Nicht nur in der nackten Unterdrückung gründet die totalitäre Herrschaft, sondern auch in ihrer Verführungs-, Mobilisierungs- und Integrationskraft gegenüber den Menschen. Der polnische, nach Paris emigrierte Historiker und Philosoph Krzysztof Pomian nennt dafür vier Kriterien: "Les totalitarismes s'appuyent sur les mouvements de masse...Mais ils sont tout sauf spontanés; ils sont cadrés, orientés et dirigés par un groupe – le Parti, l'appareil – qui, lui, est soudé par l'idéologie partagée en commun et la fidélité au chef... Tous les totalitarismes se posent comme des mouvements révolutionnaires. Ils instaurent délibérément une rupture, avec ce qui a précédé... Troisième critère: l'effort constant de l'Etat ou du Parti pour soumettre à son contrôle la totalité de la vie sociale. De la naissance à la tombe, à travers tout un ensemble d'organisations, les masses sont surveillées et guidées... Quatrième critère: la présence d'un chef charismatique censé incarner ce à quoi aspirent les masses." (Pomian 1998, S.102)

So different die mannigfaltigen Totalitarismustheorien auch sein mögen, eint sie doch ein grundlegendes Element: ihre Erfahrungsgebundenheit. Die Begründer dieses Ansatzes waren zumeist exilierte Intellektuelle, die das Hitler-Regime oder das Stalin-Regime,

69 Vgl. Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzezinski, Totalitäre Diktatur (1957), Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1986), Karl Dietrich Bracher, Die totalitäre Erfahrung (1987).

zuweilen beide, am eigenen Leibe als Verfolgte oder Lagerinsassen erfahren hatten. Deshalb gründen die theoretischen Ansätze zum Totalitarismus so häufig in literarischen Zeugnissen und philosophischen Reflexionen dieser Intellektuellen; sie sind gleichsam "Schnittstelle von Philosophie und Politik" (Pierre Hassner). Der Rekurs auf die Literatur, d.h. besonders die Renegatenliteratur⁷⁰, ermöglicht es, Erfahrungsgehalte des Totalitarismus zu kommunizieren, an die philosophische Konzeptualisierung oder empirische Untersuchung in der Regel nicht heranreichen. Auf der einen Seite dient dieser Ansatz der Analyse von Herrschaftsformen, er hat aber zugleich eine normative Komponente: eine antitotalitäre Position als kritische Schlußfolgerung, die an die Reflexion der totalitären Erfahrung anknüpft. Totalitarismuskritik und -theorien sind also gleichermaßen Gedenkorte und -räume, in denen sich Wissenschaft und Politik auf besondere Weise kreuzen. Die politisch-biographischen Erfahrungen dieser Intellektuellen fließen als literarische und theoretische Reflexionen darin ein und bilden ein konstitutives Element dieses theoretischen Ansatzes. Angesichts dieses Spannungsverhältnisses verwundert es nicht, daß der Totalitarismusbegriff nach 1945 so heftig umstritten war. Der Kongreß für die kulturelle Freiheit, sein Niedergang und letztlich seine Verdrängung aus dem öffentlichen Bewußtsein verkörpert dieses Reflexionsvermögen europäischer und amerikanischer Intellektueller in ihrer Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus. Zugleich kann man an seiner Geschichte die Genese antitotalitärer Positionen rekonstruieren, die in der europäischen Öffentlichkeit einmalig waren. Es ging und geht bei dem Streit um den Totalitarismus nicht zuletzt um die Selbstverortung der Intellektuellen, ihre Verantwortung und politische Positionierung nach den Katastrophen in diesem Jahrhundert der Lager. Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre fand in der Auseinandersetzung um die Legitimität totalitarismustheoretischer Ansätze politisch wie theoretisch eine einschneidende Wende statt, die sich in Osteuropa, Frankreich und der Bundesrepublik höchst unterschiedlich gestaltete.

70 In der Rezeption der Renegatenliteratur bestand jedoch häufig die Neigung, den politischen Erfahrungsgehalt dieser literarischen Zeugnisse zu neutralisieren und sie vornehmlich als private Texte zu lesen. In seinen zwölf Thesen zur Faszination des Stalinismus verweist Michael Rohrwasser auf die abwehrende Haltung der Linken: "10. Die Berührungangst vor Renegatenliteratur war bei der westdeutschen neuen Linken besonders groß. Man hat den Antikommunismus den Antikommunisten überlassen. 11. 'Daß du deine vielleicht berechtigte Kritik gerade heute, in dieser schwierigen Situation veröffentlichst, ist Verrat' – ein Stereotyp, das allen Zeiten, nicht nur im Nationalsozialismus galt." (Rohrwasser 1996, S. 63)

3.1. Antitotalitarismus in Osteuropa

Zwanzig Jahre nachdem die ostmitteleuropäischen Länder dem sowjetischen Block einverleibt worden waren, wurde das Totalitarismuskonzept aus der westlichen 'Sowjetologie' zuzusagen verbannt; es galt als unwissenschaftliches Produkt des Kalten Krieges. Just im Jahre 1968 kristallisiert sich dieser Wendepunkt: "Für die westlichen Politologen ist es der eigentliche Anstoß zur Entspannung, dessen Auswirkungen in den Interpretationen zum Wesen des kommunistischen Systems spürbar werden; für die Intellektuellen des 'anderen Europa' stellt 1968 der letzte Beweis für das Scheitern der Reformen und der Fortdauer eines 'totalitären' Kerns des kommunistischen Systems dar", so der in Paris lehrende Politologe Jacques Rupnik (Rupnik 1996, S. 389). Die gelebte Wirklichkeit des sowjetisch oktroyierten Kommunismus in den sog. Volksrepubliken war der Kern für die Auseinandersetzung und Weiterentwicklung der Totalitarismustheorie auf Seiten der kritischen Intellektuellen. Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings trat zugleich der 'klinische Tod' des marxistischen Revisionismus in Osteuropa ein, von diesem Zeitpunkt an "hört der Kommunismus auf, ein intellektuelles Problem zu sein, er bleibt lediglich ein Machtproblem" (Kolakowski, 1978, S. 465); es wurde nun nicht mehr um die kommunistische Ideologie gefochten, ins Zentrum der Überlegungen geriet fortan der Umgang mit der kommunistischen Macht. Von diesem Zeitpunkt an gewannen Totalitarismuskonzepte im unabhängigen politischen Denken Osteuropas an Bedeutung und gerieten in den 70er Jahren zum gemeinsamen Nenner der Dissidenz. Spätestens nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen war man um eine Neudefinition der Konzepte bemüht: der Totalitarismus in den realsozialistischen Ländern unterschied sich über die Jahrzehnte hinweg gravierend von jenem der Stalin-Ära. Den verschiedenen theoretischen und literarischen Ansätzen ist eines gemeinsam: die regimekritischen Autoren sahen in der Ideologie als institutionalisierter Lüge das Wesen des totalitären Systems. Für den polnischen Philosophen Leszek Kolakowski hat die Lüge darin folgende Funktion: indem sie systematisch das historische Gedächtnis zerstöre und zugleich jegliche Information manipulierte, zerstöre die totale Herrschaft das Kriterium der Wahrheit als solcher. "Darin besteht der große kognitive Triumph des Totalitarismus. Indem es ihm gelingt, die Idee der Wahrheit als

solcher abzuschaffen, kann man ihm nicht mehr den Vorwurf der Lüge machen.“ (Kolakowski 1983, S. 127) Das System gründet letztlich in der Lüge.⁷¹ Auf ihre systemhafte und gleichermaßen existentielle Dimension hat auch Alexander Solschenizyn immer wieder hingewiesen. Voraussetzung für das Funktionieren dieser totalitären Lüge ist die Zerstörung des Gedächtnisses und die totalitäre Sprache: ”Ein Volk, dessen individuelles oder kollektives Gedächtnis nationalisiert worden, das Eigentum des Staates und vollkommen biegsam und völlig kontrollierbar geworden ist, ist ganz der Willkür seiner Regierungen ausgeliefert; es ist seiner Identität entledigt worden.“ (Kolakowski, a.a.O.) Vor diesem Hintergrund ist der Satz Milan Kunderas zu verstehen: ”Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen.“ (Kundera, Paris (1978) 1992, S. 10)

In den Neudefinitionen des Totalitarismuskonzeptes wurde die Analyse des kommunistischen Systems mit Strategien für dessen Überwindung verknüpft. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die beiden polnischen Denker Adam Michnik (vgl. Michnik (1976) 1985) und Jacek Kuron (vgl. Kuron 1978). Ihrer Strategie des ‘neuen Evolutio-nismus’ zufolge wird die totalitäre Partei so weit als möglich in den staatlichen Bereich zurückgedrängt, so daß die bürgerliche, zivile Gesellschaft sich durch einen allmählichen Prozeß der Selbstorganisation emanzipieren kann. Am Rande des Sowjetreiches sahen die Dissidenten die Chance einer ‘Enttotalisierung’, unter der Voraussetzung, daß man den Parteistaat als Schutzschild und Vermittler mit dem ‘Zentrum’ in Moskau erhalten würde. Sie sollten, was den weiteren Verlauf der Geschichte angeht, recht behalten. Die polnische Dissidenz stellte die ‘bürgerliche Gesellschaft’ ins Zentrum ihres Kampfes gegen die kommunistische Macht, die Ungarn eher die Marktwirtschaft und die Tschechen ihre Verbundenheit mit der westlichen Kultur. Es handelte sich dabei trotz der großen Unterschiede der drei Länder um ”drei ergänzende Aspekte ihres europäischen und westlichen Erbes, die zugleich Hindernisse für die Ambitionen der totalitären Machthaber darstellten.“ (Rupnik 1996, S. 412) Die normative Seite des Totalitarismusbegriffs und der daraus abgeleitete Kampf für Demokratie hatte in Osteuropa sein Echo in der Verweigerung, sich ”dem Alltag zu unterwerfen“ und die ”Solidarität der Erschütterten“

71 Vgl. dazu auch G. Koenen, Utopie der Säuberung (1998), worin der Autor u.a. die Funktionsweise der Lüge im sowjetischen System rekonstruiert.

(Jan Patočka). Sie schlug sich nieder in den Imperativen eines "Lebens in Wahrheit" (Václav Havel) und eines "Lebens in Würde" (Adam Michnik). Diese ethische Einheit des Widerstandes in den osteuropäischen Bürgerbewegungen entsprach nicht zuletzt der gemeinsamen Bezugnahme der Dissidenten auf den Totalitarismusbegriff.

3.2. 1968 und die Folgen für die französische Totalitarismustheorie

"Stalinismus, das sind nicht allein die Konzentrationslager, die Moskauer Prozesse und die psychiatrischen Kliniken; es ist auch ein Komplex alltäglicher Praktiken in den politischen, persönlichen und intellektuellen Beziehungen, es ist schließlich die Passivität, mit der sich die nichtstalinistische Linke von diesen Praktiken soweit unterjochen läßt, daß sie, ohne zu reagieren, von der KP erduldet, was sie sich von keiner anderen politischen und kulturellen Gruppe hätte gefallen lassen" (Revel 1976, S. 80), so der politische Philosoph Jean-François Revel in seinem 1976 erschienenen Buch über 'Die totalitäre Versuchung', eine Art empirische Phänomenologie des Totalitarismus. Er bezieht sich dabei auf jene kulturelle Hegemonie der Kommunisten seit Kriegsende, aber auch den Mainstream der französischen Linksintelligenz, der in der Russischen Revolution lange Zeit die Vollendung der Französischen erblickte. Jenseits dieses Mainstreams war jedoch "der Totalitarismus in der französischen politischen Theorie und Philosophie das Hauptphänomen des 20. Jahrhunderts. Die Auseinandersetzung um den Totalitarismus ist das eigentliche Nadelöhr für viele thematisch anders ausgerichtete intellektuelle Debatten." (Bosshart 1996, S. 256)

Dies wundert indes nicht, wenn man die lange Tradition eines spannungsreichen Wechselverhältnisses zwischen Intellektualität und Politik in diesem Land beobachtet. Für die französischen Intellektuellen ist der Prüfstein des Denkens die politische Stellungnahme. Die dortige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus kann man – insbesondere seit Kriegsende – deshalb als eine "Geschichte von Brüchen" (Bosshart 1992, S. 19) lesen. Bereits 1948 brachen Cornelius Castoriadis und Claude Lefort mit dem orthodoxen Trotzkismus, verließen die IV. Internationale und entwarfen in der im selben Jahr gegründeten Gruppe 'Socialisme ou Barbarie' eine linke Totalitarismuskritik. Der Soziologe Edgar Morin wurde 1951 aus der KP ausgeschlossen und gründete mit Lefort und Casto-

riadis 1956 die Zeitschrift *Arguments*, die zum Reflexionsort dieser Richtung wurde. Hinzutraten jene Intellektuelle, die nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution die KP verlassen oder sich von ihr distanziert hatten. 1959 veröffentlichte Morin seine viel beachtete 'Autocritique' (Morin 1959), die selbstkritische Autobiographie eines Intellektuellen, der mit dem Kommunismus gebrochen hatte. Jene "dissidenten Intellektuellen" (Gilcher-Holtey 1995, S. 47) waren für große Teile der französischen Studentenbewegung Orientierungsfiguren.⁷²

Der Pariser Mai brachte nicht nur die Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit in Gang, sondern rührte aufs Empfindlichste am Résistance-Mythos der Nation, den Gaullisten wie Kommunisten so lange bedient hatten. "Diese Nachkriegsgesellschaft mit ihren historischen Tabus – Vichy – und Lebenslügen (ein einzig Frankreich in der Résistance, die Kommunistische Partei als antifaschistisches Bollwerk) hat der Mai 68 nicht nur erschüttert, sondern langfristig auch in ihren Strukturen umgestaltet." (Altwegg 1998, S. 102) Die Revolte der Studenten richtete sich gleichermaßen gegen den Gaullismus wie den Parteikommunismus; die Nouvelle Gauche kritisierte den Staat, seine Institutionen und die Parteien. 'Phantasie an die Macht' hieß die Parole, mit der diese unabhängige, libertäre und zuweilen anarchistische Linke die Gesellschaft verändern wollte. Die breite Unterstützung der Studenten seitens der Bevölkerung und die einsetzende Streikbewegung schufen eine vermeintlich 'revolutionäre' Situation, in der die erträumte 'autogestion', die Selbstverwaltung der Gesellschaft kurz vor ihrer Realisierung zu stehen schien. "Wir hatten eine revolutionäre Perspektive. Wir lebten und dachten im Begriff der Revolution", so André Glucksmann. Erst nachträglich wurde klar, "im Mai fand das Überschreiten des revolutionären Horizonts statt. Wir wurden uns bewußt, daß es keine Revolution mehr geben kann... Diese Bewegung, die mit der ersten Versammlung der Revolution von 1789 begonnen hat, ist im Mai gestoppt worden. Damals gab es die historischen Anspielungen noch – aber nach drei oder vier Jahren sektiererischer Gruppierungen, marxistischer Neu- und Uminterpretationen hat man gemerkt, daß es völlig sinnlos ist." (Zit. n. Altwegg 1998, S. 98) Auch Glucksmann verbrachte noch einige Zeit im Umfeld der Gauchisten, bis zum Zerfall der maoistisch orientierten Gruppierungen. Die Gauche Prolétarienne, der Glucksmann angehörte, suchte die Nähe zu den Arbeitern, selbst Jean-Paul Sartre ver-

⁷² Insbesondere André Glucksmann und Daniel Cohn-Bendit berufen sich auf diese 'geistigen Väter'.

teilte die von ihr seit 1970 herausgegebene Zeitung *La Cause du Peuple* vor den Fabrikatoren, als Protest gegen das von der Regierung ausgesprochene Verbot. Man feierte die Revolutionen in China, Kuba und Vietnam als Gegenmodelle zum Sowjetkommunismus und solidarisierte sich mit den Unabhängigkeitsbewegungen der Dritten Welt. Die Kämpfe und Kriege im Zusammenhang mit der Befreiung der Kolonialvölker brachten Lenins Thesen vom 'Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus' wieder aufs Tapet. Sein Diktum wurde postwendend gegen den allgegenwärtigen Feind der Befreiung der Völker gerichtet: der Haß auf die Vereinigten Staaten gab dem Haß auf das Kapital sozusagen eine universelle Form; aber nicht mehr die Sowjetunion war die revolutionäre Verheißung, sondern China oder Kuba. Im Unterschied zu Deutschland lehnten allerdings die französischen Gauchistes in ihrer Mehrzahl rigide Organisationsstrukturen ab und enthielten sich der theoretischen und pädagogischen Arbeit, wie sie für viele linke Gruppen typisch war. Dieser 'politische Kampf' war in Frankreich wesentlich anarchistischer und hedonistischer orientiert als in der deutschen Linken, insbesondere in den sog. K-Gruppen. (Vgl. Khilnani 1995, S.210f.)

François Furet bringt das politische Klima Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in der westlichen Linken – darin unterschied sich Frankreich nicht wesentlich von anderen Ländern – recht treffend auf den Punkt: "Der Maoismus ist ein merkwürdiges Gebilde, ein antisowjetischer Stalinismus, der formal, nicht jedoch inhaltlich auf Chruschtschow zurückzuführen ist... Als zu spät gekommener Neuling im Warenhaus der Ideologien dieses Jahrhunderts, als gleichsam antisowjetisches Abziehbild des Sowjetsystems, ist ihm kein langes Leben beschieden... Fidel Castros Marxismus besitzt, im Unterschied zur Kargheit der rauhen eurasischen Ebenen, den Zauber der Tropen. Die ideologische Wallfahrt nach Kuba fügt sich gewissermaßen nahtlos in das Angebot von Reisebüros... Der Kult um Mao war einer der letzten Ausbrüche des kommunistischen Messianismus in Reinkultur; der um Castro dagegen läßt auch ein weniger puritanisches und rigides Engagement gelten. Das maostische China verkörpert in Paris für die Anhänger Althusser's die Utopie einer ärmlichen, strengen und gerechten Welt. Kuba unter Castro ist für die kalifornischen Studenten der Inbegriff vom lateinamerikanischen Paradies herzlicher Gemeinschaft." (Furet 1996, S. 609) 'Weich, pazifistisch und westlich' sollte der 'gute' Kommunismus nun sein; von seinen unguuten sowjetischen Hirten von ehemals befreit, blieb es allerdings sein historisches Privileg, der Totengräber des Kapitalismus

zu sein. Diese Figur des Antikapitalismus ging in der Regel mit einer Weichzeichnung des Kommunismus einher: "Fast während des ganzen 20. Jahrhunderts hat die Linke in den demokratischen Ländern...mit Vorliebe nur die Verbrechen der kapitalistischen Welt angeprangert... Die Masse der bekannt gewordenen Fakten (d.i. Verbrechen des Kommunismus) machte es irgendwann unmöglich, sie einfach als unwahr abzutun. So erfand man einen anderen Abwehrmechanismus: die Gleichstellung bei der Schuldzuweisung... Die Technik... ist im Grunde die moderne Form der Verharmlosung des Totalitarismus und der totalen Ablaßgewährung für den Kommunismus. Wenn alle gleich schuldig sind, ist es ja tatsächlich niemand mehr, es sei denn eben doch der Kapitalismus, weil er ja nicht die gleiche Entschuldigung vorzubringen hat wie sein Konkurrent: Er will ja nicht eine gerechtere Welt aufbauen." (Revel, 1984, S. 342/3)⁷³

Waren sich die deutsche und französische Studentenbewegung in ihrem Antikapitalismus und Antiamerikanismus recht ähnlich, so brachte die unmittelbare Konfrontation und Auseinandersetzung mit der KP in Frankreich – im Vergleich zu Deutschland – einen anderen Ton in die Bewegung, wenngleich sie damit auch nicht zur großen antikommunistischen Massenbewegung geriet. Daniel Cohn-Bendits Auftritt am 6. Mai 1968 bei einem großen Sit-in an der Sorbonne mag darauf ein Licht werfen: zuvor hatte der Schriftsteller Louis Aragon, Mitglied der KP, seine Solidarität mit den Pariser Studenten und Protagonisten des Prager Frühlings erklärt. Cohn-Bendit verlangte daraufhin von ihm, als Bedingung einer Zusammenarbeit, er möge sich zu seiner Vergangenheit erklären. In den 30er Jahren habe er in seinen Gedichten die Sowjetunion gepriesen und 'Ural, Ural' gesungen; aber 'Ural' bedeutete 'KZ'. Aragon verweigerte sich einer Erklärung und verließ den Saal. Einige Tage später fand eine große Demonstration und Kundgebung in Paris statt, an der sich auch die KP mit ihrem Generalsekretär Marchais beteiligte. In einem Fernsehinterview am gleichen Abend gestand Cohn-Bendit lachend, er habe gemeinsam mit 'stalinistischen Bösewichten' demonstriert.. Marchais titulierte tags darauf auf der ersten Seite

73 In der damals häufig zu vernehmenden Parole 'USA=SA=SS' wurde der Antiamerikanismus auf die Spitze getrieben. Auch Jean-Paul Sartre scheute sich nicht, während seiner Eröffnungsrede beim Vietnam-Tribunal am 2. Mai 1967 in Stockholm die amerikanische Politik mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu assoziieren. Mit Verweis auf die Nürnberger Prozesse 1945 und die kolonialistische Politik der Siegermächte fragte er: "Gab es keine Kriegsverbrechen seit 1945?... Muß man nirgendwo auf ein neues Oradour oder Auschwitz zeigen?" (J.-P. Sartre/B. Russell 1968, S. 14f.)

der *L'Humanité* den Studentenführer als 'deutschen Anarchisten'. Die Pariser Studenten antworteten mit dem Slogan: "Wir sind alle deutsche Juden!" (Vgl. Altwegg 1998, S. 48) Hatte die Studentenbewegung in Deutschland zu einer maßgeblichen Renaissance des Marxismus und einer Art verspäteten Immunität des Kommunismus gegen öffentliche Kritik beigetragen, so führte in Frankreich, wie François Furet in seinem Briefwechsel mit Ernst Nolte feststellte, "die 'Revolution' (ich gebrauche diesen Begriff in Ermangelung eines besseren) zum umgekehrten Ergebnis. Auch in ihr gab es eine marxistische Strömung neben einer Anzahl anderer Tendenzen, von denen einige, wie etwa der individualistische Hedonismus, als 'radikalliberal' eingestuft werden müssen. Aber selbst die maoistische Strömung war weit davon entfernt, ausschließlich neostalinistisch zu sein. Sie enthielt libertäre, ja anarchistische Komponenten, so grotesk das klingen mag. Und es ist bezeichnend, daß das Werk Solschenizyns in Frankreich um 1974/5 von vielen alten Maoisten begeistert aufgenommen wurde. Anders ausgedrückt: 1968 hat hier auch dem Antikommunismus Auftrieb gegeben. Mit Solschenizyn erwirbt das Konzept des Totalitarismus sein Bürgerrecht in Paris." (Furet 1998, S. 113)

Die Entwicklung in Frankreich nach 1968, insbesondere der Weg der antitotalitären Linken, weist darüberhinaus einige Ähnlichkeiten mit jener in Osteuropa auf. Einer der Gründe lag in der Emigrationswelle aus der Tschechoslowakei und Polen, wo die Studentenrevolte gewaltsam niedergeschlagen wurde. Die ins Pariser Exil geflohenen Intellektuellen propagierten das endgültige Scheitern der Reformen im kommunistischen System. Ihre Stimmen dürften mit dazu beigetragen haben, vielen französischen Intellektuellen allmählich und erst recht im Zuge des Gulag-Schocks ihren Traum vom 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz' genommen zu haben.

"Das wichtigste Resultat dieser Zeit besteht für die Totalitarismusthematik (bzw. -kritik) darin, daß die meisten an Politik interessierten über verschiedenste Wege auf das Problem des Totalitarismus stoßen. Kann man die Zeit von Mitte der vierziger bis weit in die fünfziger Jahre hinein als die Zeit der überwiegend positiven Faszination des Totalitarismus bezeichnen, so sind die siebziger Jahre die Zeit der überwiegend negativen Faszination des Totalitarismus." (Bosshart 1992, S. 35)

Eine wesentliche Folge für das intellektuelle Leben in Frankreich war die – im Unterschied zu Deutschland – innovativere Weiterentwicklung des Totalitarismus-Themas. Claude Leforts Begriff der 'logique totalitaire', Claude Polins 'esprit totalitaire' und die

‘société totalitaire’, Alain Mincs ‘marché totalitaire’, Edgar Morins ‘complexe totalitaire’ oder Marcel Gauchets ‘l’expérience totalitaire’ verweisen auf die Neukonzeptionen in diesem Theoriefeld. (Vgl. Bosshart 1996, S. 256ff.) Entscheidend daran ist jedoch, daß diese Elemente Eingang in die Demokratietheorien finden, die im Frankreich der folgenden Jahre aufgrund der Umstrukturierungen des politisch-intellektuellen Feldes eine regelrechte Blütezeit erleben.⁷⁴

3.3. Paradigmenwechsel in Deutschland: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie

Markierte das Jahr 1968 in Frankreich den Anfang einer Entwicklung, die totalitarismustheoretischen Ansätzen eine wachsende Bedeutung in den intellektuellen Debatten bescherte, so verhielt es sich in der Bundesrepublik nahezu umgekehrt. Signifikant scheint mir, daß – nach Bekanntwerden der CIA-Finanzierung – das Ende des Kongresses für kulturelle Freiheit und die Einstellung des *Monats* fast zeitgleich mit einem entscheidenden politisch-intellektuellen Klimawechsel einherging. Begreift man den Kongreß, seine Geschichte und die Zeitschrift als Figuration einer ausgeprägt antitotalitären Tradition, so markiert deren Ende eine einschneidende Veränderung der intellektuellen Landschaft. Mit 1968 wurde der antitotalitäre Konsens, der die Gründungsjahre der Bundesrepublik bis in die 60er Jahre geprägt hatte, aufgekündigt. Seine antikommunistische Komponente, erst recht in Zeiten des Kalten Krieges, diente zuweilen als Schutzschild für die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Als Reaktion darauf setzte ab Mitte der sechziger Jahre im wissenschaftlichen Feld eine verstärkte Erforschung des historischen Faschismus ein, die mit der Wiederbelebung kritisch-theoretischer und ideologischer Fragestellungen einherging. Karl Dietrich Bracher sieht dies als Reaktion auf eine besonders die Bundesrepublik bis dahin prägende Ära der ‘Entideologisierung’. Mit der

⁷⁴ Bis heute sind nur wenige dieser Arbeiten ins Deutsche übersetzt worden. Der Soziologe Ulrich Rödel ist einer der wenigen, die sich darum bemüht haben, vgl. Rödel 1990. In dem von ihm herausgegebenen Sammelband ‘Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie’ veröffentlichte er Aufsätze von C. Lefort, C. Castoriadis und M. Gauchet. Vgl. auch ‘Die demokratische Frage’, ein gemeinsames Essay von U. Rödel, G. Frankenberg und H. Dubiel (1989). Erst nach 1989 finden demokratietheoretische Ansätze, die in Fortsetzung der Totalitarismustheorie entstanden, zögerlichen Eingang in die deutschen Debatten.

Renaissance des Marxismus im Zuge der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition wurde die westlich-liberale Totalitarismustheorie fortan infrage gestellt oder gar abgelehnt, "sofern diese auf die Vergleichbarkeit rechter und linker, ideologisch verschiedener Diktatorsysteme gegründet ist; ihr Schema der Konfrontation von Demokratie und Diktatur wird – vereinfachend – als Erfindung des Kalten Krieges bezeichnet." (Bracher 1976, S. 17)

Innenpolitisch beherrschte die Große Koalition in Bonn das Klima und nährte mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze jene Zweifel an der parlamentarischen Demokratie, die in der Geschichte der Linken eine lange Tradition haben. Die antiautoritäre Protestbewegung war nicht frei von antibürgerlichen Affekten; nicht nur die Phantasie kam während dieses Aufbruchs mit seiner radikalen Kritik an verkrusteten Strukturen an die Macht, sondern alte und neue Ideologien machten sich breit. Nicht das Ende der Ideologien war gekommen, wie es Daniel Bell in den 50er Jahren prognostizierte (vgl. Bell 1962), sondern eine Reideologisierung setzte ein. Bracher spricht in diesem Zusammenhang gar von einer neuen Welle eines totalitären Politikverständnisses: "Wieder trat nun die grundlegende Unterscheidung hervor, die schon bei der frühesten Anfechtung der repräsentativen Demokratie in der terroristischen Phase der Französischen Revolution 1793 sichtbar geworden war, dann in der so gern zitierten Pariser Kommune von 1871 blutig ausgetragen wurde und schließlich in der Revolutionsphase von 1917-1919 endgültig die große Trennung zwischen rechtstaatlichem und diktatorischem, freiheitlichem und totalitärem Demokratieverständnis markiert hatte." (Bracher 1996, S. 146)

Mit der radikalen Infragestellung jeglicher Herrschaft wurde letztlich der Unterschied zwischen den politischen Systemen verdrängt oder bagatellisiert. Die Kritik an der parlamentarischen Demokratie geriet in dieser Zeit häufig zur Geringschätzung der Demokratie überhaupt und reichte bis zu deren Delegitimierung. Ihre Denunzierung als 'bürgerliche' sollte sich später in den Vorbehalten gegenüber den Bürgerbewegungen in Osteuropa fortsetzen. Die Geringschätzung der von der Verfassung garantierten demokratischen Rechte und Prozeduren im Westen verstellte den Blick auf die osteuropäischen Oppositionsbewegungen. Denn dort ging es um die prinzipielle Erlangung demokratischer

Grundrechte und Freiheiten, im Westen hingegen um deren Erweiterung und Vertiefung.⁷⁵ Nicht nur die neomarxistische Neue Linke, sondern auch viele andere Intellektuelle folgten dem unterschwelligem Diktum, Kapitalismus und Demokratie würden sich abschließen.

Herbert Marcuse, einer der meist rezipierten und gefeierten Theoretiker der Studentenbewegung schrieb damals: "Die Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staate vollzieht sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung. Im Hinblick auf diese Einheit der ökonomischen Basis läßt sich sagen: es ist der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich erzeugt: als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der total-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft." (Marcuse 1967, S. 37) Die Kritik am Spätkapitalismus und seiner 'universal das Bewußtsein manipulierenden Kulturindustrie', verbunden mit dem Idiom des 'autoritären Staates' lassen den Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und totalitärer Herrschaft nahezu verschwinden.

Gleichsam als Leitspruch galt damals der von Max Horkheimer, dem Theoretiker der Frankfurter Schule, stammende Satz aus dem Jahr 1939: "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." (Horkheimer, 1980, S.115) Der Kontinuitätsthese folgend, wonach der Faschismus die höchste und entwickeltste Form des Kapitalismus sei, sind in diesem Satz die Denkfiguren des Antikapitalismus und des Antifaschismus geradezu idealtypisch vermählt.⁷⁶ Der Paradigmenwechsel von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie vollzog sich in dieser Zeit unter dieser Prämisse. Auch an den Universitäten gerieten die Historiker, Soziologen und Politologen, die sich an Totalitarismustheorien orientiert hatten, Zug um Zug ins Abseits.

Auf politischer Ebene fand ein analoger Prozeß statt: das kommunistische System und seine realexistierenden Orte wurden im Rahmen der Entspannungspolitik gleichsam

⁷⁵ Vgl. meinen Artikel 'Leben und Politik. Prag-Berlin-Paris 1968, *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 7/93, S. 588f.

⁷⁶ Auch wenn Theodor W. Adorno und Max Horkheimer 1940/41 – in den internen Debatten des Instituts für Sozialforschung Friedrich Pollock folgend – das Primat der Ökonomie und damit die Kontinuitätsthese in ihrer Faschismusanalyse zugunsten des Primats der Politik verwarfen (vgl. Dubiel 1978, S. 97), wurde Horkheimers o.g. Satz nicht revidiert. Vielmehr avancierte er noch fast dreißig Jahre später zu einer zentralen Parole der deutschen Studentenbewegung.

”enttotalisiert.”⁷⁷ Leitlinie war dafür das bereits 1963 von dem sozialdemokratischen Ostpolitiker Egon Bahr entworfene Konzept des ‘Wandels durch Annäherung’. Noch Jahre später proklamierte beispielsweise Erhard Eppler, die Totalitarismustheorie hätte der Entspannungspolitik und dem Frieden im Wege gestanden.⁷⁸ In diesem Felde waren sich Außerparlamentarische Opposition, der Großteil der Intellektuellen und die Sozialdemokratie einig; ein neuer Konsens war hergestellt.

Karl Dietrich Bracher merkte 1976 in seinen ‘Kritischen Betrachtungen zum Faschismusbegriff’ an: ”Wichtige historisch-politische Begriffe haben nicht selten das Schicksal, sich im Laufe der Zeit gegenüber ihrem ursprünglichen Inhalt und Sinn so erheblich verändert, in der konkreten Anwendung so unterschiedlich gehandhabt und bei der Benutzung als politische Kampfbegriffe derart ausgeweitet zu werden, daß ihr wissenschaftlicher Wert höchst problematisch erscheinen muß. Das trifft in besonderem Maß auf den Begriff des Faschismus zu. Er hat in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Renaissance erfahren.” (Bracher 1976, S. 13)

Die neuen Faschismustheorien orientierten sich zwar nicht mehr unmittelbar an Stalins Agententheorie, die ‘den’ Faschismus ohne Differenzierung zum Instrument der Bourgeoisie, die Führer zu Agenten oder ‘Lakaien’ des (Monopol-)Kapitals erklärte. Aber Fragmente dieses Ansatzes schimmern noch Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in linksorthodoxen Faschismus- und Kapitalismusanalysen durch. In dem Versuch, totalitarismustheoretische Ansätze endgültig dem Müllhaufen der Geschichte zu überantworten und an deren Stelle eine Faschismustheorie zu setzen, schrieb Reinhard Kühnl 1972 in einem dem Totalitarismus-Begriff gewidmeten Sammelband: ”Die durch ihr Bündnis mit dem Faschismus diskreditierte ökonomisch herrschende Klasse benötigte also ein ideologisches Instrument, das es ihr ermöglichte, die Gefahr der Sozialisierung abzuwehren, den Kapitalismus zu rechtfertigen und sich mindestens dem Anschein nach vom Faschismus zu distanzieren. Alles dies leistete die Totalitarismustheorie: Indem Faschismus und Kommunismus als gleichermaßen totalitär und damit dem Wesen nach identisch ausgegeben wurden, konnte man den Kampf gegen den Sozialismus als eine notwendige Konsequenz des Antifaschismus darstellen, konnten die... antifaschistischen Stimmungen in antikom-

77 Vgl. Bracher 1996, S. 147.

78 Vgl. Erhard Eppler, Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, 1988, S. 57-72.

munistische Bahnen gelenkt werden... Und in der Tat gelang es mit Hilfe solcher Ideologien, die Massen von einer sozialistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft abzuhalten, die alten Herrschaftsstrukturen zu restaurieren und den Kampf gegen die sozialistischen Staaten wie gegen den Sozialismus im eigenen Land, den die ökonomisch herrschende Klasse vorher im Bündnis mit dem Faschismus geführt hatte, nunmehr als freiheitlich-demokratischen Kampf auszugeben... Somit erwies sich die Totalitarismustheorie als ein ausgezeichnetes Mittel, den durch ihre Kooperation mit dem faschistischen Staat diskreditierten Sozialgruppen ihr gutes Gewissen und ihr soziales Ansehen wiederherzustellen, das wegen seiner engen Verflechtung mit dem Faschismus erschütterte kapitalistische System wieder zu festigen und außerdem für den Kalten Krieg gegen die sozialistischen Staaten die ideologische Rechtfertigung zu liefern." (Kühnl u.a. 1972, S.9ff.) Die stattgefundene Ablösung des Totalitarismusbegriffs als analytische Kategorie durch die Faschismustheorie ab Mitte der 60er Jahre wurde in dem Sammelband freudig begrüßt.

In diesem Sinne verwendeten auch Argument-Herausgeber Wolfgang F. Haug und Reinhard Opitz den Faschismusbegriff. Für sie bestand deshalb auch eine Kontinuität zwischen der faschistischen und postfaschistischen Ära, 1945 habe es keinen tatsächlichen Bruch mit der Vergangenheit gegeben. Durch ihr Veto gegen die Sozialisierungsgesetze deutscher Länder – so die Argumentation – hätten die westlichen Alliierten eine umfassende soziale und politische Restauration ermöglicht. Die schnelle Beendigung der Entnazifizierung sei darüber hinaus Voraussetzung gewesen für die amerikanische Zusammenarbeit im Zeichen des Antikommunismus. Letztlich habe der Kalte Krieg den alten Nazis zur politischen Rehabilitation und Integration in die westdeutsche Gesellschaft verholfen. 1974 schrieb Haug im Editorial seiner Zeitschrift *Argument*: "Wenn es einmal wichtig war, den Antisemitismus – das innerhalb der antikommunistischen Strategie wichtigste Instrument des alten deutschen Faschismus – vorrangig zu analysieren und zu bekämpfen, so ist es erst recht, weltweit und für einen größeren Geschichtsabschnitt, wichtig, den Antikommunismus zu studieren, seine Wirkungsweisen, seine Dynamik, seine vielen verdeckten Formen und seinen Interessengrund aufzudecken... Wer den Antikommunismus nicht angreifen will, hat den Antifaschismus verloren." (Haug, 1974, S.541f.) "Eine Faschismustheorie", so die sarkastische Anmerkung des Historikers Heinrich August Winkler in seiner Kritik dieser Denkrichtung, "ist richtig nur dann, wenn sie dem

aktuellen Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus dient.” (Winkler, 1978, S. 107)

Eine zweite am Marxismus orientierte Strömung der modernen Faschismustheorie, die vornehmlich von der ‘Neuen Linken’ rezipiert wurde, findet sich in den Schriften Johannes Agnolis und H. C. F. Mansillas. Der Faschismus gerät hier zum Synonym des modernen Interventionsstaates: ”Wird der Faschismus auf die formalistische Barbarei von ‘totalitärer Herrschaft’, Eroberung, Ausrottung und Vergasung reduziert, so erübrigt sich eine jede Diskussion darüber, was zum Beispiel am westdeutschen Programm der sozialen Symmetrie oder an der Politik der französischen ‘planification’ generell technokratische und was speziell faschistisch-korporative Züge aufweist.” (Agnoli 1968, S. 78) Auch für Mansilla trägt die repräsentative Demokratie faschistische Züge. Den Faschismus könne es auch in einer ”modernisierten, nicht-terroristischen Form” geben: ”Waren im Faschismus die Volksgemeinschaftsideologie und der Antisemitismus, und, wenn beides nicht ausreichte, der offene Terror die gängigen Mittel zur Verschleierung der Klassengegensätze und zur Stabilisierung jener Herrschaft, so sind es heute die universal gewordenen Möglichkeiten der Bewußtseinsmanipulation.” (Mansilla 1971, S. 162)

Beide Ansätze eint letztlich eine Verharmlosung des Faschismus und eine Entleerung des Begriffs als analytische Kategorie. Wenn zudem der Faschismus allein oder hauptsächlich aus dem Kapitalismus abgeleitet wird, ist die Frage, warum bestimmte kapitalistische Gesellschaften faschistisch wurden und andere nicht, kaum noch zu beantworten. Das diesen Faschismusanalysen eigene Primat der Ökonomie verstellt darüber hinaus den Blick auf die politischen und ideologischen Zielsetzungen der nationalsozialistischen Diktatur; ihre Außen- und Kriegspolitik gerät dabei zum kontingenten Umstand. Wird dieser undifferenzierte Faschismusbegriff nun noch als Synonym für den Nationalsozialismus verwendet, so werden die Besonderheiten der nationalsozialistischen Diktatur eingeebnet. Letztlich läuft dies auf eine Verharmlosung ihrer Verbrechen hinaus, auch und gerade im Hinblick auf den Genozid an den Juden. Bereits im klassischen Antifaschismus sowjetischer und DDR- Couleur hatte der Mord an den Juden keinen Ort; der Antisemitismus war ein kontingentes Phänomen, ein ‘Nebenwiderspruch’. Vernachlässigen oder subordinieren diese Faschismustheorien die Singularität der nationalsozialistischen Judenvernichtung, so korrespondiert ihnen bis heute der seltsam sakral anmutende Rekurs auf Auschwitz, mit dem letztlich wieder die Kollektivschuld der Deutschen beschworen

wird. Als müßte die Kälte dieser rationalen, an der kapitalistischen Ökonomie orientierten Analyse des Faschismus oder des Nationalsozialismus gemildert werden, indem man Auschwitz zum sakralen Ort der Irrationalität erhebt. Die untergründige Scham und das Erschrecken ob dieser rationalistischen Kälte verbündet sich mit einer Mystifizierung und Sakralisierung der realen Schrecken von Auschwitz. Fragmente der skizzierten Faschismustheorien bestimmen bis heute den Diskurs im linksliberalen Milieu: die Kontinuitätsthese als zentrale Denkfigur dieser Theorien ist keineswegs verabschiedet, sondern bricht sich untergründig immer wieder Bahn. Die merkwürdige Komplementarität von vorgeblich rationaler, ökonomischer Analyse und der Beschwörung der Einzigartigkeit von Auschwitz als Sinnbild des absolut Bösen, als unhintergehbaren Abgrund, bleibt weitgehend unbegriffen. (Vgl. Kap.6.4 zum Schwarzbuch des Kommunismus)

Die Studentenbewegung setzte eine längst fällige politische und theoretische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Gang, die die radikale Prüfung und Infragestellung der eigenen Elterngeneration mit einschloß. Die nachträgliche Scham für deren Täterschaft, ihr Mitläufertum und Verstricktsein in die nationalsozialistischen Verbrechen verwandelte sich in einen gleichsam nachholenden Widerstand, den die Elterngeneration gegenüber dem Hitler-Regime nicht geleistet hatte. Dieser 'nachträgliche' Antifaschismus der Studentenbewegung und der deutschen Linken nach 1968 geriet zunehmend zur Ideologie: man rekurrierte auf den traditionsreichen kommunistischen Antifaschismus, in Ermangelung anderer positiver Helden des Widerstands, und verknüpfte ihn mit dem generalisierten Faschismusverdacht gegenüber dem bundesrepublikanischen Staat (vgl. Grunenberg 1993, S. 145ff.). In der Alltagssprache hatte der Begriff des 'Faschisten' als Schimpfwort damals geradezu Hochkonjunktur.⁷⁹ Den zu jener Zeit geläufigen Faschismustheorien kam in diesem Zusammenhang geradezu eine Entlastungsfunktion zu. Mag vieles davon einer spezifisch "deutschen Ideologie" und Nachkriegsgeschichte geschuldet sein, so war die Denkfigur des Antifaschismus keineswegs nur ein deutsches Phänomen. François Furet konstatiert: "Der antifaschistische Gedanke fand nach dem Verlust seines Bezugspunktes deshalb soviel Resonanz im Europa der Nachkriegszeit, weil er die furchtbare Erfahrung des Zweiten Weltkriegs fort dauern läßt und

dem Unglück der Völker auf diese Weise einen Sinn und einen Namen gibt. Er hat die Kraft einer universellen Erinnerung und vielleicht auch eines kollektiven Schuldgefühls, Mussolini, Hitler und deren Vorstellungen nicht rechtzeitig bekämpft zu haben... Das Ende des Zweiten Weltkriegs schenkt dem Antifaschismus ein zweites politisches Leben, indem er ihn für immer von seinem faschistischen Feind befreit. Von nun an steht der Antifaschismus bei der Kritik an der bürgerlichen Demokratie konkurrenzlos da: er kann sich frei entfalten. In diesem Sinne stellt das Ende des Zweiten Weltkrieges einen politischen Sieg der kommunistischen mehr noch als der demokratischen Idee dar." (Furet 1996, S. 446ff.)

Dem Wiederaufleben dieses Antifaschismus Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre korrespondierten die breit rezipierten neomarxistischen Faschismustheorien. "Nur unter der Voraussetzung einer nachholenden antinazistischen Opposition können der rasante Aufstieg der marxistischen Faschismustheorie, die Ausgrenzung der Totalitarismustheorie und die zunehmende Identifikation mit autoritären und verkappten bzw. offen totalitären Herrschaftsmodellen verstanden werden... Die Inflationierung des Faschismusbegriffs und die Diskreditierung des Totalitarismusbegriffs waren Resultate von reziprok verlaufenen Entwicklungen. Zu ihrer Spezifik gehörte, daß die Renaissance marxistischer Faschismustheorien in einem öffentlichen Diskurs stattfand, während sich die Ausgrenzung der Totalitarismustheorie nahezu geräuschlos vollzog. Sie wurde einfach zum Anathema. Insofern muß hier von einem schleichenden Paradigmenwechsel gesprochen werden..." (Kraushaar 1997, S. 278)

Im Festhalten an der den Antifaschismus nährenden Kontinuitätsthese liegt damals wie heute – so zeigte die Debatte um das Schwarzbuch des Kommunismus (vgl. Kap.6.4) – der härteste Widerstand gegenüber totalitarismustheoretischen Ansätzen begründet. Auch wenn sich die Abwehr vordergründig gegen die in diesen Theorien enthaltene vergleichende Analyse von nationalsozialistischer, faschistischen und kommunistischen Diktaturen richtet. "Für die neue Linke hat die pauschale Abwehr der Totalitarismustheorie die fatale Wirkung, daß sie bei ihren Analysen des Faschismus oder Nationalsozialismus jene Elemente ausblendet, die den Vergleich mit kommunistischen Systemen provozieren

79 Eine Folge dieses ideologischen Antifaschismus war nicht zuletzt die Entstehung der Roten Armee Fraktion, die den gewaltsamen Kampf mit dem so titulierten faschistischen Staat aufnahm und stellver-

könnten. Damit relativiert sie aber gerade diejenigen Kennzeichen faschistischer Herrschaft, die diesen Regimetypp von der repräsentativen Demokratie unterscheiden... Würden die Herrschaftsmittel näher erforscht, ließen sich Parallelen zum Stalinismus nicht länger verbergen." (Winkler, 1978, S. 115/16)⁸⁰

Weitgehend unerhört, zumindest was den politisch-intellektuellen Mainstream nach 1968 betraf, blieb Hannah Arendts Hoffnung, die sie in 'Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft' 1951 äußerte: "So könnte die von der Angst vor Konzentrationslagern geleitete Einsicht in die Natur totaler Herrschaft dazu dienen, alle veralteten politischen Differenzierungen von rechts bis links zu entwerten und neben und über sie den politisch wesentlichsten Maßstab für die Beurteilung von Ereignissen in unserer Zeit einzuführen, nämlich: ob sie einer totalen Herrschaft dienen oder nicht." (Arendt 1986, S. 681)

Keineswegs eine Erosion der alten politischen Lager fand hingegen statt, sondern deren Konsolidierung und Ausfächerung nach links. Der Antifaschismus war wieder zur ideologischen Waffe geworden. In seiner Arbeit über 'Die totalitäre Erfahrung' rekonstruiert Karl Dietrich Bracher das Wechselspiel zwischen links und rechts in der Benutzung und Radikalisierung ideologischer Feindbegriffe: "Wie der "Antifaschismus" liberaler, sozialdemokratischer und konservativer Provenienz durch die Okkupierung des Begriffs von marxistischer und kommunistischer Seite seine antidiktatorische Bedeutung verlor, so büßte der Antikommunismus demokratischer Richtung durch die rechtsradikale Verallgemeinerung und Monopolisierung seine freiheitliche Substanz ein... Die vermeintlich freischwebenden Intellektuellen aber werden unter Druck gesetzt und nehmen ihre Kritik am Kommunismus zurück aus Furcht, als antikommunistisch bezeichnet zu werden. Denn dieser Vorwurf allein galt schon immer wegen der geringeren "Qualität" der rechtsradikalen Ideologien als intellektuell ehrenrührig, und als Faschismusvorwurf wird dieser

tretend sowie nachträglich den ausgebliebenen Widerstand der Elterngeneration nachholte.

80 Auch in den Arbeiten von Horkheimer und Adorno findet sich keine vergleichende Analyse des Nationalsozialismus, Faschismus und des Sowjetkommunismus. Obwohl Horkheimer 1942 die Sowjetunion als die "konsequenteste Art des autoritären Staates" (Horkheimer 1967, S. 51) bezeichnet, hat dies in seiner Theorie keinen systematischen Stellenwert. Weder die stalinistischen Säuberungen noch die Schauprozesse 1936 in Moskau veranlaßten Horkheimer oder Adorno zu öffentlichen Stellungnahmen. In einem Gespräch mit Helmut Dubiel erläuterte Horkheimer diese bemerkenswerte Zurückhaltung: "Die Sowjetunion sei damals von den Mitarbeitern des Instituts nicht öffentlich kritisiert worden, weil sie ihnen auf ideologischer Ebene als der mächtigste Gegner des Faschismus galt." (Dubiel 1978, S. 30) Dieser Antifaschismus und der in ihm angelegte Anti-Antikommunismus begründete die weitgehende Distanz der Frankfurter Schule gegenüber totalitarismustheoretischen Ansätzen.

Antikommunismusvorwurf vollends nach der Barbarei des Nationalsozialismus und angesichts der immer neuen Hoffnungen auf einen "Kommunismus mit menschlichem Gesicht" bis heute als ein schwerer Verdacht gegen alle Kritiker des Kommunismus benutzbar." (Bracher 1987, S. 83/84)

Jene hier aufgeführten Denkfiguren, nämlich Antifaschismus in altem und neuen Gewande, Antikapitalismus und die Geringschätzung oder Entwertung der parlamentarischen Demokratie prägten und strukturierten auch die deutsche Debatte um Alexander Solschenizyns 'Archipel Gulag'. Die Kontinuität blieb im intellektuellen Diskurs und besonders auf Seiten der Linken gewahrt.

4. Der Gulag-Schock 1974

”Die Ideologie! Sie ist es, die der bösen Tat die gesuchte Rechtfertigung und dem Bösewicht die nötige zähe Härte gibt. Jene gesellschaftliche Theorie, die ihm hilft, seine Taten vor sich und vor den anderen reinzuwaschen, nicht Vorwürfe zu hören, nicht Verwünschungen, sondern Huldigungen und Lob. So stärkten sich die Inquisitoren am Christentum, die Eroberer an der Erhöhung der Heimat, die Kolonisatoren an der Zivilisation, die Nationalsozialisten an der Rasse, die Jakobiner (die früheren und die späteren) an der Gleichheit, an der Brüderlichkeit und am Glück der künftigen Generationen. Dank der Ideologie war es dem 20. Jahrhundert beschieden, die millionenfache Untat zu erledigen.”

(Solschenizyn 1974, S. 161)

Ein Jahr nach der Oktoberrevolution wurde Alexander Issajewitsch Solschenizyn am 11. Dezember 1918 im Kaukasus geboren. Nach seinem mit Auszeichnung absolvierten Mathematik-Studium zog ihn 1941 die Armee ein; von 1942 an war der Artillerie-Hauptmann als Batteriechef an der Front. 1945 wurde der mittlerweile zweifach dekorierte Offizier in seiner ostpreußischen Stellung von der sowjetischen militärischen Spionageabwehr ‘Smersch’ verhaftet. Dem gefürchteten Geheimdienst waren einige Feldpostbriefe Solschenizyns an einen Schulfreund in die Hände geraten, in denen sich der Hauptmann über Stalins strategische Fehler und dessen ”ungepflegte” Ausdrucksweise ausgelassen hatte. Man brachte Solschenizyn in das Moskauer Lubjanka-Gefängnis und verurteilte ihn ohne Prozeß zu acht Jahren Arbeitslager. Während seiner Verhaftung beschlagnahmte die Geheimpolizei auch einige literarische Aufzeichnungen. Als Akademiker wurde er in ein Spezialgefängnis bei Moskau eingewiesen – ein Ghetto-Forschungsinstitut für inhaftierte Wissenschaftler, das er in seinem späteren Roman ‘Der erste Kreis der Hölle’ beschrieb. Später überführte man ihn ins Lager Ekibastus in Kasachstan. Er arbeitete dort als Maurer und Gießer und erkrankte an Darmkrebs. Am 5. März 1953 wurde der Häftling Nr. 232 entlassen und in die ”ewige” Verbannung nach Kok-Terek, ein Dorf in Kasachstan, geschickt, wo er als Mathematik- und Physik-Lehrer arbeitete. Seine Krankheit brach trotz einer zurückliegenden Operation wieder auf; nach einer langen Behandlung in einer Klinik in Taschkent, die in seinem Roman ‘Krebstat-

on' wieder auftaucht, war er geheilt. 1956 wurde Solschenizyn aus der Verbannung entlassen und offiziell rehabilitiert. Neben seiner Arbeit als Lehrer in Rjasan, 200 Kilometer südöstlich von Moskau, schrieb er heimlich weitere Erzählungen. In dieser Zeit entstand 'Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch' (Solschenizyn 1970), seine erste Erzählung über den Lager-Alltag eines unschuldigen Häftlings, die ihn 1962, als sie publiziert wurde, weltberühmt machte. Der Schriftsteller Alexander Twardowski, eine der wichtigsten Figuren der liberalen sowjetischen Intelligenz, sandte das Manuskript an Chruschtschow und veröffentlichte es nach dessen Zustimmung in seiner Literaturzeitschrift *Nowy Mir*. In der Phase des Tauwetters wurde das Buch und sein Autor in der sowjetischen Presse bejubelt; es wurde zum Bestseller in der Sowjetunion. Doch die Gnade währte nicht lange: nach Chruschtschows Sturz 1964 beförderte man auch Solschenizyn vom literarischen Sockel; seine Bücher verschwanden aus den Bibliotheken und wurden nicht mehr gedruckt. Verleumdungskampagnen setzten ein, er habe mit den Deutschen kollaboriert; gleichzeitig beschimpfte ihn die Partei als Juden, dessen wirklicher Name 'Solschenitzer' sei. Im Mai 1967 setzte sich Solschenizyn erstmals in einem offenen Brief an den in Moskau tagenden sowjetischen Schriftstellerkongreß zur Wehr, bezeichnete den Schriftstellerverband als Instrument der Repression und forderte das Ende der Zensur; zwei Jahre später schloß man ihn aus selbigem Verband aus. Er wurde zur Symbolfigur der sowjetischen Opposition, die zwar noch schwach, äußerst heterogen und in sich zerstritten war, von den Kreml-Führern jedoch nicht mehr ignoriert werden konnte. Solschenizyn blieb Einzelkämpfer; er hielt sich fern von dem Dissidentenkreis um Andrej D. Sacharow, der das 'Komitee für Menschenrechte', später die 'Helsinki-Gruppe', gegründet hatte. Das Komitee forderte an erster Stelle die konsequente Einhaltung der Artikel 124 und 125 der Sowjet-Verfassung, die die Gewissens-, Rede, und Pressefreiheit zumindest auf dem Papier proklamierten. Mit seiner radikalen Kritik am Kommunismus und seinem leidenschaftlichen Plädoyer für eine neue politische Moral unterschied sich Solschenizyn auch von dem im Westen bereits bekannten Moskauer Oppositionellen Roy A. Medwedew.⁸¹

81 Der Historiker war Mitte der 60er Jahre aus der KPdSU ausgeschlossen worden und erlangte Aufmerksamkeit mit seinem Buch 'Die Wahrheit ist unsere Stärke – Geschichte und Folgen des Stalinismus' (Medwedew 1973).

Bereits 1958 hatte Solschenizyn sein Manuskript über die Straflager der Gulag (Hauptverwaltung der Straflager) begonnen, er setzte es in den folgenden Jahren fort. Dem sowjetischen Geheimdienst KGB war bekannt, daß es ein umfangreiches Manuskript mit dem Titel 'Archipel Gulag' gab; doch selbst engsten Freunden gegenüber gab der Schriftsteller das Versteck nicht preis. Im August 1973 verhaftete der Leningrader KGB Solschenizyns Vertraute Jelisaweta Woronjanskaja und verhörte sie fünf Tage und Nächte lang; am Ende offenbarte sie den geheimen Ort, an dem das Manuskript aufbewahrt war. Zurück in ihrer Wohnung, erhängte sie sich. In dem Konvolut waren 227 Namen bzw. Initialen sowjetischer Bürger enthalten, die Solschenizyn Materialien über die Lager hatten zukommen lassen, Namen, die nun auch dem KGB zugänglich waren. Solschenizyn entschloß sich zur Veröffentlichung des 'Archipel Gulag' im Westen. Auf abenteuerlichen Wegen gelang das Manuskript an seinen Züricher Anwalt, der seit 1970 Solschenizyns Autorenrechte im Westen vertrat. Unter höchster Geheimhaltung ging das Manuskript im Oktober 1973 an den Berner Scherz Verlag (deutschsprachige Ausgabe), an Harper & Row in die USA, an Collins nach England, an die Ed. Seuil und die YMCA-Press nach Paris. Der letztgenannte Emigranten-Verlag brachte noch im Dezember die erste russische Edition von 'Archipel Gulag' heraus, später übrigens in einer Kleinstausgabe in Form einer Zigarettenschachtel, die für die klandestine Verbreitung in der Sowjetunion bestimmt war.⁸² Die *New York Times*, die ebenso wie der *SPIEGEL* und der Londoner *Observer* das Werk vorabdruckte, sprach von "einem politischen Akt ohne gleichen in den 56 Jahren seit der bolschewistischen Revolution" (vgl. *SPIEGEL*, 1-2/1974); in Paris füllte das Ereignis die Titelseiten der Tageszeitungen. Die sowjetische Presse tobte, die Agentur Tass sprach von einer "neuen antisowjetischen Polit-Schmähschrift" und der Kreml handelte schnell: Solschenizyn wurde noch im Februar 1974 des Landes verwiesen und ausgebürgert. Seine erste Zuflucht im Westen gewährte ihm Heinrich Böll in seinem kleinen Anwesen in Langenbroich in der Eifel. Die Ankunft des ausgebürgerten sowjetischen Schriftstellers war begleitet von einem beispiellosen internationalen Medienaufgebot. Solschenizyn und sein Buch stießen beim Publikum auf allergrößtes Interesse.

82 Solschenizyns Wunsch nach einer weiten Verbreitung des Buchs kam der Schweizer Verlag nach, indem er den ersten 608 Seiten umfassenden Band des Werks zum Niedrigpreis von DM 19,80 ab Januar 1974 verkaufte.

Vom ersten Band des 'Archipel Gulags' wurden in Deutschland und Frankreich innerhalb kurzer Zeit jeweils 1,2 Millionen Exemplare verkauft.⁸³

In seinem Opus über das weit verzweigte System der sowjetischen Straflager von 1918 bis 1956 hält Solschenizyn seismographisch den Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft fest. Bei den ersten Strömen in den Archipel Gulag waren vor allem die sog. "Klassenfeinde", weißgardistische Generäle, Großkapitalisten und Intelligenzler. Später, zu Zeiten der Zwangskollektivierung, füllten sich die Lager mit den Bauern; nach Stalins Sieg über die Parteiopposition folgten die Trotzlisten, Bucharin-Anhänger, die "potentiellen Feinde", "Spione" und "Agenten". An jedem dieser Ströme war ablesbar, daß sich außerhalb des Gulags etwas Neues ereignet hatte. Solschenizyn beschreibt nicht nur die Einzelschicksale der Häftlinge, sondern porträtiert gleichermaßen ihre Henker. Akribisch zeichnet er die Untersuchungsprozeduren nach, die Methoden, mittels derer die Häftlinge zur Aussage und Selbstaufgabe gebracht wurden. Er beschreibt den verzweifelten Kampf um Würde in dem unmenschlichen Lagersystem, das Menschen zu Wölfen werden läßt. Selbstkritisch erinnert er sich an eine beschämende Episode bei seiner eigenen Verhaftung: von den ebenfalls verhafteten gemeinen Soldaten ließ sich Hauptmann Solschenizyn seinen Koffer tragen. 'Was wäre aus mir geworden, wenn ich nicht in der Armee, sondern im NKWD Offizier geworden wäre, was nicht viel mehr als ein glücklicher Zufall war.'

Solschenizyns Kernthese – die ihm später die große Skepsis und Kritik der linken Intellektuellen eintragen sollte – besagte: die Tyrannei des Stalinismus sei keineswegs ein Betriebsunfall der Geschichte, sondern bereits bei Lenin angelegt gewesen. Mit Lenins Kampagne gegen das "Ungeziefer" der dem revolutionären Strom entgegenstehenden Kräfte habe diese Fehlentwicklung von Staat und Gesellschaft begonnen, die letztlich die Gesellschaft zerstört habe. Die Lager und das Leben in ihnen sind dem Schriftsteller Spiegel dieser zerstörten Gesellschaft. Solschenizyn scheute auch nicht vor einem Vergleich von Hitlers Gestapo und Stalins MGB zurück; dies verziehen ihm seine Kritiker im Westen – von Moskau ganz zu schweigen – erst recht nicht. Diese beiden, für die Linke und linksliberale Intellektuelle höchst neuralgischen Punkte blieben in ihrer Kritik an Solschenizyn zumeist unausgesprochen oder verdeckt.

83 1975 und 1976 erschienen die beiden Folgebände des Werks.

4.1. Der störende Renegat (Solschenizyn in Deutschland)

Der *SPIEGEL* machte seinerzeit das Erscheinen des ‘Archipel Gulag’ zu seiner Titelgeschichte: ”Solschenizyn klagt an”. ”Der ‘Archipel Gulag’, diese furiose, kenntnisreiche, abgewogene und in ihrer Abgewogenheit gnadenlose Abrechnung mit dem Sowjet-System bis zu Chruschtschow, mehr noch, diese Summe aller Kritik am Sowjet-System, geht mit der Schubkraft einer Rakete von der Rampe, und nimmt sich doch aus wie ein naturnotwendiges Ereignis”, schrieb Rudolf Augstein in seinem Eingangsessay (Augstein 1974, S.4ff.). Doch in die Lobhymne auf das Buch mischen sich alsbald skeptische Töne: ”Nur fragen wir nun doch nach Solschenizyns theoretischem Standpunkt, nach seiner ‘wirklich oppositionellen Ideologie’ ... Was verspricht er sich von einem Kampf, der neun Zehnteln der Sowjet-Bevölkerung weder bekannt ist, noch, wäre er bekannt, verstanden werden könnte.” Der Chefredakteur des *SPIEGELs* hielt damals wenig von diesem Kampf und pochte statt dessen auf die Stabilität der Jalta-Ordnung: ”...wollen wir nicht vergessen, daß der Versuch, in Rußland eine Demokratie von unten, einen Prager Frühling gewissermaßen in Moskau, zu inszenieren, den Zusammenbruch des Sowjet-Regimes mit sich bringen würde. Wünschbar oder nicht (ich denke, das wäre zu gefährlich und nicht wünschenswert): Dieser Zusammenbruch wird nicht stattfinden.” Er wolle Solschenizyn nicht schulmeistern. Abschließend mahnt Augstein jedoch: ”Nur müssen wir für unsere Zwecke bewerten, was er tut, weil er Bedeutendes tut, mit Folgen sicherlich auch für uns. Noch ist nicht ausgemacht, ob die Speerspitze dieses großen Moralisten die Besserung der Verhältnisse in Lenins und Breschnews Reich fördert oder hemmt.”

”Zweck” der damaligen Ostpolitik, die sich auf Moskau konzentrierte, war die Entspannung zwischen den Blöcken und deren sog. friedliche Koexistenz. Die Kreml-Führung und die staatstragende KPdSU waren die Verhandlungspartner der Bonner Regierung, die für die Stabilität im bestehenden Machtgefüge – nach innen wie nach außen- garantierten. Initiativen oppositioneller Zirkel in der Sowjetunion oder Aktionen einzelner Dissidenten galten vielen sozialdemokratischen Entspannungspolitikern als Störfaktoren des Friedensprozesses. Um diesen zu befördern, flankierte man die offizielle Außenpolitik der Bonner Regierung gegenüber Moskau mit weitergehenden vertrauensbildenden Maßnah-

men: SPD und KPdSU organisierten gemeinsame Konferenzen und Seminare, um sich auszutauschen und 'näherzukommen'; ein regelmäßiger Austausch zwischen der sowjetischen Jugendorganisation Komsomol und den Jungsozialisten fand statt usw. Vor diesem Hintergrund begegnete das sozialdemokratische Umfeld in seiner Mehrheit – und dies nicht nur aus realpolitischer Notwendigkeit im Regierungslager – dem Dissidenten Solschenizyn zumindest mit Skepsis.⁸⁴ Von konservativen Kreisen wurde der kurze Zeit später ausgebürgerte Schriftsteller indessen als antikommunistischer Held gefeiert. In Intellektuellenkreisen hörte man hingegen häufig, Solschenizyn liefere – ob gewollt oder nicht – 'Wasser auf die Mühlen der Rechten'. Tatsächlich war spätestens seit Ende der 60er Jahre das linksliberale politische Feld der Bundesrepublik von einem Anti-Antikommunismus geprägt, der es nahelegte, im Zweifelsfalle Partei für die Kommunisten zu ergreifen und sie gegen antikommunistische Anwürfe zu verteidigen. Auch in der parteiunabhängigen Linken, die sich selbst als antistalinistische verstand, empfing man Solschenizyn deshalb mit großer Zurückhaltung; allenfalls "kritische Solidarität" wollte man ihm zukommen lassen. In dem von Rudi Dutschke und Manfred Wilke herausgegebenen Band über "Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke" spiegeln sich diese politisch-intellektuellen Positionen wider. Bereits im Vorwort machen die Herausgeber ihren Unmut über die im Westen "hochgespielten Schriften Solschenizyns" deutlich. Ihre Sympathie gilt vielmehr dem Historiker Roy Medwedew: "Der eine – Medwedew – arbeitet kritisch-materialistisch, die Revolution verteidigend, der andere – Solschenizyn – ehrlich moralisierend, aber die Revolution im allgemeinen verdammend." (Dutschke/Wilke 1975, S. 9) Die konservativen Kräfte in Deutschland aber, so die Autoren, benutzten die KPs und Repressalien in der Sowjetunion, "um ihre antikommunistische, anti-sozialistische Zielsetzung im Rahmen der Massenkämpfe, um ihre vollständige Machtergreifung durchsetzen zu können." (Ebda., S. 11) Deshalb sei die Linke angehalten, zwischen den verschiedenen Richtungen der Opposition im Ostblock zu unterscheiden. Klar unterstützt wurde deshalb, so die Schlußfolgerung, die "sozialistisch-

84 Kuriose Ausnahmen bildeten zwei Rezensionen in der sozialdemokratischen Parteizeitung *Vorwärts*. Hanjo Kesting verteidigt Solschenizyns Archipel Gulag mit der Feststellung: "Jedenfalls ist die Behauptung verleumderisch, der 'Archipel Gulag' sei ein antisozialistisches Buch." (Kesting 1974, S.14). In der gleichen Ausgabe der Zeitung kürt Günter Bartsch Solschenizyn kurzer Hand zum "demokratischen und liberalen Sozialisten" (Bartsch 1974, S. 14). In der Eingemeindung sollte offensichtlich die schmerzliche Differenz getilgt werden.

kommunistische Opposition als eine *Reform*-Opposition, keine die die Sprengung des Systems im allgemeinen anstrebt, anstreben kann... Dabei müssen wir uns als demokratische Sozialisten und demokratische Kommunisten in den kapitalistischen Ländern darüber klar sein, daß die reale Unterstützung der Reform-Opposition primär über die Kritik und sekundär, aber unerläßlich, über eine gewisse, gemeinsame antikapitalistische Zusammenarbeit mit den sozialistisch-kommunistischen Staatsparteien vor sich gehen muß." (Ebda., S. 12) In dieser "antikapitalistischen Zusammenarbeit" mit den kommunistischen Parteien stimmten unabhängige Linke und Mehrheitssozialdemokratie überein.

Solschenizyn, weder der sozialistischen noch der kommunistischen Opposition angehörend, war als "religiös-moralisierender Kritiker" der politischen Unterstützung nicht würdig. Denn "in unserem Lande wird Solschenizyn usw. vorzugsweise von denen ausgeschlachtet, die über Workuta gern Auschwitz, und über die GPU gern die Gestapo vergessen." (Ebda., S. 14) Die in dem Sammelband vertretenen Protagonisten der unabhängigen Linken zählten damals zu der kleinen Schar westlicher Intellektueller, die mit Interesse die Entwicklungen in Osteuropa und der Sowjetunion verfolgten und gleichzeitig die kommunistischen Staatsparteien und ihre westdeutschen Ableger DKP und SEW kritisierten. Selbstkritisch wurde eingeräumt: "Solange die Linke nicht die Verteidigerin der Opposition in Osteuropa ist, und solange sie nicht begreift, daß diese Opposition unter anderen gesellschaftlich-politischen Bedingungen für verwandte Ziele kämpft, wird sie nicht fähig sein, ihre gesellschaftliche Isolation politisch zu durchbrechen." (Ebda., S. 15) Doch hielt man auch nach der gewaltsamen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 ungebrochen am Kampf für einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" fest. In diesem Sinne proklamieren die Herausgeber am Ende ihres Vorwortes: "Unser Buch soll gerade dazu dienen, die Inhalte und Ziele des demokratischen Sozialismus und des demokratischen Kommunismus zu schärfen, um antikapitalistische Waffen klarer und unzweideutiger werden zu lassen." (Ebda., S. 15)

Das große Miß- oder gar Unverständnis bestand aber darin, daß die erstarkende Opposition in der Sowjetunion und Ostmitteleuropa Ziele verfolgte, die jenen, wie sie Dutschke u.a. proklamierten, *nicht* immer verwandt waren oder gar entgegenstanden. Während Solschenizyn und sein Buch über die sowjetischen Lager in der deutschen Bevölkerung (ebenso wie in anderen westeuropäischen Ländern) auf große Sympathie und Interesse stieß, mobilisierten die Solschenizyn-Kritiker in dieser Debatte die bekannten ideologi-

schen Surrogate des Antikapitalismus, des Antifaschismus und des Anti-Antikommunismus. Der Einwurf des tschechischen Ex-Kommunisten Jiri Pelikan, seit 1968 im westlichen Exil lebend, blieb in jenen Kreisen weitgehend unerhört: "Besonders wichtig ist es, daß die Linke im Westen den Sinn der Forderung der sowjetischen Opposition nach der Gewährleistung der Freiheit des Wortes, der Versammlung, der Kritik und des Zugangs zu Informationen begreife. Die westliche Linke unterschätzt oft die Gewichtung dieser Forderung oder hält sie für eine spezifische Forderung der Intellektuellen, die die Arbeiter und Bauern nicht betrifft." (Pelikán 1975, S. 199)

Der Schriftsteller Heinrich Böll, der in der deutschen Debatte um Solschenizyn zumindest unter den Intellektuellen und im linksliberalen Feld damals auf verlorenem Posten stand, hatte in seiner Besprechung des 'Archipel Gulag' bereits auf den neuralgischen Punkt hingewiesen: "Kein Zweifel: im Archipel Gulag wird nicht etwa nur entstalinisiert, es wird auch entleninisiert; beiden Väterchen wird auf die Finger geklopft und ins Stammbuch geschaut." (Böll 1974, S.5) In einem Gespräch mit Heinrich Vormweg, zwei Jahre nach Solschenizyns Ausbürgerung, verteidigte Böll nochmals seinen Kollegen gegenüber der Kritik. Vormweg sprach vom "Flair von rechter Propaganda im 'Archipel Gulag'" und fragte sich, "ob Solschenizyn überhaupt noch einen Blick hat für die Analyse der Weltverhältnisse, die Marx gegeben hat, und seine Konzeption, die ja nicht irgendwelche KZ und den Archipel Gulag hervorbringen wollte, sondern darauf ausgerichtet war, Menschen zu helfen, die in beträchtlicher Zahl ja gerade unter solchen lagerähnlichen Umweltbedingungen lebten." (Böll, 1980, S. 491) Böll antwortete: "Ich habe bei Solschenizyn noch keine Gesellschaftskonzeption entdeckt. Gott sei Dank... Ich glaube nicht, daß man von einem Menschen erwarten kann, daß er, sein ganzes Leben vom Tage seiner Geburt bis zu seiner Ausweisung mit dieser pfäffischen Heuchelei konfrontiert, noch Hoffnung zieht aus dem, was Marx versprochen und analysiert hat... Es ist sehr schwer, fast unmöglich, dann noch das von Marx versprochene, von Engels und anderen möglicherweise ehrlich konzipierte utopische Zusammenleben der Menschen in dieser Form oder aus dieser Quelle ernst zu nehmen. Wenn Sie permanent mit diesem Zynismus eines feudalistischen Prälatenstaates... konfrontiert gewesen sind. Und natürlich auch noch das Opfer sind." (Böll 1980, S. 493)

1980 ging der spanische, in Paris lebende Schriftsteller Jorge Semprun noch einmal auf Solschenizyn und die Debatten über den 'Archipel Gulag' ein. In seinem Buch über

Buchenwald, 'Was für ein schöner Sonntag!' assoziiert er Solschenizyns Auftreten in Paris nach dessen Ausbürgerung mit seinem eigenen politischen Wandlungsprozeß. Sempruns erstes Buch über seine Deportation nach Buchenwald 'Die große Reise' war gerade im Druck, als er Solschenizyns 'Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch' gelesen hatte. 'Die große Reise' hatte Semprun sozusagen noch unter kommunistischen Vorzeichen geschrieben. Erst in 'Was für ein schöner Sonntag' setzte er sich mit seiner kommunistischen Vergangenheit und seinem Ausschluß aus dem Zentralkomitee der spanischen KP 1964 auseinander und verquickte dies mit seinen Erfahrungen in Buchenwald. Nach der Lektüre von Solschenizyns 'Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch' war ihm klar geworden, daß er sein eigenes Buch 'Die große Reise' über den Transport nach Buchenwald werde umschreiben müssen. "Ich wußte schon, daß ich diese Unschuld des Gedächtnisses zerstören mußte. Ich wußte, daß ich meine Erfahrungen in Buchenwald, Stunde für Stunde, mit der verzweifelten Gewißheit, daß es gleichzeitig russische Straflager, das Gulag von Stalin gab, wiederaufleben lassen müßte... Meine ganze Schilderung in 'Die große Reise' äußerte sich still, ohne Aufhebens zu machen, ohne den Gaumen zu kitzeln, um eine kommunistische Auffassung von der Welt zu geben. Die ganze Wahrheit meiner Zeugenaussage bezog sich implizit, aber zwingend auf den Horizont einer nicht mehr entfremdeten Gesellschaft, auf eine klassenlose Gesellschaft, in der Lager unvorstellbar waren. Die ganze Wahrheit meiner Zeugenaussage badete sich in dem heiligen Öl des latenten guten Gewissens. Aber der Horizont des Kommunismus war nicht der der klassenlosen Gesellschaft, ich meine damit: sein realer historischer Horizont. Der unumreißbare Horizont des Kommunismus war der des Gulag. Auf einmal wurde die Wahrheit meines Buches verlogen." (Semprun 1984, S. 391)

4.2. Der gefeierte Held (Solschenizyn in Frankreich)

"Das historische Gedächtnis der Linken ist einem Federbett vergleichbar, das sich unter Schlägen deformiert, und ohne zu lernen, ihnen auszuweichen, ruhig und allmählich zu seiner ursprünglichen Form zurückkehrt, um sich der nächsten Tracht Prügel auszusetzen." (Revel 1976, S.48) Zu dieser wenig optimistischen Einschätzung sah sich Jean-François Revel 1976 im Rückblick auf die Debatten in Frankreich veranlaßt, die die Veröffentlichung von Alexander Solschenizyns 'Archipel Gulag' 1974 provoziert hatte. In seinem Buch *Die*

totalitäre Versuchung attackierte er nicht nur die Vergeßlichkeit der Linken sondern ihre latente Wohlgesonnenheit gegenüber dem Kommunismus, selbst wenn von ihr dessen 'Verfehlungen' und 'gewalttätige Auswüchse' als partielle Abweichungen vom richtigen Weg kritisiert werden. "Der Antikommunismus ist für die Linke niemals ein *Resultat* der Geschichte und der Reflexion, er ist eine eigentümliche metaphysische Vorstellung, eine bösartige, jeder Wahrnehmung des Realen vorausgehende Disposition. Die Veröffentlichung des *Archipel Gulag* im Westen und die darauffolgenden Kommentare konnten so nur aus einer von 'Gegnern der Entspannung geschickt inszenierten' internationalen Verschwörung hervorgehen." (Revel 1976, S. 64)

Der Streit um die sowjetischen Lager und die Auseinandersetzung mit dem realexistierenden Kommunismus hat in Frankreich eine lange Tradition: anlässlich des Kravchenko-Prozesses oder der Veröffentlichung von David Roussets Buch 'Univers concentrationnaire' bis zur Sartre-Camus-Kontroverse (vgl. Kap. 2), in der Camus zwar recht hatte, Sartre aber damals die Oberhand behielt. Mit seinem Slogan "alle Antikommunisten sind Hunde" konnte er bei der Mehrheit der französischen Linken noch lange Zeit reüssieren. Gleichwohl waren in diesen Debatten maßgeblich Intellektuelle beteiligt, die seit Beginn der 50er Jahre (wie beispielsweise Raymond Aron, Claude Lefort, Cornelius Castoriadis, Edgar Morin, François Furet) und spätestens nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution 1956 gegen die kulturelle Hegemonie einer französischen Linksortodoxie vehement antitotalitäre Positionen vertraten. Sie waren zwar in der Minderheit, dies tat aber dem Gewicht ihrer Stimme keinen Abruch. Mit dem Gulag-Schock, der die gesamte politisch-intellektuelle Landschaft Frankreichs aufrührte, wurde das antitotalitäre Spektrum wesentlich breiter. Der liberale Totalitarismus-Kritiker Aron gewann in der leidenschaftlich geführten Pariser Debatte um Solschenizyn erheblich an Ansehen.

"Wenn Solschenizyn unbequem für uns ist und uns sogar empört, dann deshalb, weil er die westlichen Intellektuellen an ihrem schwächsten Punkt, bei ihren Lügen, trifft: 'Wenn Ihr den großen Gulag akzeptiert', so fragt er sie, 'warum empört Ihr Euch dann in so tugendhafter Weise über die kleinen? Lager bleiben Lager, ganz gleich, ob sie braun oder rot sind.' Seit über fünfzig Jahren weigern sich die Intellektuellen des Westens, diese Frage zu hören. Sie haben ein für alle Mal entschieden, daß es die 'gute' und die 'böse' Seite gibt, wobei die Konzentrationslager der einen durch die Heiligkeit der Sache verklärt werden, während die auf der anderen Seite eben Konzentrationslager sind... Die Intellektuellen, die sich für links

halten, begehen diesen Fehler in größerem Maßstab, im Maßstab des Gulag selbst, den sie so lange wie möglich abgestritten haben, weil er sich im Schatten eines Regimes, das sich als das menschlichste aller Regime ausgab, verstecken konnte“, schrieb Raymond Aron 1975 in einem Leitartikel des *Figaro* (Aron 1985, S. 394).

Um den Gulag-Schock als Zäsur in der politisch-intellektuellen Landschaft Frankreichs ausmachen zu können, sei ein rekapitulierender Blick gestattet: Die Nachkriegszeit in Frankreich war geprägt von der geteilten Macht zwischen Gaullisten und Kommunisten. Die Gaullisten hatten die politische Macht und die Kommunisten, zwar in Opposition, hatten sie im kulturellen Sektor errungen.

Die Besetzung dieses Raums schuf nicht nur eine Art Gegengesellschaft, die dem gaullistischen Staat gegenüberstand, sondern, so der Politologe Pierre Grémion, eine Art Gegen-Staat als Raum und Handlungsfeld der Intellektuellen. Teil daran hatten jene linken Intellektuellen, die zwar nicht Mitglieder der KP waren, sich jedoch hüteten, antikomunistische Positionen zu offenbaren. Das Trauma der Kollaboration hatte weitreichende Folgen: "Parce qu'on ne peut pardonner la collaboration de l'intellectuel français avec l'occupant nazi, on pardonnera plus volontiers la collaboration avec le soviétisme et ce d'autant que l'idée de révolution relaie l'idée de nation. Dans la sociologie des carrières intellectuelles, s'il ne faut naturellement pas avoir été collaborateur, il est recommandé, jusqu'à un certain point, d'avoir été communiste. Le service du contre-Etat représente l'équivalent fonctionnel d'un service militaire intellectuel..." (Grémion 1984, S.122)

Hatte bereits der Pariser Mai 1968 mit seinen anarchistischen, antikommunistischen und antitotalitären Elementen an dieser Konstellation gerüttelt, so zerbrach seit dem Wahlbündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten (Juni 1972) zum Zwecke der Erringung der Regierungsmacht endgültig die Konstellation von Staat und kulturell-intellektuellem "Gegen-Staat". In dieser Phase erschien Solschenizyn auf der politisch-intellektuellen Bühne. "Si Mai 68 avait congédié une certaine idée de l'Etat, symétriquement Solschenizyn congédiait une certaine idée du contre-Etat. En tracant un signe d'égalité entre les deux totalitarismes du XXe siècle, Solschenizyn mettait fin au troc politique qui depuis la Libération avait régulé le système politico-intellectuel français. La question du totalitarisme devenait centrale dans un système qui doutait désormais de sa centralité. Mais l'on comprend du même coup que l'après-Solschenizyn ait conduit à placer au centre la question des intellectuels, de leur rôle et de leur fonction." (Grémion 1984, S. 124)

Die französische Debatte um Solschenizyns Archipel Gulag entwickelte sich binnen kürzester Zeit zu einer politischen und intellektuellen Grundsatzdebatte, die einem Erdbeben gleichkam. Die Kontroverse fand auf unterschiedlichen Ebenen statt: der Kampf zwischen politischen Parteien mit der Folge eines wahren Medienkriegs und der Umstrukturierung der intellektuellen Landschaft in Paris. Gefochten wurde um Solschenizyn und die Einschätzung der Sowjetunion und gleichermaßen um die 1972 beschlossene 'Volksfront' aus Sozialisten und Kommunisten. Die KPF eröffnete erwartungsgemäß ein wahres Trommelfeuer auf Solschenizyn. Ziel dieser 'antisowjetischen Kampagne dieses reaktionären Schriftsteller' sei die Lähmung des Linksbündnisses. Um Konsens mit dem kommunistischen Partner bemüht, hielt sich die Sozialistische Partei zurück. Akzeptiert und gemeinsam propagiert wurde am Ende die von der PS ausgegebene Generallinie, wonach sich die Sowjetunion am Beginn der 70er Jahre tendenziell auf den Weg der Demokratie begeben habe. Die Strategie der Linksparteien, die Debatte um den Gulag kleinzukochen oder sie gar zu beenden, provozierte das Gegenteil. Ein Pressekrieg entbrannte, in dem sich die Fronten verschärften und die Unterstützung für Solschenizyn breiter wurde. Die Tageszeitung *Le Monde* mit ihrem Chefredakteur Jacques Fauvet unterstützte auf ganzer Linie die Wahlunion der Linken und bezog gegen Solschenizyn Stellung. Sie scheute sich beispielsweise nicht, die Falschmeldung zu verbreiten, der Schriftsteller habe nach seiner Ausbürgerung aus der Sowjetunion bei General Pinochet in Chile Zuflucht gesucht. Heftige Attacken gegen *Le Monde* kamen vom linksliberalen Wochenblatt *Nouvel Observateur*; dessen Chefredakteur Jean Daniel verteidigte Solschenizyn. Auf der gleichen Seite fochten der wöchentlich erscheinende *L'Express* unter Federführung von Jean-François Revel, einstiger Mitterrand-Anhänger, der aufgrund des linken Wahlbündnisses mit den Sozialisten brach. Die Zeitschrift *Le Point* (Hrsg. Olivier Chevrillon) und die Revue *Esprit* mit ihrem Chefredakteur Jean Marie Domenach verteidigten in gleicher Weise den ausgebürgerten Schriftsteller und setzten dessen Kritik an der Sowjetunion fort. André Glucksmann faßte diesen Medienkrieg folgendermaßen zusammen: "Die KPF machte wieder einmal, als gute Tourismus-Agentur, Reklame für das 'Vaterland des Marxismus' und präsentierte einen mit Nazibazillen infizierten Solschenizyn, hatte er es doch gewagt, an den beispiellosen Reizen des Vaterlandes der Proletarier keinen Gefallen zu finden. Der Führer der nichtkommunistischen Linken (d.i. François Mitterrand, U.A.) verkündete, daß es belanglos sei, Kommentare darüber abzu-

geben, was der größte russische Schriftsteller denke, wichtig sei nur, daß er sich habe ausdrücken können, einige Tage später, nach der Ausweisung des Schriftstellers, keine Verlautbarung mehr. Die meisten linksradikalen Zeitungen betrieben den gleichen Atavismus und prüften, ob Solschenizyn 'rechts' von Raymond Aron, dem Sorbonneprofessor und Leitartikler des *Figaro*, anzusiedeln sei, und gaben damit zu verstehen, daß sie Breschnew links von ihm einen Platz zuwiesen." (Glucksmann 1976, S.27)

Viel entscheidender an dieser Debatte war freilich die beginnende Neu- und Umgruppierung der Intellektuellen gerade in einer Phase, die sich bis dahin durch politische Bipolarität ausgezeichnet hatte. Die traditionellen Grenzen von rechts und links kamen in Bewegung und wurden verworfen. Um den ehemals verpönten und von der Linken hart attackierten Begriff des Totalitarismus⁸⁵ begann sich eine neue intellektuelle Landschaft zu konstituieren.

Zu den "alten" Kritikern des Totalitarismus und des französischen Anti-Antikommunismus⁸⁶ trat eine neue Generation hinzu: während 1968 und den folgenden Jahren der nichtkommunistischen Linken zugehörig und zwischenzeitlich dem Maoismus zugeneigt, erhoben nach dem Erscheinen des 'Archipel Gulag' die 'Nouveaux Philosophes' ihre Stimme. Ihre wichtigsten Protagonisten waren André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy. Nach der Lektüre Solschenizyns kritisierten sie nicht nur die Sowjetunion, Stalin und Lenin, sondern stürzten auch Hegel und Marx vom Sockel. Glucksmanns 'Köchin und Menschenfresser' erschien noch während der leidenschaftlich geführten Solschenizyn-Debatte 1974 in Paris (s. Glucksmann 1976), gefolgt von 'Die Meisterdenker' (Paris 1977, Reinbek 1978): da – so die Quintessenz des Buchs –, wo das Wahre als Ganzes gedacht werde, bei Hegel, Marx oder auch Nietzsche, gebe es auch den Kampf ums Ganze, das Totale und letztlich das Totalitäre seien diesem Denken nicht mehr allzu fern. Bernard-Henri Lévy's 'Die Barbarei mit menschlichem Antlitz' (Paris 1977, Reinbek 1978) kam kurze Zeit später heraus. Beide verabschiedeten sich in diesen Publikationen von ihrem Gauchismus und gingen in ihren Einlassungen mit der Linken hart ins Gericht. Dies haben ihnen viele deutsche Intellektuelle bis heute nicht verziehen.

85 Vgl. Guy Hermet/Pierre Hassner/Jacques Rupnik (Hg.), Totalitarismes, Paris 1984.

André Glucksmann, geb. 1937 in Boulogne, stammt aus einer jüdischen Familie, die aus Polen nach Deutschland kam. Die Nazis brachten seinen Vater um, seine Mutter kämpfte in der Résistance. Als Philosophiestudent engagierte er sich in der in Gründung befindlichen kommunistischen Studentenorganisation, die alsbald in Kollision mit der Mutterpartei geriet – nicht zuletzt anlässlich der Ungarischen Revolution, deren Niederschlagung der französische KP befürwortete. Roger Garaudy verdankt Glucksmann seinen Rausschmiß. Er bewegte sich fortan im kommunistisch-dissidenten Milieu und verteidigte im Mai 1968 die Bewegung gegen die Attacken der Kommunisten. Obwohl er noch einige Zeit in der maoistischen Gauche Prolétarienne verweilte, brach Glucksmann endgültig mit der marxistischen Linken mit seinem Buch ‘Köchin und Menschenfresser’. Er setzte sich darin unmittelbar mit Soschenizyns ‘Archipel Gulag’ auseinander und reflektierte gleichermaßen dessen Aufnahme in Frankreich.

Gleich zu Anfang seines Buches rührte Glucksmann an einem Tabu der Linken, nämlich Nationalsozialismus und Kommunismus in einen vergleichenden Blick zu nehmen: ”Die NS-Lager waren von den Nazis gemacht. Dieser Krebschaden schien lokalisierbar zu sein, wir waren keine Komplizen. Aber die russischen Lager: sind sie russisch oder marxistisch? Wir können nicht umhin, festzustellen, daß es nicht um eine Eigenart von Russen oder von Deutschen geht, auch nicht um einen absolut originellen Wahnsinn. Auf verschiedenen Stufen und je nach den historischen Umständen und den lokalen Gewohnheiten produziert und reproduziert unser Jahrhundert eine ihm allein zustehende Erfindung: das Konzentrationslager.” (Glucksmann 1976, S. 10)

In Fortsetzung der Kritik Solschenizyns an jeglicher Ideologie (s. Anfang des Kap.) hält er sich selbst und dem lange Jahre beschrittenen ‘ideologischen’ Pfad entgegen: ”Wenn eine antifaschistische, undogmatische, von der Parteidisziplin losgelöste Linke glaubte, ‘die gleichen Werte’ wie die Lagererbauer zu vertreten, dann muß unter dem ‘marxistischen’ Etikett etwas die Geschichte der Lagerwelt mit unserer Geschichte verknüpfen. Dieser Knoten wird immer enger und bindet uns an die schlechte Seite, an die der Henker... Der Marxismus läßt einen ganzen Schwarm linker Grüppchen entstehen, und jede findet einen ‘Irrtum’ heraus, den Schlüssel zu allen Problemen. Deswegen befriedigt der

86 Auch der Demokratie-Theoretiker Claude Lefort gewann, ähnlich wie Raymond Aron ,während und nach der Gulag-Debatte an Ansehen, vgl. Lefort 1976.

‘Archipel Gulag’ niemanden, denn er trennt nicht den Marxismus von den Lagern... Mit anderen Worten, keine russischen Lager ohne Marxismus. Unmöglich läßt sich das Gewicht des Irrtums allein der ‘Bürokratie’ anhängen. Unmöglich, einen Marxismus in Ruhe zu lassen, aus dem Lagerwärter, ob Bürokraten oder nicht, ihre Überzeugungen gewinnen... Der Marxismus nährt nicht nur Überzeugungen, sondern auch den Willen, nicht sehen zu wollen.” (Glucksmann, 1976, S. 32ff.)

Abschließend fragt sich Glucksmann: ”Wenn Solschenizyn im aufgeklärten Westen so schlecht aufgenommen wird, dann vielleicht, weil unsere Denkmalilluminationen schon ein halbes Jahrhundert alt sind? Wir haben noch nicht darüber nachgedacht, was aus dem Marxismus die Seele eines seelenlosen Regimes macht und aus seiner Vernunft die Staatsvernunft, und aus seiner Wirksamkeit die Waffe eines Imperiums.” (Ebda., S. 33ff.) Dieser Schlag gegen den Marxismus und jegliche Ideologie stieß erwartungsgemäß auf erbitterten Widerstand.⁸⁷ Gleichzeitig gerieten die alten intellektuell-politischen Lager in Erosion und schufen neue Konstellationen: eine Verdammung der Ideologien, weil sie totalitär sind, die Zurückweisung des Staates und ein neues Interesse am Individuum waren Folge dieses sich über Jahre hinziehenden Desillusionierungsprozesses der französischen Intellektuellen und der Linken. Die Debatte über Solschenizyns ‘Archipel Gulag’ und die totalitäre Natur des Sowjetsystems hatte in Frankreich zu einer radikalen Entwertung des Revolutionsgedankens geführt, zugunsten der Idee der Demokratie und der Förderung der Idee einer zivilen Gesellschaft gegen die Staatsgesellschaft.

Dies ging einher mit dem einsetzenden Niedergang der Kommunistischen Partei und einem Bedeutungsverlust des Marxismus. Stattdessen knüpfte man wieder an liberale Denktraditionen an und widmete sich stärker der politischen Philosophie. Raymond Aron kam in den folgenden zehn Jahren in diesem Prozeß gewissermaßen eine Führungsrolle zu.

Hatte der Gulag-Schock in Frankreich die Verwerfungen der alten politisch-intellektuellen Lager zur Folge und bescherte dem Land eine intellektuelle Umgestaltung, so blieb der Schock in Deutschland aus. Die Debatte um Solschenizyns Archipel Gulag zeitigte in Deutschland nahezu keine Folgen. Die radikale Kritik des Schriftstellers an der Sowjetunion sorgte im linksliberalen intellektuellen Feld nicht für einen Bruch mit

87 Vgl. Sylvie Bouscasse/Denis Bourgeois, *Faut-il brûler des nouveaux philosophes?*, Paris 1978.

bisherigen Denkgewohnheiten; Heinrich Böll blieb mit seiner vehementen Verteidigung Solschenizyns nahezu allein auf weiter Flur. Erst nach dem tatsächlichen Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und der deutschen Wiedervereinigung begann man in der Bundesrepublik zögerlich von alten ideologischen Gewißheiten Abschied zu nehmen, die Träume vom sogenannten Dritten Weg begannen sich zu verflüchtigen.

4.3. Front antitotalitaire in Paris 1976

1976, zwei Jahre nach der entscheidenden Zäsur des Gulag-Schocks, kreuzten sich in Paris in dem Front antitotalitaire jene Gedanken, Personen und Traditionen, deren Linien – biographisch wie intellektuell – bis zum Beginn der 50er Jahre zurückzuverfolgen sind und ihren Ausgang in den Aktivitäten des Kongresses für die kulturelle Freiheit hatten. (Vgl. Kap. 2)

”A partir de 1975, c'est à Paris que le concept de totalitarisme est remis au centre de la réflexion politique et intellectuelle. On en connaît la raison: l'impact de L'Archipel du Goulag. Nulle part l'oeuvre d'Alexandre Soljenitsyne n'aura une influence aussi profonde et ne conduira à des réalignements aussi décisifs qu'en France. L'alliance des libéraux conservateurs et de l'extrême gauche, stratégique pour cette restructuration, est puissamment activée par le contrat de gouvernement conclu entre communistes et socialistes, qui ne peut fonctionner qu'au prix d'une banalisation de l'interprétation du soviétisme.” (Grémion, 1995, S. 622)

Die Kritik am realexistierenden Sozialismus und die Debatte über die Universalität der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten waren die Plattform, um die herum der *Front antitotalitaire* sich formierte. In diesem Zusammenschluß von Intellektuellen und politischen Zeitschriften waren, wie später zu Zeiten des Krieges in Ex-Jugoslawien, Revuen wie *Le Débat* (Marcel Gauchet, Hg.), *Esprit* (damals Paul Thibaud, Jean-Marie Domenach Hg., heute Olivier Mongin) und *Commentaires* (Raymond Aron, Pierre Hassner, Hg.) vertreten.

Ausgangs- und gleichsam Kristallisationspunkt dieser Kooperation antitotalitärer Intellektueller – mit sehr unterschiedlicher politischer Tradition – war eine große Konferenz in Paris anlässlich des 20. Jahrestages der Niederschlagung der Ungarischen Revolution. Vorbereitet hatte sie in erster Linie der polnische Philosoph und Kunsthistoriker

Krzysztof Pomian – ehemals bis zu dessen Parteiausschluß aus der Polnischen KP und seiner Emigration nach England Assistent des Philosophen Leszek Kolakowski – der 1973 nach Paris emigriert war. Pomian zählte zu den Akteuren, die die Auseinandersetzung zwischen westlichen und ostmitteleuropäischen Intellektuellen insbesondere im Pariser Denkraum in Gang brachten. Die Vorträge und Debatten auf der Konferenz verknüpften die Lehren aus der ungarischen Situation 1956, die Analyse der aktuellen Streikbewegung und Entstehung der Bürgerrechtsbewegung in Polen 1976 mit einer Aktualisierung der Totalitarismuskritik – in Fortsetzung der Diskussionen um Solschenizyns Achipel Gulag 1974, die zwei Jahre zuvor begonnen hatten.

Die polnische Regierung hatte im Juni 1976 mit der drastischen Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Streikwelle ausgelöst, die für größte Unruhe im realsozialistischen Lager sorgte. Noch im September gründeten polnische Schriftsteller und Wissenschaftler – darunter Jerzy Andrzejewski, Jacek Kuron, Edward Lipinski, Jan Jozef Lipski, Adam Szecypiorski, Stanislaw Baranczak – ein "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter", das die aus den Fabriken Entlassenen, Verhafteten und teils Mißhandelten und ihre Familien finanziell und juristisch unterstützte. In ihrem "Appell an die Gesellschaft und die Behörden der Volksrepublik Polen" forderten die Intellektuellen die Bevölkerung auf, sich zur Unterstützung der festgenommenen Arbeiter zu organisieren: "In allen Kreisen und Fabriken ist es die Aufgabe mutiger Menschen, Ausschüsse zur Unterstützung der Opfer der Repressionen zu bilden." (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.9.1976) "Die gegen die Arbeiter gerichteten Repressalien tasten die Grundrechte des Menschen an, die sowohl im internationalen Recht als auch in der polnischen Gesetzgebung gelten: das Recht auf Arbeit, das Recht zu offener Bekennung eigener Überzeugungen, das Recht zur Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen", heißt es in dem Appell (vgl. *Die Welt*, 23.9.1976). Aus diesem Komitee entstand kurze Zeit darauf das "Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR) – ein Vorläufer von Solidarnosc –, das sich in seiner Arbeit explizit auf die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), verabschiedet am 1. August 1975 in Helsinki, bezog. Insbesondere der 3. Korb der Akte über 'die freie Zirkulation der Menschen und Ideen'

war Referenzpunkt für die erstarkende Bürger- und Demokratiebewegung und Polen und später der CSSR.⁸⁸

Binnen kürzester Zeit entstand in Polen aus der Solidaritätsaktion für die streikenden Arbeiter eine weit verzweigte Bürgerrechtsbewegung, die Arbeiter, Studenten, Wissenschaftler und Künstler miteinander verband. Trotz zunehmender Repressalien seitens der Polizei und der Staatssicherheit existierten ein Jahr später bereits 17 Samizdat-Zeitschriften, die im Untergrund zirkulierten; die "Vereinigung für wissenschaftliche Fortbildung" organisierte im ganzen Land die sog. Fliegenden Universitäten, Vorlesungen und Seminare, die in privaten Wohnungen stattfanden. Die Dissidenten waren jedoch taktisch und strategisch darum bemüht, das politische System nicht als Ganzes anzuprangern, sondern forderten die Einhaltung der internationalen Verträge. Diese anfängliche Selbstbeschränkung schuf den Boden für die Verbreiterung der Bewegung in der Gesellschaft. "Dans un premier temps, la dissidence fut un phénomène de personnalité (Sol-schenizy, Sacharow), limité aux intellectuels, aux minorités nationales et aux groupes religieux. Au milieu de la décennie, la fondation (FEIE) et l'action du KOR en Pologne créèrent une situation entièrement nouvelle dans la mesure où le KOR trouva un lien avec la classe ouvrière, réussit une globalisation d'objectifs internes à la société polonaise sans être réprimé, en ne se limitant pas à des aspects défensifs mais en développant des objectifs de changement." (Grémion 1981, S. 90) Die Dissidenten begannen, eine Kultur und Gesellschaft parallel zur offiziellen kommunistischen aufzubauen. Auch in Prag rumorte es bereits; einige Monate später, am 1. Januar 1977 traten dort 253 Intellektuelle mit der Charta '77 (Vorläufer des Bürgerforums, das 1989 der Demokratie zum Sieg verhelfen sollte) an die Öffentlichkeit. Explizit beriefen sich die Erstunterzeichner auch hier auf die Schlußakte von Helsinki. Die 'freie Zirkulation von Ideen und Menschen' war in Gang gekommen, wie die enge Zusammenarbeit vom polnischen KOR, der tschechischen Charta'77 und der ungarischen Dissidentenbewegung – selbst in härtesten Phasen der kommunistischen Repression – später zeigen sollte.

Paris war jener Ort, an dem dieser Austausch von Menschen und Ideen und die Kooperation zwischen westlichen und östlichen Intellektuellen am produktivsten und folgenreich-

⁸⁸ Siehe Gründung der Charta '77, vgl. Grémions Geschichte der Charta '77, Grémion, 1983, S.30ff., und seinen grundlegenden Aufsatz Cultures, échanges, droits. Helsinki et la suite, Grémion 1981, S.

sten war. Der Kongreß 1976 gab sozusagen die Initialzündung für die breit gefächerten Aktivitäten der folgenden Jahre. Der polnische Historiker Adam Michnik, einer der führenden Köpfe der polnischen Dissidenz und heute Chefredakteur der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, forderte auf der Pariser Konferenz: "La stratégie développée par le colloque serait de faire pression pour une application des dispositions 'libérales' (quoique abstraites) de la Constitution, relatives aux libertés individuelles et collectives, et pour une application des accords d'Helsinki." (vgl. Grémion 1995, S. 613 und Michnik 1977) Von tschechischer Seite waren die Herausgeber der Exil-Zeitschrift *Listy* Pavel Tigrid und Jiri Pelikán an den Pariser Aktivitäten beteiligt.

Auf französischer Seite versammelten sich Liberale und nichtkommunistische Linke der unterschiedlichsten politischen Generationen, u.a. die Demokratietheoretiker Cornelius Castoriadis, Claude Lefort und der Soziologe Edgar Morin. Claude Leforts Kongreßbeitrag, 'La première révolution anti-totalitaire' (Lefort 1977, S. 13ff.) erschien kurze Zeit später in der Zeitschrift *Esprit*, der spätestens seit 1976 eine herausragende Rolle in der Berichterstattung über und der Auseinandersetzung mit der Entstehung der demokratischen Opposition in Ostmitteleuropa zukam.⁸⁹ Ihr damaliger Chefredakteur spielte bei der Vorbereitung der Ungarn-Konferenz und der weiteren Arbeit des Front antitotalitaire eine entscheidende Rolle. Die Kommunismusforscherin Annie Kriegel war ebenso dabei wie Alain Besancon, der Mitbegründer der Zeitschrift *Contrepoint* (dessen Nachfolge 1978 die Zeitschrift *Commentaire* antrat.) Auch der seit 1938 unermüdlich in Ost-West-Angelegenheiten aktive François Fejtö (vgl. Dialogue Est-Ouest sur la lutte idéologique et l'information, Fejtö 1976, S.183ff) und der Politologe Pierre Hassner zählten zu den tragenden Säulen dieser Initiative. Besonderes Gewicht in diesen Aktivitäten kam Raymond Aron und dem Historiker François Furet zu. Gemeinsam entwarf man in der weiteren Arbeit Oppositionsstrategien gegenüber dem Kommunismus, die im Rekurs auf die Helsinki-Akte den Kampf für die Menschenrechte ins Zentrum rückten. Auch die Generation der Nouveaux Philosophes war mit André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy in dem Bündnis vertreten. Gemeinsamer Bezugspunkt dieser Intellektuellen war ihr Engage-

79ff., beides in der Zeitschrift *Esprit* erschienen.

89 Meine Arbeit im Pariser Archiv der Redaktion *Esprit* ermöglichte mir, die Jahrgänge 1956-1993 unter diesem Blickwinkel auszuwerten. Die über diesen Zeitraum in großer Regelmäßigkeit erschiene-

ment für die entstehenden Helsinki-Komitees, Bürgerbewegungen und Dissidenten in Osteuropa und der Sowjetunion. Eine innenpolitische französische Komponente hatte dieses Bündnis freilich auch: die Auseinandersetzung mit den totalitären Strukturen im eigenen Lande, nämlich der KPF. Viele der beteiligten Intellektuellen hatten ihre eigenen Erfahrungen mit der Partei gemacht und verließen sie dann selbst als 'Dissidenten'. Heftig wurde die Volksfrontpolitik der Sozialisten, ihr Wahlbündnis mit den Kommunisten kritisiert. Pikanterweise erwies François Mitterand zum Jahrestag der Niederschlagung der Ungarischen Revolution den Kommunisten in Budapest die Ehre. Eine Delegation der französischen Sozialisten unterzeichnete ein gemeinsames Kommuniqué mit der ungarischen KP, in dem sich beide für die "führende Rolle" der ungarischen Kommunisten verbürgten.

Diese Positionierung der Sozialisten brachte dem Front antitotalitaire weiteren Zulauf. Dessen Arbeit wurde zu dieser Zeit auch von der Fondation FEIE unterstützt, ihr Büro (geführt von Annette Laborey) wurde Anlaufstelle für osteuropäische Intellektuelle, die sich im Westen aufhalten konnten und – zurück in ihrem Heimatland – den Aufbau der demokratischen Opposition vorantrieben. Gleichzeitig half man von Paris aus bei der Koordination der Zusammenarbeit zwischen den Exilanten aus Osteuropa und jenen westlichen Intellektuellen, die die Dissidenten bis zum endgültigen Zusammenbruch des Kommunismus 1989 unterstützten.

"Des actions de soutien à la dissidence et aux cultures parallèles se développèrent et prirent des formes multiples: initiatives d'artistes et d'intellectuels en direction des gouvernants et des opinions publiques, assistance juridique pour les dissidents faisant l'objet de mesures de répression, création de supports d'échange et d'expression (livres, revues), permettant d'élargir la libre circulation entre les cultures de l'Est européen et la culture française, en dehors des canaux d'échanges culturels interétatiques bilatéraux." (Grémion 1981, S. 90)

Bedeutete der Gulag-Schock und in seiner Folge der Front antitotalitaire für die französischen Debatten einen radikalen Wendepunkt, so fand in Deutschland Vergleichbares nicht statt. In einigen deutschen Großstädten entstanden in diesem Zeitraum sog. Osteuropa-Komitees, in denen sich unabhängige Linke, Maoisten und ehemalige oder noch 'praktizierende' Trotzlisten zusammenfanden. In Kooperation mit osteuropäischen und sowjeti-

nen Beiträge osteuropäischer Autoren und die daraus folgende Auseinandersetzung mit diesen Texten auf Seiten französischer Intellektueller belegen dies.

schen Emigranten war man darum bemüht, die westliche Öffentlichkeit für die Belange der erstarkenden Bürgerbewegungen jenseits des Eisernen Vorhangs zu interessieren; im Untergrund kursierende Texte wurden hier bekannt gemacht und die Dissidenten, soweit vom Westen möglich, tatkräftig unterstützt.⁹⁰ Diese Initiativen waren allerdings auf einen kleinen Kreis beschränkt. Die Ausbürgerung des ostdeutschen Liedermachers und Dichters Wolf Biermann im November 1976 ließ das Interesse für die Regimekritiker jenseits der Mauer über eine kurze Zeitspanne hinweg größer werden, doch war dies nicht von Dauer. Antitotalitäre Optionen, von West- oder von Ostseite vorgetragen, fanden keinen nennenswerten Eingang in die Debatten der Bundesrepublik; die erstarkenden Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa ließ man bis Ende der 80er Jahre als Marginalien im Entspannungsprozeß 'rechts' liegen. Stattdessen stand der Deutsche Herbst und die Auseinandersetzung mit der Roten Armee Fraktion auf der Tagesordnung der Intellektuellen.

90 Den Genossen aus den osteuropäischen Ländern sei es zu verdanken, so der Ex-Maoist Christian Semler, daß die Wirklichkeit langsam durch die Ritzen des vernagelten maoistischen Denkgebäudes einsickerte. Seine Partei, die KPD/AO, pflegte seinerzeit Kontakte zu Oppositionellen aus Polen und Jugoslawien, in der Erwartung, in ihnen zuverlässige antisowjetische Bündnispartner zu finden. Man nahm mit Erstaunen zur Kenntnis, daß die osteuropäischen Gesprächspartner Mao für einen Verbrecher hielten, der Stalin durchaus das Wasser reichen konnte. Nach diesen Erfahrungen wurde es Semler immer unmöglicher, weiterhin gleichzeitig über den Stalinismus herzuziehen und die Volksrepublik China für das Gelobte Land zu halten. Sein Engagement für die Unteilbarkeit der Menschen- und Bürgerrechte war in diesen Erfahrungen begründet (zit. n. J. Lau 1999, S. 18).

5. Die Intellektuellen und der Zusammenbruch des Kommunismus

5.1. Der Traum vom dritten Weg: Antifaschismus und Antikapitalismus der deutschen Intellektuellen

„Unabhängiges Denken dient weder der Staatsbürokratie noch dem Bürgertum, noch der Arbeiterschaft; unabhängiges Denken dient nur sich selbst. Es identifiziert sich aufrührerisch mit sich selbst, es übernimmt keinerlei ihm fremde gesellschaftliche Pflichten.“

(György Konrád 1985, S. 202)

Diese von dem ungarischen Schriftsteller 1984 in seiner ‘Antipolitik’ postulierte Unabhängigkeit haben Intellektuelle in diesem Jahrhundert häufig mißachtet und unterlaufen. Deutschlands nationale Biographie ist von zwei totalitären Regimes gezeichnet, seine Intellektuellen kamen deshalb nicht umhin, sich mit dieser doppelten Erbschaft zu beschäftigen. In Gang kam diese Auseinandersetzung – wenn auch zögerlich – erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und der deutschen Vereinigung. Weichenstellungen, die den intellektuellen Diskurs bis zu diesem realhistorischen Bruch bestimmten, reichen jedoch zurück bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik und der Gründung der DDR. Die jenseits der Unabhängigkeit stattfindende ideologische Indienstnahme der Intellektuellen und ihre Dienstbarkeit gegenüber der politischen Macht oder dem realpolitischen Konsens entsprach dieser spezifischen deutsch-deutschen Situation nach Kriegsende und der Befreiung vom Nationalsozialismus. Das politische Klima in der Bevölkerung und der politischen Klasse war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik von einem antitotalitären Konsens geprägt, der freilich auch antikommunistische Züge trug – zumal in den hitzigen Debatten zu Zeiten des Kalten Krieges. Der Wunsch nach Verdrängung der jüngsten nationalsozialistischen Vergangenheit beherrschte das Klima. Vielen Intellektuellen hingegen galt in dieser Zeit die DDR als legitime Erbin jenes Sieges, der über den Faschismus errungen worden war. Der antifaschistische Gründungsmythos der DDR übte eine Faszinationskraft aus, die das intellektuelle Klima der folgenden Jahre nachhaltig bestimmen sollte.

Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Anna Seghers, Heinrich Mann, Arnold Zweig, Johannes R. Becher u. a. waren nach ihrem Kampf gegen das nationalsozialistische Regime sogar bereit, im östlichen Teil zu leben und dort ein anderes Deutschland aufzubauen. Sie erfuhren dort den gebührenden Respekt, wurden mit zahlreichen Privilegien ausgestattet, als intellektuelle Bündnispartner des antifaschistischen, demokratischen Aufbaus hofiert – im Unterschied zur eben gegründeten BRD, die Exilautoren entweder weitgehend ignorierte oder sie sogar als Störfaktoren in der Phase des Neubeginns ansah. Die von Ernst Reuter und der amerikanischen Militärregierung unterstützte Initiative des Kongresses für die kulturelle Freiheit als internationaler Zusammenschluß der antitotalitären Intelligenz war sozusagen die Ausnahme von der Regel. Ein Großteil der demokratischen, in ihrem Grundverständnis antifaschistischen und sozialistisch orientierten Intelligenz (in beiden Teilen Deutschlands) sah hingegen in der entstehenden DDR das bessere Deutschland, gerade angesichts der kritisierten restaurativen Tendenzen im Westteil. Sie glaubte, in der DDR könnte sich ein alternatives Gesellschaftsmodell als dritter Weg entfalten.

Für diese Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR liefert u.a. Thomas Mann ein eindrückliches Beispiel. 1949 wurde der Schriftsteller im Westen in der Frankfurter Paulskirche mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt und reiste wenige Tage darauf auf Einladung der Kommunisten in Ostdeutschland und der Autoritäten der sowjetischen Besatzung nach Weimar, um dort den Goethepreis entgegenzunehmen. Seine Reise stieß in der Presse auf Kritik; man machte ihn darauf aufmerksam, daß das in der Nähe befindliche Konzentrationslager Buchenwald weiter in Benutzung sei.

Man erinnere sich: Buchenwald wurde bekanntlich erst 1950 zur Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstands, nachdem es 5 Jahre lang unter der Kontrolle des KGB als "Umschulungslager" weiter genutzt wurde. 13000 Opfer des stalinistischen Terrors dieser Zeit und liegen in Massengräbern auf dem Terrain des ehemaligen Kleinen Lagers des KZ-Buchenwalds, verdeckt von einem jungen Wald. Unweit davon errichteten die regierenden Kommunisten der soeben gegründeten DDR ein gigantisches Mahnmal, in sozialistisch-realistischer Manier, um der Opfer des Nationalsozialismus und des antifaschistischen Widerstands zu gedenken, "so als hätten die kommunistischen Autoritäten hier die antifaschistischen Ursprünge ihrer historischen Legitimität bekräftigen wollen" (Jorge Semprun 1994a, S. 49).

”Tatsächlich waren die Nazilager kein Zerrbild der kapitalistischen Gesellschaft... sie waren ein recht getreuer Spiegel der stalinistischen Gesellschaft. Und in einem Lager wie Buchenwald, in dem die Politiker, besonders die Kommunisten, eine große Rolle spielten, wirkte die Echtheit dieses Bildes schrecklich”, schrieb Semprun 1980 in *Was für ein schöner Sonntag* (Semprun 1984, S. 382).

Liest man parallel dazu den von Lutz Niethammer edierten Dokumentationsband ‘Der gesäuberte Antifaschismus’ über die roten Kapos von Buchenwald (vgl. Niethammer 1994) wird vollends deutlich, wie grausam die tödliche Kollaboration von SS und kommunistisch dominierter Lagerselbstverwaltung den Alltag in Buchenwald bestimmte. Die übergreifende antifaschistische Kameradschaft diente im Kern dem Überleben der kommunistischen Kader; diesem Widerstandserfolg fielen Häftlinge anderer ”Kategorien” und Nationen zum Opfer. Im antifaschistischen Gründungsmythos der DDR sind diese Lagerrealitäten konsequent ausgeblendet worden; auch landeten führende kommunistische Kader aus Buchenwald später selbst im Gulag. Die monopolisierte Verwaltung der Erinnerung diente der SED später als Herrschaftsinstrument; die traumatischen subjektiven Erfahrungen der Genossen aus Buchenwald unterlagen einer staatlich verordneten Zwangsamnesie, weil sie die historische Legitimität der antifaschistischen Staatsgründer der DDR aufgestört hätten.

Thomas Mann reagierte in seinem späteren ‘Reisebericht’ (erschieden in der *Neuen Schweizer Rundschau*) auf die ihm entgegengebrachte Kritik. Er habe dort nicht um einen Besuch des Konzentrationslagers gebeten, sich jedoch über die dortigen Lebensbedingungen informiert. Der Schriftsteller schloß aus ‘glaubhaften’ Auskünften, daß die Häftlinge zu einem Drittel aus ‘asozialen Elementen’ und ‘degenerierten Vagabunden’, ein zweites aus ‘Verbrechern der Nazizeit’ und das letzte Drittel nur aus jenen bestünde, die des erwiesenen Widerstands gegenüber dem neuen Staat für schuldig befunden worden seien und demzufolge der Isolation bedurften. Die Anleihen Thomas Manns an die Sprache der neuen Lagerverwalter Buchenwalds scheint mir bemerkenswert zu sein.

Die latente oder auch offen ausgesprochene Sympathie für den ‘sozialistischen’ deutschen Staat trat auch in Arnold Zweigs Aufsatz von 1950 über ‘Die wichtigste gesellschaftliche Funktion des Schriftstellers’ (erschieden in der Zeitschrift *Aufbau*) zutage: ”Heute sehen wir, wie Kommunistenfurcht und Bolschewistenschrecken auf der ungeschulten Phantasie von Millionen musizieren dürfen und können, weil der zeitgenössische Leser und Filmbe-

sucher von den Verteidigern und Dienern des Großkapitals beliebig geknetet und gemodelt werden kann... Auch die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische bleibt unablösbar an die Wirkung der menschlichen Phantasie gebunden. Sie allein erfüllt die Thesen und Programme mit Leben, Wärme und Leuchtkraft und vermag den Menschen zu überzeugen, daß er sich auf dem Weg, den diese Sätze fordern und verkünden, zu einem sinnvollen und glücklichen Leben durchkämpfen kann... Wie schlecht haben wir Europäer es bisher gemacht, und wieviel Anstrengungen hat es erfordert, aber auch wie lohnende, uns endlich von den großen Denkern des Sozialismus auf eine bessere Bahn des Zusammenlebens führen lassen.” (Zweig, 1950, S. 95)

Diese auffällig prophetische Tradition der Intellektuellen gedieh besonders in der Aufbauphase des ‘antifaschistischen’ und ‘sozialistischen’ zweiten deutschen Staates und reichte von Johannes R. Becher über Bertolt Brecht, später von Wolf Biermann bis zu Christa Wolf. Ein Prophet braucht einen Glauben und ein Volk; und der ostdeutsche Staat versorgte seine Schriftsteller mit beidem. Zudem war es im Kernland des deutschen Protestantismus stets berechtigt, wie Wolf Lepenies einmal anmerkte, den Leninismus als Calvinismus der Unterprivilegierten zu definieren.⁹¹ Den westdeutschen Intellektuellen bot die entstehende DDR von Anfang an die Projektionsfläche für ihre antikapitalistischen und antifaschistischen Überzeugungen. War die Kommunistische Partei Deutschlands im Westteil marginalisiert und wurde 1956 gar verboten, so lieferte die DDR – letztlich bis zu ihrem Untergang – die Fläche und den Raum für die Träume der Intellektuellen vom Sozialismus und Kommunismus. Im Unterschied beispielsweise zu Frankreich, wo die äußerst einflußreiche Kommunistische Partei und ihr intellektuelles Umfeld leibhaftig im eigenen Lande wirken konnte, waren die deutsche KP, die damit verbundenen Sympathien der Intellektuellen und die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung in Gestalt der DDR exterritorialisiert. An diesem lange währenden Projektionsmechanismus, nämlich der ideologischen Auslagerung kommunistisch-sozialistischer Orientierungen, änderte auch die später erhobene partielle Kritik an der DDR, an ihren Fehlentwicklungen und Deformationen im Grunde wenig.⁹² Man warf der machthabenden SED zwar vor, ihren

91 Vgl. Wolf Lepenies, *Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa* (Lepenies 1992).

92 Auch der heftige Protest einiger Schriftsteller von Günter Grass, Hans Werner Richter bis zu Heinrich Böll anläßlich des Mauerbaus in Berlin 1961 änderte an dieser mehrheitlichen Orientierung des linksliberalen Intellektuellenmilieus wenig.

Idealen untreu geworden zu sein, glaubte aber gleichzeitig bis in die 80er Jahre hinein an die Reformfähigkeit der Staatspartei. Ein beförderndes Element in der latenten Faszination für die DDR und in ihrer - wenn auch 'kritischen' - Verteidigung scheint mir die "heimische" Tradition der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, die Marx und Engels in deutscher Sprache in Anknüpfung an Hegel, Feuerbach und andere formulierten. Sie lieferte nicht zuletzt den Bonus für den – im Gegensatz zu seiner realexistierenden Praxis – so lange verfochtenen, "im Prinzip" humanen Sozialismus.

Verbunden war diese antikapitalistische Option mit einem Antifaschismus, der die grundsätzliche Kritik des Kommunismus und seiner realhistorischen Herrschaftspraxis jenseits des Eisernen Vorhangs quasi mit einem Denkverbot belegte. "Trotz der Lehren des Spanischen Bürgerkriegs, des deutsch-sowjetischen Beistandspakts von 1939, trotz der zynischen Machtpolitik der Sowjetunion im Nachkriegseuropa war das westliche antifaschistische Denken mehrheitlich, um nicht zu sagen ganzheitlich gelähmt. Es konnte nur einen Aspekt der Wirklichkeit berücksichtigen – jenen, der sich auf die evidenten Übel und Ungerechtigkeiten unserer Massen- und Marktdemokratien bezieht. Hier hat es eine kritische und überaus notwendige Rolle gespielt. Aber besagtes Denken war nicht imstande, eine globale Theorie und folglich eine Praxis gegenüber dem Totalitarismus zu entwickeln, gegenüber seinen beiden spezifischen historischen Erscheinungsformen: dem Nazismus und dem Stalinismus. Es war nicht imstande, sich dem Problem des Fortbestands des sowjetischen Systems bis in die letzten Konsequenzen zu stellen." (Semprun 1994a, S. 46)

Die einseitige Kapitalismuskritik auf westlicher Seite, gepaart mit jenem spezifischen "Anti-Anti-Kommunismus" produzierte gleichsam diesen blinden Fleck in der Wahrnehmung der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Er machte große Teile der linksliberalen Intelligenz bis in die 80er Jahre hinein unfähig, ihre antifaschistische Haltung mit einer umfassenden Verteidigung der Menschenrechte zu verbinden, für demokratische Rechte und Freiheiten und gegen jegliche totalitäre Herrschaft einzutreten. Die antifaschistische geriet selten zur antitotalitären Position.

Die DDR ebenso wie andere Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes dienten vielen Intellektuellen des linksliberalen Milieus als Projektionsfläche eines prophezeiten Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Nach der staatlichen Anerkennung der DDR war der Zustand der deutschen Zweistaatlichkeit in der Realpolitik und in weiten

Teilen der politischen Theorie ein unhintergebares Diktum geworden. Der Rekurs auf Totalitarismustheorien geriet endgültig in die Tabuzone oder galt als Störmanöver unbelehrbarer Kalter Krieger.

5.2. Deutsche Ostpolitik: Wandel durch Annäherung

Die erfolgreiche – und notwendige – deutsche Ostpolitik der 60er und 70er Jahre hatte die Entspannung zum Anliegen – an vorderster Stelle gegenüber Moskau und Ost-Berlin und in der weiteren Folge gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten. Grundlage dieser Entspannungspolitik war die Anerkennung des Status quo, d.h. die Nachkriegsgrenzen und die Existenz der neuen osteuropäischen Staaten sowie der DDR, innerhalb dieser Grenzen. Nur die vorbehaltlose Anerkennung des Status quo schaffe die Voraussetzung für eine allmähliche Änderung des Status quo, so das sozialdemokratische Postulat der Ostpolitik. Doch ging es offensichtlich auch um den Status quo jener Nachkriegsrealitäten, wie sie von Moskau aus definiert waren, nämlich die Dauerhaftigkeit und Stabilität der kommunistischen Systeme in den sogenannten Volksrepubliken Ostmitteleuropas.

Die Strategien der ‘Entspannung durch Besänftigung’, der ‘Liberalisierung durch Stabilisierung’, des ‘Wandels durch Annäherung’ galten den kommunistischen Führern, mit denen man verhandelte. Den Schlüssel für einen politischen Wandel sah die sozialdemokratische Ostpolitik fast ausnahmslos in einer Reform von oben, nach dem Motto, erst ”entspannte” Kommunisten würden die Zügel lockerlassen.

Die SPD begegnete ihren Verhandlungspartnern, insbesondere den deutschen Kommunisten auf der anderen Seite der Mauer – selbst noch in Zeiten ohne Regierungsverantwortung – mit geradzu genossenschaftlichem Wohlwollen. Der Publizist Peter Bender verteidigte diese Haltung noch 1993 mit den Worten: ”Die deutschen Kommunisten galten allezeit als vaterlandslose Gesellen und standen... außerhalb der wohlhabenden Gesellschaft. Sie mußten nicht besänftigt werden... sondern bedurften der Anerkennung als Partner gleichen Rechts, um verhandlungsfähig zu werden.”⁹³ Dieser partnerschaftliche Umgang zwischen SPD und SED ermöglichte es, sich zuweilen gegenseitig zu unter-

stützen: Wahlhilfe aus Ost-Berlin auf der einen Seite, im Gegenzug die Versicherung sozialdemokratischer Politiker gegenüber dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, alles zu vermeiden, was die DDR-Opposition stärken könnte. Das viel beschworene Postulat der Nichteinmischung wurde augenzwinkernd unterlaufen, etwa mit Ratschlägen eines sozialdemokratischen Außenpolitikers an die SED-Führung, wie mit den Oppositionellen (Wolfgang Templin und Bärbel Bohley) zu verfahren sei.⁹⁴ Die Vertiefung der deutsch-deutschen Beziehungen war Ziel dieser Bemühungen.

Da sich die Bonner Ostpolitik vorrangig in dem Dreieck Bonn-Moskau-Berlin bewegte – in diesem Sinne sorgte auch Helmut Kohl später für eine Kontinuität der sozialdemokratischen Politik –, waren die übrigen ostmitteleuropäischen Länder im Entspannungsprozeß nur hilfreich, wenn sie sich eigener politischer Impulse enthielten, also nicht störten. Das Stabilitätsgebot wurde zunehmend zum Selbstzweck.

Die entstehenden Demokratiebewegungen in Polen, der CSFR und Ungarn Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre durchkreuzten plötzlich die beschworene Stabilität und sahen sich alsbald dem Vorwurf ausgesetzt, Störenfriede des Entspannungsprozesses zu sein. Die politische Klasse in Bonn ging fest davon aus, daß der 17. Juni 1953 in Berlin und die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 gezeigt hätten, daß die Menschen in der DDR und in Osteuropa sich durch Bewegungen von unten oder gar Aufstände nicht befreien könnten. Diese Einschätzung verwundert indes nicht, da ein gerüttelt Maß an Etatismus wohl jeder Realpolitik eigen ist.

5.3. Deutsches Unbehagen gegenüber der Dissidenz in Osteuropa

Erstaunlich ist hingegen, mit welcher Ignoranz, die sich alsbald in Skepsis verwandelte, Intellektuelle des linksliberalen Milieus auf die Risse im Block und die aufkeimenden Bürgerbewegungen reagierten. Weitgehend eins mit der Ostpolitik der Regierung – im

93 Vgl. meinen Artikel 'Verspannte Entspannung. Verwunderter Nachtrag zur Diskussion um Garton Ash, F.A.Z. v. 11.12.1993.

94 Vgl. mein Gespräch mit dem britischen Historiker Timothy Garton Ash 'Das Vergessen ist das Grundprinzip der Politik. Hat die Ostpolitik Diktaturen stabilisiert?', Frankfurter Rundschau, 17.10.1993; und dessen Arbeit über die deutsche Ostpolitik 'Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent' (Garton Ash 1993).

Unterschied zur innenpolitischen Konstellation in Paris –, hatte man sich in der Jalta-Ordnung eingerichtet. Als Projektionsflächen waren die Länder des Warschauer Paktes in ihrem realexistierenden Zustand eher für Träume eines dritten Weges geeignet. War die Solidarität für die Reformkommunisten des Prager Frühlings noch groß, so war man in den 70er und 80er Jahren den Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa, die vom Sozialismus Abstand nahmen, umso skeptischer gesonnen.

Der polnische Historiker und Bürgerrechtler Adam Michnik sah sich angesichts dieser Skepsis damals veranlaßt, sich aus dem Gefängnis heraus an die westdeutsche Öffentlichkeit zu wenden.⁹⁵

”Polen und mit ihm ganz Europa befinden sich an einem Scheideweg. Entweder bringt die Zukunft eine auf demokratischen Normen fußende Gesellschaftsordnung oder ihr Name wird Totalitarismus sein – der Tod solcher Werte der europäischen Kultur wie Humanismus, Wahrheit, Freiheit und Authentizität. Wenn wir für eine demokratische Richtung der Evolution kämpfen, kämpfen wir um die Rettung der wichtigsten Werte unserer Kultur – der gesamteuropäischen Kultur. Denn nicht nur Osteuropa steht am Scheideweg, auch der westliche Teil unseres Kontinents ist dort angelangt, wo die politisch-gesellschaftlichen Wege der Zukunft auseinandergehen. Wenn sich das so laut gepriesene Programm eines ‘Sozialismus in Freiheit’ nicht in seine eigene Karikatur verwandeln soll, wenn der westeuropäische Sozialismus wirklich eine Gemeinschaft freier Menschen verwirklichen will, dann könnte sich die totalitäre gesellschaftliche Ordnung Osteuropas als die größte Gefährdung dieses Programms erweisen. Schon dies allein, von allen anderen, moralischen und ideologischen, Gesichtspunkten abgesehen, erlaubt es mir, an die Menschen der demokratischen Linken in Deutschland zu appellieren: Erhebt Eure Stimme zu unserem Schutz!... Schon mehrfach in der Vergangenheit hat diese Stimme Gefängnistore geöffnet und totalitäre Regime zum Nachgeben gezwungen. Fürchtet nicht, Eure Stimme würde womöglich der Sache der Entspannung schaden können. Keine Entspannung ist möglich, solange die Menschenrechte, die ihr Fundament bilden, nicht respektiert werden. Ich habe noch frisch im Gedächtnis, was mir der deutsche Schriftsteller Heinrich Böll gesagt hat: ‘Ihr seid es, die für die wirkliche Entspannung in Europa kämpft.’” (Michnik 1977, S. 470)

Die im Sommer 1976 durch Preiserhöhungen der polnischen Regierung ausgelöste Streikwelle stieß noch auf Sympathie, da es um die materiellen Verbesserungen der Arbeiterklasse in sozialistischen Ländern ging. Das aus dieser Bewegung entstandene Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) und Vorläufer der Solidarnosc, in dem sich Arbeiter, Studenten und Intellektuelle zusammengeschlossen hatten, wurde schon skeptisch beäugt. Allzu 'bürgerlich' schienen die Forderungen der Bürgerrechtler nach Versammlungs- und Pressefreiheit. Auch der Gründung der Charta '77 in Prag wurde auf Seiten des linksliberalen Milieus wenig Beachtung geschenkt. Václavs Havels "Versuch, in der Wahrheit zu leben" (vgl. Havel 1989, Havel 1990) wurde, verglichen mit dem Kampf für einen Sozialismus 'mit menschlichem Antlitz', eher als moralischer Voluntarismus belächelt. Die Gründer der Charta '77 kämpften mit ihrem Forderungskatalog, so die Kritik, nur für sog. 'bürgerliche Freiheiten'. Größeres Interesse und solidarische Unterstützung wäre ihnen vermutlich widerverfahren, wenn ihr Kampf einem 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz' gegolten hätte. Erschwerend kam hinzu, daß sich die tschechoslowakische Arbeiterklasse damals – im Gegensatz zu Polen – nicht bewegte, die Charta '77 also nur ein Projekt der Intellektuellen war.

In einem Gespräch mit mir faßte der im Exil lebende Dramatiker Pavel Kohout 1990 seine Enttäuschung über die westdeutschen Intellektuellen folgendermaßen zusammen:

"In den späten 70er und frühen 80er Jahren war ich im Westen, wo ich gegen meinen Willen angelangt bin, dort aber weiterhin für meine umzingelten Freunde in Prag tätig zu sein suchte. Ich wurde trauriger Zeuge eines echten intellektuellen Versagens vor allem der westdeutschen Linken, das mit unserem vergleichbar ist, als wir – jung, wie wir damals waren! – den Stalinisten auf den Leim gingen. Die längst erwachsenen Revoluzzer von 1968 blieben strenge Marxisten noch in einer Zeit, als Marx nurmehr als Aushängeschild für Staatsgewalt galt. Sie kamen zu der abwegigen Meinung, ein 'realer' Sozialismus sei besser als keiner und deshalb zu unterstützen, während wir, seine Kritiker, als echte Konterrevolutionäre anzusehen wären... Freiheit, Unbefangenheit des Denkens, ist ein Gut, das überall, nicht nur im Osten, immer wieder erkämpft werden muß, und auch Westeuropäer, allen voran die Westdeutschen, ob links oder rechts, leiden an einer Art totalitärem Denken, bei

95 Insgesamt acht Jahre seiner Lebenszeit verbrachte der streitbare Dissident in polnischen Gefängnissen. Das mehrfach unterbreitete Angebot der polnischen Regierung – Freilassung gegen Auswanderung

dem sie allzu oft dem 'Dämon des Einverständnisses' mit 'in'-Parolen verfallen." (Kohout 1990, S. 12f.)

Ihr Traum vom dritten Weg, ein reformierter Sozialismus, der die bürgerliche Demokratie und Kapitalismus überwinden würde, verstellte vielen deutschen Intellektuellen weitgehend den Blick auf die in Bewegung geratenen realsozialistischen Gesellschaften. Die Grenze des propagierten universalen Demokratieverständnisses in großen Teilen des linksliberalen Milieus war letztlich der Eiserne Vorhang.

Der aus dieser Aufspaltung und Ausblendung hervorgegangene blinde Fleck, diese Wahrnehmungsblockade gegenüber den Umbruchsprozessen und krisenhaften Entwicklungen in Osteuropa strukturierte gleichermaßen die Politische Wissenschaft und Gesellschaftstheorie. Die Analysen der Experten und Politikberater gingen häufig an der *realen* Bewegung innerhalb dieser Gesellschaften, ihren Widersprüchen und den Prozessen der Auflösung vorbei. Die Grundannahme dieser Analysen setzte die staatliche Regulierung und weitgehende Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse immer voraus. Damals waren die kommunistischen Staatsparteien ausschließlicher Verhandlungspartner der um Frieden und Stabilität bemühten deutschen Außenpolitik und gleichzeitig politischer Barometer für deren Beratung. Die widersprüchliche Dynamik dieser Gesellschaften und die Innovativkraft sozialer Bewegungen unterlagen letztlich einem Wahrnehmungstabu – sie konnten nur als Störfaktoren in den Blick geraten.⁹⁶

Der ungarische Schriftsteller György Konrád beschrieb im Gespräch mit mir 1991 diese Aufspaltung der westlichen und östlichen Wahrnehmung folgendermaßen:

"Wenn man in den späten 70er und 80er Jahren in Deutschland über die Spaltung Europas, über diese Jalta-Probleme, über die Auflösung des Blocksystems, über nationale Fragen, über die deutsche Einheit und Spaltung, über weitgehende gesellschaftliche Veränderungen

– schlug Adam Michnik aus.

⁹⁶ Die Einflußnahme der ostdeutschen Staatssicherheit auf westdeutsche Organisationen, soziale Bewegungen etc. – insbesondere der Linken – verwundert indes nicht, da diese doch offensichtlich ein ideologisch sehr aufnahmebereiter Nährboden für die dienstbaren, um Frieden und Stabilität bemühten Geister des SED-Regimes, in Person der informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit und anderer sog. "gesellschaftlicher Mitarbeiter" waren (s. der enttarnte Dirk Schneider, der maßgeblich die deutschlandpolitischen Positionen der GRÜNEN beeinflusste). Die Zuträgerarbeit des VS, insbesondere die damalige Rolle Bernt Engelmanns, ist so eklatant, daß sie einer besonderen Betrachtung bedürfte.

in Osteuropa und in der Sowjetunion gesprochen hat, war dies nicht sehr gern gesehen, als Träumerei wurde es belächelt. Man wurde Utopist genannt, wenn man dies als osteuropäischer Intellektueller vertrat. Sogenannte ernsthafte Fachleute und Experten haben derartige Dinge nicht ernstgenommen. Darum war es für viele Politiker in Westeuropa und auch in der Bundesrepublik damals vollkommen realistisch und natürlich, daß sie die eigentlichen Sachkontakte mit den osteuropäischen Leadern pflegten, mit Personen, die heute allesamt im Ruhestand sind... Diese Politik gründete in der Oberflächlichkeit einer Politologie, die ausschließlich die kremlinologischen Aspekte ernstgenommen hat, und die eigentlichen gesellschaftlichen Prozesse, die öffentliche Meinung, die Atmosphäre, und die Einschätzungen der Intelligenz nicht wirklich interessant fand." (Konrád 1991, S. 782f.)

Daß aus dem Bürgerkomitee eine mehrere Millionen Mitglieder umfassende Gewerkschaftsbewegung in Polen entstand, die über ein Jahr lang bis zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 die polnischen Kommunisten und ihre Bruderparteien in Atem hielt, war für viele Intellektuelle, aber auch sog. Experten der Ostpolitik plötzlich eine große Überraschung.

Bereits auf der Konferenz in Paris 1976, anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Niederschlagung der Ungarischen Revolution hatte Adam Michnik in seinem in Frankreich viel beachteten Vortrag prognostiziert:

"Meiner Meinung nach ist die einzige Politik für die Dissidenten in Osteuropa ein unablässiger Kampf für Reformen, zugunsten einer Evolution, die zu einer Ausdehnung der bürgerlichen Freiheiten führen und die Respektierung der Menschenrechte garantieren wird. Das Beispiel Polens zeigt, daß anhaltender gesellschaftlicher Druck auf die Regierung nicht geringe Konzessionen hervorbringen kann. Die polnische Opposition, so könnte man sagen, hat eher den spanischen als den portugiesischen Weg gewählt. Sie strebt eher allmähliche und partielle Veränderungen an als den gewaltsamen Sturz des bestehenden Regimes. Die Grenzen dieser potentiellen Revolution werden wahrscheinlich noch auf lange Zeit durch die politische und militärische Präsenz der UdSSR in Polen festgelegt sein. Die Vision einer sowjetischen Intervention, von sowjetischen Panzern in den Straßen Warschaus, lähmt oft den Willen zum Widerstand. Die Erinnerungen an Budapest und Prag verstärken die weitverbreitete Überzeugung, daß die Herrscher der Sowjetunion jede Veränderung verhindern werden." (Michnik 1985, S. 48f.)

Michnik hatte mit seiner Prognose der polnischen Entwicklung – die mit einigen Jahren Verspätung auch in den Nachbarländern einsetzen sollte – ins Schwarze getroffen. Vier Jahre später, im Sommer 1980, sah sich die kommunistische Regierung in Warschau gezwungen, die erste unabhängige Gewerkschaft in den Staaten des Warschauer Paktes offiziell anzuerkennen. Diese außergewöhnliche gesellschaftliche Bewegung zählte mittlerweile 10 Millionen Mitglieder. Aus der Illegalität entstanden, hatte sie ein organisatorisches Netzwerk mit demokratisch gewählten Körperschaften aufgebaut, das keineswegs auf die Fabriken beschränkt blieb. Die gewerkschaftlichen Forderungen waren längst verknüpft mit dem Ruf nach Demokratie und der Einlösung ihrer Grundprinzipien. Eine Art Gegengesellschaft hatte sich im kommunistischen Staat konstituiert, die die Parteiherrschaft radikal in Frage stellte.

Adam Michnik, einer der Gründer des Bürgerkomitees KOR und der sog. Fliegenden Universitäten im Untergrund, war – wie der Historiker Bronislaw Geremek, heute polnischer Außenminister, oder Tadeusz Mazowiecki⁹⁷, damals Chefredakteur der katholischen Zeitschrift *Wież* und später erster demokratisch gewählter Ministerpräsident – Berater der Solidarnosc. Michnik zählte zu den scharfsinnigsten Figuren der ostmitteleuropäischen Bürgerbewegungen und sorgte für eine enge Zusammenarbeit zwischen polnischen, tschechischen und ungarischen Dissidenten. Über Jahre organisierte er clandestine Zusammenkünfte mit Václav Havel, György Konrád u.a.

Zum ersten Jahrestag der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft schrieb Michnik im August 1981:

”‘Solidarnosc’ – das ist eine demokratische Bewegung in einer undemokratischen Umgebung, eine Bewegung der großen Hoffnung und der sich selbst beschränkenden polnischen Revolution; eine Bewegung, die konsequent die geopolitischen Realitäten respektiert, aber zur Polemik mit Zeitungsartikeln aus Nachbarländern gezwungen ist.. Für die ‘Verbünde-

97 ”Vielleicht ahnte Tadeusz Mazowiecki und auch mancher andere von denen, die unter der Führung von Lech Walesa am ‘Runden Tisch’ saßen, daß zwar nur eine Schleuse geöffnet wurde, der Strom aber den ganzen Damm mitreißen und am Ende der vollständige Machtwechsel zustande kommen würde. Was auch immer die Erwartungen waren, ein politisches Meisterwerk gelang.” (Erb 1995, S. 32) Mit diesen Worten würdigte Gottfried Erb in seiner Laudatio den Bürgerrechtler, dem 1993 von der Universität Gießen der Ehrendokortitel verliehen wurde.

ten' is allein die Existenz von 'Solidarnosc' der Beweis dafür, daß 'es schlecht steht im Staate Dänemark'." (Michnik 1985, S. 61)⁹⁸

Begegneten große Teile der deutschen Bevölkerung dem 'polnischen Sommer' mit Sympathie, so waren die Reaktionen aus dem linksliberalen Milieu eher zurückhaltend. Anfangs brachte man der polnischen 'Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung' ein gewisses Wohlwollen entgegen. Doch deren zunehmend antikommunistischer Charakter, teils getragen vom Pathos der nationalen Befreiung aus der sowjetischen Vorherrschaft, stieß bei vielen Intellektuellen auf immer größere Skepsis. In Mißkredit geriet die Bewegung alleine schon deshalb, weil sie auf die Unterstützung der katholischen Kirche und des polnischen Papstes setzen konnte; als 'Fünfte Kolonne des Papstes' bezeichnete man Solidarnosc damals gerne.

Dem 'polnischen Sommer' setzte General Jaruzelski mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 ein gewaltsames Ende. Eine Welle von Verhaftungen erschütterte das Land und zwang die Aktivisten der Bürgerrechts- und Gewerkschaftsbewegung, so sie noch in Freiheit waren, in den Untergrund.

Die gewaltsame Niederschlagung der polnischen Demokratiebewegung löste bei den deutschen Intellektuellen – anders als beim sowjetischen Einmarsch in Prag 1968 – keine nennenswerten Proteste aus. Man demonstrierte zu dieser Zeit nicht gegen den Gewaltstreik der polnischen Kommunisten, sondern für den Frieden und gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen. Im Oktober hatten sich zu diesem Anlaß unter Beteiligung führender Sozialdemokraten eine Viertelmillionen Menschen in Bonn versammelt; man demonstrierte für den Frieden. Das polnische Drama geriet darüber in Vergessenheit.

In den frühen 80er Jahre stand das Thema 'Frieden' auch in der Bonner Regierungspolitik im Vordergrund und wurde mit dem Begriff der 'Stabilität' enger verknüpft. Der damalige Kanzler Helmut Schmidt wird aus einem Gespräch, das er unmittelbar vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen mit Manfred Stolpe geführt hatte, in einem 'streng geheimen' Vermerk des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Worten zitiert: "Er könne

98 Vgl. dazu A. Michnik, Der lange Abschied vom Kommunismus (Michnik 1992); Das KOR und der 'polnische Sommer'. Analysen, Dokumente und Interviews 1976-1981, (hrsg. v.) W. Mackenbach 1982; Solidarnosc. Die polnische Gewerkschaft 'Solidarität' in Dokumenten, Diskussionen u. Beiträgen, hrsg. v. B. Büscher u.a. 1983; Freiheit, Unabhängigkeit und Brot, G. Koenen/K. Koenen/H. Kuhn 1982.

verstehen, wenn sich die Sowjetunion engagiert, denn sie muß als Führungsmacht ihren Laden sauber halten.“ (Vgl. Ackermann 1993a) Nicht sowjetische Truppen besorgten dies dann, sondern die polnischen Kommunisten in eigener Regie. Unmittelbar nach Verhängung des Kriegsrechts und nach einem Besuch beim Staatsratsvorsitzenden der DDR gestand Helmut Schmidt einem Journalisten: ”Herr Honecker ist genauso bestürzt gewesen wie ich, daß dies nun notwendig war.“ (Vgl. Garton Ash 1993, S. 424)

Protestnoten aus Bonn blieben folgerichtig aus. Nichteinmischung in die ”realsozialistischen” Gesellschaften galt als vernünftiger Grundsatz; Einmischung galt als Destabilisierung dieser Gesellschaften. Der befürchteten Destabilisierung in diesen Ländern – da der polnische Funken überspringen könnte – trat man in gemeinsamer Bemühung um den inneren und äußeren Frieden entgegen. Die deutsche Friedensbewegung trug in diesem Sinne ihr Schärfflein dazu bei. Der Kriegszustand in Polen war offensichtlich nötig, um den Friedenszustand in der Welt zu gewährleisten. In diesem Sinne ist auch die Bemerkung des sozialdemokratischen Ostpolitikers Günter Gaus noch im Jahre 1983 zu verstehen: ”Polnische Verhältnisse wie in den letzten Jahren, solche polnische Wirtschaft in Mitteldeutschland, verstanden in dem Sinne der alten, bösen, hochmütigen Metapher – sie wären der Vorabend des Krieges in Europa.“ (Zit. n. Garton Ash 1993, S. 272)

Die auf die Stabilität der Jalta-Ordnung ausgerichtete deutsche Politik stellte den Frieden über die Freiheit und überließ freimütig ihren kommunistischen Verhandlungspartnern, wie sie es mit der Demokratie in ihren Ländern halten würden. Jorge Semprun urteilt rückblickend im Gespräch mit mir: ”Die Ostpolitik glaubte, daß die Entspannung- und Friedenspolitik das Entscheidende für die Demokratisierung sei. Und das war falsch. Natürlich gab es Elemente der Entspannungspolitik, die wichtig waren. Aber letztlich ist die Demokratisierung die Wurzel des Friedens und nicht umgekehrt. Die Bürgerbewegungen hätten eigentlich die Unterstützung von der Linken in Europa gebraucht, die sie nicht erhalten haben.“ (Semprun 1994b, S. 32)

Daß die demokratische Opposition der osteuropäischen Länder, die *Solidarnosc* oder die *Charta '77* und später die Bürgerbewegung der DDR in der Bonner Regierung keine Unterstützung fand, sondern im Gegenteil als Störfaktor angesehen wurden, mag noch einsehbar sein, folgt man der beschriebenen Logik der Entspannung, wie sie realpolitisch konzipiert war. Daß aber ein Großteil der unabhängigen Intellektuellen und das linkslibe-

rale Milieu dieser realpolitischen Logik so umstandslos folgten, ist ein deutsches Phänomen. Erst 1993 konnte beispielsweise Jürgen Habermas öffentlich eingestehen, sich einer grundlegenden Auseinandersetzung mit dem Stalinismus verweigert zu haben. Von dem polnischen Historiker Adam Michnik mußte er sich vorhalten lassen, daß eine Kritik des Stalinismus in Habermas' Theorie keinen systematischen Stellenwert hat. Die Angst vor dem Beifall der falschen Seite habe ihm das Schweigen aufgenötigt. Habermas wollte, so sein Eingeständnis, nicht ins antikommunistische Fahrwasser geraten. (Vgl. *DIE ZEIT*, 17.12.1993)

Der britische Historiker Timothy Garton Ash, der die deutsche Ostpolitik rekonstruierte (vgl. Garton Ash 1993) und als Chronist den langsamen Untergang des Kommunismus in Osteuropa bis 1990 verfolgte, bescheinigt der polnischen Demokratiebewegung: "Solidarnosc trug den Keim künftiger Entwicklungen in sich. Sie wurde zum Pionier einer neuen Politik in Osteuropa (und nicht nur dort), einer Politik der gesellschaftlichen Selbstorganisation, mit dem Ziel, die Transition weg vom Kommunismus in Gang zu bringen. Die Akteure, Formen und Themen in Polen 1980-1981 unterschieden sich fundamental von allem, was zwischen 1949 und 1979 in Osteuropa aufgetreten war. Und in dieser Hinsicht kündigten sich jene an, die 1989 in ganz Osteuropa auf der Bühne erschienen." (Garton Ash 1990, S. 454)

Die Abwehrmuster vieler deutscher Intellektueller, wie sie bereits gegenüber Solschenizyns Achipel Gulag 1974 zutage traten, wiederholten sich auch gegenüber der Solidarnosc und den anderen osteuropäischen Bürgerbewegungen. Desinteresse und Ignoranz und die latente Wirkkraft klassischer Denkfiguren der Linken blockierten den Blick dafür und die Erkenntnis, daß die polnische Demokratiebewegung den Anfang vom Ende des Kommunismus eingeläutet hatte. Die Bürger in Osteuropa kämpften bis 1989 nicht nur für Bürgerrechte, sondern auch für Eigentumsrechte. Sie wollten politische und wirtschaftliche Freiheit. Es ging ihnen um ihre intellektuelle und finanzielle Unabhängigkeit. Sie wollten Demokratie und Kapitalismus, weder einen Dritten Weg noch einen 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz'; sie trachteten danach, sich gänzlich vom realexistierenden und ideologischen Kommunismus zu befreien. Darauf reagierte das linksliberale Milieu in Deutschland mit einiger Reserviertheit. Standen doch damit traditionsreiche Denkfiguren zur Disposition, die offen oder latent den intellektuellen Diskurs im eigenen Lande und

den Blick ‘nach drüben’ prägten: ein gerüttelt Maß an Mißtrauen in die sog. ‘bürgerliche Demokratie’, gepaart mit einem Antikapitalismus, der zuweilen mutmaßt, Demokratie und Kapitalismus schlössen sich aus. Ärgerlich für viele Intellektuelle war zudem die dezidiert antikommunistische Stoßrichtung der osteuropäischen Bürgerbewegung, die – einem Reflex gleich – die traditionsreiche anti-antikommunistische Verteidigungshaltung provozierte. Es sollte – im Unterschied zu Frankreich – noch Jahre dauern, bis die Konstellation dieser Denkfiguren zögerlich in Erosion geriet. Auch nach dem realen Zusammenbruch des Kommunismus scheinen sie noch viele Köpfe zu bevölkern; der Fall des ‘antifaschistischen Schutzwalls’ hat die zählebigen ideologischen Mauern nur zu gewissen Teilen einreißen können.

5.4. Pariser ‘Solidarität mit Solidarnosc’

In Frankreich hatten die politisch-intellektuellen Verwerfungen seit Mitte der 70er Jahre ein anderes Klima für die Entwicklungen in Osteuropa bereitet. Die Präsenz der Emigranten aus der Sowjetunion, Ungarn (besonders nach 1956), Polen und der CSFR (hier v.a. die Emigrationswelle nach 1968) und ihrer Exilzeitschriften hatte über die Jahre die Wahrnehmung für die Ereignisse jenseits des Eisernen Vorhangs geschärft. Im Pariser Denkraum waren die Intellektuellen aus Osteuropa leibhaftig und mental anwesend; ihre Analysen und Prognosen waren Bestandteil öffentlicher Debatten. Nach dem Gulag-Schock und der daraus entstandenen antitotalitären Welle verfolgte man die Entwicklung in Polen mit großem Interesse. Im Zuge der ideologischen Erschütterungen der letzten Jahre hatten viele Intellektuelle vom Marxismus und klassischen linken Denktraditionen Abschied genommen. Ihr Kritik am Totalitarismus war verbunden mit einem wachsamem und neugierigen Blick auf die Krisenentwicklungen in Osteuropa, für deren Wahrnehmung sie sich geöffnet hatten. Im Zentrum der Debatten standen Demokratie und Menschenrechte – ein regelrechter Aufschwung der Demokratietheorie war zu beobachten – und die Idee der zivilen Gesellschaft, deren Verwirklichung man nicht mehr auf die westliche Hemisphäre beschränkte. Vor diesem Hintergrund versteht sich, warum den osteuropäischen Bürgerbewegungen und Dissidenten in Paris solch große Beachtung und Sympathie entgegengebracht wurde. Die tschechische Charta ‘77 wurde nach Kräften unterstützt, zu

Zeiten des 'Polnischen Sommer' entstanden unzählige Solidaritätskomitees für die Solidarnosc. Am Tag nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 organisierten u.a. Cornelius Castoriadis, Edgar Morin, Claude Lefort, Jean-Marie Domenach, Pierre Rosanvallon, Jorge Semprun, Jacques Julliard, François Furet, Bernard Kouchner, André Glucksmann, Michel Foucault und der Sänger Yves Montand eine Demonstration. In den folgenden Tagen wurden zahlreiche Petitionen gegen die Verhängung des Kriegsrechts verfaßt, Aufrufe und Protestresolutionen füllten die Titelseiten der Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen wurde heftig debattiert und die sozialistische Regierung für ihre Zusammenarbeit mit den Kommunisten attackiert. Eine Solidaritätswelle ging durchs Land, initiiert von Schriftstellern, Künstlern, Professoren des Collège de France und der Ecole des Hautes Etudes en sciences sociales, die auch von der sozialistischen Gewerkschaft CFDT mitgetragen wurde. Am 25. Dezember erschien eine scharfe Protesterklärung, die 4000 Intellektuelle und Wissenschaftler unterzeichnet hatten. Angesichts dieser Krise in Polen "gebärdeten sich die Intellektuellen so, als wären sie diesmal bereit, für Danzig zu sterben." (Altwegg 1998, S. 120) Altwegg sieht darin allerdings auch eine Tendenz, zumindest rhetorisch gegen den sowjetischen Totalitarismus jenen Widerstand zu leisten, den Frankreich 1940 nicht geleistet hatte. Das Stichwort der Stunde hieß 'München'. Heftig wurde in dieser Zeit die deutsche Friedensbewegung von den französischen Intellektuellen kritisiert, was ihre deutschen Kollegen ihnen besonders verübelten.

"L'impact du Goulag, le combat de la dissidence pour les droits de l'homme et le réveil des sociétés qu'annonce en 1980 le mouvement Solidarnosc en Pologne préparent les retrouvailles des intellectuels français avec ceux de l'autre Europe': autour de la résistance au totalitarisme, de la renaissance de la société civile et de l'idée européenne. L'effet Kundera dans les années 80 parachève l'effet Solschenizyn des années 70: derrière les fissures puis la décomposition du totalitarisme soviétique, on redécouvre l'Europe centrale comme 'Occident kidnappé. C'est aussi grâce à la dissidence que l'intelligentsia française redécouvre les 'chemins de la liberté' et de l'idée européenne", konstatiert der aus Prag nach Paris emigrierte Politologe Jacques Rupnik. (Julliard/Winock 1996, S. 364f.)

Milan Kundera, 1929 in Brno (CSSR) geboren, trat kurz nach Kriegsende in die KP ein, die ihn 1948 ausschloß. Nach dem Krieg schlug er sich als Student, Arbeiter und Jazzmu-

siker durch, bevor er sich der Literatur zuwandte. Sein Roman 'Der Scherz' (1967) repräsentierte fast modellhaft den Aufbruch der tschechischen Literatur und die Freiheitsbestrebungen der Intellektuellen auf dem Wege zum Prager Frühling. Nach dem sowjetischen Einmarsch wurden seine Werke verboten. Bis 1970 war er Professor am Prager Institut für Filmwissenschaft, bis er seines Amtes enthoben wurde; 1975 ging er ins Pariser Exil. Obwohl er vehement die Autonomie der Kunst gegenüber jeglicher politischer Instrumentalisierung verteidigte, setzte er sich in seinen Werken mit dem Widerstand des Individuums gegenüber totalitären Strukturen und Denkweisen und gleichermaßen mit deren Verlockungen auseinander. Immer wieder beleuchtete er die ideologischen Verstrickungen von Intellektuellen, ihr Pendeln zwischen politischem Engagement und angestrebter Unabhängigkeit. Im 'Buch vom Lachen und Vergessen' legt er seinem Romanheld die Worte in den Mund: "Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen." (Kundera 1992, S. 10) Seine Interventionen verstand Kundera eher als literarische denn als politische. In Frankreich wurde das Werk des Exiltschechen, der sich darin auch mit der eigenen intellektuellen Verführbarkeit auseinandersetzt, begeistert aufgenommen. Bei den Pariser Intellektuellen machte insbesondere sein 1983 in der Pariser Revue *Le Débat* erschienenes Essay 'Un Occident kidnappé ou la Tragédie de l'Europe centrale' Furore. In seiner leidenschaftlichen Verteidigung Zentraleuropas – nämlich Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen – erinnert er an die kulturellen Traditionen jenes Hortes kleiner Nationen, die zwischen dem Westen und Osten eingeklemmt sind. "Jenes Europa, das ich zentral nenne, empfindet die Wende seines Schicksals nach 1945 nicht allein als politische Katastrophe, sondern als Infragestellung seiner Zivilisation. Der tiefere Sinn seines Widerstands liegt in der Verteidigung seiner Identität, oder, anders gesagt: Es handelt sich um die Verteidigung seiner 'Westlichkeit'". (Kundera 1984, S. 46) Kulturell gehörten diese Nationen immer zum Westen, politisch wurden sie nach Kriegsende dem Osten zugerechnet. Europa habe aber den Verlust seines wichtigen kulturellen Zentrums nicht bemerkt, weil es seine Einheit nicht mehr als kulturelle begreife, schlußfolgert Kundera.

Er löste mit diesem Essay eine grundsätzliche Debatte über das europäische Selbstverständnis und die Legitimität der Jalta-Ordnung, die Europa in eine westliche und östliche Hemisphäre gespalten hatte, aus, die den bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Kom-

munismus eine neue Dimension eröffnete. Der Streit darüber wurde in Paris bis zum endgültigen Zusammenbruch des Kommunismus 1989 fortgesetzt.

5.5. 1989: Geteilte Freude nach dem Sieg der Demokratie und des Kapitalismus

”Das außerordentliche Ereignis, das wir heute gegenwärtig miterleben, ist, daß wir 1917 beerdigen unter der Fahne von 1789”, kommentierte der französische Historiker François Furet die Revolutionen in Ostmitteleuropa und der ehemaligen DDR, die den Kommunismus friedlich beerdigt hatten. (Furet 1989, S. 626)

Die Demokratie und die Freiheit hatten 1989/90 in Ostmitteleuropa gesiegt, und mit dem Fall der Berliner Mauer war das Ende der Jalta-Ordnung besiegelt worden. Die Bevölkerungen, die in ihren Ländern die regierenden Kommunisten gestürzt hatten, jubelten dieses Ereignis, und die Berliner gerieten in einen Freudentaumel. Die politische Klasse in Deutschland, aber auch in den westeuropäischen Nachbarstaaten schien atemlos und irritiert, angesichts dieser von ihr nicht vorhergesehenen rasanten Entwicklung in der östlichen Hälfte Europas. In den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, der mit seiner Perestroika den Kommunismus reformieren und gleichzeitig retten wollte, setzte man lange Zeit – bis zum endgültigen Zerfall der Sowjetunion – größeres Vertrauen als in die teils aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen neuen Regierungen in Ostmitteleuropa. Liebgewonnene politische Orientierungen und Handlungsmaximen der westlichen Diplomatie waren mit dem Sturz der kommunistischen Regimes verloren gegangen. Ihrer alten Verhandlungspartner verlustig geworden, hatten viele westliche Politiker erhebliche Mühen, sich in der neuen politischen Unübersichtlichkeit zurechtzufinden.

Dem ”Bürgerfrühling”, wie der britische Historiker und jahrelange Chronist der Umbrüche in Ostmitteleuropa Garton Ash das Jahr 1989 nennt (vgl. Garton Ash 1990, S.468), begegnete man mit größter Vorsicht. Auf einem Hamburger Symposium im Dezember 1989 zum Thema ‘Ende des Kommunismus – und was nun?’, an dem u.a. Egon Bahr, Willy Brandt, Daniel Bell, Marion Gräfin Dönhoff, Henry Kissinger, Helmut Schmidt und George Soros teilnahmen, setzte sich Bronislaw Geremek mit der skeptischen Haltung des Westens auseinander. Der Historiker war damals Vorsitzender der Solidarnosc-Fraktion

im polnischen Parlament: "Wir erleben gegenwärtig eine Zeit, in der man nicht in Kategorien denken darf, die ausschließlich an der alten Vorstellungswelt der früheren Organisationsformen anknüpfen... Das Verschwinden des Kommunismus ist nicht einfach ein Sieg des Kapitalismus. Man kann dies nicht als Konflikt zwischen den beiden Systemen verstehen. Es ist die Rückkehr zur Freiheit in Mitteleuropa, der Sieg der Freiheit über totalitäre Erscheinungsformen. Bei den im Westen angestellten Überlegungen über Mitteleuropa hat man sehr häufig versucht, die imperialen Empfindlichkeiten zu respektieren und zu beachten, anstatt die internationale Sicherheit im Auge zu behalten. Man hat vielleicht eher darauf geachtet, den Stolz der Imperien zu berücksichtigen, als an die Sicherheit der ganzen Welt oder an die Europas zu denken. Aber man kann aus Jalta nicht herausfinden, wenn man die Herrschaftssphären unberührt läßt. 'Aus Jalta herausfinden' bedeutet, jene Denkweise hinter sich zu lassen, die sich in Herrschaftskategorien ausdrückt. Denn gerade in solchen Herrschaftszonen liegt weiterhin ein Destabilisierungsfaktor." (Geremek 1989, S. 11)

Ende 1989 bis Anfang 1990 hatte *DIE ZEIT* eine Umfrage unter 35 Wissenschaftlern und Schriftstellern gemacht und sie nach ihren Hoffnungen und Wünschen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus befragt. Beantwortet werden sollten drei Fragen: 1. McDonald's eröffnet 1990 zwei Schnellrestaurants in Moskau. Hat der Kapitalismus den Sozialismus besiegt? 2. Was wird dieser Sieg die Welt kosten? 3. Was kommt danach? Die Mehrheit der Befragten hielt am Begriff und dem Anliegen des Sozialismus fest (vgl. Greiner 1990, S. 37). Die Schriftstellerin Luise Rinser konstatierte, die rote Fahne des Sozialismus wehe weiter, wenn auch auf Halbmast: "Der Sozialismus ist nicht am Ende, im Gegenteil: Er steht am Anfang. Wir haben ihn erst zu lernen, wie wir auch das Christentum erst lernen müssen. Der Sozialismus ist unser Weg. Wer nicht mitgeht, wer nicht mitliebt, schließt sich aus von der Teilhabe an der Höherentwicklung der Menschheit. Die Politik der Zukunft wird eine sozialistische sein – oder es gibt keine Zukunft mehr." (Rinser 1989, S. 56)

Der Rechtswissenschaftler Ulrich K. Preuss schlug moderatere Töne an, gleichwohl verteidigte er die Utopie des Sozialismus. Der Sozialismus beruhe auf der Idee der wechselseitigen geistigen und moralischen Vervollkommnung der Gesellschaft und ihrer Mitglieder und verlange von den Individuen nichts Geringeres als die kognitiven und moralischen Anstrengungen einer kollektiven gesellschaftlichen Vernunft. Der Kapitalis-

mus dagegen verlange nicht mehr, als daß jedes Individuum mit Geschick und Klugheit seine eigenen Interessen verfolge. Bemerkenswert ist an Preuss' Einlassung seine Gegenüberstellung von Sozialismus und Kapitalismus; man fragt sich, wo der Autor die Demokratie verortet. Sein Fazit Ende 1989 lautete: "Weitere vierzig Jahre realer Sozialismus in Europa hätte diese Utopie vermutlich nicht überleben können. Nun, da er seine institutionelle Verbindung mit der Staatsmacht aufzuheben beginnt, kann sich die Phantasie der Menschen endlich darauf richten, seiner Verheißung ein wenig näher zu kommen. Ohne sie siegt der Kapitalismus sich und uns zu Tode." (Preuss 1989, S. 78)

Eine der wenigen Ausnahmen im Tenor dieser Intellektuellenumfrage war die Stimme des Schriftstellers Andrzej Szczypiorski. Er hatte die nationalsozialistische Herrschaft 1944 im Konzentrationslager am eigenen Leib erfahren und gehörte schon früh der demokratischen Opposition im kommunistischen Polen an. Der Sehnsucht westlicher Intellektuellen nach Utopien und den Verheißungen eines Sozialismus hielt er entgegen: "So bringt das Ende der europäischen Illusionen, zu denen einst auch der Kommunismus zählte, heute eine Krise der rationalen Einstellungen hervor. Das sind die moralischen und intellektuellen Kosten für das Begräbnis einer erhabenen, aber in ihren Konsequenzen schrecklichen Ideologie, die hundert Jahre lang viele Geister verführt hat. Die Krise des Rationalismus jedoch ist besser und menschenwürdiger als die Hekatomben der Opfer, die der Kommunismus auf seinem historischen Wege im Verlauf der vielen Jahrzehnte seiner totalitären Blüte und autoritären Agonie begraben hat." (Szczypiorski 1989, S. 67)

Der britische Historiker Tony Judt wies 1992 in seinem Aufsatz 'Myth and Memory in the Postwar Europe' darauf hin, in welcher Weise die Realpolitik, wie sie bis 1989 auf der Tagesordnung stand, und die Haltung vieler Intellektueller gegenüber Osteuropa bis zu diesem einschneidenden Datum sehr schnell der Verdrängung anheimfiel:

"Western Europe is already afloat in a sea of mis-memories about its own pre-1989 attitude towards communism. Whatever they now say, the architects and advocates of a unified Europe à la Maastricht never wanted to include a whole group of have-not nations from the East... In a like manner, the non-Communist European Left is already forgetting just how very defensive it had been for the previous two decades on the subject of Soviet rule. Between Willy Brandt's Ostpolitik and the fantasies of the extreme disarmers, the Western Left not only discouraged criticism of the Communist regimes but was often quite energetic in their defense, especially in the later Brezhnev era. Even now there are suggestions of an

attempt to cast perestroika as the missed occasion for a renewal and rebirth of the Communist project, with Gorbachev as the would-be Bukharin of a different road to socialism.” (Judt 1992a, S. 110)

Nach dem Fall der Mauer feierte die deutsche Bevölkerung den Niedergang des SED-Regimes und das Ende der Teilung; viele Intellektuelle gerieten jedoch nach der anfänglichen freudigen Überraschung alsbald in skeptisches Grübeln. Spätestens nachdem in Ostdeutschland aus der Parole ‘Wir sind das Volk’ jene des ‘Wir sind ein Volk’ geworden war, begann man im linksliberalen Milieu, dem ‘großen Lümmel’ zu mißtrauen. Die immer wieder aufscheinende Skepsis gegenüber der Demokratie kam auch in dieser Situation zum tragen: ‘Sind die Deutschen tatsächlich reif genug für die Wiedervereinigung?’ wurde gefragt. Günter Grass mahnte, die Wiedervereinigung verbiete sich, da die deutsche Teilung das Signum der Strafe für Auschwitz sei. (Vgl. Kap. 6.1 zum Historikerstreit) Von ‘Anschluß’ und später, anlässlich der Verfolgung der Straftaten in der ehemaligen DDR, von ‘Siegerjustiz’ war die Rede; ein DM-Nationalismus (Habermas) hätte sich Bahn gebrochen. Zumindest zwei Seiten hatten nach diesem Epochenbruch verloren: die Kommunisten ihre Macht und die linksliberalen Intellektuellen ihre Projektionsfläche.

Widerstrebend bäugte man die näher gerückten Nachbarn aus dem Osten und erst recht die ‘Brüder und Schwestern’, die die Mauer den Westdeutschen vom Leibe gehalten hatte. Der Gier dieser neuen Nachbarn nach den lange ersehnten westlich-kapitalistischen Errungenschaften begegnete eine eigentümliche Nostalgie im linksliberalen westdeutschen Milieu für die Errungenschaften des realexistierenden Sozialismus: das staatlich garantierte Recht auf Arbeit und die vermeintliche Vollbeschäftigung, die staatliche Rundumfürsorge für die Kinder, die hohe Erwerbsquote der Frauen usf. Auf dem Tapet stand plötzlich wieder die alte Frage ‘Freiheit oder soziale Gerechtigkeit?’ Nicht der Sieg der Demokratie wurde gefeiert, sondern die Sorge um den Sieg des Kapitalismus machte sich breit.

Der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus 1989 hatte in der westdeutschen Linken und Teilen des linksliberalen Milieus keineswegs einen Bruch mit alten Denkgewohnheiten und -figuren erzeugt. Ein traditionsreicher Anti-Antikommunismus kam spätestens wieder zum Tragen, als man Milde für die politisch Verantwortlichen des alten kommunistischen Regimes forderte. Dessen Tätern stand man zeitweise näher als den Opfern. (Vgl. dazu Ackermann 1992a, S. 418ff.)

Die erstaunlichen Wahlerfolge der SED-Nachfolgepartei PDS belegten später, daß die Nostalgie hinsichtlich der kommunistischen Zeiten auch in der ostdeutschen Bevölkerung Raum griff. Der ehemalige Offizier der Staatsicherheit Peter Romanowski brachte diese Haltung zehn Jahre später folgendermaßen auf den Punkt: "Das Menschliche in der DDR ist mit dem Mauerfall zugrunde gegangen." (Spiegel Nr. 10/8.3.1999)

Angesichts des Zusammenbruchs des Kommunismus und des Endes der DDR hätte die Chance bestanden, eine grundlegende Auseinandersetzung über das Besondere der deutschen nationalen Biographie zu führen, denn zwei totalitäre Regimes waren ihr eigen. Hatte die Verarbeitung der Erfahrungen des nationalsozialistischen Totalitarismus zumindest in Westdeutschland weitgehend stattgefunden, so wurde dies bis 1989 im östlichen Teil eher vereitelt. Der antifaschistische Gründungsmythos der DDR war bis zu ihrem Ende wirksam und diente letztlich der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Mit dem Fall der Mauer trafen die unterschiedlichen Weisen des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit aufeinander. Die westdeutsche und ostdeutsche Öffentlichkeit war nun darüber hinaus mit dem zweiten totalitären Erbe konfrontiert, den Erfahrungen unter dem kommunistischen Regime der DDR, die bis 1989 von der Bundesrepublik anerkannt und geduldet worden war. Der Unwille, sich darüber eingehend auseinanderzusetzen mündete alsbald in der Forderung nach dem Schluß der Debatte über die jüngste deutsche kommunistische Vergangenheit. Der Verweis auf 1945, als einziges und eigentliches Datum des Bruchs in der deutschen Geschichte – der die Deutschen dank der Alliierten vom Nationalsozialismus befreite und den Weg der Demokratie ermöglichte – verstellte den Blick darauf, das Jahr 1989 als historischen Bruch zu begreifen, als einen Einschnitt, der letztlich das Ende der Nachkriegsordnung markierte.

Auch nach 1989 blieb das Faktum der deutschen Teilung als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs häufig mit einer ideologischen Denkfigur verquickt: nämlich die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz anzusehen. Die vorgetragenen Vorbehalte gegenüber der Wiedervereinigung hatten hauptsächlich darin ihren Ursprung. Symptomatisch für Bedenken dieser Art, die vornehmlich im linksliberalen Milieu geäußert wurden, scheint Lothar Baiers Position zu sein, selbst in dieser zugespitzten Form. Unter der Überschrift 'Contre la réunification' erschien Baiers Einlassung 1990 in der Pariser Zeitschrift *Esprit*:

”On a maintenant l’impression que la querelle des historiens, débutée en Allemagne en 1986, n’a été que le prélude intellectuel à l’éviction massive du passé qui s’accompli dans les rues allemandes et qui s’exprime par une fureur réunificatrice inconsciente. Tandis que les auteurs des crimes s’unissent dans la joie et mettent en commun leurs richesses pour faire régner bonheur et bien-être, dans leur pauvre riche pays, leur victimes sont condamnées à tenir silencieusement éveillé en eux le souvenir de ceux qui furent assassinés: les juifs, les Polonais, les peuples des Balkans et bien d’autres. Le bonheur de la réunification allemande les tue une nouvelle fois. Réunification: solution finale de la question du passé allemand: congé donné à la justice.” (Baier 1990, S. 68, Hervorhebung U.A.)⁹⁹

99 Der Beitrag Baiers erschien zu einem Zeitpunkt, als in Frankreich von rechts wie links Befürchtungen über ein ”Viertes Reich” laut wurden und antideutsche Affekte mit dem Verweis auf eine zu befürchtende Hegemonie des wiedervereinigten Deutschlands mobilisiert wurden.

6. 'Weltanschauung' von links

6.1. Die Erbschaft des Deutschen Historikerstreits 1986: Links und rechts im Gefecht um die Singularität

"Vergangenheit, die nicht vergehen will" war der Titel eines Textes, den der Berliner Historiker Ernst Nolte am 6. Juni 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlichte. Vorgesehen war er als Vortrag bei den alljährlichen Frankfurter Römerberg-Gesprächen und führte nach Bekanntwerden zu Noltens Ausladung. Der Text sollte der Anstoß für den fast zweijährigen deutschen Historiker-Streit sein, eine leidenschaftlich und polemisch geführte Kontroverse über die Frage der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung und das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Bereits in früheren seiner Arbeiten erlag Nolte dem Versuch, die NS-Verbrechen zu relativieren. In einem 1980 erschienenen Text betont er zwar, "Die Gewalttaten des Dritten Reiches sind singular." Einige Seiten weiter heißt es dann jedoch: "Auschwitz resultiert nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer 'Völkermord', sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution. Diese Kopie war um vieles irrationaler als das frühere Original (denn es war einfach eine Wahnvorstellung, daß 'die Juden' jemals die Vernichtung des deutschen Bürgertums oder gar des deutschen Volkes gewollt hätten)... Sie war entsetzlicher als das Original, weil sie die Menschenvernichtung auf eine quasi industrielle Weise betrieb... Doch all dies begründet zwar Singularität, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die sogenannte Judenvernichtung des Dritten Reiches eine Reaktion oder verzerrte Kopie und nicht ein erster Akt oder das Original war." (Nolte, 1980, S. 33) In dem oben erwähnten Schlüsseltext zur Historiker-Debatte fragt Nolte dann: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der Archipel GULag ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?" (Nolte, 1987, S.45)

Ein Sturm der Entrüstung brach los. Jürgen Habermas, Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen, Christian Meier und zahlreiche linksliberale Historiker verwahrten sich aufs

Heftigste in ihren Debattenbeiträgen gegen diesen Versuch einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Nachdem der (damalige) Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Joachim Fest – er veröffentlichte in seinem Blatt die ‘ungehaltene’ Rede – und der Historiker Michael Stürmer Nolte gegenüber seinen ‘linken’ Kritikern verteidigten und sich Andreas Hillgruber sowie Klaus Hildebrand von rechts in die Debatte einmischten, entstand ein regelrechter Lagerkampf der politischen Gesinnungen. Es ging im Verlauf dieser Kontroverse immer weniger um die Vergangenheit als vielmehr um die Gegenwart und Zukunft des politischen Selbstverständnisses der alten Bundesrepublik.

6.2. Die Instrumentalisierung von Auschwitz

Eine ”kleine ‘Kulturrevolution’ von rechts” finde statt, um im ”begriffspolitische (n) Kampf um die kulturelle Hegemonie” (Wehler 1988, S. 199) zu siegen, so der Historiker Hans-Ulrich Wehler. Der ”nationalapologetische Revisionismus” (a.a.O., S. 197) eines Nolte und Hillgrubers gehe einher mit einer ”zielbewußten neokonservativen Machtpolitik” (Wehler). Mit nationalen Denkmälern, dem geplanten Deutschen Historischen Museum und dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik solle eine nationale Identität gestiftet werden, die die deutsche Vergangenheit von den NS-Verbrechen entsorgen wolle. Hans Mommsen zeichnete Michael Stürmer als den ”selbsternannten Ideologen der ‘Wende’” (Mommsen 1987, S. 187) aus, und Jürgen Habermas attestierte ihm eine ”deutsch-national eingefärbte Nato-Philosophie” (Habermas 1987, S. 75). Leidenschaftlich und dramatisch zugleich hielt der Sozialphilosoph dieser ”Wendepolitik” den ”Verfassungspatriotismus” entgegen: ”Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können. Wer uns mit einer Floskel wie ”Schuldbesessenheit” (Stürmer und Oppenheimer) die Schamröte über dieses Faktum austreiben will, wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzig verlässliche Basis unserer Bindung an den Westen.” (Habermas 1987, S.75f.)

Wie so häufig in deutschen Debatten formierten sich die Gesinnungslager in altbewährter manichäischer Weise – Zwischentöne wurden gerne überhört. Hier die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* als Plattform und Botin der neokonservativen Wende, dort die *ZEIT*, die *Frankfurter Rundschau* oder die *Süddeutsche Zeitung*, die den linksliberalen Nolte-Kritikern ein Forum boten. Der *SPIEGEL* exponierte sich durch seinen Chefredakteur, der "Die neue Auschwitz-Lüge" (Augstein 1987, S. 196) geißelte.

Seltsam aufgeregt und dramatisch verlief die Debatte 1986, war tatsächlich die Republik in Gefahr? Ein merkwürdiges Mißtrauen in das demokratische Bewußtsein der Bürger der damaligen Bundesrepublik scheint bei Relektüre dieser Debatte durch. Sie wirkt zuweilen geradezu gespenstisch, wenn man sich vor Augen führt, daß drei Jahre später die Wiedervereinigung auf der politischen Tagesordnung stand. Dramatisch mutet auch noch die Stimme eines Siegers, ein Jahr nach dem großen Streit, an: "Die von Nolte, Hillgruber und Stürmer zusammen mit ihren Verbündeten in einer breiten Öffentlichkeit vorangetriebene politische und wissenschaftliche Offensive, die aus unterschiedlichen Interessen und Gründen das gemeinsame Ziel der Revision eines zuverlässig fundamentierten Geschichtsbilds verfolgte, hat viel Unheil angerichtet... (Sie hat) im wissenschaftlichen Bereich dem Ansehen der Historie als einer streng reflektierenden, empirischen Wissenschaft ganz so geschadet wie im politischen Bereich dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland." (Wehler 1988, S. 197) Letztlich demonstrierte jedoch "die politische Kritik an dem nationalapologetischen Revisionismus eine durchschlagende Überzeugungskraft." (Wehler 1988, S.197) Der Historiker gesteht hier zumindest ein, daß "Geschichtspolitik" in dieser Kontroverse nicht nur von neokonservativer Seite erfolgte. Kritische, linksliberale Historiker und Sozialphilosophen haben auch Politik betrieben. Die auf Nolte und seine Verteidiger gemünzte Einlassung – "Hauptsächlich ist es vielmehr ein durch und durch politischer Kampf um das Selbstverständnis der Bundesrepublik, um das politische Bewußtsein ihrer Bürger... Mit beiden Komplexen (d.i. geschichtswissenschaftliche Probleme und wissenschaftstheoretische Grundlagen) sind unzweideutig politische Intentionen und ideologische Absichten aufs engste verknüpft." (Wehler 1988, S. 10) – traf auf die Kritiker in eben solchem Maße zu. Der Historiker Karl Dietrich Bracher kommentierte damals: "In Wahrheit kollidieren in der Kontroverse, die in allzu politisierten und personalisierten Formen geführt wird, nicht zuletzt zwei modische Strömungen zeitgeschichtlicher Betrachtungsweisen: eine gesellschaftskritische

und eine nationalidentitäre, die jeweils zugleich 'revisionistisch' der bisherigen, älteren Zeitgeschichte gegenüberstehen." (Bracher 1987a, S.4) In einem Leserbrief in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* merkte er an, die Debatte über die Vergleichbarkeit von nationalsozialistischer und kommunistischer Massenmordpolitik enthalte wissenschaftlich nichts wirklich Neues; fast alle Fakten und Argumente seien in den vierziger und fünfziger Jahren erörtert worden. "Diese Einsichten sind freilich fatalerweise durch die Tabuisierung des Totalitarismusbegriffs und die Inflationierung der Faschismusformel (an der übrigens sowohl Ernst Nolte wie Jürgen Habermas seinerzeit nicht ganz unschuldig waren) in den letzten zwei Jahrzehnten weitgehend verdrängt worden. Denn mit der Ächtung des Totalitarismusbegriffs wurde das Gemeinsame rechts- und linksdiktatorischer Unterdrückungssysteme ausgeblendet, und der Gebrauch des Wortes als antikommunistisch verdächtigt, mit den gängigen Faschismustheorien zugleich die zentrale Bedeutung der nationalsozialistischen Rassenideologie und -politik unterbewertet." (Bracher 1987a, S. 113)

Äußerst bemerkenswert an dem großen Streit ist die Ignoranz bzw. Abwehr, die die Kritiker einer zentralen Textpassage Noltés entgegenbrachten. Er rührt darin an einem Tabu, das während der ganzen Debatte virulent blieb: "Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord 'gerechtfertigt' werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den *einen* Mord und den *einen* Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist." Der letzte Halbsatz bot den Kritikern offensichtlich die Rechtfertigung, den ersten Teil dieser Einlassung zu ignorieren. Einzig der Münchner Historiker Christian Meier – aus dem Lager der Kritiker – griff dieses Nolte-Argument positiv auf: "Es ist zu hoffen, daß Noltés Anregung, die verschiedenen millionenfachen Morde dieses Jahrhunderts sich stärker bewußt zu halten, Früchte trägt. Sucht man sich darüber – wie über die Rolle des Massenmordes in der Geschichte überhaupt – zu orientieren, so ist man überrascht, wie schwierig das ist. Hier liegt offenbar ein Forschungsdesiderat vor. Man wird, indem man diesen Fragen nachgeht, vermutlich die Besonderheit unseres Jahrhunderts – und gewisse Zusammenhänge zwischen seinen 'Liquidationen' – genauer erkennen. Aber Noltés Hoffnung, durch Hinweis auf die verschiedenen anderen millionenfachen Morde das Bedrängende an unserer NS-Vergangenheit abarbeiten zu können, wird gewiß nicht in Erfüllung gehen. Will man,

wofür vieles spricht, die nationalsozialistische Vergangenheit daran hindern, negativer Mythos vom absolut Bösen zu werden oder zu bleiben, so wird man andere Wege gehen müssen.“ (Meier 1987, S. 266)

Voraussetzung dieses ”negativen Mythos vom absolut Bösen“ ist jedoch die Ausblendung bzw. Verharmlosung der Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden. In der Figur des Antifaschismus gerät dies bis zum heutigen Tag zur identitätsstiftenden Klammer im linken Diskurs. Auch im Historikerstreit verwechselte man beharrlich den historischen Vergleich zweier totalitärer Systeme – der notwendig ist, um ihre Spezifität und Einmaligkeit zu ergründen – mit deren Gleichsetzung. Für eine auf die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute negative deutsche Identität hat das ”abolut Böse“ nur einen Ort: Auschwitz. Eine Identität, die ihre Brüchigkeit ahnt und deshalb diese Ausschließlichkeit um so vehementer verteidigt.¹⁰⁰ Eingebettet in diesen antifaschistischen und postnationalen Konsens drängte sich Hans Mommsen im Historiker-Streit denn auch die Frage auf, ”ob es angemessen ist, den heutigen Kommunismus am moralischen Maßstab der Geschehnisse der 20er und 30er Jahre zu messen und damit pauschal zu verurteilen.“ (Mommsen 1987, S. 185) Nur drei Jahre später verabschiedete sich der Kommunismus von weiten Teilen der Weltbühne und die deutsche Wiedervereinigung stand auf der politischen Tagesordnung.

”Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die deutsche Frage sucht, muß Auschwitz mitdenken. Der Ort des Schreckens, als Beispiel genannt für das bleibende Trauma, schließt einen zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus.“(Zit. n. Winkler 1997, S. 173) In solch beschwörender Manier begegnete Günter Grass der anstehenden Wiedervereinigung Anfang 1990 – die Teilung Deutschlands sollte als ‘Strafe für Auschwitz’ fortbestehen. Dieser ”kausale Nexus“ zwischen der deutschen Zweistaatlichkeit und dem Holocaust war zwar historisch falsch, geschichtspolitisch jedoch äußerst wirksam. Der Berliner Historiker Heinrich August Winkler – selbst im Historiker-Streit Kombattant auf der ”linken“ Seite – sieht rückblickend darin eine spezifisch westdeutsche Entsorgung der deutschen Vergangenheit: ”Der These lag die kaum je offen ausgesprochene Annahme zugrunde, das deutsche Menschheitsverbrechen werde sich durch die Hinnahme der Teilung sühnen lassen. Das Ja zur Teilung als Sühneopfer.“ (Winkler, 1997, S.

100 Vgl. dazu meinen Aufsatz *The Role of German Intellectuals in the Identity debate*, 1995b.

173) Hans Mommsen betonte noch im Verlauf des Historikerstreits: "Für die innenpolitische Profilierung konservativer Positionen gewann die im Alleinvertretungsanspruch kulminierende Pauschablehnung der DDR eine zentrale Bedeutung." (Mommsen 1987, S.161) Die deutsche Frage sei zwar nicht zur Ruhe gekommen. Dies bedeute aber nur, "daß für den gegenwärtig unwahrscheinlichen, oder doch nur schwer voraussehbaren Fall, daß die festgefahrenen Fronten der Supermächte wieder in Bewegung geraten sollten, eine Lösung in föderativer Richtung wesentlich wahrscheinlicher sein dürfte als eine sogenannte 'Wiedervereinigung' im Sinne einer einfachen Angliederung der DDR an die Bundesrepublik, wie man sich dies in den 50er und 60er Jahren überwiegend vorgestellt hat." (Mommsen 1987, S. 318)

Den Einlassungen des spanischen Schriftstellers Jorge Semprun, ein Überlebender von Buchenwald, während der Frankfurter Römerberggespräche – dem Beginn der Historikerdebatte – begegneten die anwesenden Historiker mit großer Skepsis. Verblüffend war seine weise Voraussicht in den Gang der Geschichte. Er sprach von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung und ihrer gleichzeitigen Undenkbarkeit, "wenn sich die historische Perspektive nicht radikal ändert, die Relation von Kräften zwischen Demokratie und Totalitarismus." (Semprun 1986) Er focht für die Wiedervereinigung "als Ergebnis der Demokratisierung Europas – die einzige Revolution, für die es sich lohnt zu kämpfen und nicht als Ergebnis der Fortschritte der Friedensbemühungen, verstanden als Entspannung und Abrüstung." (ebenda) Sein Exkurs zur deutschen Geschichte, zum Hitler-Stalin-Pakt und dem Antifaschismus mündete in einem Appell an die Linke: "Wir müssen den bekannten Satz von Max Horkheimer abwandeln und zwar so: 'Wer aber vom Stalinismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.'" (ebenda) Gegenstand seiner Kritik war eine Linke und ihre "mehr oder weniger gewollte Blindheit gegenüber den sozialen Realitäten des Realsozialismus, wie sie uns die historische Erfahrung zeigt. Besser gesagt, über die Irrealität des Sozialismus sowjetischer Prägung." (Ebenda)

In der Historikerdebatte blieben die Einlassungen des spanischen Ex-Kommunisten weitgehend unerhört. Heinrich August Winkler bildete mit seiner Selbstkritik 10 Jahre nach dem Streit eine rühmliche Ausnahme. Von einer "linken Lebenslüge" spricht er und warnt vor der "chronisch gewordenen politischen Instrumentalisierung des Holocaust". In der deutschen Debatte um Militäreinsätze der Bundeswehr im Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1995 wurde von 'linker' Seite häufig Auschwitz bemüht: "Auschwitz als

Argument, um angesichts eines neuen Völkermords einen pazifistischen deutschen Sonderweg zu legitimieren: Der deutsche Diskurs über Bosnien gibt Anlaß, von einem pathologischen Lernprozeß zu sprechen... Wenn unter Berufung auf die Unvergleichbarkeit der Judenvernichtung andere Staatsverbrechen bis hin zum versuchten Genozid systematisch bagatellisiert werden, ist auch das ein Fall von relativierender Einebnung – eine Instrumentalisierung des Holocaust, die nicht dadurch besser wird, daß sie von ‘links’ kommt.” (Winkler 1996)

6.3 Französischer Historikerstreit 1997

6.3.1. Schwarzbuch des Kommunismus: Pariser Debatten

Der 1997 verstorbene Historiker François Furet – bekannt für seine kritische Auseinandersetzung mit dem Mythos der Französischen Revolution – legte 1995 sein Werk über die Faszination der kommunistischen Idee in diesem Jahrhundert, eine Ideengeschichte der ”totalitären Versuchung” (Jean-François Revel) vor. (*Le Passé d’une illusion. Essai sur l’idée communiste au XXe siècle*, Paris 1995, auf deutsch *Das Ende der Illusion*, München 1996) Es wurde binnen kürzester Zeit in Frankreich ein Bestseller (über 100.000 Exemplare wurden verkauft) und eröffnete aufs Neue die Debatte über die Vergleichbarkeit von Faschismus bzw. Nationalsozialismus und Kommunismus, über die Wechselwirkungen und Bedingungsverhältnisse totalitärer Ideologien und ihrer politischen Folgen. Furet vertritt in seinem Werk die These von der ”konfliktuellen Komplizenschaft” der Nationalsozialisten und der Kommunisten; ihr Verhältnis sei komplementär und von Rivalität gezeichnet. Furet sieht im Kommunismus und Nationalsozialismus zwei feindlich-verwandte Ausgeburten des Ersten Weltkrieges und des bürgerlichen Selbsthasses. Selbst in seiner Jugend vom Kommunismus fasziniert, kündigte er 1954 seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei auf.

Gleich zu Anfang des Werkes findet sich – fürs deutsche Publikum ungewöhnlich und herausfordernd – eine ausführliche Anmerkung des Autors, die Ernst Nolte als Kronzeugen des Historiker-Streits gewidmet ist: ”Seit zwanzig Jahren, vor allem jedoch seit der Auseinandersetzung über die Interpretation des Nationalsozialismus, die im Jahr 1986/7

die deutschen Historiker entzweite, wurde Ernst Noltes Auffassung in Deutschland und im gesamten Westen derart einhellig verdammt, daß sie mir eines besonderen Kommentars würdig erscheint. Ihm kommt unter anderem das Verdienst zu, bereits sehr früh das Verbot eines Vergleichs von Kommunismus und Nazismus durchbrochen zu haben. Dieses Verbot wurde allgemein in Westeuropa...jedoch ganz besonders strikt in Deutschland eingehalten... .In Wahrheit verhindert das Veto gegen solche Ansatzpunkte eine Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus; es entspricht im historischen System der Wirkung, die der Antifaschismus sowjetischer Prägung im politischen System hatte. Indem er die Kritik am Antifaschismus verbietet, verhindert dieser Typus historiographischen Antifaschismus auch das Verständnis des Faschismus. Unter anderem kommt Nolte das Verdienst zu, dieses Tabu gebrochen zu haben.“ (Furet 1996, S. 649f.) ”Schockierend und falsch“ hingegen sind für ihn Noltes Schlußfolgerungen, die in einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen münden. In einem Briefwechsel setzten die beiden Historiker mit solch unterschiedlicher politisch-intellektueller Biographie ihren Diskurs ohne ideologische Scheuklappen und jenseits des hierzulande üblichen Lagerdenkens fort. (Vgl. François Furet/Ernst Nolte, Feindliche Nähe. Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert. Briefwechsel, 1998)

Das pünktlich zum achtzigsten Jahrestag der Oktober-Revolution im Herbst 1997 in Paris erschienene *Livre noir du communisme. Crimes, terreur, repression* (Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin, auf deutsch Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror; mit einem ergänzenden Kapitel von Joachim Gauck u. Ehrhart Neubert ‘Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR’, 1998) liefert das empirische Material für die begonnene Debatte. An Stelle von François Furet, wie es vorgesehen war, schrieb der Herausgeber Stéphane Courtois das Vorwort zu dem Buch. Innerhalb weniger Wochen erklimmte es den ersten Platz der Bestsellerlisten, über 200.000 Exemplare wurden verkauft, abendfüllende Fernsehdebatten waren ihm gewidmet.

Auf rund 900 Seiten liefern die Autoren erstmalig ein umfassendes Kompendium über die Verbrechen, die in diesem Jahrhundert im Namen des Kommunismus begangen wurden. Ihre weltweite Opferbilanz beläuft sich auf 80 bis 100 Millionen Menschen, die mit dem Leben bezahlt haben: durch Genickschuß oder Kampfgas, während der Zwangsarbeit oder der Deportation, in politisch geplanten Hungersnöten und auf Todesmärschen. Oder sie

wurden Opfer des "politicide": nach nationalen und sozialen Kriterien gab Moskau festgelegte Quotierungen für "Klassenfeinde" vor und besorgte so die Auslöschung oder Vertreibung bestimmter Teile der Gesellschaft. Die Historiker – allesamt kommen sie aus der Linken – rekonstruieren auf der Grundlage teils neuen Archivmaterials, daß der Terror ein Grundzug des realexistierenden Kommunismus war und seinen Anfang bereits 1917 genommen hatte.

An der von den Autoren aufgeführten Opferbilanz bestehen in Fachkreisen kaum Zweifel. Der Streit entzündete sich vielmehr daran, ob Nationalsozialismus und Kommunismus in ihren Ideologien und ihrer Gewaltherrschaft vergleichbar seien. Anlaß der Debatte war denn auch hauptsächlich das Vorwort von Stéphane Courtois. Der Herausgeber der Zeitschrift *Communisme* und ehemalige Assistent von Annie Kriegel gilt heute als ausgewiesener französischer Fachmann des Kommunismus. Selbst vier Jahre lang, nach 1968, strammer Berufsrevolutionär in der maoistischen Organisation 'Vive la Révolution' betont er heute: "Hätte die Linke vor 20 oder 30 Jahren Vergangenheitsbewältigung betrieben gegenüber den Verbrechen des Stalinismus, dann könnte Le Pen heute nicht unser Buch für seine Zwecke ausschlachten." (Courtois 1997) In seinem provozierenden Vorwort des Schwarzbuchs plädiert Courtois für den Vergleich von Hitlers "Rassen-Genozid" und Stalins "Klassen-Genozid"; die Gemeinsamkeiten seien größer als die Unterschiede. Er spricht von der verbrecherischen Dimension, "die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war, solange es existierte...Die kommunistischen Regimes haben das Massenverbrechen zu einem wahrhaften Regierungssystem erhoben, um ihre Macht zu begründen." (Courtois 1998, S. 14) In der Analyse dieser Verbrechen verwendet Courtois Begriffe, die er der juristischen und historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus entlehnt. Viele dieser Massenverbrechen entsprächen allen Kriterien der "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wie sie für die Nürnberger Prozesse formuliert wurden. Im Gegensatz zu Le Pen weist er allerdings jegliche Idee eines solchen Prozesses für den Kommunismus zurück (vgl. Lindenberg, *Esprit* 1/98, S. 194). Ebenso widerspricht er Ernst Noltes These, die Hitlerschen Verbrechen seien eine Folge der Stalinschen gewesen, und betont statt dessen die Singularität der Schoa. Gleichzeitig betont Courtois jedoch: "Es geht hier nicht darum, irgendwelche makabren arithmetischen Vergleiche aufzustellen, eine Art doppelte Buchführung des Horrors, eine Hierarchie der Grausamkeit. Die Fakten zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Regime

rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren. Diese einfache Feststellung sollte zumindest zum Nachdenken über die Ähnlichkeit anregen, die zwischen dem NS-Regime, das seit 1945 als das verbrecherischste System des Jahrhunderts angesehen wird, und dem kommunistischen besteht, dessen Legitimität auf internationaler Ebene bis 1991 unangefochten war, das bis heute in bestimmten Ländern die Macht innehat und nach wie vor über Anhänger in der ganzen Welt verfügt.“ (Courtois 1998, S. 27)

Der von ihm im Vorwort favorisierte Vergleich beider Gewaltregime trug Courtois allerdings auch seitens der Koautoren teils heftige Kritik ein.¹⁰¹ Jean-Louis Margolin betonte, im Unterschied zum Nationalsozialismus habe der Stalinismus die ”Ausmerzungen der Klassenfeinde” vorgenommen, nicht jedoch jene von Einzelpersonen oder ganzen Bevölkerungsschichten (*Le Monde* 31.10.1997). Der aus Prag emigrierte Historiker Karel Bartosek – bekannt durch seine Aufdeckung der stalinistischen Vergangenheit Artur Londons (*Les Aveux des Archives: Prague-Paris-Prague*, Paris 1996) – ging auch auf Distanz zu seinem Herausgeber Courtois. ”Die weltweit erste Synthese” der Verbrechen des Kommunismus bewertete er umstandlos positiv, wendete sich aber strikt dagegen, ”die Leiden der Opfer ideologisch und politisch zu betrachten.” Jean-Louis Margolin und Nicolas Werth hielten Courtois entgegen, er stelle die Massenverbrechen in den Mittelpunkt der repressiven Praktiken, die den Kommunismus an der Macht auszeichneten. Sie bezweifelten die im Vorwort angelegte ”Gleichstellung zwischen kommunistischer Doktrin und ihrer Anwendung; damit wird das Verbrechen bis ins Herz der kommunistischen Ideologie zurückgeführt.” (*Le Monde*, 14.11.1997a) Nicolas Werth, dem der umfangreiche Beitrag über die Sowjetunion zu verdanken ist, bedauerte an anderer Stelle, daß das Buch in das politische Spiel geraten sei, ”das war nicht Ziel der beteiligten Historiker.” (*die tageszeitung*, 1.12.1997) Der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus sei legitim, er sei jedoch nicht Gegenstand ihres Buchs gewesen. ”Es gibt eine grundlegende Ähnlichkeit, eine Art harter Kern der Totalitarismen, der ihnen gemeinsam ist. Gleichwohl hatte der Kommunismus von seinem Ursprung her ein Ideal, das in die Irre geführt hat. Deshalb zeichnet ihn eine extreme und konstante Spannung aus,

zwischen den ‘Gefallenen’ des Regimes und seinen ‘orthodoxen’ Genossen. Man hat nie reumütig Bekehrte des Nazismus gesehen, ehemalige militante Nazis, die das System von innen her kritisiert hätten oder es reformieren wollten. Im Nazismus stimmen Doktrin und Realität völlig überein; im Kommunismus fallen sie demgegenüber total auseinander... Es gibt ein zentrales Wort im Kommunismus, das schwerer wiegt als jenes des ‘Verbrechens’, nämlich die ‘Lüge’.” (Nicolas Werth 1998, S. 8) Werth hätte ein Vorwort begrüßt, das einen argumentativen Vergleich zwischen den unterschiedlichen kommunistischen Systemen dieser Welt anstellt, um deren Kontinuitäten, Differenzen und Gemeinsamkeiten nachzugehen.

Im linken Lager brach erwartungsgemäß ein Sturm der Entrüstung los. Auch wenn man die Stalinschen Verbrechen einräumte – so auch der Generalsekretär der französischen KP Robert Hue – geriet die wütende Kritik am Schwarzbuch häufig zu einer Verteidigung der ”guten” Idee des Kommunismus gegenüber seiner pervertierten Praxis. Der ehemalige Chefredakteur der kommunistischen *Humanité* hielt in einer Fernsehsendung Courtois entgegen: ”Am Anfang des Nationalsozialismus war der Haß auf die Menschen, am Anfang des Kommunismus war die Liebe zu den Menschen.” Die Historikerin Lilly Marcou hält in altbewährter antifaschistischer Manier den Opfern des Kommunismus entgegen: ”Die 20 Millionen Toten in der Sowjetunion, die an der Front des Zweiten Weltkriegs starben, die Märtyrer der Résistance und der Partisanenkämpfe in Europa, die Opfer einer ganzen Generation, die siegreich gegen den Faschismus gekämpft haben, kann man sie vergessen? (*Le Monde*, 14.11.1997) Der 88-jährige Schriftsteller Maurice Nadeau, Chefredakteur und Gründer der Zeitschrift *La Quinzaine littéraire*, bezeichnete die Autoren des Schwarzbuchs als Betrüger. ”Der Betrug besteht in dem, was das Autorenkollektiv ‘Kommunismus’ nennt und was genau sein Gegenteil ist.” In gutem Französisch hieße dies ‘Stalinismus’, ‘Maoismus’ oder die Politik der ‘Roten Khmer’. ”Bei wem sind diese ‘Historiker’ in die Schule gegangen? Bei niemand anderem als bei Stalin.” (*La Quinzaine littéraire*, 1.12.1997) Gilles Perrault, ebenfalls Schriftsteller, verknüpfte den Vorwurf des Betrugs mit dem Hinweis auf die humanitäre Dimension des Kommunismus. Die Kommunisten kämpften schließlich für ein Projekt, ”das universelle

101 Das Erscheinen des Buchs stand zeitweilig sogar in Frage, da einige der beteiligten Historiker in Courtois’ Vorwort eine unzulässige politische Überschreitung ihres wissenschaftlichen Anliegens

und befreiende Züge hegte. Daß diese Ideale vom Wege abkamen, ändert nichts an den ursprünglichen Motiven, durch die allein sie sich schon hinreichend vom nationalsozialistischen Gegner unterscheiden." (*Le Monde diplomatique*, 12.12.1997) Perraults Attacke gipfelte in der Forderung nach einem 'Schwarzbuch des Kapitalismus', das die Realität bereits schreibe: "Ganze Bevölkerungen krümmen sich unter der Diktatur der Finanzmärkte."

Sehr häufig wird in der französischen Debatte die Kritik am Schwarzbuch mit der Kritik am Kapitalismus verknüpft, der Antikapitalismus in der Tradition des Antifaschismus fortgeschrieben. (Vgl. auch Annette Wieworka in *Le Monde*, 2.12.1997)

Die meisten der in *Le Monde* erschienenen Debattenbeiträge entsprachen diesem Tenor. Chefredakteur Jean-Marie Colombani warf den Autoren des Schwarzbuchs "ideologische Voreingenommenheit" vor. Selbstbewußt betont er, seine Zeitung habe bereits seit den 40er Jahren alles Relevante zu den Verbrechen des Stalinismus geschrieben, das Schwarzbuch böte an Fakten und Einsichten nichts Neues. Im Editorial plädierte er folgerichtig für das Ende der Debatte. (*Le Monde*, 5.12.1997)

Da in Frankreich die Kommunisten mitregieren, nimmt es nicht Wunder, daß der Streit um die historischen Verbrechen des Kommunismus auch im Parlament hohe Wellen schlug. Der sozialistische Premierminister Lionel Jospin fühlte sich am 12.11.1997 berufen, eine Ehrenerklärung für seinen Koalitionspartner abzugeben: "Die Revolution von 1917 gehört zu den großen Ereignissen unseres Jahrhunderts. Die Sowjetunion, was auch immer man über Stalin meinen kann, war unsere Verbündete gegen Nazideutschland. Ja, der Gulag und der Stalinismus müssen en bloc verurteilt werden, und womöglich haben die französischen Kommunisten dies zu spät getan. Aber für mich hat der Kommunismus zu tun mit der Volksfront, den Kämpfen der Résistance, den Regierungen von 1945 bis 1981. Ich bin stolz, daß der Kommunismus in meiner Regierung vertreten ist." (Zit. n. Delattre, *DIE ZEIT*, 21.11.1997) In seiner Erklärung blieben die Opfer des Stalinismus ebenso unerwähnt wie die Unterstützung des Hitler-Stalin-Paktes seitens der französischen Kommunisten.

Richtet sich die Kritik einiger Mitautoren des Schwarzbuchs vornehmlich gegen Courtois' Vorwort, das ihnen zu politisch-polemisch geraten ist, so attackieren Intellektuelle der
sahen.

orthodoxen Linken das gesamte wissenschaftliche Unterfangen. Im Duktus eines klassischen Antifaschismus sehen sie in dem Werk eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus. Die Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, sind in ihren Augen zeitbedingten Umständen geschuldet. Dessen Ideale und utopischen Gehalte werden weiterhin verteidigt. Der im Vorwort angeführte Vergleich der Verbrechen beider totalitärer Regime wird moralisch und politisch verurteilt und in die Nähe der Argumentation Ernst Noltes oder gar der 'Negationisten', die Auschwitz leugnen, gerückt. In dem Vorschlag, anstelle des vorliegenden Werks sei ein Schwarzbuch des Kapitalismus vonnöten, treffen sich orthodoxe und moderate Linke: auch der moderne Antifaschismus zehrt noch von der sog. Kontinuitätsthese, der Faschismus sei die höchste und entwickeltste Form des Kapitalismus.

Unter den Verteidigern des Schwarzbuchs finden sich – wie die Autoren selbst – viele ehemalige Linke, die vor Jahrzehnten bereits mit ihrer kommunistischen Vergangenheit gebrochen haben. Ihr politisch-intellektuelles Engagement mündete in einer antitotalitären Haltung; der Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus war Bestandteil ihrer Analyse beider totalitärer Regime. In diesem Sinne meldete sich auch Jorge Semprun – wie bereits im deutschen Historikerstreit 1986 – zu Wort. Für ihn ist das Engagement für den Kommunismus bis heute "ein ungeheures scheußliches Geheimnis... Das Rätsel ist, daß der Mythos all diesen Desillusionen und Realitäten so lange standhalten konnte... Warum gibt es bis heute so viele Menschen, nicht nur Intellektuelle, die längst nicht mehr glauben, daß der Kommunismus die Lösung parat hält und die trotzdem sagen: 'Aber schön war's doch'?" (*Süddeutsche Zeitung*, 4.2.1998)

Im groß aufgemachten Sonderteil zum Schwarzbuch in der Tageszeitung *Libération* vom 11.11.1997 betonte Pierre Briancon: "Die Arbeit der Historiker des Livre noir berechtigt zu der Frage, ob Lenin, Stalin und ihre Epigonen zu den großen Verbrechen des Jahrhunderts gehören." Habe sich Lenin der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht, müsse man sich nach Lektüre des Buches fragen. Der Politikwissenschaftler und China-Spezialist Jean-Luc Domenach lobte in der Ausgabe die Arbeit der Historiker als den ersten Versuch, weltweit die Verbrechen des Kommunismus zu dokumentieren. Courtois vertrete die These, die kommunistischen Regime hätten das Massenverbrechen wahrlich zum Regierungssystem erhoben. Das Charakteristische dieser Regimes sieht Domenach aber eher "in ihrer unglaublichen Fähigkeit zu mobilisieren, zu kontrollieren,

zu militarisieren und zu unterdrücken... Die Ideologie und die anfänglichen Intentionen des nationalsozialistischen und kommunistischen Systems unterschieden sich enorm. Aber der Prozeß der Revolution auf beiden Seiten, sein Elan und seine Kontrolle zeitigten unvermeidliche Analogien, obwohl Auschwitz als einmaliges Grauen in der Geschichte des Jahrhunderts übrigbleibt." (*Libération*, 11.11.1997)

Unter dem Titel 'Lenin retten?' verteidigte Laurent Joffrin, Chefredakteur der *Libération*, die These der Schwarzbuch-Autoren, das Verbrechen sei bereits im Herzen des kommunistischen Projekts angelegt. Den Kritikern, die nicht müde werden, in der Debatte die Verbrechen des Kapitalismus zu betonen, hielt er entgegen, mit diesem Hinweis die kommunistischen relativieren zu wollen. "Der Kommunismus an der Macht hatte klar zu identifizierende politische Ziele und Zwecke, vereinigt unter einem Banner, unter ein und derselben Strategie, Ideologie und Organisation. Seine Opfer sind alle bewußt dem Altar derselben Revolution erbracht worden, durch direkte Massaker oder Hungersnöte. Der Kapitalismus ist aber ein ökonomisches System... Es gibt keine kapitalistische Partei, keine kapitalistische Fahne, keine kapitalistische Tscheka. Die 'Verbrechen des Kapitalismus' sind von Liberalen, von Monarchisten, von Radikalsozialisten, von den Nazis, von den Faschisten oder wem auch immer begangen worden." (*Libération*, 17.12.1997)

Die Bolschewiken kombinierten ihre militärische Parteiorganisation mit einem utopischen Projekt der Umwandlung der Gesellschaft, das sie gewaltsam gegen die Gesellschaft durchsetzten, bis hin zum Massaker. Ohne diese brutale Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung hätten die Bolschewiken ihren Plan einer totalen Reorganisation der Gesellschaft nicht ins Werk setzen können. Der Historiker und Politologe Jacques Julliard fragte sich in der Debatte: "Angenommen, der Kommunismus sei von seinem Wesen her gut, während der Nazismus vom Wesen her pervers sei, weswegen ist dann das Verbrechen, das im Namen des Guten begangen wurde, weniger verdammenswert als jenes, das im Namen des Bösen verübt wurde? Warum bedeuten die 25 Millionen Toten des Nazismus dessen Substanz, hingegen die 85 Millionen Toten des Kommunismus nur einen Unfall?" (*Nouvel Observateur*, 20.11.1997) Für Julliard besteht nach wie vor die Aufgabe einer strukturellen Analyse des totalitären Phänomens in diesem Jahrhundert.

André Glucksmann kommentierte: "Heute stellt sich bezüglich des Kommunismus in Europa nicht die Frage nach der Anzahl der Opfer, sondern wie Demokraten so lange der kommunistischen Propaganda aufsitzen konnten. Das eigentliche Problem liegt nicht in der

Vergleichbarkeit der Verbrechen, sondern darin, daß wir es nicht sehen wollten... Diese Kapazität der Lüge ist die eigentliche Originalität des Kommunismus, im Gegensatz zum Nazismus. Im Namen des Guten schloß man die Augen angesichts der Verbrechen des Kommunismus." (*Sud-Ouest Dimanche*, 26.11.1997) Der Politologe Jean-François Revel argumentierte im *Figaro* in ähnlicher Richtung: Die Nazis hätten ihre Absichten nie versteckt, die Kommunisten dagegen Ideale vorgetäuscht. Er sei fast geneigt, "das noch schlimmer zu finden, weil zum Verbrechen auch noch die Lüge kam." (zitiert nach *Focus*, 48/1997)

Bernard-Henri Lévy hob die Notwendigkeit eines Vergleichs beider Totalitarismen hervor und warnte vor dessen Verbot auf Seiten der Linken. "Am Anfang steht das löbliche Bemühen, die Singularität von Auschwitz zu wahren. Und am Ende gibt es ein komisches Ding, das, wenn es nicht mehr zur Geschichte der Menschheit gehört, ins Reich des absoluten Bösen, Obskuren, auch Zweifelhafte abdriftet. Das jüdische Leiden wird undenkbar. Es entzieht sich dem Diskurs und wird zum Mythos." (*Le Point*, 13.12.1997) Die Gefahr, das Grauen zu enthistorisieren, es aus der Welt herausfallen zu lassen, sieht die Psychoanalytikerin Simone Korff Sausse auch bei Robert Hues Reaktion auf das Schwarzbuch. Der Parteivorsitzende räumte zwar die Verbrechen des Stalinismus ein, bezeichnete sie jedoch als Monstrosität. Der Gulag gerate so zur ungewollten Perversion des Kommunismus, realisiert von Monsterhand. Diese Auslagerung aus menschlicher Verantwortung machte es unmöglich zu erklären, was geschehen ist. "Der Bezug auf die Monstrosität dient letztlich einer Strategie, die kritische Analyse dessen, was geschehen ist, zu verhindern und jegliche aktuelle Verantwortung abzuwälzen." (*Libération*, 9.12.1997)

Die an jedem Pariser Zeitungskiosk erhältliche, in großer Auflage erscheinende Zeitschrift *L'Histoire* widmete dem Streit und seiner Geschichte eine Sondernummer: 'Revolution und Tragödie. Das kommunistische Jahrhundert' (*L'Histoire* Nr. 223/Juli-August 1998). Darin legten Wissenschaftler ergänzende Einzelstudien zum Schwarzbuch vor und setzten sich mit der Dimension des Verbrechens und seiner Verdrängung auseinander. In einem ausführlichen Interview mit der Zeitschrift betonte der ehemals aus Polen emigrierte Historiker Krzysztof Pomian (vgl. Kap.4.3) die Aktualität der Totalitarismustheorie und die Notwendigkeit eines Vergleichs von Nationalsozialismus und Kommunismus. Ähnlich wie für François Furet sind für ihn die französischen Intellektuellenmilieus nicht

wirklich "entstalinisiert". Auch wenn sich die Ideologie der KP im Verlauf der Zeit verändert habe, so sei ihr Einfluß auf die Linke, besonders die sozialistische, immer noch groß: in Gestalt des Mythos von der Volksfront und der Erinnerung an die Französische Revolution, die 'gute' revolutionäre Gewalt.

Innerhalb der französischen Debatte wiesen einige Autoren auf immer wiederkehrende intellektuell-politische Denkfiguren und Abwehrstrategien hin, die die Geschichte der Linken prägten. Der Schriftsteller Emile Copfermann (vgl. Copfermann 1991) erinnerte in einem Beitrag (*Libération*, 12.12.1997) an die Affaire 'Rousset'. 1946 legte der 1997 verstorbene David Rousset ein erstes grundlegendes Werk über die kommunistischen Lager vor: *L'univers concentrationnaire*. Selbst von den Nazis deportiert, rief er 1949 (vgl. *Le Figaro littéraire*, 12.11.1949 u. Kap. 2.3) alle Überlebenden der NS-Lager auf, eine Kommission zur Untersuchung der sowjetischen Lager zu bilden. Wie an anderer Stelle in der vorliegenden Untersuchung berichtet, entbrannte eine heftige Diskussion in Paris, vor Gericht wurde gestritten. Wütend wurde Rousset von Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty als Abtrünniger beschimpft; er sei zum Feind übergelaufen, wenn er Nationalsozialismus und Kommunismus vergleiche. Margarete Buber-Neumann schrieb daraufhin 1950 im *Figaro littéraire* (No. 201, 25.2.1950. S. 1-4) über ihre doppelte Erfahrung als Deportierte in nationalsozialistischen und sowjetischen Lagern unter der Überschrift "Für die Untersuchung der sowjetischen Lager. Wer ist schlimmer, Satan oder Belzebub?"

Die liberale Vierteljahreszeitschrift *Commentaire* druckte in ihrer Frühjahrsausgabe 1998 Buber-Neumanns Figaro-Beitrag nach (Vgl. *Commentaire*, Vol. 21/No. 81, Frühjahr 1998). Er ist eingebettet in den Heftschwerpunkt zum Historikerstreit: 'Erinnerung und Vergessen des Kommunismus'. Darin wird die in der vorausgegangenen Ausgabe der Zeitschrift (vgl. *Commentaire*, Vol. 20/No. 80, Winter 1997) von dem Historiker Alain Besancon eröffnete Debatte über die 'Hypermnesie des Nazismus und die Amnesie des Kommunismus', so der Titel seines Beitrags, fortgesetzt. Besancon ist Forschungsdirektor an der Ecole des Hautes Etudes und hat sich in Frankreich einen Namen erworben mit seinen historischen Arbeiten über 'Das sowjetische Syndrom', 'Die intellektuellen Ursprünge des Leninismus' oder eine 'Intellektuelle (Geistes)Geschichte der Bilderstürmeri'. (Er zählte 1978 zu den Mitbegründern der Zeitschrift, Ex-Kommunist, vgl. Kap. 4.3) Für ihn waren Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen kriminelle Systeme.

me. Ihn interessierte jedoch viel mehr die Frage, warum beide Systeme so ungleich im historischen Gedächtnis behandelt werden. Zu diesem Zwecke untersuchte er die Häufigkeit einiger in den wichtigsten französischen Tageszeitungen verwendeten Schlüsselwörter zwischen 1990 und 1997: 'Nazismus' fand 480 Erwähnungen, 'Stalinismus' 7. Im gleichen Zeitraum tauchte das Wort 'Auschwitz' 105-mal auf, 'Kolyma' dagegen nur zweimal. Einer der Hauptgründe für diese "Hypermnesie" gegenüber dem Nationalsozialismus und der Amnesie gegenüber dem Kommunismus sieht Besançon in der Haltung der politischen und kulturellen Eliten des Westens. Sie akzeptierten die "sowjetische Vulgata", der zufolge die politische Tugend auf der Linken (d.h. im Sozialismus) angesiedelt ist und vice versa die politische Sündhaftigkeit bei der Rechten (d.h. im Kapitalismus) liegt. Nicht zuletzt in diesem Historikerstreit werde der Leninismus allzu häufig als "eine Art meteorologischer Unfall charakterisiert, als unglückliche Abkehr von einem Projekt, das in allen zentralen Aspekten wie gehabt ein ehrbares bleibt... Man könnte sagen, daß die unerschütterliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Nazismus und seinen vorgeblichen Nacheiferern als eine Art Deckmantel funktioniert hat, der es ermöglichte, die nicht länger zu leugnenden Verbrechen des Kommunismus zu verniedlichen" (Besançon 1997, S. 24ff.). Pierre Chaunu bezeichnete in seinem Beitrag die beiden Totalitarismen als "die tückischen Zwillinge des zweiten Jahrtausends" (*Commentaire*, 1998, Nr.81, S. 219ff.) Neben einer Würdigung Hannah Arendts (Norman Podhoretz) und einem Portrait von Margarete Buber-Neumann (Charles Jacquier) gingen die Autoren dieser Ausgabe der religiösen Dimension des Kommunismus und seiner teils bis heute währenden Faszinationskraft nach. Der Schriftsteller Jean-François Revel (vgl. Kap. 3) widmete seinen Beitrag den linken Abwehrstrategien, die sich in den Reaktionen auf das Schwarzbuch, einem Wiederholungszwang gleich, fortsetzten. Er erinnerte an die Debatte während des sog. Gulag-Schocks 1974 (vgl. Kap. 4), in der die Lagerzuschreibungen von Seiten der Linken nach den gleichen Rastern vorgenommen wurden: "Wer die Gleichheit von Faschismus und Sozialismus betont, ist ein Rechter, und wer ein Rechter ist, gehört im Grunde zur extremen Rechten und somit zu den Faschisten." Revel kam in seinem Artikel zu dem polemischen Schluß: "Eine bestimmte Linke, viel zahlreicher als man glaubt, hat es offensichtlich nötig zu denken, wenn man kein Sozialist ist, ist man Nazi. Deshalb kämpft sie so unbändig dafür, die Feststellung einer Binsenweisheit zu verbieten: nämlich

die prinzipielle Gleichheit von rotem und schwarzem Faschismus.” (*Commentaire*, 1998, Nr.81, S. 233)

Literarische und biographische Zeugnisse über den roten Totalitarismus gab es nicht nur in Bezug auf den spanischen Bürgerkrieg. Es sei nur erinnert an Manès Sperber, Arthur Koestler, Alexander Weißberg-Cybulski, Warlam Schalamow, Czeslaw Milosz oder Alexander Solschenizyn, die ihre Erfahrungen als Abtrünnige der kommunistischen Partei oder als ehemalige Lagerinsassen der eher abwehrend gesinnten, westlichen Öffentlichkeit preisgaben. Ihnen haftete – zumal in Deutschland – immer das Verdikt der ‘Renegaten’ an. Der Streit ist alt und fand bereits 1955 zwischen Albert Camus und Jean-Paul Sartre statt. Es wäre indes irreführend, ihn als einen französischen zu deklarieren. Tatsächlich handelt es sich um ein europäisches Phänomen, daß im Gegensatz zu den nationalsozialistischen die Verbrechen des Kommunismus lange Zeit verharmlost oder gar geleugnet worden sind. Gleichwohl wurde in Paris heftiger gestritten. Im Unterschied zu Deutschland sind die Protagonisten des Historikerstreits allerdings keine Rechtsintellektuellen, sondern ehemalige Linke, die mit ihrer eigenen Vergangenheit selbstkritisch gebrochen haben. Mitte der 70er Jahre war der Gulag-Schock Anlaß für die Herausbildung einer öffentlich vernehmbaren, wenn auch minoritären 'front antitotalitaire' in Frankreich. Gemeinsamer Bezugspunkt war nicht nur die Auseinandersetzung mit der KPF und der Bruch mit einem jakobinischen Revolutionsverständnis, das in der Sowjetunion die zeitgenössische Fortsetzung des universalen revolutionären Projektes sah, sondern ebenso das Engagement für die Bürgerbewegungen und Dissidenten in Osteuropa und der Sowjetunion. Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus war verbunden mit der Kritik der eigenen politischen Vergangenheit. Dieser Bruch war sozusagen konstitutiv für den antitotalitären Blickwinkel und die aufmerksame Analyse der Entwicklungen in den realsozialistischen Ländern und später des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Von deutscher Seite wurden die französischen antitotalitären Intellektuellen häufig des Renegatentums bezichtigt oder als "Bistro-Maoisten" verunglimpft; der Anti-Kommunismus feierte fröhliche Urständ.

6.4. Reaktionen in Deutschland: Der Pawlowsche Reflex im linken Milieu

Im Unterschied zu Frankreich gibt es in Deutschland keine im Parlament vertretene Partei, die sich heute noch 'kommunistisch' nennen würde. Dort fand eine solch leidenschaftliche Auseinandersetzung wie jene in der französischen Nationalversammlung auch nicht statt. Nach Erscheinen der deutschen Ausgabe war allerdings auch hierzulande die Debatte über das Schwarzbuch des Kommunismus von innenpolitischen Implikationen geprägt. Forderte man einerseits 'Schluß mit der Bewältigung der DDR-Vergangenheit' (wie der damalige Geschäftsführer der SPD, Müntefering in einer Fernsehsendung am 10.10.1998), wurde andersorts gefragt: wie hält man es mit den gewandelten Kommunisten der ehemals staatstragenden SED, die gewählt und in Bundes- und Länderparlamenten vertreten sind? Die Linke und das linksliberale Milieu stellten – zumal in Zeiten des Wahlkampfes – den Vorabdruck des Schwarzbuchs im Frühsommer 1998 in der *BILDZEITUNG* in Zusammenhang mit einer von ihr konstatierten Dämonisierungskampagne der CDU gegen die PDS. Insbesondere jene, die den früher staatstragenden Kommunisten demokratische Läuterung bescheinigten und die PDS als Tolerierungs- bzw. Koalitionspartner in rot-grünen Regierungsbündnissen guthießen (wie Sozialdemokratien in Mecklenburg-Vorpommern), zählten zu den schärfsten Kritikern des Schwarzbuchs. Die Abwehr gegenüber dem vorgelegten Kompendium über die kommunistischen Verbrechen hatte jedoch, jenseits tagespolitischer Sentenzen, tiefere und traditionsreichere Dimensionen: der Tabubruch lag für viele Kritiker in dem im Vorwort des Buchs gezogenen Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus. Mit seiner provozierenden Gegenüberstellung der 25 Millionen Opfer nationalsozialistischer Verbrechen mit 85 Mill. Opfern kommunistischer Verbrechen rührte der Herausgeber Courtois an einem spätestens seit dem deutschen Historikerstreit geltenden verfassungspatriotischen Konsens: die Singularität des Holocaust und der nationalsozialistischen Massenverbrechen. Daß der Vergleich beider totalitärer Regimes im Vorwort von einem Ex-Maoisten angestellt wurde, war vielen deutschen Kritikern Anlaß genug, die Forschungsarbeit der französischen Historiker – allesamt aus der Linken kommend – als unseriöses Renegatenunterfangen zu diskreditieren. Bezeichnend für diese Kritik erscheinen mir in dieser Debatte die Einlassungen des Publizisten Rudolf Walther: "Als ehemaliger Maoist hat Courtois erhöhten Bedarf, die eigene Geschichte zu begradigen.", so Walther im *Freitag* (21.11.1997). Der Vorwurf des "Renegatentums" gegenüber französischen Intellektuellen,

die mit ihrer linken Vergangenheit und dem Marxismus brachen, ist in deutschen Feuilletons seit den 70er Jahren sehr verbreitet (s. Kap. 4). Gekoppelt wurde diese Diskriminierung mit dem Verweis, 'Nolte lasse grüßen' (Rudolf Walther), wenn Courtois Hitlers "Rassengenzid" Stalins "Klassengenzid" gegenüberstelle. Als "Schwarzbuch des Kommunismus" überschrieb die *Frankfurter Rundschau* (27.5.1998) einen Kommentar von Walther, der in der Arbeit der Franzosen eine "Legende von den linken Lebenslügen" (Walther, *die tageszeitung*, 6./7.6.1998) sah. Die Hälfte des Buches enthalte Texte, "die nur propagandistisches Niveau erreichen" (ebenda). "Mit der Absage an ihre politische Herkunft und ihre Irrwege unter dem Banner des Campus-Maoismus verabschieden Ex-Stalinisten und Ex-Maoisten heute Sozialismus, Marx und alles Linke sowieso." (ebenda) Aus Gründen psychischer Entlastung schwörten sie 20 Jahre später auf den 'antitotalitären Konsens', 'den Westen' oder den 'Markt'. Dem "vernagelten Weltbild des Totalitarismus" frönten die Schwarzbuch-Autoren, obwohl sich doch, so Walther, die Untauglichkeit der Totalitarismustheorie längst erwiesen habe (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 23.12.1997). Auch François Furets ideengeschichtliche Arbeit über die Faszination des Kommunismus in diesem Jahrhundert, die Walther zu Recht in einen Kontext mit dem Schwarzbuch brachte, wurde von dem deutschen Kritiker verworfen. Der Historiker habe sich "ins Abseits ideologischer Spekulationen und ressentimentgeladener Schuldzurechnungen verrannt." (*Freitag*, 21.11.1997) Im Tenor jener, die anstelle eines Schwarzbuchs des Kommunismus eines des Kapitalismus fordern, beschließt Walther seine Ausführungen über "Die Legende linker Lebenslügen": "Mit den periodisch als Gretchenfrage an 'die' Linken adressierten Loyalitäts-, Schuld- und Reuezumutungen sollten diese dazu gebracht werden, den unbedingten Respekt auszudehnen auf das christliche Abendland, den Westen, die Zivilisation, die Marktwirtschaft oder am liebsten gleich den Kapitalismus." (*die tageszeitung*, 6./7.6.1998) In Fortsetzung dieses Gedankengangs hieß es in einigen linken Printmedien: der Zweck des Werkes, das in besonderer Weise eine reaktionäre Weltsicht bediene, sei letztlich, dem Kapitalismus die letztgültige Absolution zu erteilen. Latentes Herzstück dieser Argumentation ist das traditionsreiche linke Postulat, wonach der Faschismus die höchste Form des Kapitalismus sei (vgl. Kap.3.3). Anders ist nicht zu erklären, warum man in einer Debatte anlässlich der historischen Verbrechen des Kommunismus flugs bei der Kapitalismuskritik landete. Bindeglied in dieser Argumentationskette war der Vorwurf an die Schwarzbuch-Autoren, mit dem Vergleich von Natio-

nalsozialismus und Kommunismus die Verbrechen Hitlers relativieren zu wollen. Die klassisch antifaschistische Denkfigur wurde in diesem Streit mit der klassisch antikapitalistischen verknüpft. In diesem Sinne hieß es in der linksorthodoxen Zeitschrift *Konkret*: "Der Tod ist, seit Erscheinen des Schwarzbuchs... kein Meister aus Deutschland mehr, er wohnt im Osten und ist Kommunist... Das Schwarzbuch des Kommunismus ist das Weißbuch des Faschismus." (Ray Wieland, Weißbuch Schwarzbuch, in: *Konkret*, 2/98) Für den Berliner Historiker Wolfgang Wippermann war das Schwarzbuch "Geschichte, die mit dem Taschenrechner geschrieben wurde" (vgl. *Berliner Tagesspiegel* v. 2.6.1998). Ein Vergleich des unvergleichbaren Holocaust mit anderen Verbrechen "führt aus deutscher Sicht sehr leicht zu einer Entsorgung unserer Vergangenheit und aufrechenenden Leugnung unserer Schuld." (Wippermann, *Neues Deutschland*, 28.5.1998) Furet und den Schwarzbuch-Autoren warf er vor: das längst überwundene, im Zeichen der Totalitarismus-Doktrin stehende Vergleichsgebot von Nazismus und Kommunismus werde "jetzt aus der Rumpelkammer des Kalten Krieges wieder aufs tagespolitische Tapet gebracht... Nolte läßt nicht nur 'grüßen' (Rudolf Walther), er kann mehr und mehr triumphieren, weil er mit diesen französischen Hilfstruppen den Historikerstreit doch noch zu gewinnen scheint." (Wippermann, *Jungle World*, Nr. 49, 4.12.1997)

Immer wieder wurde in dieser Debatte Ernst Nolte als negative Bezugsgröße angeführt, obwohl der deutsche Historiker im Schwarzbuch keinerlei Erwähnung findet. Lothar Baier befand in seiner Abrechnung mit dem Titel "Windei 1998": "Courtois geht noch weit über Nolte hinaus, indem er den Systemvergleich um eine ganz und gar perverse Opferkonkurrenz bereichert." (*DIE ZEIT*, 10.6.1998) Der Publizist scheute sich in dem Artikel nicht, Courtois in die Nähe der Holocaust-Leugner zu stellen. (Die Tatsache, daß es sich um einen französischen Ex-Maoisten handelt, liefert für Baier den "Schlüssel für die Erklärung verschiedener Merkwürdigkeiten des Schwarzbuchs, ebenda.) Für den Schriftsteller Peter O. Chotjewitz bedeutete das Buch "die Geschichtsklitterung vom Bolschicaust", es sei "ein Marienquell auf deutsche Wunden... Courtois' Schwarzbuch ist ein Autodafé der Glaubensreinigung, das der Auslöschung jeder Erinnerung an das immerwährende Böse (diesmal in Gestalt des Kommunismus) und der Apotheose einer

Weltwirtschaftsordnung dient, die mit dem Kürzel 'G-7' nur vage umschrieben wird." (*DIE ZEIT*, 4.6.1998)¹⁰²

"Jenseits der im Schwarzbuch niedergelegten Fakten über die Gewaltverbrechen kommunistischer Regimes, vollzieht sich die Abschaffung des antifaschistischen republikanischen Konsenses zugunsten eines antitotalitären. Und damit, je mehr rassistische und autoritäre Vorstellungen vom rechten Rand in die "Neue Mitte" rücken, besteht Einigkeit darüber, daß der Feind nicht rechts zu finden ist. Die Renaissance der Totalitarismustheorie hat dabei den diskursiven Effekt, 'das Unschuldsbild der Demokraten' (Sabine Kebir) zum x-ten Mal zu erneuern..." (*Freitag*, 24.7.1998)

Ihren Höhepunkt fand die Polemik von links gegen das Buch und seinen Herausgeber während einer Berliner Podiumsveranstaltung. Die kaum begonnene Diskussion zwischen Joachim Gauck, der der deutschen Ausgabe einen Essay beigelegt hat, dem Herausgeber Courtois, den Historikern Heinrich August Winkler, Jürgen Kocka und Wolfgang Wippermann wurde von jungen Leuten kurzerhand gesprengt. "Wer zählt die Opfer des Kapitalismus?" wurde auf den entrollten Transparenten gefragt und der Grund für das erzwungene Redeverbot der Podiumsteilnehmer auf einem Flugblatt mitgeliefert: "Im Land der Täter von Auschwitz darf die Relativierung dieses Menschheitsverbrechens nicht als akzeptabler Diskussionsbeitrag hingenommen werden." Die jungen Kritiker riefen dem Schwarzbuch-Herausgeber entgegen: "Spring doch vom Eiffelturm!" (Vgl. Esch, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.6.1998)

Es wurden jedoch auch moderatere Töne in den Podiumsdiskussionen, die nach Erscheinen der deutschen Ausgabe kurz hinter einander in verschiedenen Städten stattfanden, angeschlagen. Auffällig war aber auch dort der fortwährende Bezug auf Ernst Nolte. Einige linksliberale Historiker, teils Protagonisten des deutschen Historikerstreits, bezweifelten nicht etwa das empirische Material über die Verbrechen des Kommunismus, das ihre französischen Kollegen zusammengetragen hatten. Sie entgegneten jedoch, wie z.B. Manfred Hildermeier damit: "Dem Kenner sagt das meiste wenig Neues." (*DIE ZEIT*, 4.6.1998) In einem Leserbrief im Spiegel wurde er deutlicher: "Zweifelloos muß man über den Totalitarismus neu nachdenken, aber nicht in solch kläglichen Fragmenten."

102 Jene Autoren hatten sich in ähnlicher Manier bereits in der Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien hervorgetan, vgl. Kap. 1.1.

(*Spiegel*, 29/1998) Da bisher kein derartiges Kompendium über die weltweiten Verbrechen des Kommunismus vorlag, statt dessen vornehmlich Fragmente, d.h. biographische Zeugnisse und historische Einzelstudien Grundlage der Analyse waren, fragt man sich, woher die Abwehr gegenüber diesem Werk rührt. 'Kennern' mag zwar die Dimension der Verbrechen bekannt gewesen sein, umso erstaunlicher ist dann, daß im linksliberalen Milieu eine öffentliche und umfassende Auseinandersetzung darüber bis heute weitgehend ausblieb. Wandte sich Hildermeier gegen den Vergleich der Opferzahlen beider Gewaltherrschaften, so wurde er nicht müde, jene 80 bis 100 Millionen Toten des Kommunismus – die schwankenden Zahlenangaben des Herausgebers waren tatsächlich problematisch – herunterzurechnen: "Es gibt gute Gründe, die 'mehr als sechs Millionen' Hungertoten der Jahre 1932/34 nicht nur um eine Million zu kürzen, sondern sie vor allem nicht in einer Reihe mit den Opfern des NKWD aufzulisten... .Statt 7 bis 8 Millionen Insassen von 53 Arbeitslagern und 425 Arbeitskolonien... lassen sich 'nur' rund 3,5 Millionen belegen und statt einer selten präzisierten, aber auf mehrere Millionen geschätzten Anzahl 'vorzeitiger' Todesfälle 'nur' 2,3 Millionen." (*DIE ZEIT*, 4.6.1998) Man stelle sich die empörten Reaktionen vor, wenn derartige Zahlenspiele im Hinblick auf die Verbrechen der Nationalsozialisten stattfänden!

Hans Mommsen warnte auf der Veranstaltung in Dresden (vgl. Stadler, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.6.1998) wie bereits 1986 im deutschen Historikerstreit davor, in eine einfache Gleichsetzung totalitärer Strukturen zurückzufallen, eine Unterstellung, die Courtois mehrfach zurückgewiesen hatte. Gleichmaßen hatte der Schwarzbuch-Herausgeber auf dem Hamburger Podium (15.6.1998) die Legitimität der Nolteschen Fragestellung betont, auch wenn er dessen Antworten verwerfe. Hans-Ulrich Wehler nutzte diese Veranstaltung zu einer erneuten Generalabrechnung mit Ernst Nolte. Bereits zu Zeiten des deutschen Historikerstreits hatte Wehler seinem Kollegen Nolte "die spezifische Realitätsferne eines Historikers (attestiert), der sein 'Lebenswerk' der Geschichtsmächtigkeit von Ideologien gewidmet hat" (Wehler 1988, S. 204). Auch Furets Buch über das Ende der Illusion fand bei Wehler wenig Gnade. Anlässlich des Erscheinens der deutschen Ausgabe war ihm der Verweis auf "Furets Nähe zu Ernst Noltes ideologehistorischen Schriften" (vgl. Wehler 1996) von besonderer Bedeutung.

Schaut man auf die deutsche Schwarzbuch-Debatte zurück, so fällt auf, daß die Verteidiger des Buches weniger zahlreich waren als in Frankreich. Unter ihnen war der Berliner

Historiker Heinrich August Winkler, bereits Protagonist des deutschen Historikerstreit, der 10 Jahre später öffentlich seine damalige Position revidierte (vgl. Kap.6.1) Er bescheinigte der deutschen Debatte, daß es darin nur vordergründig um die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus ginge. Tatsächlich würde um die Legitimität des Begriffs 'totalitär' und die Legitimität einer öffentlichen Debatte über die Verbrechen kommunistischer Regime gestritten. "Alles, was Wissenschaftler tun, um die Untaten, die durch und im Namen von Kommunisten begangen wurden, aufzuklären, ist nach Meinung mancher Historiker suspekt, weil es angeblich darauf hinausläuft, Auschwitz zu relativieren. Eine ärgere Instrumentalisierung des Holocaust ist kaum denkbar. Der Judenmord als Argument gegen die Aufarbeitung von Verbrechen kommunistischer Regime: es fällt schwer, dieses Denkmuster nicht zynisch zu nennen. Apologetisch ist es allemal." (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.6.1998) Auf der Berliner Veranstaltung ging seine Rede im lautstarken Protest unter. Christian Semler – übrigens auch ehemaliger Maoist – widmete seinen Essay in der *tageszeitung* ausdrücklich der Rezeptionsweise des Schwarzbuchs auf Seiten der Linken und konstatierte dort den Versuch einer umfassenden Immunsierungsstrategie gegenüber der verbrecherischen Dimension des Kommunismus (vgl. *die tageszeitung*, 30./31.5.1998).¹⁰³

Auch Reinhard Mohr, der ehemals in der Frankfurter spontaneistischen Linken beheimatet war, kam in seinem Essay über die deutsche Schwarzbuch-Debatte zu dem Schluß: "Triumphal weisen die Gesellschaftskritiker von vorgestern im selbstgezimmernten Laufstall ihrer ideologischen Bornierung auf das einzige, was ihnen noch geblieben ist vom utopischen 'Anspruch auf den ganzen Menschen'. Es ist der deutsche Anspruch auf das richtige, auf das einzig richtige Weltverbrechen. Das ist die ganze Moral von der Geschichte." (*Spiegel*, 27/1998)

Daniel Cohn-Bendit zählte ebenfalls zu den Verteidigern des Buches. Der Nationalsozialismus habe mit seinem Herrschaftsanspruch ein ganzes Volk in den Tod geschickt; das sei grauenvoll. "Aber die Bolschewiken wollten Glück und Befreiung, und haben noch mehr Tote verursacht als die Nazis... Glück zu wollen, und millionenfachen Mord zu verursachen, ist noch schlimmer!" (*Berliner Tagesspiegel*, 29.11.1997)

103 Vgl. dazu meinen Kommentar am 1.12.1997 in der *tageszeitung* 'Beharrlich verwechselt man in Deutschland den historischen Vergleich zweier totalitärer Systeme mit deren Gleichsetzung – Schwarz-

Alexander Ahrenberg versuchte in seinem Essay, dem Abwehrreflex der Linken auf die Spur zu kommen: "Courtois und davor Gide, Koestler, Silone, Orwell, Buber-Neumann, Ruth Fischer, Solschenyzin, Camus, Morin und Furet haben uns gezeigt, daß für beide, den Nationalsozialismus und den Kommunismus, das gleiche heroische Ideal gilt: der mutige Mörder. Aber sie erklären uns nicht, warum wir in dem einen das Monster, in dem anderen den verlorenen Sohn erkennen. Dabei ist die Erklärung seit Jahrtausenden gewachsen: weil der nationalsozialistische Held ein hoffnungsloser, der kommunistische aber ein hoffnungsvoller Held ist, und weil wir seit Anbeginn in jener heilsgeschichtlichen Erwartung stehen, die uns der Kommunismus als säkularisiertes 'Prinzip Hoffnung' unerbittlich weiterreicht." (*die tageszeitung*, 14.1.1998)

Joachim Gauck, der sich in seinem im Schwarzbuch enthaltenen Essay 'Vom schwierigen Umgang mit der Wahrheit' selbstkritisch mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzt, erinnerte ebenfalls an diese religiöse Dimension: "Nach dem Verlust der Allgemeingültigkeit der abendländisch-christlichen Sinngebungssysteme war der Kommunismus sozusagen ein letzter Versuch, alles in einen Sinnzusammenhang zu stellen. Das ist der eminente Reiz des Kommunismus, den er gerade auch auf denkende Menschen ausgeübt hat. Er ist in der nachreligiösen Ära im Grunde ein Religionsersatz von erheblichem Ausmaß, denn er sagt den Menschen: Die Geschichte hat ein Telos, ein Ziel." (Gauck im Gespräch mit Stéphane Courtois, *Die Woche*, 29.5.1998a) Es scheint, daß die Widerstände gegen die Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus auch dieser religiösen Dimension geschuldet sind. Eine Position, die immer noch an der "guten", Heil und Emanzipation versprechenden Idee des Kommunismus – im Gegensatz zur "bösen Idee" des Nationalsozialismus – festhält, an sie *glaubt*, scheint das Grauen, das ihre realhistorische Ausführung den Menschen bescherte, leugnen zu müssen.

Auch zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus scheint in Teilen des linksliberalen Milieus der Blick auf die Diktaturen dieses Jahrhunderts immer noch selektiv und von einer gewissen Einäugigkeit geprägt zu sein, wenn über die Menschenfeindlichkeit des Kommunismus gestritten wird. Joachim Gauck erinnert in seinem Essay über die selektive Wahrnehmung an die sehr mäßige Beachtung Hannah Arendts hierzulande und die "modische Verwerfung" der Totalitarismustheorien: "Hinter dem Eifer vieler Kritiker

buch des Kommunismus', und 'Der Terror gehörte schon zum Anfang', *Süddeutsche Zeitung*, 8.7.1998.

der Totalitarismustheorie standen oft andere als wissenschaftliche Motive. Viele fürchteten, mit der Delegitimierung der linken Diktatur zu eng an jene heranzurücken, die sich um die Aufarbeitung der rechten drückten.....Außerdem erschien der Linken eine Kritik des Kapitalismus aufgrund seiner Verbindung zum Nationalsozialismus dringender als eine Kritik des Sozialismus... Wer diese Engführung im Denken hätte aufbrechen können, wurde ausgegrenzt: seit jeher die 'Renegaten', d.h. die abtrünnigen Kommunisten; in den letzten zwanzig Jahren die osteuropäischen Dissidenten und ganz generell unvoreingenommene Zeitzeugen aus den Ländern des real existierenden Sozialismus." (Gauck 1998, S. 892)

Gauck wurde während der Debatten um das Schwarzbuch teilweise heftig angegriffen. "Der Feldzug des Joachim Gauck gegen die deutsche 'unaufgeklärte Linke'" titelte die *Frankfurter Rundschau* ein Streitgespräch mit ihm (vgl. *Frankfurter Rundschau*, 19.6.1998b) In seinem abschließenden Beitrag zu der Schwarzbuchdiskussion erweiterte er seine Kritik an der deutschen Linken und verwies auf die religiöse Dimension, die selbst noch im Postulat über die Singularität von Auschwitz mitschwingt: "Aus dem Erschrecken darüber, daß in diesem Land 'ganz normale Männer' zu Mördern und ganz normale Kinder, Frauen und Männer zu Opfern geworden waren, wurde ein fixiertes Wissen um die Einmaligkeit der Deutschen. Eine negative Einmaligkeit zwar.....Es gibt möglicherweise einen Gewinn aus böser Einmaligkeit. Sind wir die Mördernation par excellence, sind der Judenmord und die deutschen Kriegsgreuel *einmalig*... dann existiert so etwas wie ein weltgeschichtlicher Tiefpunkt, ein fester Punkt. (Leicht allerdings kann derjenige, der sich so ex negativo definiert, sich und seiner Umwelt nur raten, nehmt mich, uns Deutsche, nicht in die Verantwortung)... Wer den absoluten Tiefpunkt der Geschichte kennt, dem wird vielleicht irgendwann auch wieder das *gesetzmäßige* Ziel der Geschichte erscheinen...Aber Christen, Sozialisten und anderen Suchenden wird der Verlust des hohen Zieles der Geschichte erträglicher, wenn es den *einen* tiefen Abgrund gibt... .So verbirgt sich im Kampf um die Absolutheit des Tiefpunktes der Geschichte wohl auch ein religiöses Element." (*DIE ZEIT* 30.7.1998)

Im Vorwort und Nachwort des Schwarzbuches ging Stéphane Courtois den Gründen nach, die bis heute dazu führten, die Verbrechen des Kommunismus zu bagatellisieren oder zu verdrängen. Auch für ihn liegt eine der Ursachen in dem fast beschwörenden Rekurs auf die Singularität von Auschwitz: "Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das

Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhundert beanspruchte.” (Courtois 1998, S. 35)

Darüber hinaus gab es und gibt es immense Widerstände gegenüber der Vorstellung, daß die Sowjetunion, die mit ihrem militärischen Sieg zur Zerstörung des genozidalen Systems beigetragen hatte, selbst ähnliche Methoden anwandte. Die Weigerung, ein derartiges Paradox für möglich zu halten, scheint heute noch auf in der reflexhaften Abwehrhaltung gegenüber der Zurkenntnisnahme der Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden. Nachdem der besiegte Nationalsozialismus von den Alliierten zum ‘absolut Bösen’ erklärt worden war, geriet der Kommunismus – so Courtois in Anknüpfung an Furet – beinahe automatisch ins Lager der Guten. ”Die Niederlage des Nationalsozialismus ließ den anderen Totalitarismus nicht nur unversehrt, sondern allmächtig. Er war so siegreich, daß er von den demokratischen Staaten die feierliche Zustimmung zu seiner Gewaltherrschaft über die Völker der UdSSR und des östlichen Mitteleuropas erhielt.” (Furet 1996b, S. 88) Damit triumphierte nach Kriegsende in der Linken auch wieder der Begriff des Antifaschismus. Seine besten Verteidiger und Vertreter waren die Kommunisten. Spätestens seit der von Moskau vorgegebenen Volksfrontpolitik 1935 gewann der ‘Antifaschismus’ als neue Spielart der kommunistischen Idee, so Furet, neues Ansehen: ”Nachdem der Faschismus als Produkt der kapitalistischen Herrschaft im Endstadium erklärt wurde, war der einzig wahre antifaschistische Kämpfer der antikapitalistische Revolutionär, also der militante Kommunist. Strategisch gesehen und in der Vorstellung der Zeitgenossen verlieh der Antifaschismus der kommunistischen Idee eine neue Legitimität... Der Antifaschismus bot eine janusköpfige Version der Demokratie, halb wahr halb falsch: halb wahr, weil der Faschismus als geschworener Feind der demokratischen Freiheit klar zu erkennen war, halb falsch, weil das Regime jener, die sich als die radikalsten Gegner des Faschismus ausgaben, nicht weniger diktatorisch und tyrannisch agierte als dasjenige Hitlers.” (Furet, ebenda, S. 87)

Die Denkfigur des ‘Antifaschismus’ trug mit dazu bei, zuweilen bis heute den Vergleich der beiden Regime zu tabuisieren. Einen weiteren Grund für das Verdrängen der kriminellen Dimension des Kommunismus sieht Courtois in der bis heute positiv besetzten Revolutionsidee. Sie gründet jedoch in einem jakobinischen Revolutionsverständnis, das zu Zeiten der Französischen Revolution bereits Terror und Gewalt gegen die Gesellschaft

einschloß. François Furet betonte deshalb in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution und deren glorifizierender Rezeptionsgeschichte: "Der Terror... ist nur noch die Herrschaft der Furcht, die Robespierre in seiner Theorie zu einer Herrschaft der Tugend verwandelt. Der Terror, der die Aristokratie beseitigen sollte, endet als ein Mittel, um die Böswilligen zu reduzieren und das Verbrechen zu bekämpfen. Zukünftig besteht er gleichzeitig mit der Revolution, untrennbar von ihr, da er allein es eines Tages erlaubt, eine Republik von Bürgern hervorzubringen... Wenn die Republik freier Bürger noch nicht möglich ist, dann liegt dies daran, daß die Menschen durch die vergangene Geschichte pervertiert, böse sind; die Revolution, dieses unerhörte Ereignis, diese totale Innovation schafft durch den Terror einen neuen Menschen." (Furet 1996a, S. 211ff.)¹⁰⁴

Aber der bolschewistischen Politik lag dieses jakobinische Revolutionsverständnis zugrunde. Es hat bis zum heutigen Tag seine Spuren im linken Diskurs hinterlassen, wenn der Terror in der Sowjetunion als kurzzeitiges und bedauerliches Abweichen vom richtigen Wege bagatellisiert wird. Eine Folge davon ist nicht zuletzt das noch wirksame Tabu eines Vergleichs von 'linkem' und 'rechtem' Terror. (Der seit 1963 in Paris lebende bulgarische Schriftsteller und Essayist Tzvetan Todorov hält diesem Tabu entgegen: "Der Feind ist die große Rechtfertigung des Terrors. Der totalitäre Staat kann ohne Feinde nicht leben. Fehlen sie ihm, erfindet er sie. Sobald sie identifiziert sind, gibt es keine Gnade mehr für sie... Manchmal wird die Tatsache betont, daß die Juden nicht dafür verfolgt wurden, was sie getan hatten, sondern dafür, was sie waren: eben Juden. Doch unter den kommunistischen Machthabern ist es nicht anders: Sie fordern die Unterdrückung (oder in Krisenzeiten die Beseitigung) der Bourgeoisie als Klasse. Die einfache Zugehörigkeit zu dieser Klasse genügt, es ist nicht erforderlich, irgendetwas zu *tun*." (Todorov 1995, S. 33)

104 Vgl. Andrzej Wajdas Film *Danton* (1983) und die heftige Debatte, die dieser in Frankreich auslöste; selbst Präsident François Mitterrand intervenierte darin zugunsten Robespierres! Der polnische Regisseur Wajda – bekannt durch seine den Stalinismus und Kommunismus kritisierenden Werke 'Asche und Diamant', 'Der Mann aus Marmor', 'Der Mann aus Eisen' – hatte in seinem Film den Terror während der Französischen Revolution ins Visier genommen. In seiner Zeichnung der revolutionären Diktatur und dem Machtkampf zwischen Danton und Robespierre geht es um eine Revolution, die ihre Kinder frißt, um utopische Verheißungen, die im Terror münden. Analogien zur Stalin-Zeit werden in dem Film offenkundig.

Das Grundproblem des Totalitarismus ist denn auch, so Courtois in seinem Nachwort, "das Streben nach einer vereinten, gereinigten, nicht antagonistischen Menschheit mittels der messianischen Dimension des marxistischen Projekts, die Menschheit im und durch das Proletariat zu vereinen. Dieses Projekt rechtfertigt eine erzwungene Vereinheitlichung – der Partei, der Gesellschaft, schließlich des Reichs –, die als Abfall all die zurückweist, die nicht in den Entwurf passen. So kommt man bald von einer Logik des politischen Kampfes zu einer des Ausschließens, von einer Ideologie des Eliminierens schließlich zu einer des Auslöschens sämtlicher unreiner Elemente. Am Ende dieses Gedankengangs steht das Verbrechen gegen die Menschlichkeit." (Courtois 1998, S. 816) Es scheint, daß die radikale Kritik aus Frankreich, die nicht bei den stalinistischen Verbrechen halt macht und den Mythos von Lenin als dem großen Revolutionär zerschlägt, im deutschen linkliberalen Milieu nicht sehr freudig aufgenommen wird. Bereits die nouveaux philosophes, die nach der Veröffentlichung von Solschenizyns 'Archipel Gulag' Mitte der siebziger Jahre mit dem Marxismus brachen, sind hierzulande bei vielen Intellektuellen in Ungnade gefallen. Man hat den Eindruck – angesichts der Reaktionen auf das nun wieder in Paris erschienene Schwarzbuch des Kommunismus –, hierzulande habe man den Franzosen diesen Tabubruch bis heute nicht verziehen. In dem Streit um das Schwarzbuch des Kommunismus wiederholen sich jene Töne, die man bereits während der Debatte um den Krieg im ehemaligen Jugoslawien gegenüber den französischen Kollegen anschlug.¹⁰⁵

Im Unterschied zur Goldhagen-Debatte verlief jene über die Verbrechen des Kommunismus alsbald im Sande. Ein stiller Konsens bestand nicht zuletzt darin, zugunsten des Wahlkampfs und des Aufrufs zum Schluß der Debatte über die DDR-Vergangenheit diese Seite der Geschichte nicht unnötig anzurühren. Auffällig war in jedem Fall, daß in diese kurzfristige Auseinandersetzung um das Schwarzbuch des Kommunismus recht wenig namhafte Intellektuelle das Wort oder die Feder ergriffen. Auch dieses verbreitete Schweigen hat Tradition, wie man in der Debatte um den Krieg in Ex-Jugoslawien sehen konnte. (Der Verweis auf Auschwitz diente in der Jugoslawien-Debatte dazu, erneut einen deutschen Sonderweg zu legitimieren. Deutschland habe sich auch im Angesicht neuer

¹⁰⁵ Vgl. hierzu den Sammelband *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das 'Schwarzbuch des Kommunismus'*, herausgegeben v. Horst Möller, 1999.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgrund des Holocaust, "der deutschen Schuld" anders zu verhalten; sich an den Militäreinsätzen in Bosnien nicht zu beteiligen, vgl. Kap.1.1)¹⁰⁶

Die schärfsten deutschen Kritiker des Schwarzbuchs legten im Herbst 1998 unter dem Titel 'Roter Holocaust'? eine Art Anti-Schwarzbuch vor. Es liest sich wie eine Generalabrechnung der Linksothodoxen (darunter Wolfgang Wippermann, Konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza u.a.) aus längst vergangenen Zeiten. In nahezu beleidigender Manier werden die französischen Schwarzbuch-Autoren und ihre deutschen Verteidiger des Revisionismus geziehen, in die Nähe der Auschwitz-Leugner gestellt und deutsch-nationaler Gesinnung bezichtigt. Im Schwarzbuch und seinen Verteidigern sehen sie eine Geschichtspolitik am Werke, die die "Delegitimierung der Linken und die Relativierung des Holocaust" zum Zwecke habe. Die Herausgeber Wippermann und Mecklenburg resümieren am Ende ihres Werkes: "Nolte läßt nicht nur 'grüßen', er triumphiert, weil er den 'Historikerstreit' nun doch zu gewinnen scheint." (Wippermann/Mecklenburg 1998, S. 278)

6.5. Ein Kommentar zum französisch-deutschen Streit: 'Feindliche Nähe'. Der Briefwechsel Furet-Nolte

Bereits in seinem Buch über das Ende der Illusion hatte der französische Historiker François Furet seinen Kollegen Ernst Nolte als Kronzeugen des deutschen Historiker-Streits in einer ausführlichen Anmerkung gewürdigt (vgl. Kap.6.1) Ein Aufschrei in der Linken war die Folge, gleich "einem pawlowschen Reflex" (Furet/Nolte 1998, S. 27), der allein in der Bezugnahme auf den deutschen Rechtsintellektuellen den Skandal sah.

Auf die Anmerkung seines französischen Kollegen reagierte Nolte bereits 1996 in der angesehenen Pariser Zeitschrift *Le Debat*, deren März/April-Nummer die Thesen Furets zur Diskussion stellte (Nolte 1996, S. 139ff). Auf Initiative der italienischen Zeitschrift

106 Vgl. dazu Stefan Reinecke: "Du sollst kein Jahrhundertverbrechen neben mir haben... So rückt die Vernichtung der Juden in die Nähe einer negativen Sinnstiftung." (*die tageszeitung*, 25.6.1998) u. Heinrich August Winkler: "Der Sinn liegt offenbar darin, daß die Deutschen auserwählt wurden, das absolut Böse zu tun, und darum berechtigt, ja verpflichtet sind, ihren Negativrekord gegenüber unerwünschter Konkurrenz zu behaupten." (*Der Spiegel*, 35/1998a).

liberal eröffneten die beiden Historiker einen Briefwechsel, der zuerst in Italien und später in Frankreich erschien. Unter dem Titel *Gefährliche Nähe* ist er auch dem deutschen Publikum zugänglich. Bestechend an dieser Auseinandersetzung sind der Respekt und die Offenheit, mit der sich die beiden Historiker begegnen. Während Nolte in seinen Briefen überaus bemüht ist, die Anerkennung und Zustimmung des französischen Kollegen zu erlangen, entfaltet Furet im Verlauf dieses Austausches ihre Differenzen. Auch zwanzig Jahre nach dem deutschen Historikerstreit hält Nolte an seiner These vom "kausalen Nexus" beider Menschheitsverbrechen fest, Hitlers "Rassenmord" sei eine Folge des Stalinschen "Klassenmords" gewesen. Der chronologischen Beziehung beider Herrschaftssysteme widerspricht Furet nicht. Er ist sich auch einig mit Nolte über deren komplementäre und von Rivalität gezeichnete Beziehung: "Die faschistische Bewegung hat sich vom Antikommunismus genährt und die kommunistische Bewegung vom Antifaschismus. Aber beide teilten den Haß auf die bürgerliche Welt, der ihnen erlaubte, sich miteinander zu verbünden." (Furet/Nolte 1998, S. 32) Noltés Schlußfolgerungen über den ursächlichen Zusammenhang von Gulag und Auschwitz, die in einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen münden, bezeichnet Furet allerdings als schockierend und falsch. "Hitler bedurfte des sowjetischen Präzedenzfalls der Liquidierung der Kulaken nicht, um die Liquidierung der Juden zu planen, vorzubereiten und zu befehlen. Der Krieg und die Eroberung haben den Weg von der eingestandenen Absicht zur schließlichen Verwirklichung gebahnt, ohne daß man zu einer Hypothese der 'Nachahmung' des antikulakischen Terrors Anfang der 30er Jahre seine Zuflucht nehmen muß." (Ebenda, S. 59)

Gegen die Einwände seines französischen Kollegen wirbt Nolte weiterhin für seine These vom "rationalen Kern" des nationalsozialistischen Antijudaismus: er bestünde in der Faktizität der großen Rolle, die eine Anzahl von einzelnen Persönlichkeiten jüdischer Herkunft – offensichtlich nicht zuletzt wegen der universalistischen und messianischen Traditionen des Judentums – in der sozialistischen und kommunistischen Weltbewegung gespielt hätten. Auch dies weist Furet zurück; Nolte folge mit seiner These einem "irrationalen Glauben".

Bemerkenswert an diesem deutsch-französischen Briefwechsel sind indes weniger die pointiert herausgeschälten Differenzen der beiden Historiker. Ihr ideengeschichtlicher Forschungsansatz – der eine hat den Nationalsozialismus, der andere den Kommunismus

zum Gegenstand – eröffnet Schnittflächen, die die Komplementarität beider Ideologien bloßlegen. Der traditionellen Forschung über den Nationalsozialismus und den Kommunismus sind offensichtlich Tabuzonen eigen, die den Blick auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede beider totalitärer Systeme lange Zeit verstellt haben. Umso rühmlicher ist es, wenn zwei Historiker mit solch unterschiedlicher politisch-intellektueller Biographie ohne ideologische Scheuklappen und jenseits des hierzulande üblichen Lagerdenkens diesen längst fälligen Diskurs eröffnen. Frei von Berührungsängsten konnte Furet seinem geächteten Kollegen attestieren, sein Werk (u.a. *Der Faschismus in seiner Epoche*, 1963; *Der Europäische Bürgerkrieg 1917–1945*, 1987) gehöre zu den wichtigsten der verfügbaren Arbeiten über die Periode der beiden Weltkriege in Europa: "Weil die einzige gründliche Methode, an das Studium der beiden völlig neuartigen Ideologien und politischen Bewegungen, die Anfang unseres Jahrhunderts in Erscheinung traten heranzugehen – den marxistisch-leninistischen Kommunismus und den Faschismus in seiner italienischen und deutschen Form –, nur darin bestehen kann, daß man sie gemeinsam behandelt, als die beiden Gesichter einer akuten Krise der liberalen Demokratie, die mit dem Krieg von 1914–1918 eintrat. Es ist ein alter Topos der politischen Kultur Europas: diese Kritik von rechts an der 'abstrakten' modernen Demokratie im Namen der alten 'organischen' Gesellschaft, und die von links im Namen einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Neu ist, mit dem Ersten Weltkrieg, die extreme Radikalisierung dieser doppelten Kritik durch den Leninismus und den Faschismus." (Ebenda, S. 50/51)

Angesichts der neu entfachten Debatte über die Vergleichbarkeit von Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus schlußfolgert Furet lakonisch: "Wenn jeder Versuch, den Faschismus (und Nazismus) zu historisieren und a fortiori ihn mit anderen Phänomenen der Gegenwart zu vergleichen, als ein schuldhafter Versuch des 'Verstehens', im Hinblick auf die von diesem Regime begangenen Verbrechen betrachtet wird, dann bleibt den Historikern des 20. Jahrhunderts nichts anderes übrig, als zu schweigen, da sie befürchten müssen, einer posthumen Komplizenschaft bezichtigt zu werden." (Ebenda, S. 114)

Trotz vieler Übereinstimmungen zwischen beiden Historikern fragt Furet jedoch seinen deutschen Kollegen: "Wie erklären Sie sich, daß all Ihren Lesern in Ihren Büchern der eigentümliche Schmerz eines deutschen Staatsbürgers aufgefallen ist, der unter der Tragödie seines Volkes und den beispiellosen Vorwürfen, die sein Land infolge der

Naziverbrechen trafen, leidet?... Nehmen wir nur Ihre These, daß die faschistischen Bewegungen ihren Ursprung der bolschewistischen Bedrohung verdanken... Muß man nicht darin, daß Sie dem Nazismus Sekundärcharakter im Vergleich zum Bolschewismus zuschreiben, einen Versuch sehen, die eine Seite zu entschuldigen und die andere zu belasten?" (Ebenda, S. 115/16)

Im letzten Brief dieses inspirierenden Gedankenaustausches, der den alten deutschen mit dem neuen französischen Historikerstreit verknüpft, schreibt Furet an Nolte: "Sie bemerken sehr zu recht, daß die Auflösung des Sowjetkommunismus sonderbarerweise von einer Schwenkung der öffentlichen Meinung Europas nach links begleitet war. Je mehr der Kapitalismus triumphiert, desto mehr wird er verabscheut. Mit der Sowjetunion hat er eine seiner besten Rechtfertigungen verloren, die ihn zu einem Schaufenster der Freiheit machte. Er ist seines besten Argumentes beraubt: des Antikommunismus... Das Kuriose daran ist, daß die europäische Linke weder für ihre Nachgiebigkeit gegenüber diesem Sozialismus noch für dessen Unterstützung verantwortlich gemacht wird. Da sie die sozialistische Idee jetzt nur in negativem Sinn, in Form einer Kritik am Kapitalismus, und nicht mehr als Bejahung eines existierenden Regimes verwendet, ist sie in ihrer Argumentation weniger angreifbar geworden... Sie kann sich darauf beschränken, die demokratische Gesellschaft als nicht-demokratisch zu kritisieren... .Sie findet ihre Wurzeln von jetzt an im ältesten Traum der modernen Demokratie, dem Traum, Demokratie und Kapitalismus voneinander zu trennen, die eine hüten und den anderen zu vertreiben, während beide doch eine gemeinsame Geschichte haben." (Ebenda, S. 121)

7. Erinnerung des 20. Jahrhunderts: Intellektuelle zwischen Kontinuität und Bruch

Blickt man auf die politischen und theoriegeschichtlichen Differenzen in den von mir untersuchten deutschen und französischen Debatten im Verlauf der letzten fünfzig Jahre, so zeigt sich, wie erfahrungsgebunden Theorieentwicklung und intellektuelles Selbstverständnis im politischen oder politikabstinenten Sinne sind. Insbesondere die subjektive Erfahrung totalitärer Strukturen und deren Verarbeitung in der eigenen Biographie hatten weitreichende Folgen für die Theorieproduktion und die politische Selbstverortung der Intellektuellen. Denkmilieus konstituierten sich in diesem Zeitraum neu oder gerieten in Erosion, Intellektuelle schlossen sich in Zeitschriften zusammen und zogen Grenzlinien ihrer Positionen entlang dieser Publikationsorte. Die unterschiedlichen Interventionsweisen der Intellektuellen strukturierten wiederum die öffentlichen Debatten in Frankreich und Deutschland auf je spezifische Art.

Der Zusammenhang von Lebenswegen und Denkbewegungen verweist auf die Leibhaftigkeit von Theorie, auf das sie produzierende Subjekt, das in einer jeweils historischen Konstellation und Örtlichkeit eingebunden ist. Die Rekonstruktion von Denkbewegungen, die Entschlüsselung von Ideologiebildungen und Projektionsmechanismen haben als Verfahren den Vorteil, "daß *im* Werk das Lebenswerk, *im* Lebenswerk die Epoche und *in* der Epoche der gesamte Geschichtsverlauf aufbewahrt ist und aufgehoben. Die nahrhafte Frucht des historisch Begriffenen hat die Zeit als den kostbaren, aber des Geschmacks entratenden Samen in ihrem *Innern*." (Walter Benjamin 1978, S. 703)

Die eigene, leibhaftige Erfahrung totalitärer Strukturen im Gehäuse der Kommunistischen Partei ist in die Biographie vieler französischer Intellektueller eingegangen. Ihr Bruch mit der KP und die Selbstreflexion der eigenen Positionsentwicklung gestalten den französischen Denkraum, seine Diskurskultur, die Politik- und Theorietraditionen bis heute. Bosshart bezeichnet deshalb die französische Intellektuellengeschichte als eine "Geschichte der Brüche" (Bosshart 1996, S. 256).

Vor diesem Hintergrund ist die Herausbildung der von mir nachgezeichneten antitotalitären Tradition in Frankreich zu sehen. Sie ist nicht nur der im eigenen Lande vorfindlichen KP zu verdanken, mit der man sich heftigst auseinandersetzte. Die Erfahrungen in und mit

der stalinistischen KP waren geeignet, den Blick für totalitäre Strukturen in den realsozialistischen Ländern zu schärfen. Darüber hinaus war jedoch von großer Bedeutung, daß osteuropäische Emigranten im Pariser Denkraum insbesondere seit 1956 leibhaftig anwesend waren. Die Präsenz ungarischer, später tschechoslowakischer Intellektueller nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, wie Milan Kundera oder Antonin Liehm (Gründer von Lettre International im Jahr 1984), 1981 dann polnischer dissidenten Intellektueller wie Adam Michnik, Bronislaw Geremek oder Andrzej Wajda; rumänischer und russischer Künstler und Schriftsteller, oppositioneller Intellektueller aus Serbien, Bosnien, Kroatien und dem Kosovo beförderten die Auseinandersetzung mit totalitären Tendenzen in Vergangenheit und Gegenwart. Die Beschäftigung mit dem Begriff des Totalitären als einer mentalen Kategorie, die auf die Haltung der Intellektuellen gegenüber totalitären Ideologien und Systemen verweist, spielte in diesem Ost-West-Austausch keine unwesentliche Rolle (vgl. Revel 1995). Maßgeblich daran beteiligt waren jene Intellektuelle, wie etwa François Bondy, François Fejtö, Edgar Morin, Jean-François Revel, François Furet, Claude Lefort u.a., die sich im Arbeitszusammenhang des Kongresses für kulturelle Freiheit befanden. Nicht von ungefähr hatte er sein Büro in Paris und profitierte von der gleichsam zentral versammelten Intelligenz. Ihre öffentlichen Einlassungen der letzten vierzig Jahre, auf die ich mich in den vorangegangenen Kapiteln immer wieder bezogen habe, verweisen auf diesen Traditionszusammenhang.

Deutschland war aufgrund seines entwickelten Sozialstaats eher aus ökonomischen Gründen für osteuropäische Flüchtlinge attraktiv. Die föderal strukturierte Bundesrepublik verfügte über keine Metropole, in der sich, Paris vergleichbar, das intellektuelle Leben gebündelt hätte. Die Insellage Westberlins und die es umgebende DDR waren kaum geeignet, bis zum Fall der Mauer dissidente Intellektuelle aus Ostmitteleuropa besonders anzuziehen.

Wichtiger für die vergleichsweise schwach entfaltete antitotalitäre Tradition in Deutschland scheint mir jedoch zu sein, daß der Erfahrungsraum totalitärer Strukturen jenseits des Eisernen Vorhangs lag, sozusagen exterritorialisiert blieb – in der Erfahrung wie in den Köpfen. (Die DKP als stalinistische Variante vor Ort war zu bedeutungslos für eine tatsächlich relevante Auseinandersetzung.) Gepaart mit einer spezifischen Tradition des Antifaschismus, der in der deutschen Teilung und der Jalta-Ordnung lange Zeit die nachhaltige Strafe für Auschwitz sah, führte dies bei vielen Intellektuellen zu den oben be-

schriebenen Wahrnehmungs- und Denkblockaden gegenüber den Entwicklungen in Osteuropa, die dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Wiedervereinigung vorangingen.

Auch in Frankreich gibt es bis heute Linksintellektuelle – bestens figuriert in Régis Debray¹⁰⁷ – und eine, wenn auch geschwächte Kommunistische Partei sowie Sozialisten, die einem im Denken der Linken wurzelnden Antifaschismus anhängen, auch wenn der Résistance-Mythos, dem sich die französische antifaschistische Tradition verdankt, seit einigen Jahren in Erosion geraten ist.

Bemerkenswert ist jedoch die nahezu spiegelverkehrte Entwicklung, die französische und deutsche Intellektuelle in ihrer Auseinandersetzung mit den Totalitarismen dieses Jahrhunderts durchlaufen haben. War die französische Intelligenz in den 50er Jahren mehrheitlich positiv vom Totalitarismus kommunistischer Prägung fasziniert, so bestimmte das Klima in Deutschland ein antitotalitärer Konsens, der zuweilen stark antikommunistisch eingefärbt war. Als Reaktion darauf entfaltete sich ein Anti-Antikommunismus, der weit über die Parteien der Linken hinausreichte und auch von unabhängigen Intellektuellen des linksliberalen Milieus verfochten wurde. Begann im Mai 1968 in Frankreich eine Etappe, die à la longue das Ende des Marxismus einläutete – die Proteste der Studenten richteten sich nicht zuletzt gegen die Kommunistische Partei – und ihren Höhepunkt Mitte der 70er hatte, so setzte in Deutschland mit der Studentenbewegung eine Renaissance des Marxismus ein, die die Etablierung alter und neuer Faschismustheorien forcierte. Entstand in Frankreich nach dem Gulag-Schock ein in die öffentliche Debatte maßgeblich intervenierender front antitotalitaire, der sich aus Intellektuellen unterschiedlicher politischer Generationen zusammensetzte, so gerieten im Gegensatz dazu in Deutschland Totalitarismustheorien ins Abseits und wurden tendenziell aus den Hochschulen und dem öffentlichen Diskurs verbannt. Antitotalitäre Optionen, die den Nationalsozialismus, den Faschismus und den Kommunismus vergleichend in den Blick nehmen, und fester Bestandteil der französischen Diskurkultur sind, waren in deutschen Debatten bis weit über das Jahr 1989 hinaus nahezu verpönt. Dies zeigte sich nicht nur im Historikerstreit 1986, sondern auch in der Debatte um das Schwarzbuch des Kommunismus 1998. Die Denkfiguren eines traditionellen Antifaschismus, Anti-Antikommunismus und Antikapita-

107 Vgl. J. Altwegg, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17.5.1999a.

lismus sind im deutschen linksliberalen Milieu bis heute noch virulenter als in der französischen Intellektuellenlandschaft.

Mit dem stillschweigenden und zumeist unbegriffenen Rekurs auf die sogenannte Kontinuitätsthese wird die Verbindung zwischen Antifaschismus und Antikapitalismus aufrechterhalten; als stille bzw. latente Voraussetzung war diese These in den aufgeführten Debatten bis hin zur Schwarzbuch-Kontroverse anwesend. Wenn aber, zumindest unterschwellig – wie in den vorangegangenen Kapiteln aufgezeigt –, in Teilen des linksliberalen Milieus immer noch die Überzeugung anzutreffen ist, der Faschismus sei das höchste Stadium des Kapitalismus, so muß man konsequenterweise gegenüber der Demokratie und ihrer kapitalistischen Grundlage äußerst mißtrauisch bleiben. Obwaltet da nicht der alte Traum, man könne Demokratie und Kapitalismus von einander trennen, will das eine hüten und den anderen vertreiben (vgl. Furet, Kap. 6.5), wobei doch beide eine gemeinsame Geschichte haben?

Intellektuelle in Deutschland befürchteten lange Zeit, eine antitotalitäre Option würde die Singularität von Auschwitz in Frage stellen. Bereits während des Historikerstreits fragte Hagen Schulze: "Hängt denn die besondere Verantwortung der Deutschen für die in ihrem Namen begangenen Untaten von deren Singularität ab? Sind die Massenmorde nur eine Spur weniger verabscheuungswürdig, ist die Verpflichtung der Deutschen, aus den Untaten der nationalsozialistischen Zeit Lehren zu ziehen, geringer, wenn vergleichbare Untaten anderswo und zu anderen Zeiten auch begangen worden sind?" (Schulze 1987, S. 145) Auch der Historiker Christian Meier warnte damals davor, daß die nationalsozialistische Vergangenheit zum negativen Mythos vom absolut Bösen geraten könne (vgl. Kap. 6.1). Unversehens kann dieser Mythos dann zum Stifter einer negativen Identität, gar eines negativen Nationalismus werden, wie es immer wieder in den deutschen Debatten um das eigene Selbstverständnis anklang.

Der Initiator des Kongresses für kulturelle Freiheit, Melvin Lasky, kommentierte diese in Deutschland anzutreffende Gesinnung mit den Worten: "Eine ganze Generation linksliberaler deutscher Historiker und Intellektueller hat in der Nachkriegszeit, wie mir scheint, einen – ich wage es einmal so auszudrücken – perversen Stolz auf die Einzigartigkeit des heimischen Bösen entwickelt. Meist wurde an dieser Stelle die Zeile "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" aus Paul Celans Todesfuge zitiert (obwohl sich der Meister,

nach dem Eindruck weniger ideologischer Betrachter, auch überall sonst auf unserer mörderischen Welt recht heimisch fühlt.” (Lasky, 1991, S. 129)

Der ehemalige Buchenwaldhäftling Jorge Semprun setzte sich in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1994 auch mit dem ‘Meister aus Deutschland’ auseinander: ”Jener Tod, der Europa verwüstete und die Folge von Hitlers Siegeszug war, ja, er war ein *Meister aus Deutschland*. Aber alle haben wir den Tod kennengelernt, der im Innern der totalitären Bestie mit anderen Verkleidungen schlummert, im dekorativen Flitterkram anderer nationaler Ursprünge. Ich selbst habe den *Meister aus Spanien* gekannt und manchmal gestreift. Und die verfolgten und deportierten französischen Juden der zutiefst französischen Vichy-Regierung haben den Tod als *Meister aus Frankreich* kennengelernt. Und Warlam Schalamow hat uns in seinen ungeheuerlichen ‘Erzählungen aus Kolyma’ vom Tod als *Meister aus Sowjetrußland* berichtet... Der Tod ist ein Meister aus Menschheit.” (Semprun 1994a, S. 48)

Nach 1989 ist das Gedächtnis wiedererwacht. Profitieren würden davon, so der britische Historiker Tony Judt, jene wiedererstarkten nationalen Einheiten, die das kollektive Gedächtnis geformt und mitgestaltet haben und ohne die es keine gemeinsame Vergangenheit gebe (vgl. Judt 1996, S. 138). Auch sein französischer Kollege Courtois verweist im Vorwort des Schwarzbuch des Kommunismus auf die historische Zäsur von 1989. Denn bis zu diesem Zeitpunkt war die Erinnerung an die totalitären Erfahrungen dieses Jahrhunderts politisch und kulturell entlang des Eisernen Vorhangs aufgespalten: ”Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtzentrums in Moskau ist Europa – der Kontinent, von dem die tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ausgingen – dabei, wieder ein gemeinsames Gedächtnis aufzubauen.” (Courtois 1998, S. 40)

Diese intellektuelle ‘Aufbauarbeit’ könnte sich dadurch auszeichnen, die totalitären Regime dieses Jahrhunderts und ihre nachhaltigen Folgewirkungen jenseits ideologisch althergebrachter Muster und traditionsreicher Denkfiguren zu betrachten.

André Glucksmann forderte deshalb: ”Das Böse gehört nicht verborgen, nicht verkleidet, nicht unter euphorischen Idealen vergraben, sondern bloßgelegt...Die Europäer benötigen eine gemeinsame Vorstellung von den Hindernissen. Gemeinsam die Widrigkeiten denken

zu lernen, setzt ein eher kulturelles als ideologisches Europa voraus, das nicht für das Beste, sondern gegen das Schlimmste geeint ist.” (Glucksmann 1998, S.398)

Der Kongreß für kulturelle Freiheit versammelte einst europäische Intellektuelle, die das Schlimmste beider totalitärer Regimes teils am eigenen Leibe erfahren hatten und sich lebenslang mit diesen Erfahrungen und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen auseinandersetzen. Dieser in der Geschichte einmalige Zusammenhang und die daraus entstandenen intellektuellen Zeugnisse zählen zu den besten Erbstücken der europäischen Kultur. Der intellektuelle und praktische Beitrag des Kongresses zum Sturz des Kommunismus war nicht unmaßgeblich. Daß die Geschichte des Kongresses und die Früchte seiner Arbeit aus der europäischen Erinnerung herausgefallen sind, ist einer eigentümlichen Abwehr gegenüber antitotalitärem Denken geschuldet, einem Denken mithin, daß sich längst vor 1989 der Aufspaltung der europäischen Erinnerung entgegensetzte. In den vorangegangenen Kapiteln ging es mir nicht zuletzt darum, jener Abwehr auf die Spur zu kommen. Sie setzt sich, wie ich zu zeigen suchte, aus verschiedenen ideologischen Fragmenten und Denkfiguren zusammen, zu deren herausragendster der Antifaschismus zählt.

”Totalitarismus als Erfahrungsgrund – Antitotalitarismus als kritische Schlußfolgerung – positive Bewertung der Demokratie”; mit diesem Dreischritt kann man, in Anlehnung an Alfons Söllner, den Kongreß für die kulturelle Freiheit charakterisieren (vgl. Söllner 1997, S. 16). In erinnernder Anknüpfung und Fortsetzung dieser Tradition scheinen mir totalitarismustheoretische Ansätze auch nach dem Zusammenbruch des Staatskommunismus 1989 von einiger Bedeutung zu sein, ohne ihnen deshalb eine universelle Erklärungskraft unterstellen zu wollen. ”Die Tragfähigkeit des Ansatzes ist mit dem fast völligen Verschwinden totalitärer Systeme gestiegen... Der Totalitarismusansatz hat sich bei der Erörterung von Diktaturen wissenschaftlich als fruchtbar erwiesen und Aspekte hervorgehoben, die bei anderen Konzepten vernachlässigt worden sind – die Opferperspektive etwa oder die Rolle des Individuums. Was die demokratietheoretische Seite betrifft, so ist das Totalitarismuskonzept, orientiert an der Universalität der Menschenrechte, als Schlüsselbegriff für das Legitimitätsverständnis des demokratischen Verfassungsstaates unverzichtbar.” (Jesse 1996, S. 18/21)

Geradezu pathetisch schrieb Manès Sperber den Intellektuellen einst ins Stammbuch: "Und daher haben Intellektuelle, spätestens seit Jesaja, stets eine bedeutende, unausweichliche Aufgabe zu erfüllen gehabt: Mahner und Erinnerer zu sein im Kampfe gegen die Drohungen und gegen die Lockungen der Macht und ebenso gegen die Borniertheit der sogenannten Realpolitik, die die Vergänglichkeit ihrer Errungenschaften verkennt, weil sie die Gegenwart als allmächtige Erbin der Vergangenheit und nicht als die Vergangenheit des Zukünftigen erfaßt." (Sperber 1994, S. 151f.)

Zum Ende des Jahrtausends muß sich nun gerade die europäische und amerikanische Realpolitik den Vorwurf machen lassen, einem Menschenrechtsuniversalismus zu frönen. Von einer 'Moralisierung der Außenpolitik' ist die Rede, wenn die Staaten der NATO mit explizitem Verweis auf die Menschenrechte ihre militärische Intervention gegenüber dem Regime in Belgrad und dessen Vertreibungspolitik im Kosovo legitimieren. Im Vergleich zu der Debatte um eine Intervention zu Zeiten des Krieges in Bosnien 1995 hat sich im Jahre 1999 einiges geändert: Wenn der einstige Interventionsgegner auf Seiten der GRÜNEN und heutige Außenminister Joschka Fischer die deutsche Beteiligung an der Militärintervention im Kosovo und Restjugoslawien mit dem Verweis auf die Verbrechen der Nationalsozialisten verteidigt, so scheint es fast, als würde er die Argumente seiner französischen Kritiker von 1995 aufgreifen (vgl. Kap. 1.2) Nun gilt ihm der Vorwurf, Auschwitz zu instrumentalisieren (vgl. Schirmmacher 1999).

Die Debatte um die NATO-Intervention im Kosovo hat, anders als noch 1995, eine mittlerweile europäische Dimension erreicht: als grundsätzlicher und geschichtsbewußter Diskurs über den Umgang mit Diktaturen. Er rührt gleichermaßen an der Erinnerung der jeweils eigenen nationalen Geschichte und dem Umgang mit dem Totalitären in diesem Jahrhundert. In Frankreich wird, wie bereits 1995, an die Appeasementpolitik gegenüber Hitler 1938 erinnert, in Tschechien bricht der Streit um die Vertreibung der Sudetendeutschen auf und in Deutschland wird darum gefochten, ob ein Vergleich der Politik Milosevics mit jener Hitlers statthaft sei.

Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa war nahezu der einzige, der die Verbrechen, die von Belgrad seit Jahren befehligt und ausgeführt wurden, mit jenen Hitlers assoziierte, aber auch mit der von Stalin vorgenommenen brutalen Umsiedlung ganzer Völker, in seinem Bestreben, die Sowjetunion zu russifizieren (vgl. Vargas Llosa 1999). Milosevic, vom Kommunisten zum Nationalisten mutiert, hat in seiner verbreche-

rischen Politik in den letzten zehn Jahren aus den Arsenalen beider totalitärer Regimes dieses Jahrhunderts geschöpft. Deshalb konnte der ungarische Schriftsteller Istvan Eörsi nicht begreifen, daß man in einer Demokratie wie in Deutschland der Diktatur in Serbien mit derart großem Verständnis begegnen konnte (vgl. Eörsi 1999). Antitotalitäre Optionen, den jenen in Frankreich vergleichbar wären, entfalten sich in Deutschland offenbar recht zögerlich. Erst allmählich wächst die Erkenntnis – nicht zuletzt in Erinnerung und Neubetrachtung der eigenen nationalen Biographie –, daß man Diktaturen nicht immer mit friedlichen Mitteln begegnen kann, wenn man Menschenrechte und Demokratie über den nationalen Tellerrand hinaus ernst nehmen und beides verteidigen will. Der ungarische Schriftsteller Imre Kertész mahnte in seiner Verteidigungsrede für die militärische Intervention des Westens: "Es geht um Europas Werte" (Kertész 1999). Nicht von ungefähr finden sich in den Reihen der ehemaligen Bürgerrechtler aus Ostmitteleuropa, die bis 1989 für Menschenrechte und Demokratie kämpften, die heftigsten Kritiker Milosevics (vgl. auch Peter Nadas 1999, Herta Müller 1999). Sie forderten im Rückblick auf die eigene Erfahrung die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Diktaturen. Der polnische Historiker Adam Michnik schlußfolgerte: "Das Recht auf Einmischung zur Verteidigung der Menschenrechte ist etwas, was die europäische Demokratie dem kommenden Jahrhundert als Erbe hinterläßt." (Michnik 1999)

Der NATO-Einsatz im Kosovo und Serbien hat der europäischen Politik der Nichteinmischung ein Ende gesetzt. Mit der, notfalls auch militärischen Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte, mit der Berufung auf europäische Werte, hat ein Paradigmenwechsel in der Außenpolitik stattgefunden, dessen Wurzeln auf 1989 zurückgehen. Der 24. März 1999 ist in diesem Sinne ein symbolisches Datum. Zeitgleich mit der Entscheidung für den NATO-Einsatz befand an diesem Tag ein britisches Gericht, die Anklage gegen den ehemaligen chilenischen Diktator Pinochet wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu eröffnen. Wollen die Europäer tatsächlich Frieden und Stabilität auf ihrem Kontinent, so kann dies nur unter demokratischen Voraussetzungen gelingen. Und der Balkan ist ein Teil von Europa. Nach dem militärischen Einsatz für die Menschen- und Bürgerrechte, muß der politische folgen. Für den Aufbau der Demokratie in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien trägt eine gemeinsame europäische Politik nun die Verantwortung. Dies ist einer der wichtigsten Lehren aus den friedlichen Revolutionen von 1989 und den nachfolgenden Kriegen auf dem Balkan.

Die Debatte um den Krieg im Kosovo zeigt, wie sich alte politische Lager verwerfen, traditionsreiche Denkfiguren in Erosion geraten können und nationale Grenzen des Diskurses in Richtung einer europäischen Öffentlichkeit durchbrochen werden. Die Existenz eines "nationalbolschewistischen Regimes" (Semprun) im Herzen Europas nach dem einschneidenden Jahr 1989 nötigt geradezu, sich mit den totalitären Erfahrungen dieses Jahrhunderts erneut auseinanderzusetzen. Eine kritische Selbstreflexion der eigenen totalitären Verführbarkeit – wie sie Czeslaw Milosz für seine politische Generation im 'Verführten Denken' 1953 leistete – steht bei vielen Intellektuellen, die heute agieren, immer noch aus.

Sorgen in Frankreich Positionswechsel und Revisionen für eine lebendige Debattenkultur, so fürchtet man in Deutschland gleich um die Demokratie, wenn sich politische Lager verwerfen. Aber die Demokratie lebt von ihrer immer wieder neu zu mobilisierenden Wehrhaftigkeit gegenüber ihren Feinden, sie muß immer wieder neu konstituiert und erstritten werden, und sie "ist an die Ungewißheit gebunden" (Revel 1976, S. 36).

'Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung' überschrieb einer der Protagonisten des Kongresses für kulturelle Freiheit, Raymond Aron, seine 1957 erschienene Analyse über politische Mythen, die Intellektuellen und ihre Ideologien. Sein Werk endet mit den Worten: "Wenn aber die Toleranz nur aus dem Zweifel geboren wird, dann lehre man den Zweifel an Vorbildern und Utopien, man lehre, die Propheten des Heils und die Verkünder von Katastrophen in ihre Schranken zu weisen. Rufen wir mit unseren Wünschen die Zweifler herbei, wenn sie es vermögen, den Fanatismus zu töten!" (Aron 1957, S. 384)

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Ulrike: Antonin Liehm und Lettre International, 45 Min. Rundfunk-Feature, DLF, 14.9.1992.
- Ackermann, Ulrike: Deutsche Intellektuelle und ihre gespaltene Vergangenheit, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*, Mai 1992a.
- Ackermann, Ulrike: Leben und Politik. Prag-Berlin-Paris 1968, in: *Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft*, 7/1993.
- Ackermann, Ulrike: Verspannte Entspannung. Verwunderter Nachtrag zur Diskussion über Garton Ash, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.12.1993a.
- Ackermann, Ulrike: Die verräterische Sprache. Zum Medienkrieg um Bosnien, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.3.1994.
- Ackermann, Ulrike: Der verbannte Blick, in: *Kommune* 4/1994a.
- Ackermann, Ulrike: Gesinnung oder Unabhängigkeit. Europäischer Intellektuellenstreit um Bosnien, in: NDR 2 (90 Min. Feature), 10.7./17.7./24.7.94b.
- Ackermann, Ulrike: Der Umgang mit dem Totalitären. Projektionsfläche Bosnien: ein deutsch-französischer Intellektuellenstreit, in: *Mittelweg* 36, 4. Jg., Juni/Juli 1995.
- Ackermann, Ulrike: Ein Spekulant investiert in die Humanität. Die ungewöhnliche Arbeit der Soros Foundation, 60 Min. Rundfunk-Feature, NDR 2, 28.2.1995. (1995a).
- Ackermann, Ulrike: The Role of German Intellectuals in the Identity debate, in: *The German Dilemma: Too big for Europe, too small for the World* (Hg. Felix Meritis Foundation), Amsterdam 1995b.
- Ackermann, Ulrike: Beharrlich verwechselt man in Deutschland den historischen Vergleich zweier totalitärer Systeme mit deren Gleichsetzung – Schwarzbuch des Kommunismus, in: *die tageszeitung*, 1.12.1997.
- Ackermann, Ulrike: Der Terror gehörte schon zum Anfang, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.7.1998.
- Agnoli, Johannes: Zur Faschismuskussion, in: *Berliner Zeitschrift für Politologie*, 9/1968.
- Ahrenberg, Alexander: Hoffnung und Gedächtnis, in: *die tageszeitung*, 14.1.1998.
- Altwegg, Jürg: Die Schatten von Vichy. Frankreich, Deutschland und die Rückkehr des Verdrängten, München 1998.
- Altwegg, Jürg: André Glucksmann – ein existentieller und intellektueller Dialog mit Deutschland (Vorwort), in: Glucksmann 1986.
- Altwegg, Jürg: Jahrhundertversprechen, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.2.1999.

- Altwegg, Jürg: Pompöse Phantasien. Spurensuche: Régis Debrays Frühlingsreise nach Prishtina, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.5.1999a.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, (New York 1951) München 1986.
- Aron, Raymond: Les Camps concentrationnaires, *Figaro*, 11.4.1948.
- Aron, Raymond: Opium für Intellektuelle, Köln 1957.
- Aron, Raymond: Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen, München 1985.
- Augstein, Rudolf: Solschenizyn oder die Ehre Gottes, in: *DER SPIEGEL* Nr.1/2, 28. Jg., 7.1.1974.
- Augstein, Rudolf: Die neue Auschwitz-Lüge, in: *Historiker-Streit* s.o.
- Baier, Lothar: Contre la réunification, in: *Esprit* 2/1990.
- Baier, Lothar: Die Lieben und die Bösen, in: *Europa im Krieg*, Frankfurt 1992.
- Baier, Lothar: Der Philosoph im Zeitalter technischer Reproduzierbarkeit. Bernard-Henri Lévy kämpft an der Medienfront für Bosnien, in: *Freitag*, 3.6.1994.
- Baier, Lothar: Krieg im Kopf, in: *Freitag*, 2.2.1996.
- Baier, Lothar: Windei 98, in: *DIE ZEIT*, 10.6.1998.
- Baltissen, Georg: Gerechtigkeit trägt endlich Früchte, in: *die tageszeitung*, 15.5.1996.
- Bartsch, Günter: Diktatur des Lumpenproletariats. 'Der Archipel Gulag' als Beitrag zur Geschichte des Sowjet-Kommunismus, in: *Vorwärts*, 14.2.1974.
- Becher, Johannes R.: Die gleiche Sprache, in: *Aufbau*, H.8, 6. Jg., 1950,.
- Beham, Mira: Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik, München 1996.
- Beham, Mira: Mythen und Lügen. Zum historischen Serbien-Feindbild, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2.3.1994.
- Bell, Daniel: The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas, rev. Ed., New York/London 1962.
- Benda, Julien: Der Verrat der Intellektuellen, (Paris 1927), Frankfurt 1988.
- Benjamin, Walter: Einbahnstraße (1928), in: *Ges. Schriften*, Bd. IV, 1, S. 138, Frankfurt 1972.
- Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, *Ges. Schriften*, Bd.I.2, Frankfurt 1978.
- Besançon, Alain: Hypermnésie du nazisme et amnésie du communisme, in: *Commentaire*, Vol. 20/Nr. 80, Winter 1997.
- Beylin, Marek: Fondation pour une entr'aide intellectuelle européenne (FEIE), Paris 1995.
- Bittermann, Klaus (Hg.): Serbien muß sterben. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg, Berlin 1994.

- Böll, Heinrich: Die himmlische Bitterkeit des Alexander Solschenizyn, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.2.1974.
- Böll, Heinrich: Solschenizyn und der Westen. Gespräch mit Heinrich Vormweg im Mai 1976, in: Werkausgabe Heinrich Böll, 'Interviews 1', Frankfurt 1980.
- Bondy, Francois: Gespräch mit Ulrike Ackermann, Tonbandaufzeichnung 16.6.1996, Zürich.
- Bondy, Francois: Polen ist meine schönste Erinnerung an Paris (Gespräch mit Anna Bikont), in: Zeitschrift *DU*, Oktober 1998.
- Bosshart, David: Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik, Berlin 1992.
- Bosshart, David: Die französische Totalitarismuskritik, in: E. Jesse, Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996.
- Bourdieu, Pierre: Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen, Berlin 1989.
- Bourdieu, Pierre/Balibar, Etienne: Mururoa oder Srebrenica?, in: *DIE ZEIT*, 4.8.1995.
- Bouscasse, Sylvie/Bourgeois, Denis: Faut-il brûler des nouveaux philosophes? Le dossier du 'procès', Paris 1978.
- Bracher, Karl Dietrich: Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976.
- Bracher, Karl Dietrich: Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.1986, in: Historiker-Streit s.o.
- Bracher, Karl Dietrich: Die totalitäre Erfahrung, München 1987.
- Bracher, Karl Dietrich: Zeitgeschichtliche Erfahrungen als aktuelles Problem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B11/87 14.3.1987a.
- Bracher, Karl Dietrich: Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen demokratischen und totalitären Systemen, in: E. Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996.
- Bresson, Gilles/ Viro, Pascal: L'effet Sarajevo reveille la campagne, in: *Libération*, 19.5.1994.
- Briançon, Pierre: Le livre noir du communisme, un pavé dans l'histoire, in: *Libération*, 11.11.1997.
- Bruckner, Pascal: L'embargo de la dernière chance, in: *Libération (Sondernummer)*, 17./18.12.1994.
- Buber-Neumann, Margarete: Qui est pire? Satan ou Bélzebuth? in: Paris, *Figaro littéraire*, No.201, 25.2.1950. (nachgedruckt in *Commentaire* 1989, a.a.O.)
- Buber-Neumann, Margarete: Als Gefangene bei Stalin und Hitler (Neuausgabe), Herford 1985.
- Buro, Andreas: Acht Säulen, um darauf den Frieden zu stellen, in: *Frankfurter Rundschau*, 8.9.1995.

- Büscher, Barbara/ Henning, Ruth-Ursel/ Koenen, Gerd/ Leszczynska, Dorota/ Semler, Christian/ Vetter, Reinhold: 'Solidarnosc'. Die polnische Gewerkschaft 'Solidarität' in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980-1982, Köln 1983.
- Calic, Marie-Janine: Der Krieg in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt 1995.
- Camartin, Iso (Hg.): Wer Europa sagt...Essays und Ehrungen von und für Francois Bondy, München 1995.
- Chaunu, Pierre, Les jumeaux 'malins' du deuxième millénaire, in: *Commentaire*, Vol. 21/Nr. 81, Frühjahr 1998.
- Chotjewitz, Peter O.: Schwarze Milch aus alten Schläuchen, in: *DIE ZEIT*, 4.6.1998.
- Cohn-Bendit, Daniel: Was haben wir getan!, in: *die tageszeitung*, 20.4.1994.
- Cohn-Bendit, Daniel: Die Linke hat die Debatte verpennt, in: *Berliner Tagesspiegel*, 29.11.1997.
- Coleman, Peter: The liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the mind of Post-War Europe, New York 1989.
- Colombani, Jean-Marie: Le communisme et nous, in: *Le Monde*, 5.12.1997.
- Commentaire*: Mémoire et oubli du communisme (XXème Anniversaire, Sondernummer), Paris, Vol.21/No.81, Frühjahr 1998.
- Copfermann, Emile: David Rousset. Une vie dans le siècle, Paris 1991.
- Copfermann, Emile: Les communistes, le goulag et la 'salade confite', in: *Libération*, 12.12.1997.
- Cosic, Bora: Nachbar, Euer Fläschchen. Gespräch über den abwesenden Herrn Handke, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.2.1996.
- Courtois, Stéphane: Der rote Holocaust (Gespräch), in: *DIE ZEIT*, 21.11.1997.
- Courtois, Stéphane u.a.: Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998.
- Delattre, Lucas: Fidel Castros Fanclub, in: *DIE ZEIT*, 21.11.1997.
- Delporte, Christian: Intellectuels et politique, Paris 1995.
- Der Monat* Berlin/Hamburg (23 Jahrgänge, letzte Ausgabe: Heft 270, März 1971) 1948-1971.
- Der Monat*: Berlin, 2. Jg., Nr. 22/23, Juli/August 1950.
- Deutsche Friedensgesellschaft: 'Das können wir nicht unwidersprochen lassen'. Offener Brief zu den Thesen Joschka Fischers, in: *Frankfurter Rundschau*, 20.9.1995.
- Dizdarevic, Zlatko: Der Alltag des Krieges. Ein Tagebuch aus Sarajevo, Frankfurt 1995.
- Domenach, Jean-Luc: Des analogies inéluctables, in: *Libération*, 11.11.197.
- Dubiel, Helmut: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie, Frankfurt 1978.

Dutschke, Rudi/ Wilke, Manfred (Hg.): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, Reinbek 1975.

Edelman, Marek: Der posthume Sieg Hitlers, in: *die tageszeitung*, 4./5.2.1995.

Ehmke, Horst: Gefährliche Logik der Bellizisten, in: *DIE ZEIT*, 8.9.1995.

Enzensberger, Hans Magnus: Ausblicke auf den Bürgerkrieg, in: *DER SPIEGEL*, 25/1993.

Eörsi, István: Die meisten wollen nur noch über die Bomben sprechen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.5.1999.

Eppler, Erhard: Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, 1988, S. 57-72.

Erb, Gottfried: Laudatio für Tadeusz Mazowiecki, in: Ein europäischer Humanist: Tadeusz Mazowiecki zur Ehrenpromotion, Gießener Diskurse, Bd. 13, Gießen 1995.

Esch, Christian: Spring vom Eiffelturm, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.6.1998.

Fejtő, François: La Tragédie hongroise, Paris 1956.

Fejtő, François: Dialogue Est-Ouest sur la lutte idéologique et l'information, in: *Esprit* 1/1976.

Fejtő, François: Geschichte der Volksdemokratien, Band 1 u. 2, Frankfurt (Graz 1972) 1988.

Fejtő, François: Gespräch mit Ulrike Ackermann, Tonbandaufzeichnung, Paris, 23.6.1998.

Fiedler, Leslie A.: Brief aus Amerika: Glanz und Elend Joe McCarthys, in: *Der Monat*, Heft 74, 1954.

Finkielkraut, Alain: La victoire posthume de Hitler, in: *Libération*, 26.7.1993.

Finkielkraut, Alain: L'inutilité du XXe siècle, in: *Le Monde*, 15.12.1994.

Finkielkraut, Alain: Die Perversion der Scham (Gespräch mit Thierry Chevel), in: *Süddeutsche Zeitung*, 7.11.1996.

Fischer, Joschka: "Wir müssen für den militärischen Schutz der UN-Zonen sein". Was die Eskalation der Gewalt im Bosnien-Krieg für Bündnis 90/Die Grünen bedeutet, in: *Frankfurter Rundschau*, 2.8.1995.

Friedrich, Carl J/ Brzezinski, Zbigniew: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957.

Fücks, Ralf: Bosnische Lektionen, in: *die tageszeitung*, 11.9.1995.

Fuhr, Eckhard: Die neue Linke, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.5.1999.

Fuld, Werner: Walter Benjamin. Zwischen den Stühlen, Frankfurt 1981.

Furet, François: Gespräch mit Wolfgang Uellenberg-van Dawen, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 7/1989.

Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

Furet, François/Ozouf, Mona (Hg.): Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution, Frankfurt 1996a.

- Furet, François: Die Vergangenheit einer Illusion, Hamburg, in: *Mittelweg* 36, 3/96, 1996b.
- Furet, François/ Nolte, Ernst "Feindliche Nähe". Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert. Briefwechsel, München 1998.
- Gandillot, Thierry: Bernard-Henry Lévy: la grande aventure d'un agitateur, in: *Nouvel Observateur*, 12.-18.5.1994.
- Garton Ash, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.
- Garton Ash, Timothy: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München 1990.
- Garton Ash, Timothy: Das Vergessen ist das Grundprinzip. Hat die Ostpolitik Diktaturen stabilisiert? (Gespräch mit Ulrike Ackermann) in: *Frankfurter Rundschau*, 17.10.1993.
- Gauck, Joachim: Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung, in: Courtois, Schwarzbuch des Kommunismus, 1998.
- Gauck, Joachim/ Courtois, Stéphane: Glaube und Schuld, (Gespräch), in: *Die Woche*, 29.5.1998a.
- Gauck, Joachim: Über Irrtümer und Wahrnehmungsverweigerungen. Der Feldzug des Joachim Gauck gegen die deutsche 'unaufgeklärte Linke', (Gespräch), in: *Frankfurter Rundschau*, 19.6.1998b.
- Gauck, Joachim: Das Ritual der Antifaschisten, in: *DIE ZEIT*, 30.7.1998c.
- Gauß, Karl-Markus: Sanfter Kukuruz, innige Pflaumen, in: *DIE ZEIT*, 9.2.1996.
- Geremek, Bronislaw: Redebeitrag zum Symposium 'Ende des Kommunismus – und was nun?', in: *DIE ZEIT*, 29.12.1989.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: 'Die Phantasie an die Macht'. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt 1995.
- Glötz, Peter: Journalismus im Halbdunkel, in: *DER SPIEGEL special*, 1/1995.
- Glucksmann, André: Köchin und Menschenfresser, (Paris 1974) Berlin 1976.
- Glucksmann, André: Die Meisterdenker, (Paris 1977) Reinbek 1978.
- Glucksmann, André: Philosophie der Abschreckung, Frankfurt/Berlin 1986.
- Glucksmann, André: Gespräch, in: *Sud-Ouest Dimanche*, 26.11.1997.
- Glucksmann, André: Das Gute und das Böse. Ein französisch-deutscher Briefwechsel, Hildesheim 1998.
- Greiffenhagen, Martin/ Kühnl, Reinhard/ Müller, Johann Baptist: Totalitarismus. Zur Problematik eines Begriffs, München 1972.
- Greiner, Ulrich: Das kranke Jahrhundert, in: *DIE ZEIT*, 12.1.1990.
- Grémion, Pierre: Cultures, échanges, droits. Helsinki et la suite, in: *Esprit*, 6/1981.
- Grémion, Pierre: La cité parallèle. Quatre ans d'histoire de la Charte 77, in: *Esprit*, 2/1983.

- Grémion, Pierre: Les intellectuels français et le choc du Goulag, in: *Esprit*, 5/1984.
- Grémion, Pierre: 'Preuves' dans le Paris de la guerre froide, in: *Vingtième Siècle*, Nr.13 Januar-März, 1987.
- Grémion, Pierre: Intelligence de l'anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950-1975, Paris 1995.
- Grunenberg, Antonia: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993.
- Gsteiger, Fredy: Atomtests: Warum nicht?, in: *DIE ZEIT*, 21.6.1995.
- Gutman, Roy: Augenzeuge des Völkermords, Göttingen 1994.
- Gysi, Gregor: Dahin, wo die anderen schon sind, in: *die tageszeitung*, 19./20.8.1995.
- Habermas, Jürgen: Eine Art Schadensabwicklung, in: Historiker-Streit s.o.
- Habermas, Jürgen: (zit. n. Krzeminski, Adam) Mehr Demut, weniger Illusionen, in: *DIE ZEIT*, 17.12.1993.
- Habermas, Jürgen: Ein Abgrund von Trauer, in: *DER SPIEGEL*, 32/1995.
- Halberstadt, Heiner: Wie denkst Du Dir das denn nun, lieber Joschka Fischer, in: *Frankfurter Rundschau*, 25.8.1995.
- Handke, Peter: Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien, Frankfurt 1996.
- Handke, Peter: Ich bin nicht hingegangen, um mitzuhassen (Gespräch mit Willi Winkler), in: *DIE ZEIT*, 2.2.1996a.
- Hassner, Pierre: Les impuissances de la communauté internationale, in: Vukovar, Sarajevo...La guerre en ex-Yougoslavie (Hg. Véronique Nahoum-Grappe auf Initiative des Pariser Vukovar-Sarajevo Comités), Paris 1993.
- Hassner, Pierre: Les pathologies de l'échec en Bosnie, in: *Libération*, 17./18.12.1994.
- Hassner, Pierre/ Lefort, Claude/ Mongin, Olivier/ Fejtö, Francois: De L'irresponsabilité des responsables, in: *Le Monde*, 2.12.1994.
- Hassner, Pierre: La violence et la paix. De la bombe atomique au nettoyage ethnique, Paris 1996.
- Hatzfeld, Jean: L'air de la guerre, Paris 1994.
- Haug, Wolfgang, F.: Faschismus-Theorie in antifaschistischer Perspektive, in *Argument*, Nr.85, 16. Jg, 1974.
- Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek 1989.
- Havel, Václav: Am Anfang war das Wort, Reinbek 1990.
- Hermet, Guy/ Hassner, Pierre/ Rupnik, Jacques (Hg.): Totalitarismes, Paris 1984.
- Herzinger, Richard: Flucht aus der Politik. Deutsche Intellektuelle nach Srebrenica, in: *Merkur* 5/1996.

- Hildermeier, Manfred: Im Reich des Bösen, in: *DIE ZEIT*, 4.6.1998.
- Hildermeier, Manfred: Leserbrief, in: *DER SPIEGEL*, 29/1998.
- Hochgeschwender, Michael: Freiheit in die Offensive? Der Kongreß für die kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.
- Honig, Jan Willem/Both, Norbert: Srebrenica. Der größte Massenmord in Europa nach dem zweiten Weltkrieg, München 1997.
- Hook, Sidney: Out of Step. An Unquiet Life in the Xxth Century, New York 1987.
- Horkheimer, Max: Autoritärer Staat. Die Juden und Europa. Vernunft und Selbsterhaltung. Aufsätze 1939-1941, Amsterdam 1967.
- Horkheimer, Max: Die Juden und Europa, München, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, (Reprint, Jg. 8/1939-1940) S. 115-37, 1980.
- Huntington, Samuel: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996.
- Jacquier, Charles: Margarete Buber-Neumann ou la double expérience des camps, in: *Paris, Commentaire*, Vol. 21/Nr. 81, Frühjahr 1998.
- Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.
- Joffrin, Laurent: Sauver Lénine?, in: *Libération*, 17.12.1997.
- Judt, Tony: Un passé imparfait. Les intellectuels en France (1944-1956), Paris 1992.
- Judt, Tony: Myth and Memory in Postwar Europe, in: *Daedalus*, Immobile Democracy, Vol. 121, Nr. 4, 1992a.
- Judt, Tony: Große Illusion Europa, München 1996.
- Julliard, Jacques: Der Nostalgie des Kalten Krieges nachhängen? (Ein Gespräch mit Ulrike Ackermann) in: *Kommune* 8/1994a.
- Julliard, Jacques: Ce Fascisme qui vient..., Paris 1994b.
- Julliard, Jacques: Pour la Bosnie, Paris 1996.
- Julliard, Jacques/ Winock, Michel: Dictionnaire des intellectuels français, Paris 1996.
- Julliard, Jacques: Ne dites plus jamais 'jamais', in: *Nouvel Observateur*, 20.11.1997.
- Karahasan, Dzevad: Bürger Handke, Serbenvolk, in: *DIE ZEIT*, 16.2.1996.
- Kebir, Sabine: Räuchern Sie sie aus wie Füchse! Verbrechen der modernen Gesellschaft, in: *Freitag*, 24.7.1998.
- Kertész, Imre: 'Es geht um Europas Werte'. Gespräch mit dem Autor, in: *DER SPIEGEL*, 20/1999

- Kesting, Hanjo: Von der Totalität der Objekte. Welche künstlerischen Qualitäten hat Solschenizyns neues Buch? In: *Vorwärts*, 14.2.1974.
- Khilnani, Sunil: Revolutionsdonner. Die französische Linke nach 1945, Hamburg 1995.
- Kleinert, Hubert/Volmer, Ludger: Den Menschen helfen. Ein Streitgespräch, in: *DER SPIEGEL*, 48/1995.
- Kleinert, Hubert: Diese Arbeitsteilung wird die Welt auf Dauer nicht akzeptieren, in: *Frankfurter Rundschau*, 9.9.1995.
- Koenen, Gerd/ Koenen, Krisztina/ Kuhn, Hermann: Freiheit, Unabhängigkeit und Brot. Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen, Frankfurt 1982.
- Koenen, Gerd: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus, Berlin 1998.
- Körte, Peter: Serve and volley. Aufschlag Glucksmann, in: *Frankfurter Rundschau*, 20.7.1995.
- Koestler, Arthur: Darkness at noon, London/Wien 1940/1978.
- Koestler, Arthur u. Cynthia: Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit, Wien 1984.
- Koestler, Arthur: Das rote Jahrzehnt, Wien/Zürich 1991.
- Kohout, Pavel: Wider den 'Dämon des Einverständnisses' (Gespräch mit Ulrike Ackermann), in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 1/ 1990.
- Kolakowski, Leszek: Main Currents of marxism, Bd. III, Oxford 1978.
- Kolakowski, Leszek: Totalitarianism and the Virtue of the Lie, in: I. Howe (Hg.), *Totalitarianism in Our Century*, New York 1983.
- Komitee zur Verteidigung der Arbeiter: "Appell an die Gesellschaft und die Behörden der Volksrepublik Polen", in: *Die Welt*, 23.9.1976.
- Konrád, György: Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt 1985.
- Konrád, György: Die Gelder der EG schaffen keine Kultur (Gespräch mit Ulrike Ackermann), in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 9/1991.
- Korff Sausse, Simone: Monstruosité et manoeuvre stalinienne, in: *Libération*, 9.12.1997.
- Kraushaar, Wolfgang: Sich aufs Eis legen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie, in: E. Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, Bonn 1996.
- Kraushaar, Wolfgang: Sonnenuntergang, in: *Denken im Zwiespalt*, Hg.v. W.v.Bergen/W. Pehle, Frankfurt 1996a.
- Kraushaar, Wolfgang: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie – Zu einem Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Studentenbewegung, in: A. Söllner u.a. (Hg.), *Totalitarismus*, Berlin 1997.
- Kravchenko, Victor Andrejevich: Ich wählte die Freiheit, Zürich 1947.
- Kühnl, Reinhard: Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in der BRD, in: Greiffenhagen u.a., *Totalitarismus*, München 1972.

Kundera, Milan: Un Occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas, in: *Kommune*, 2. Jg., Nr. 7, 6. Juli 1984.

Kundera, Milan: Das Buch vom Lachen und Vergessen, München 1992.

L'Histoire: Révolution et tragédie. Le siècle communiste (Sondernummer zur Debatte über das Schwarzbuch des Kommunismus), Paris ,Nr. 223, Juli/August 1998.

Laplace, Yves: Considérations salutaires sur le désastre de Srebrenica, Paris 1998.

Lasky, Melvin: Living with an Insult in a Mind-Free Zone in: *Encounter*, Vol.LXI, Nr.2, September/Okttober 1983.

Lasky, Melvin: Wortmeldung zu einer Revolution, Frankfurt/Berlin 1991.

Lasky, Melvin, zit. n. Naumann, Michael, 'Melvin, Du hast gewonnen' in: *DIE ZEIT*, 17.5.1991a.

Lasky, Melvin: Gespräch mit Ulrike Ackermann, Tonbandaufzeichnung, 24.3.1997, Berlin.

Lau, Jörg: Die Verräter sind unter uns, in: *Die ZEIT*, 22.4.1999.

Le Débat, Communisme et fascisme au XXe siècle, Paris, Nr. 89, März/April 1996.

Lefort, Claude: Kravchenko et le problème de l'URSS, in: *Temps Modernes*, Nr. 29 Februar 1948.

Lefort, Claude: La Méthode des intellectuels progressistes, in: ders., *Eléments d'une critique de la bureaucratie*, Genf 1971.

Lefort, Claude: Un Homme en trop. Réflexions sur 'l'archipel du Goulag', Paris 1976.

Lefort, Claude: La première révolution anti-totalitaire, in: *Esprit* 1/1977.

Leggewie, Claus: Hoffen auf Sisyphus, in: *DER SPIEGEL*, 33/1995.

Lepenies, Wolf: Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa, Frankfurt 1992.

Lévy, Bernard-Henri: Die Barbarei mit menschlichem Antlitz, (Paris 1977) Reinbek 1978.

Lévy, Bernard-Henri: Les deux totalitarismes, in: *Le Point*, 13.12.1997.

Lévy-Willard, Annette: Izetbegovic plaide pour la levée de l'embargo, in: *Libération*, 24.5.1994.

Lindenberg, Daniel: Remous du Livre noir du communisme, in: *Esprit*, 1/1998.

Maass, Peter: Die Sache mit dem Krieg. Bosnien von 1992 bis Dayton, München 1997.

Mackenbach, Werner: Das KOR und der 'polnische Sommer'. Analysen, Dokumente, Artikel u. Interviews 1976-1981, Hamburg 1982.

Magris, Claudio: Damals in Turin, in: I. Camartin s.o. 1995.

Maidt-Zinke, Kristina: Konsens der Erschöpften, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.5.1999.

Mansilla, H. C. F.: Faschismus und eindimensionale Gesellschaft, Neuwied 1971.

Marcou, Lilly: Tardive querelle d'Allemands, in: *Le Monde*, 14.11.1997.

Marcuse, Herbert: Kultur und Gesellschaft, Bd. I, Frankfurt 1967.

- Margolin, Jean-Louis: Les divisions d'une équipe d'historiens du communisme, in: *Le Monde*, 31.10.1997.
- Margolin, Jean-Louis/ Werth, Nicolas: Communisme: retour à l'histoire, in: *Le Monde*, 14.11.1997a.
- Martin, Marco: "Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin Lasky und 'Der Monat', Asendorf 1999.
- Mayer, Hans: Stephan Hermlin referierte sachlich, bisweilen ein wenig mokant. Erinnerung an den Ersten deutschen Schriftstellerkongreß im Nachkriegs-Berlin, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.10.1997.
- Mecklenburg, Jens/Wippermann, Wolfgang: "Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus, Hamburg 1998.
- Medwedew, Roy A.: Die Wahrheit ist unsere Stärke – Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt 1973.
- Meier, Christian: Kein Schlußwort, in: Historiker-Streit.
- Merleau-Ponty, Maurice: Die Abenteuer der Dialektik (Paris 1955), Frankfurt 1968.
- Michnik, Adam: Le nouvel évolutionisme, 1956 Varsovie-Budapest. La deuxième révolution d'octobre, ed. par Pierre Kende et Krzysztof Pomian, Paris 1977.
- Michnik, Adam: Brief aus dem Gefängnis, in: J. Pelikan/ M. Wilke 1977a.
- Michnik, Adam: Polnischer Friede (Hrsg. v. Helga Hirsch), Berlin 1985.
- Michnik, Adam: Der neue Evolutionismus, in: Michnik, 1985.
- Michnik, Adam: Ein Jahr Solidarnosc, in: Michnik, 1985.
- Michnik, Adam: Betrachtungen im Dezember, in: Michnik, 1985.
- Michnik, Adam: Der lange Abschied vom Kommunismus, Reinbek 1992.
- Michnik, Adam: Der böse Traum Großserbiens, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.5.1999.
- Milosz, Czeslaw: Verführtes Denken, Köln 1974.
- Milosz, Czeslaw: Sarajevo, in: *Lettre International*, Heft 31, IV. Vj. 1995.
- Mohr, Reinhard: Die Wirklichkeit ausgepiffen, in: *DER SPIEGEL*, 27/1998.
- Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das 'Schwarzbuch des Kommunismus', München 1999.
- Mommsen, Hans: Suche nach der verlorenen "Geschichte"? in: Historiker-Streit s.o.
- Mommsen, Hans: Weder Leugnen noch Vergessen befreit von der Vergangenheit, in: Historiker-Streit s.o.
- Mongin, Olivier: Der Ort der Intellektuellen. Über französische und deutsche Haltungen zu Bosnien (Gespräch mit Ulrike Ackermann), in: *Kommune* 10/1994.
- Morin, Edgar: Autocritique, Paris 1959.

- Morin, Edgar/Lefort, Claude/ Castoriadis, Cornelius: Mai 1968. La Breche, Paris 1968.
- Morin, Edgar: L'agonie yougoslave. I., in: *Le Monde*, 6.2.1992.
- Morin, Edgar: Une communauté fragile, II. Le circuit infernal, in: *Le Monde*, 7.2.1992.
- Morin, Edgar: Le surgissement du total-nationalisme, in: *Le Monde*, 11.3.1993.
- Morin, Edgar: La déseurope, in: *Le Monde* 2.2.1994.
- Müller, Herta: Die Entfesselung der Perversion, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.5.1999.
- Nádas, Péter: Brandbrief an eine Akademie, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.5.1999.
- Niethammer, Lutz (Hg.): Der 'gesäuberte Antifaschismus'. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.
- Nolte, Ernst (1980): Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus, in: *Historiker-Streit* s.o.
- Nolte, Ernst (1987): Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: *Historiker-Streit* s.o.
- Nolte, Ernst: Sur la théorie du totalitarisme, Paris, in: *Le Débat*, Nr. 89, März/April 1996.
- o. V., *Historiker-Streit. Dokumentation der Kontroverse*, München, 1987.
- o.V. Hausmitteilung, in: *DER SPIEGEL*, 1-2/1974.
- o.V., *Der trügerische Frieden. Bericht der Internationalen Balkan-Kommission* (Hg. v. Aspen Institute Berlin und dem Carnegie Endowment for International Peace), Reinbek 1997.
- o.V., *Europa im Krieg. Die Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien*, Frankfurt 1992.
- Oevermann, Ulrich: Zur Sache. Die Bedeutung von Adornos methodologischem Selbstverständnis für die Begründung einer materialen soziologischen Strukturanalyse, in: *Adorno-Konferenz 1983* (Hg. v. Ludwig v. Friedeburg/Jürgen Habermas), Frankfurt 1983.
- Ophüls, Marcel: Die Wut. Eine Antwort auf Peter Handkes 'Gerechtigkeit für Serbien', in: *die tageszeitung*, 22.1.1996.
- Ophüls, Marcel: Handke liefert den Mitläufern ein Alibi (Gespräch), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.1.1996a.
- Parin, Paul: *Es ist Krieg und wir gehen hin. Bei den jugoslawischen Partisanen*, Berlin 1991.
- Pelikán, Jiri: Die Debatte in der heutigen sowjetischen Opposition und die Verantwortung der westeuropäischen Linken, in: R. Dutschke/M. Wilke (Hg.), 1975.
- Pelikán, Jiri/ Wilke, Manfred (Hg.): *Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa*, Reinbek 1977.
- Perrault, Gilles: Schießen Sie nicht auf Kommunisten, in: *Le Monde diplomatique*, 12.12.1997.

- Pomian, Krzysztof: Communisme et nazisme: les tragédies du siècle, in: *L'Histoire* (Sondernummer anlässlich der Debatte um das Schwarzbuch des Kommunismus), Nr. 223, Juli/August 1998.
- Preuss, Ulrich K.: Ein Zeichen der Hoffnung, in: *DIE ZEIT*, 3.11.1989.
- Reinecke, Stefan: Kommentar in: die tageszeitung, 25.6.1998
- Reinhold, Ursula/ Schlenstedt, Dieter/ Tanneberger, Horst (Hg.): Erster deutscher Schriftstellerkongress, 4.-8- Oktober 1947, Berlin 1997.
- Revel, Jean-Francois: Die totalitäre Versuchung, Frankfurt/Berlin/Wien 1976.
- Revel, Jean-Francois, So enden die Demokratien, München 1984.
- Revel, Jean-Francois: L'Essentielle identité du fascisme rouge et du fascisme noir, in: *Commentaire*, Vol. 21/Nr. 81, Frühjahr 1998.
- Revel, Jean Francois: La tentation totalitaire, in: *Le Point*, 14.1.1995.
- Revel, Jean-Francois: Der rote Schrecken, in: *Focus*, 48/1997.
- Rieff, David: Das Schlachthaus. Bosnien und das Versagen des Westens, München 1995.
- Rinser, Luise: Der Sozialismus beginnt erst, in: *DIE ZEIT*, 22.9.1989.
- Rödel, Ulrich: Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt 1990.
- Rödel, Ulrich/Frankenber, Günter/ Dubiel, Helmut: Die demokratische Frage, Frankfurt 1989.
- Rohde, David: Die letzten Tage von Srebrenica, Reinbek 1997.
- Rohrwasser, Michael: Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991.
- Rohrwasser, Michael: Was haben sie verraten, die Renegaten?, in: W. v. Bergen/W. H. Pehle, Frankfurt 1996.
- Rosenzweig, Luc: Handke, avocat pro-serbe, in: *Le Monde*, 19.1.1996.
- Rousset, David: L'Univers concentrationnaire, Paris 1946.
- Rousset, David: "Appell an die Deportierten aus den Nazilagern: Helft den Deportierten in den sowjetischen Lagern", in: *Le Figaro littéraire*, 12.11.1949.
- Rupnik, Jacques: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, in: E. Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert 1996.
- Sartre, Jean-Paul: "Qu'est-ce qu'un collaborateur?" (1945), Paris, in: *Situations III* (1947-76), 1949.
- Sartre, Jean-Paul/ Russell, Bertrand: Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht, Reinbek 1968.
- Sartre, Jean-Paul: Die Kommunisten und der Frieden, in: *Krieg im Frieden 1*, Reinbek 1982.

- Schirmacher, Frank: Die Lehre des Krieges. Der Kosovo-Konflikt als Bildungsroman, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.5.1999.
- Schmierer, Joscha: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie, Frankfurt 1996.
- Schneider, Peter: Der Ritt über den Balkan, *DER SPIEGEL*, 3/1996.
- Schulze, Hagen: Fragen, die wir stellen müssen, in: *Historikerstreit*, a.a.O. 1987.
- Seibt, Gustav: Wahn von Krieg und Blut und Boden. Serbien ist Deutschland: Zu Peter Handkes beunruhigendem Reisebericht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.1.1996.
- Semler, Christian: Das Elend linker Immunisierungsversuche, in: *die tageszeitung*, 30./31.5.1998.
- Semprun, Jorge: Die große Reise, Frankfurt 1981.
- Semprun, Jorge: Was für ein schöner Sonntag! Frankfurt 1984.
- Semprun, Jorge: Stalinismus und Faschismus. Eine Rede an die deutsche linke Intelligenz, in: *die tageszeitung*, 14.6.1986.
- Semprun, Jorge: Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, Frankfurt 1994.
- Semprun, Jorge: Der organische Intellektuelle...Schluß mit ihm! (Gespräch mit Ulrike Ackermann), in: *Kommune*, 11/1994a.
- Semprun, Jorge: Dieses ungeheure scheußliche Geheimnis, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.2.1998.
- Serge, Victor: Beruf: Revolutionär, Frankfurt 1967.
- Shils, Edward: Remembering the Congress for Cultural Freedom, in: *Encounter*, Vol. LXXV, Nr. 2, (S. 53 ff.) 9/1990.
- Siedler, Jobst: zit. n. M. Martin, Asendorf 1999.
- Silber, Laura/ Little, Allan: Der Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe, Graz/Wien/Köln 1995.
- Söllner, Alfons/ Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin: Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997.
- Solschenizyn, Alexander: Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch, München 1970.
- Solschenizyn, Alexander: Der Archipel Gulag, Bern 1974.
- Sperber, Manès: Idéologie et société, in: *Preuves* Nr.26/27, 1953.
- Sperber, Manès: Anpassung und Widerstand. Über den unvernünftigen und vernünftigen Gebrauch der Vernunft (Hrsg. v. Wilhelm von Sternburg), Wien/München 1994.
- Stadler, Siegfried: Alle wollen ins Schwarzbuch des Kommunismus, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.6.1998.
- Stefanov Nenad/Werz, Michael: Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft, Frankfurt 1994.
- Szczypiorski, Andrzej: Ende eines Märchens, in: *DIE ZEIT*, 13.10.1989.
- Thibaud, Paul: Responsabilité des trompeurs et rôle des trompés, in: *Libération*. 17./18.12.1994.

- Todorov, Tzvetan: L'Homme dépaysé, Paris 1995.
- Tönnies, Sibylle: Der große Stumpfsinn, in: *die tageszeitung* 8.8.1995.
- Vargas Llosa, Mario: Angst des Westens vor dem Halbmond, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.4.1999.
- Verheugen, Günther: Außenpolitik nicht auf die Bundeswehr reduzieren, in: *Vorwärts*, 8/1995.
- Volmer, Ludger: Greif zur Waffe, fahr nach Sarajevo, in: *die tageszeitung*, 12./13.8.1995.
- von Bergen, Werner/Pehle, Walter H. (Hg.): Denken im Zwiespalt. Über den Verrat von Intellektuellen im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1996.
- Walther, Rudolf: Bistro-Politik, in: *Frankfurter Rundschau*, 12.9.1995.
- Walther, Rudolf: Geschichte im Schredder, in: *Freitag*, 21.11.1997.
- Walther, Rudolf: Die roten Fahnen und die weißen Westen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.12.1997.
- Walther, Rudolf: Schwatzbuch des Kommunismus, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.5.1998.
- Walther, Rudolf: Die Legende von den linken Lebenslügen, in: *die tageszeitung*, 6./7.6.1998.
- Wehler, Hans-Ulrich: Entsorgung der deutschen Vergangenheit, München, 1988.
- Wehler, Hans-Ulrich: Der Gott, der keiner war, in: *DIE ZEIT*, 19.4.1996.
- Weißberg-Cybulski, Alexander: Hexensabbat, Frankfurt 1951.
- Weißberg-Cybulski, Alexander: Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet (Neuaufgabe der dt. Ausgabe von 1951 mit Arthur Koestlers Vorwort aus der engl. Ausgabe 'Conspiracy of Silence', London, Wien/Zürich 1993.
- Werth, Nicolas: Das läßt sich nicht auf fünf Seiten erklären, in: *die tageszeitung*, 1.12.1997.
- Werth, Nicolas: Communisme: l'heure du bilan, in: *L'Histoire*, Nr. 217, 1/1998.
- Wieland, Ray: Weißbuch Schwarzbuch, in: *Konkret*, 2/1998.
- Winkler, Heinrich August: Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978.
- Winkler, Heinrich August: Kehrseitenbesichtigung. Zehn Jahre danach: Ein Rückblick auf den deutschen Historikerstreit, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.10.1996.
- Winkler, Heinrich August: Postnationale Demokratie, in: *Merkur*, Heft 2 (Nr. 575), 2/ 1997.
- Winkler, Heinrich August: Schlagt nach bei Marx, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.6.1998.
- Winkler, Heinrich August: Lesarten der Sühne, in: *Der Spiegel*, 35/1998a.
- Wippermann, Wolfgang: Die verspätete Nation, in: *Jungle World*, Nr. 49, 4.12.1997.
- Wippermann, Wolfgang: Klio mit dem Taschenrechner, *Neues Deutschland*, 28.5.1998.
- Wippermann, Wolfgang: Geschichte mit dem Taschenrechner, zit. n. Ingo Bach, in: *Berliner Tagesspiegel*, 2.6.1998.

Zizek, Slavoj: Zynismus als Form postmoderner Ideologie, in: *Frankfurter Rundschau*, 17.8.1995.
Zweig, Arnold: Die wichtigste gesellschaftliche Funktion des Schriftstellers, Berlin, in: *Aufbau*,
März 1950.

Namenregister

- Ackermann, Ulrike 1, 85, 95, 152, 161
Agnoli, Johannes 112
Altwegg, Jürg 38, 76, 79, 103, 106, 155, 200
Arendt, Hannah 6, 49, 74, 98, 115
Aron, Raymond 7, 8, 37, 52, 58, 62, 63, 65,
67, 71, 72, 73, 74, 75, 79, 80, 82, 86, 87, 88,
89, 91, 96, 98, 126, 127, 129, 130, 132,
133, 136, 205
Augstein, Rudolf 121, 166
- Baier, Lothar 29, 30, 38, 163, 184
Balibar, Etienne 20
Baltissen, Georg 30
Bartsch, Günter 122
Beham, Mira 21, 28, 29
Bell, Daniel 4, 75, 108, 158
Benda, Julien 54, 72
Benjamin, Walter 4, 197
Besancon, Alain 136, 179
Beylin, Marek 85, 91, 93, 94
Bittermann, Klaus 29
Böll, Heinrich 91, 119, 124, 132, 143, 147
Bondy, François 6, 9, 49, 50, 52, 61, 63, 65,
66, 69, 86, 88, 198
Bosshart, David 11, 90, 102, 107, 197
Both, Norbert 16
Bourdieu, Pierre 8, 20
Bourgeois, Denis 73, 131
Bouscasse, Sylvie 131
Bracher, Karl Dietrich 98
Bresson, Gilles 33
Briancon, Pierre 176
Bruckner, Pascal 8, 33, 34, 35
Brzezinski, Zbigniew 97, 98
- Buber-Neumann, Margarete 7, 44, 52, 56, 57,
70, 179, 180, 188
Buro, Andreas 24
Büscher, Barbara 151
- Calic, Marie-Janine 17
Castoriadis, Cornelius 34, 79, 103, 107, 126,
135, 155
Chaunu, Pierre 180
Chotjewitz, Peter O. 185
Cohn-Bendit, Daniel 22, 23, 103, 105, 188
Coleman, Peter 60, 70, 75, 90
Colombani, Jean-Marie 175
Copfermann, Emile 179
Cosic, Bora 26
Courtois, Stéphane 9, 171, 172, 173, 174, 176,
182, 184, 185, 186, 188, 190, 191, 192, 201
- Delattre, Lucas 175
Delporte, Christian 61, 82, 84
Dizdarevic, Zlatko 17
Domenach, Jean-Luc 129, 133, 136, 155, 176
Dubiel, Helmut 107, 109, 115
Dutschke, Rudi 122, 123
- Edelman, Marek 22, 23
Ehmke, Horst 21
Enzensberger, Hans Magnus 23
Eörsi, István 204
Erb, Gottfried 150
Esch, Christian 185

Fejtő, François 8, 9, 22, 33, 34, 35, 37, 38, 65,
 66, 67, 81, 82, 84, 88, 94, 136, 198
 Fiedler, Leslie A. 75
 Finkielkraut, Alain 28, 35, 36, 38
 Fischer, Joschka 24, 40, 48, 52, 90, 188, 203
 Frankenberg, Günter 107
 Friedrich, Carl J. 62, 70, 97, 98, 109
 Fücks, Ralf 24
 Fuhr, Eckhard 40
 Furet, François 8, 34, 45, 77, 78, 79, 104, 106,
 114, 126, 136, 155, 157, 170, 171, 179,
 184, 188, 190, 191, 194, 195, 196, 198, 200

Garton Ash, Timothy 145, 152, 153, 158
 Gauck, Joachim 171, 185, 188, 189
 Gauß, Karl-Markus 19
 Geremek, Bronislaw 14, 95, 150, 158, 198
 Gilcher-Holtey, Ingrid 103
 Glotz, Peter 23, 29
 Glucksmann, André 5, 8, 22, 33, 34, 38, 103,
 129, 130, 131, 136, 155, 178, 202
 Greiner, Ulrich 159
 Grémion, Pierre 7, 45, 49, 51, 53, 60, 65, 71,
 74, 127, 128, 133, 134, 135, 137
 Grunenberg, Antonia 41, 89, 113
 Gsteiger, Fredy 20
 Gutman, Roy 13, 21
 Gysi, Gregor 24

Habermas, Jürgen 20, 153, 161, 165, 167
 Halberstadt, Heiner 25
 Handke, Peter 26, 27, 28, 29, 30
 Hassner, Pierre 13, 35, 37, 94, 99, 129, 133,
 136
 Hatzfeld, Jean 28

Haug, Wolfgang F. 111
 Havel, Václav 95, 102, 147, 150
 Hermet, Guy 129
 Herzinger, Richard 28
 Hildermeier, Manfred 186
 Hochgeschwender, Michael 60
 Honig, Jan Willem 16
 Hook, Sidney 5, 47, 50, 80, 96
 Horkheimer, Max 109, 115, 169
 Huntington, Samuel P. 18

Jacquier, Charles 56, 70, 180
 Jesse, Eckhard 97, 203
 Joffrin, Laurent 177
 Judt, Tony 80, 160, 201
 Julliard, Jacques 34, 39, 40, 61, 82, 87, 155,
 156, 177

Karahasan, Dzevad 26
 Kebir, Sabine 185
 Kesting, Hanjo 122
 Khilnani, Sunil 77, 79, 104
 Kleinert, Hubert 24
 Koenen, Gerd 101, 151
 Koestler, Arthur 7, 43, 44, 47, 48, 50, 52, 57,
 59, 60, 61, 63, 67, 69, 70, 75, 80, 83, 87, 96,
 181, 188
 Kohout, Pavel 147, 148
 Kolakowski, Leszek 91, 100, 133
 Konrád, György 148, 149, 150
 Korff Sausse, Simone 178
 Körte, Peter 20
 Kraushaar, Wolfgang 56, 114
 Kravchenko, Victor Andrejevich 56
 Kuhn, Hermann 151

Kühnl, Reinhard 110
 Kundera, Milan 101, 156, 198

 Laplace, Yves 28
 Lasky, Melvin 7, 11, 43, 45, 46, 47, 48, 49, 50,
 53, 59, 61, 62, 80, 88, 96, 200
 Lefort, Claude 8, 34, 35, 56, 79, 82, 103, 107,
 126, 130, 135, 155, 198
 Leggewie, Claus 22, 26
 Lepenies, Wolf 142, 143
 Lévy, Bernard-Henri 8, 23, 33, 34, 38, 129,
 136, 178
 Lindenberg, Daniel 172
 Little, Allan 13, 17

 Maass, Peter 17
 Mackenbach, Werner 151
 Magris, Claudio 64
 Mайдt-Zinke, Kristina 41
 Marcou, Lilly 174
 Marcuse, Herbert 109
 Margolin, Jean-Louis 171, 173
 Martin, Marco 50, 56, 61, 63
 Mayer, Hans 45, 46
 Mecklenburg, Jens 193
 Medwedew, Roy A. 118, 119, 122
 Meier, Christian 165, 167, 200
 Merleau-Ponty, Maurice 55, 71, 76, 79, 179
 Michnik, Adam 95, 101, 135, 146, 147, 149,
 150, 151, 153, 198, 204
 Milosz, Czeslaw 12, 63, 64, 65, 67, 68, 69, 84,
 181, 204
 Mohr, Reinhard 187
 Möller, Horst 192
 Mommsen, Hans 165, 168, 169, 186

 Mongin, Olivier 8, 35, 37, 38, 133
 Morin, Edgar 8, 9, 34, 35, 36, 37, 38, 79, 81,
 82, 103, 126, 135, 155, 188, 198

 Niethammer, Lutz 141
 Nolte, Ernst 21, 106, 164, 165, 166, 171, 183,
 184, 185, 186, 193, 194, 196

 Oevermann, Ulrich 5
 Ophüls, Marcel 27

 Parin, Paul 17
 Pelikán, Jiri 124
 Perrault, Gilles 175
 Pomian, Krzysztof 98, 133, 179
 Preuss, Ulrich K. 159

 Reinhold, Ursula 45
 Revel, François 6
 Revel, Jean-François 6, 11, 102, 105, 126,
 128, 170, 178, 180, 198, 205
 Rieff, David 17
 Rinser, Luise 159
 Rödel, Ulrich 107
 Rohde, David 16
 Rohrwasser, Michael 7, 43, 55, 60, 99
 Rosenzweig, Luc 28
 Rousset, David 7, 52, 55, 57, 59, 60, 65, 67,
 70, 80, 82, 179
 Rupnik, Jacques 14, 85, 94, 100, 102, 129,
 156
 Russell, Bertrand 47, 49, 53, 96, 105

Sartre, Jean-Paul 55, 67, 71, 75, 76, 77, 79,
 81, 82, 104, 105, 126, 179, 181
 Schirmacher, Frank 203
 Schlenstedt, Dieter 45
 Schmierer, Joscha 5
 Schneider, Peter 22, 23, 27, 148
 Schulze, Hagen 200
 Seibt, Gustav 26
 Semler, Christian 137, 187
 Semprun, Jorge 23, 34, 35, 37, 124, 125, 141,
 143, 152, 155, 169, 176, 201, 204
 Serge, Victor 44
 Shils, Edward 44, 51, 75
 Siedler, Jobst 47, 62, 63
 Silber, Laura 13, 17
 Söllner, Alfons 202
 Solschenizyn, Alexander 91, 101, 106, 117,
 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126,
 127, 128, 156, 181
 Sperber, Manès 44, 63, 66, 67, 75, 87, 181,
 203
 Stadler, Siegfried 186
 Stefanov, Nenad 17
 Szczypiorski, Andrzej 159

Tanneberger, Horst 45
 Thibaud, Paul 35, 133
 Todorov, Tzvetan 191
 Tönnies, Sibylle 20

Vargas Llosa, Mario 204
 Verheugen, Günther 25
 Viot, Pascal 33

Volmer, Ludger 24

Walther, Rudolf 20, 183
 Wehler, Hans-Ulrich 165, 166, 186
 Weißberg-Cybulski, Alexander 47, 69, 70, 181
 Werth, Nicolas 171, 173
 Werz, Michael 17
 Wilke, Manfred 122
 Winkler, Heinrich August 30, 112, 115, 168,
 169, 185, 187, 193
 Winock, Michel 61, 82, 87, 156
 Wippermann, Wolfgang 184, 185, 193

Zizek, Slavoj 18
 Zweig, Arnold 137, 139

